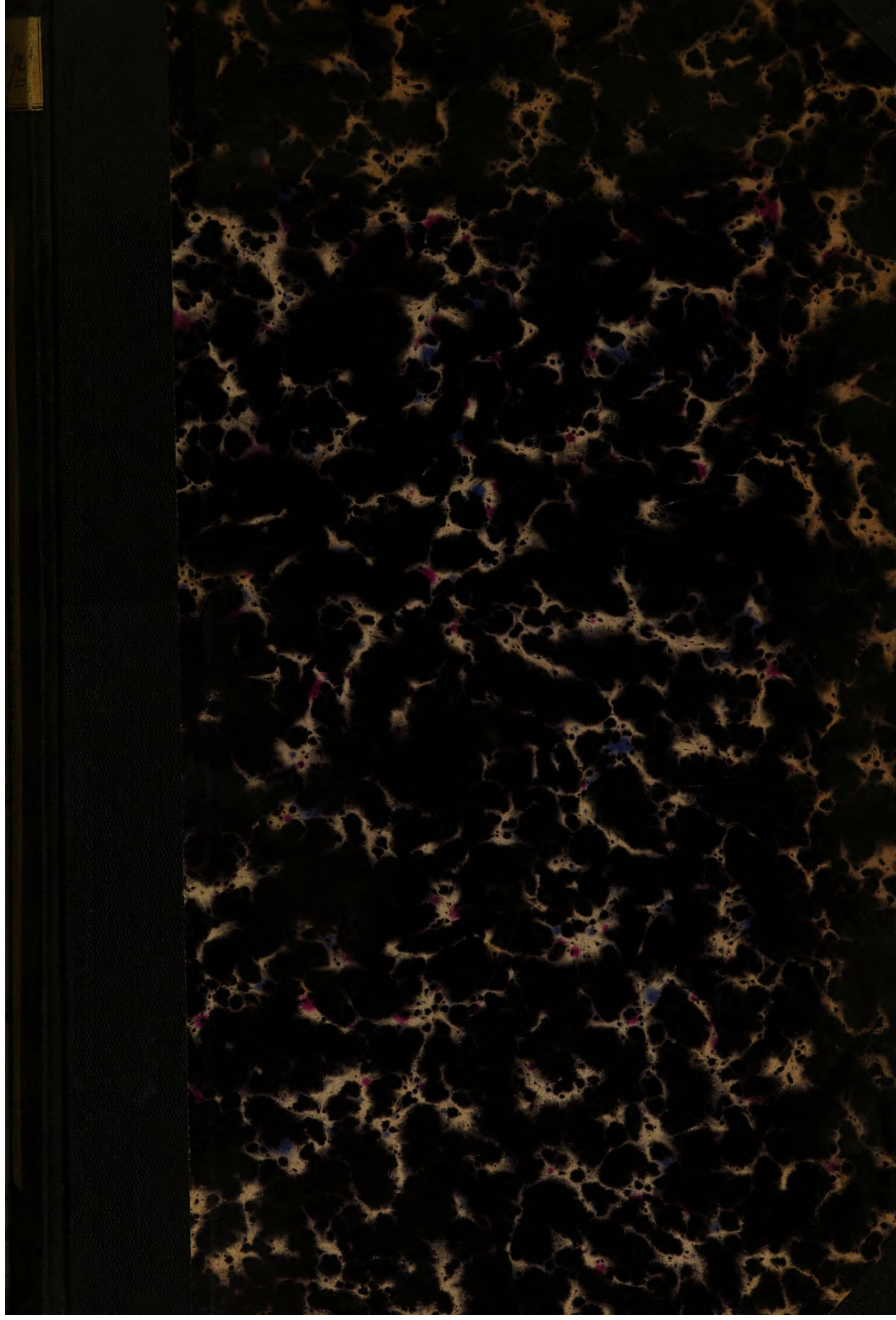




Merc.

82, 7^p

Grawein

C
DIE
PERFEKTION DES ACCEPTES.

EINE
WECHSELRECHTLICHE UNTERSUCHUNG

VON

DR. ALEXANDER GRAWEIN,
PRIVATDOCENT DES HANDELS- UND WECHSELRECHTES AN DER K. K. UNIVERSITÄT
ZU GRAZ.

GRAZ,
VERLAG VON LEUSCHNER & LUBENSKY
K. K. UNIVERSITÄTS-BUCHHANDLUNG.

1876.



DRUCK VON B. G. TEUBNER IN LEIPZIG.

SEINEM VEREHRTEN LEHRER

HERRN

DR. GUSTAV DEMELIUS

PROFESSOR DES RÖMISCHEN RECHTES UND D. Z. RECTOR MAGNIFICUS AN DER
KARL-FRANZENS-UNIVERSITÄT ZU GRAZ

IN DANKBARER GESINNUNG

GEWIDMET

VOM

VERFASSER.



§. 1.

Einleitung.

Unter den wechselrechtlichen Controversen, welche durch die Nürnberger Novellen-Commission behufs legislativer Entscheidung einer Berathung unterzogen wurden¹⁾, befand sich auch die bald nach der Publikation der allgemeinen deutschen Wechselordnung entstandene Streitfrage:

„ob der Bezogene zur Ausstreichung seines noch nicht ausgehändigten Acceptes befugt sei?“

Zu einem Gesetzesvorschlage kam es in dieser Frage, wie überhaupt in der Mehrzahl der discutirten Controversen nicht. Die Novellen-Commission begnügte sich damit, lediglich ihre Ansicht in dieser Streitfrage auszusprechen, und zwar dahin, dass der Bezogene schon durch die Niederschrift des Accept-

1) Bekanntlich erging unterm 19. Februar 1857 von Seite der deutschen Bundesversammlung an die zu Nürnberg tagende Conferenz zur Berathung eines allgemeinen deutschen Handelsgesetzbuches der Auftrag:

„In Berathung zu ziehen, wie die Lösung verschiedener bezüglich der Wechselordnung entstandener Controversen herbeizuführen sein dürfte, und das Ergebniss ihrer desfallsigen Verhandlungen der Bundesversammlung zu weiterer Verhandlung vorzulegen.“

Die Conferenz setzte in Folge dieses Auftrages zur Vorbereitung der verlangten Lösungsvorschläge eine Subcommission, die sogenannte Novellen-Commission, ein, und es wurden von dieser letzteren gutachtliche Äusserungen rücksichtlich einer Reihe von wechselrechtlichen Controversen abgegeben. Mit Rücksicht auf den jeder legislativen Gewalt entbehrenden Charakter der Versammlung ist es selbstverständlich, dass den von ihr geäusserten Ansichten nur die Bedeutung von wissenschaftlichen Meinungen beizumessen ist: sie stehen und fallen mit ihren Gründen.

vermerkes gebunden, daher zur Ausstreichung derselben nicht berechtigt sei, und motivirte die Unterlassung eines Novellenvorschlages mit dem Ausdrücke der Erwartung, dass die von ihr ausgesprochene Ansicht binnen Kurzem in Theorie und Praxis die herrschende sein werde, und dass daher auf diesem Wege auch ohne legislative Entscheidung die Beilegung der Controverse zu hoffen sei²⁾).

Wie sich jedoch aus der Vergleichung der Sachlage vor der Nürnberger Conferenz mit jener nach derselben ergibt, ist das Erwartete nicht eingetroffen, sondern eher das Gegentheil desselben.

Die von der Novellen-Commission geäußerte Ansicht war in der Zeit vor der Nürnberger Conferenz die herrschende gewesen. Ja man kann sogar für jene Zeit von dem Bestehen einer Streitfrage im eigentlichen Sinne des Wortes gar nicht reden. Denn die Frage, in welchem Augenblicke der Acceptant als gebunden anzusehen sei, war zwar eine oft besprochene, aber beinahe gar nicht streitige. Sie wurde von vielen Schriftstellern aufgeworfen, aber auch nahezu einstimmig ohne tieferes Eingehen in dieselbe unter einfacher Berufung auf den letzten Absatz des Artikel 21 der Wechselordnung in dem nachträglich von der Novellen-Commission gebilligten Sinne beantwortet. So von

Liebe, Die a. d. Wechselordnung mit Einleitung und Erläuterungen, Leipzig 1848, S. 94.

Brauer, Die a. d. Wechselordnung, 2. Aufl. Erlangen 1851, S. 58; und in Goldschmidt's Zeitschrift für Handelsrecht Bd. 1, S. 25 fg.

Koch, Das Wechselrecht nach den Grundsätzen der a. d. Wechselordnung, Breslau 1850, S. 167.

Bluntschli, Die a. d. Wechselordnung, Erlangen 1852, S. 58.

2) Cf. Verhandlungen der Commission zur Berathung eines a. d. Handelsgesetz-Buches, mehrere zur a. d. Wechselordnung in Anregung gekommene Fragen betreffend, Nürnberg 1858, p. XLV; Strass, Bemerkungen über die Verhandlungen der Nürnberger Conferenz u. s. w. in Siebenhaar's Archiv für W.-R., Bd. 9, S. 236. 237.

Lutterroth, in Siebenhaar's Archiv für Wechselrecht
Bd. 2, S. 442.

Kalessa, Handbuch des österr. und gesammten deutschen Wechselrechtes, Wien 1852, S. 36.

Kitka, Erläuterungen über die österr. Wechselordnung,
Wien 1854, S. 260.

Kheil, Wechselrecht des österr. Kaiserstaates, Prag
1854, S. 156.

Walter, System des gem. deutsch. Privatrechtes, Bonn
1855, S. 384 fg.

Haimerl, Anleitung zum Studium des Wechselrechtes,
Wien 1855, S. 109.

Renaud, Lehrbuch des gem. deutsch. Wechselrechtes,
Giessen 1857, S. 93.

Unger, Die rechtliche Natur der Inhaberpapiere, Leipzig
1857, S. 109.

Schlesinger, Zur Lehre von den Formalcontracten,
Leipzig 1858, S. 171.

Strass, Die a. d. Wechselordnung erläutert, Berlin
1858, S. 75.

Blaschke, Das österr. Wechselrecht, 3. Aufl. Wien
1858, S. 156.

Leonhard Wächter, in Siebenhaar's Archiv für W.-R.,
Bd. 6, S. 44 fg.

Gegen diese Ansicht, nämlich dafür, dass der Bezogene erst mit der Aushändigung des acceptirten Wechselbriefes verpflichtet werde, hatten sich damals nur ausgesprochen:

Gengler, Lehrbuch des deutschen Privatrechtes, Erlangen 1854, Bd. 1, S. 625, und

Gerber, System des deutschen Privatrechtes, 5. Aufl., Jena 1855, S. 518.

Auch auf dem Gebiete der Rechtssprechung kann die Frage nicht streitig gewesen sein, denn wir kennen aus jener Zeit nur eine einzige, die Frage nach der Perfektion des Wechsel-acceptes betreffende Entscheidung, nämlich die des Ober-

gerichtes zu Hamburg vom 21. November 1851 [cf. Siebenhaar's Archiv für W.-R. Bd. 2, S. 436 fg.; und Neues Archiv von Voigt Bd. 3, S. 110 fg.] und die in derselben vertretene Ansicht stimmt mit jener der Theorie überein.

In Anbetracht dieser Sachlage ist es begreiflich, dass die Novellen-Commission es für überflüssig erachtete, die in Rede stehende Frage durch eine Gesetzesnovelle zu entscheiden.

Seit der Nürnberger Conferenz hat sich aber der Stand der Meinungen in dieser Frage bedeutend verändert, und es ist seit jener Zeit die Frage nach der Perfektion des Wechselacceptes zu einer wirklichen und lebhaften Controverse geworden.

Zwar hat auch nach der Conferenz die von dieser ausgesprochene Ansicht neue und angesehene Vertreter gefunden, wie in

Hoffmann, Ausführliche Erläuterung der a. d. Wechselordnung, Giessen 1859, S. 300 fg.

Oskar Wächter, Wechsellehre nach den deutschen und ausländischen Gesetzen, Stuttgart 1861, S. 371; und Wechselrecht des Norddeutschen Bundes, Leipzig 1869, S. 137.

Goldschmidt, in seiner Zeitschrift für Handelsrecht, Bd. 2, S. 554.

Kletke, Encyklopädie des gesammten europ. Wechselrechtes, Leipzig 1861—1862, Bd. 1, S. 162.

Kuntze, Deutsches Wechselrecht, Leipzig 1862, S. 90 u. 303.

Volkmar und Löwy, Die deutsche Wechselordnung, Berlin 1862, S. 113.

Beseler, System des gemeinen deutschen Privatrechtes, 2. Aufl., Berlin 1866, S. 992.

Aber ungleich grösser ist die Zahl jener Schriftsteller geworden, welche die Perfektion des Wechselacceptes erst mit der Aushändigung desselben eintreten lassen; es haben sich nämlich für diese Ansicht ausgesprochen:

Biener, Wechselrechtliche Abhandlungen, Leipzig 1859,
S. 398 fg.

Jacobi, in Siebenhaar's Archiv für W.-R., Bd. 10,
S. 350 fg.

Ladenburg, ebendort, Bd. 9, S. 340 u. Bd. 12, S. 244 fgg.
Siebenhaar, ebendort, Bd. 16, S. 170 fg.

Just, ebendort, Neue Folge, Bd. 1, S. 341.

Borchardt und Jacobi, in Weiske's Rechtslexikon,
Bd. 14, S. 385 fg.

Schmidt, Das Wechselrecht nach der allg. deutschen
Wechselordnung, Leipzig 1864, S. 32.

Fontenay, in Goldschmidt's Zeitschrift für H.-R., Bd. 18,
S. 41 fg.

Hartmann, Das deutsche Wechselrecht, Berlin 1869,
S. 322 fg.

Gareis, in Siebenhaar's Archiv für W.-R., Bd. 17,
S. 287. 291; und in Holtzendorff's Rechtslexikon, Bd. 1,
S. 16.

Eine dritte, gewissermassen die entgegengesetzten Meinungen
vermittelnde Ansicht ist aufgestellt worden von

Thöl, Das Wechselrecht, 3. Aufl., Göttingen 1873,
S. 265, dem zu folgen scheint

Dahn, Handelsrechtliche Vorträge, Leipzig 1875, S. 197,
und von

Siegel, Das Versprechen als Verpflichtungsgrund, Berlin
1873, S. 128 fg.

Diese Schriftsteller lassen die Wechselobligation erst mit der
Aushändigung des acceptirten Wechselbriefes an den Prä-
sentanten entstehen, und legen der durch die Niederschrift
der Annahmeerklärung hervorgerufenen Obligation nur den
Inhalt unter, dass der Schreibende zur Aushändigung seines
integeren Acceptes verpflichtet, oder an sein gegebenes Wort
gebunden ist.

Auch auf dem Gebiete der Praxis machte sich seit dem
Ende der Fünfzigerjahre dieselbe Strömung zu Gunsten der
Perfektion des Acceptes im Momente der Aushändigung be-

merkbar. Während ein Erkenntniss des Hamburger Obergerichtes vom 20. Mai 1858 [Neues Archiv von Voigt, Bd. 3, S. 113 fg.] an der alten Ansicht festhielt, erklärten sich der oberste österreichische Gerichtshof in seiner Entscheidung vom 13. Januar 1857 Z. 12824 [Peitler, Sammlung Bd. 1, S. 73, No. 90] und das Obertribunal in Berlin in der Entscheidung vom 15. September 1859 [Striethorst, Bd. 34, S. 242] für die entgegengesetzte Ansicht.

Angesichts dieser Zunahme der Divergenz der Meinungen halte ich es bei der Wichtigkeit des Gegenstandes für geboten, die Frage nach der Perfektion des Wechselacceptes einer neuerlichen und ausführlichen Untersuchung zu unterziehen, und, was gleich hier bemerkt werden soll, mit Entschiedenheit für die von der Novellen-Commission ausgesprochene Ansicht einzutreten³⁾. Dieses Unternehmen könnte vielleicht Manchem in Anbetracht des Umstandes, dass die bereits mehr als fünfjährige Praxis des Leipziger Oberhandelsgerichtes keinen einzigen die Perfektionsfrage betreffenden Fall aufzuweisen hat, ja dass ein derartiger Rechtsfall seit der vorcitirten Entscheidung des Berliner Obertribunals in der ganzen deutschen und österreichischen Gerichtspraxis nicht mehr vorgekommen, oder wenigstens keinem Instanzenzuge unterlegen ist, — als ein wenig praktisches erscheinen.

Diesem Einwurfe könnte als Rechtfertigung entgegengehalten werden, dass es Aufgabe der Wissenschaft ist, schwierige Rechtsprobleme zu untersuchen und zu lösen ohne Rücksicht auf die grössere oder geringere Häufigkeit der einschlägigen Fälle. Wir haben es jedoch in der Frage nach der Perfektion des Wechselacceptes mit einem auch praktisch

3) Die Frage nach dem Zeitpunkte der Perfektion des Wechselacceptes ist bisher nur von zwei Schriftstellern etwas ausführlicher erörtert worden: von Jacobi in Siebenhaar's Archiv für W.-R., Bd. 10, S. 337—367, u. von Siegel, Das Versprechen als Verpflichtungsgrund, Berlin 1873, S. 128—142. Beide vertreten die gegentheilige Ansicht, indem sie die Wechselobligation erst mit der Behändigung des Acceptes entstehen lassen.

wichtigen Probleme zu thun, weil von ihrer Beantwortung die Entscheidung einer Reihe von Fällen abhängt, welche das Leben täglich hervorbringen kann. Es gehören nämlich hieher ausser der Frage, ob der Bezogene sein nichtbehändigtes Accept mit liberirender Wirkung ausstreichen darf, noch folgende: ob derselbe aus einem wider Willen aus seinem Besitz gelangten Accepte verpflichtet sei; ob im Falle des Verlustes eines acceptirten, aber noch nicht ausgehändigten Wechsels die Amortisation Statt habe; ob die Wechselfähigkeit im Momente der Setzung des Annahmevermerkes genüge, oder auch zur Zeit der Behändigung vorhanden sein müsse; ob im Falle eines Concurses das vor der Eröffnung desselben geschriebene, aber erst nach Eröffnung vom Falliten begebene Accept aus der Masse zur Befriedigung gelange.

Aber nicht allein für diese unmittelbar in die Lehre vom Wechselaccepte gehörigen Fälle ist die Beantwortung der Perfektionsfrage von Bedeutung, sondern sie ist es auch für einen viel grösseren Kreis von Fällen mittelbar dadurch, dass mit ihr geradezu die Grundlehren des ganzen Wechselinstitutes zusammenhängen. Gelänge es nachzuweisen, dass das Wechselaccept bereits mit der Setzung der Scriptur und nicht erst mit der Behändigung derselben perfekt wird, dass also das zur Entstehung der Wechselobligation erforderliche constitutive Moment im Falle des Acceptes lediglich im Scripturakte besteht; und gelänge es weiters darzuthun, dass die Wechselobligation schaffende juristische Thatsache im Falle des Acceptes nicht unter die Rechtsfigur des Vertrages, sondern unter jene des einseitigen Rechtsgeschäftes zu bringen ist, dann könnte auch an die Konstruktion der Rechtsakte der Wechselausstellung und des Indossamentes mit grösserer Sicherheit als bisher gegangen werden, und es wäre somit ein weiterer Anhaltspunkt gewonnen, um den Streit über das juristische Wesen des Wechsels, wenigstens was die fundamentalsten Fragen anbetrifft, zu erledigen. Es liegt daher der Zweck dieser Untersuchung nicht allein in der Beseitigung einer in einer einzelnen Lehre obwaltenden Controverse,

sondern auch in der Gewinnung eines festen Grundsteines für den Aufbau einer richtigen Wechseltheorie⁴⁾.

Aber auch hiemit ist der Zweck dieser Untersuchung noch nicht erschöpft.

Die Frage, wann der Bezogene unwiderruflich gebunden sei, ist nicht blos streitig für das Geltungsgebiet der allgemeinen deutschen Wechselordnung, sondern sie bildet auch den Gegenstand der grössten Discordanz unter den positiven Bestimmungen der ausserdeutschen Gesetzgebungen.

Für die Gebundenheit des Bezogenen im Augenblicke des Schriftaktes entscheiden sich

Portugal, Brasilien, die argentinische Republik, Uruguay, Chile, Dänemark, Holland, Niederländisch-Indien, Surinam, Curaçao, Russland, Finnland, Schweden, die Cantone Aargau, Solothurn, Bern, Luzern, Schaffhausen und Basel-Stadt,

während nach dem Wechselrechte von

Frankreich, von den Cantonen Genf, Waadt, Neuchâtel, Tessin, Freiburg, von Haiti, Griechenland, Rumänien, Serbien, der Türkei, Monaco, Malta, Italien, Grossbritannien, den Vereinigten Staaten, Canada, Spanien, Columbia, Costa-Rica, Peru, Mexico, Bolivia, Salvador und Nicaragua erst die Begebung des Acceptes obligirende Wirkung besitzt.

Eine eigenthümliche, gewissermassen zwischen den entgegengesetzten Bestimmungen vermittelnde Norm enthält der

4) Es mag zur Illustration des innigen Zusammenhanges der Frage nach der Perfektion des Wechselacceptes mit den Grundlehren über die juristische Natur des Wechsels darauf hingewiesen werden, dass Kuntze bei der Konstruktion seines Creationsdogma's sich der im Art. 21 Abs. 4 der a. d. Wechselordnung enthaltenen Bestimmung als eines wesentlichen Argumentes bedient. Cf. Kuntze, Deutsches Wechselrecht, Leipzig 1862, S. 303; und Siebenhaar's Archiv für W.-R., Bd. 8, S. 350. — Die Bedeutung der Bestimmung über die Perfektion des Acceptes für die Konstruktion der übrigen Wechselakte wird m. E. mit Unrecht in Abrede gestellt von Jolly in der münchener kritischen Vierteljahrsschrift Bd. II, S. 555. 556.

in jüngster Zeit revidirte *Code de commerce* von Belgien; der Bezogene ist durch die Setzung des Annahmevermerkes gebunden, wenn er nicht innerhalb 24 Stunden nach dem Zeitpunkte der Überreichung des Wechsels zum Accepte die Ausstreichung desselben vorgenommen und den Präsentanten hiervon benachrichtiget hat⁵⁾).

Auf diese Discordanz unter den ausserdeutschen Ländern soll die Aufmerksamkeit nicht lediglich aus theoretischem Interesse, sondern von einem Gesichtspunkte aus gelenkt werden, welcher in jüngster Zeit zu grosser praktischer Bedeutung gelangt ist. Der Gedanke an ein internationales Wechselrecht im Sinne der Uniformität der einzelnen Wechselgesetze aller Länder geht der Verwirklichung entgegen. Die Association für Völkerrecht hat bei ihrer letzten Zusammenkunft in Haag im September vorigen Jahres eine Commission eingesetzt, welche mit der Zustandebringung eines Entwurfes des Codificationswerkes betraut wurde. Darf man sich auch bezüglich des Zeitraumes, welcher zwischen diesem ersten anbahnenden Schritte und der endlichen Publikation eines internationalen Wechselrechtes verstreichen wird, keinen sanguinischen Erwartungen hingeben, die Aussicht auf die Erreichung des Zieles ist gewiss vorhanden und die Wissenschaft kann sich nicht zu früh der Aufgabe bewusst werden, welche sie bei der Realisirung des grossen Gedankens zu erfüllen haben wird. Eine ihrer Hauptaufgaben wird darin bestehen, auf Grund eines umfassenden rechtsvergleichenden Studiums und des Eingehens in die sogenannte Natur der Sache die Discordanz zwischen den an eingelebten lokalen Einrichtungen herangewachsenen Ansichten der kaufmännisch

5) Art. 11, Abs. 3 u. 4 des Tit. VIII des belgischen *code de commerce* (Gesetz vom 20. Mai 1872): *Le tiré peut, s'il ne s'est pas dessaisi du titre, biffer son acceptation aussi longtemps que le délai de vingt-quatre heures, qui lui est accordé par l'article 16 [24 heures de la présentation] n'est pas expiré. Si le tiré ne donne pas au porteur connaissance de la biffure dans le délai préindiqué, la biffure est nulle.* Über die gründliche Verfehltheit dieses Vermittlungsversuches siehe weiter unten.

gebildeten Kreise auszugleichen. Aus diesem Grunde wird man eine besondere Aufmerksamkeit jenen Rechtssätzen zuzuwenden haben, rücksichtlich welcher die einzelnen derzeit bestehenden Wechselgesetze auseinandergehende Bestimmungen enthalten.

In der Frage nach dem Zeitpunkte der Perfektion des Wechselacceptes haben wir nun geradezu einen Musterfall eines derartigen Rechtssatzes vor uns, sowol was die Nichtübereinstimmung der diesbezüglichen Bestimmungen, als die Importanz des Gegenstandes anbetrifft, und es wird daher der Wissenschaft die Aufgabe zufallen, für die Aufnahme der einen oder der anderen Ansicht ihre Stimme zu erheben.

Dieser Aufgabe nachzukommen, bildet einen Theil des Zweckes der nachstehenden Untersuchung. Wie sich aus dieser selbst ergibt, brauchte derselben der über das Gebiet des deutschen Wechselrechtes hinausliegende Zweck nicht als ein fernliegender aufgezwungen zu werden, sondern ergab sich die Argumentation *de lege ferenda* ganz natürlich, nachdem schon für die Erörterung der positivrechtlichen Controverse das Eingehen in die Natur der Sache und die Berücksichtigung der Bedürfnisse des Verkehrs unerlässlich waren.

§. 2.

Das Problem.

So sehr die Ansichten der Schriftsteller in der Frage von einander abweichen, welches bei der Ausstellung eines Wechsels die zur Entstehung der Wechselobligation erforderlichen constitutiven Momente sind, und unter welchen Rechtsbegriff diese gebracht werden müssen, — darin ist man doch einig, dass aus der noch in den Händen des Ausstellers befindlichen Scriptur eine wirksame und definitive wechselrechtliche Verpflichtung noch nicht erwachsen ist, sondern dass, so lange das Papier, — habe sich der Scribent auch zur Ausfertigung einer solchen Scriptur verpflichtet und sei die Ausfertigung auch mit unbedingtem Verpflichtungswillen vor-

genommen worden — noch in der Hand des Ausstellers sich befindet, die Wechselobligation noch nicht zur Entstehung gelangt ist, und in Folge dessen der Aussteller, ohne eines Anderen Recht im geringsten zu kränken, die Scriptur wieder zerstören kann.

Ebendasselbe gilt für das Indossament rücksichtlich der vom Indossanten auf den Wechsel gesetzten Unterschrift⁶⁾.

Der Grund, aus welchem die Entstehung der Wechselobligation übereinstimmend auf jenen Zeitpunkt verlegt wird, in welchem die Scriptur aus der Hand des Scribenten gelangt, ist freilich nach den verschiedenen Wechselrechtstheorien ein verschiedener.

Nach den Vertragstheorien ist der unter Hingabe des Papieres mit dem Nehmer zu schliessende Vertrag ein zur Entstehung der Wechselobligation nothwendiger Akt, vor dessen Eintritt die bereits ausgefertigte Scriptur noch ohne

6) Unter den älteren französischen Schriftstellern behauptet Jacques Savary das Gegentheil, nämlich dass der Indossant schon mit der Niederschrift des Indossamentes unwiderruflich gebunden und daher nicht mehr zur Austilgung desselben berechtigt sei. Cf. Seinen *Parfait négociant, parère XIV, tom. II, p. 195: Dès qu'un ordre a été mis sur une lettre de change, celui qui l'a passé ne peut le rayer ni le bâtonner dans le but de la garder ou de la transporter à un autre. L'endos, en effet, a constaté d'une manière précise la remise de la valeur par le cessionnaire, et lui a transmis irrévocablement la propriété.* Savary gelangt zu dieser Ansicht offenbar in Folge einer falschen Generalisirung, indem er das in manchen Fällen das Geben des Papieres von Hand zu Hand vertretende *constitutum possessorium* ohne weiters in jedes Indossament hineinträgt. — Auch nach unserer Ansicht kann sowohl im Falle des Indossamentes, wie im Falle der Ausstellung eines Wechsels die Unwiderruflichkeit der noch in der Hand des Scribenten befindlichen Scriptur dadurch bewirkt werden, dass anstatt auf dem Wege des physischen Gebens und Nehmens des Papieres der juristische Besitz und das Eigenthum an demselben vermittelt eines *constitutum possessorium* an den Remittenten oder Indossatar übergeht. In einem solchen Falle ist die Scriptur gar nicht mehr als in den Händen des Scribenten als solchen befindlich anzusehen, sondern als in der Hand eines im Namen des Wechselgläubigers Detenirenden, der zufällig der Scribent selber ist. Daher begründet dieser Fall keine Ausnahme von dem oben aufgestellten Satze der nichtbindenden Kraft der bloßen Scriptur bei der Wechselausstellung und dem Indossamente.

rechtliche Bedeutung, gewissermassen eine Vorbereitungshandlung ist und daher wieder getilgt werden kann⁷⁾.

Ebenso verhält es sich nach jener Theorie, welche die Wechselobligation durch ein einseitiges Rechtsgeschäft entstehen lässt und das constituirende Moment dieses letzteren in der Aushändigung der Wechselscriptur erblickt. Bevor dieser Akt vom Scribenten gesetzt ist, besteht die Schrift

7) Cf. Thöl, Das Wechselrecht, 3. Aufl., Göttingen 1873, S. 319: „Die gegebene, nicht die versprochene, auch nicht die ausgestellte Tratte begründet den Wechselvertrag. Danach kann der Trassant die vollständig ausgestellte Tratte, bevor sie gegeben und genommen ist, durchstreichen und sonst zerstören, es ist das keine Verletzung eines Wechselvertrages.“

Hartmann, Das deutsche Wechselrecht, Berlin 1869, S. 102: „Die von dem einseitigen Willen und der alleinigen Thätigkeit des Ausstellers abhängige Wechselurkunde ist in den Händen des Urhebers ein werthloses Scriptum, das, wie von ihm geschaffen, so auch von ihm, ohne Rechtswiderspruch eines Dritten, wieder vernichtet werden kann . . . Es ist also noch ein Moment erforderlich . . . ein Vertragsverhältniss unter den Wechsel-Interessenten. Die Perfektion des Wechselgeschäftes setzt hiernach das Geben und Nehmen der formrichtigen Wechselurkunde voraus.“

Hoffmann, Ausführliche Erläuterung der a. d. W.-O., Giessen 1859, S. 222: „Durch den Akt der Ausstellung allein in den hierzu vorgeschriebenen Formen ist die Wechselverbindlichkeit noch nicht begründet; es muss die Besitzübergabe, d. h. die Abgabe des Wechsels von Seiten des Ausstellers und die dieser entsprechende Empfangnahme von Seite des Remittenten hinzukommen.“ — Ebenso in Siebenhaar's Archiv für W.-R., Bd. 18, S. 353, und in Goldschmidt's Zeitschrift für H.-R., Bd. XII, S. 474 fg.

De Fontenay in letztcit. Zeitschrift Bd. XVIII, S. 41: „Der Akt bei der Begründung einer wechselrechtlichen Verbindlichkeit ist eine Aufzeichnung auf einen Wechsel. Aber sie allein hat noch gar keine wechselrechtliche Wirkung, enthält nicht einmal eine Vertragsofferte, vielmehr wird eine solche erst in dem Augenblicke gemacht, in welchem die mit der Aufzeichnung versehene Wechselurkunde einem anderen übergeben wird . . . Bis dahin existirt der Wille nur im Innern des Wollenden, und er kann in diesem Stadium zu jeder Zeit, ohne rechtliche Folgen zurückzulassen, wieder aufgegeben werden.“

Ebenso Siebenhaar in seinem Archiv für W.-R., Bd. 16, S. 170 fg. Ladenburg ebenda Neue Folge Bd. V, S. 343.

gleichfalls nur als Vorbereitungshandlung und kann als solche jeden Augenblick beseitiget werden⁸⁾).

Sogar nach jener Theorie, welche das constitutive Moment in die vollendete Scriptur verlegt, das Gelangen derselben aus dem Besitze des Scribenten nur als Voraussetzung der Wirksamkeit der Wechselobligation erfordert und die Art, wie diese Voraussetzung eintritt, als gleichgiltig erklärt, — ist, so lange diese Voraussetzung nicht eingetreten, der Scribent in der Lage, durch Tilgung der Schrift das Wirksamwerden der Obligation zu verhindern⁹⁾).

Diese Unterschiede in der Konstruktion des die Wechselobligation begründenden Rechtsgeschäftes sind uns hier, so sehr sie das Wesen der Sache sonst treffen, gleichgiltig. Für

8) Cf. Jolly in der münchener krit. Viertelj.-Schrft. Bd. II, S. 552; Goldschmidt in seiner Zeitschrift für H.-R., Bd. VI, S. 342. Beide in einer Polemik gegen Kuntze.

Unger in Grünhut's Zeitschrift Bd. I, S. 372: „Das Geben und Nehmen des Papiere hat allerdings nicht die Bedeutung und Wirkung, einen wie immer ausgearteten obligatorischen Vertrag zu erzeugen, wol aber die Bedeutung und Wirkung, das einseitige Rechtsgeschäft zur Perfektion zu bringen und die selbstbewerkstelligte Gebundenheit des Ausstellers in Vollzug zu setzen.“

9) Kuntze, Wechselrecht S. 51: „Erst durch Nehmung Seiten des Remittenten wird die Obligation aus dem concipirten Wechsel geboren. Zwischen Ausstellung und Nehmung ist der Wechsel ein unfertiger, werdender Wechsel, ein *cambium imperfectum*. S. 303: Es versteht sich, dass die einseitige Thätigkeit des Disponenten zur Begründung eines fremden Anspruches nicht genügt, sondern vielmehr kann als zweite Voraussetzung dafür eine Thätigkeit des gegenüber tretenden Gläubigers hinzuverlangt werden, und bis zu diesem Zeitpunkte dem Disponenten die Befugniss gegeben sein, seinen Scripturakt rückgängig zu machen.“ Note 5: nach dem Satze *hominis voluntas ambulatoria est*. —

Nach der Personificationstheorie, vertreten durch Bekker in dessen Jahrbuch Bd. I, S. 292 fg. Volkmar und Löwy in Goldschmidt's Zeitschrift f. H.-R., Bd. II, S. 559 fg. Bd. III, S. 124 fg. und Martin im neuen Archiv von Voigt Bd. II, S. 399 fg., ist der noch nicht ausgehändigte Wechsel, der wahre Gläubiger, noch ohne Vertreter, „das Recht ruht“, [Volkmar u. Löwy, Wechselordnung, Berlin 1862, S. XV.] es kann daher in diesem Zustande die Scriptur zurückgenommen werden.

die hier zu erörternde Frage ist es von Wichtigkeit, dass sowohl nach den Vertragstheorien, wie nach den Theorien vom einseitigen Formalakte, die Gebundenheit des Scribenten erst mit dem Augenblicke eintritt, in welchem die Scriptur aus seinen Händen gelangt, und bis zu diesem Augenblicke mit der Tilgung der Scriptur die Möglichkeit der Entstehung einer Wechselobligation beseitiget wird.

Dieser Satz von der nichtbindenden Kraft der blos geschriebenen Willenserklärung auf die Wechselannahme angewendet, ergäbe, dass auch der Bezogene nicht schon durch die Niederschrift des Acceptvermerkes, sondern erst mit jenem Zeitpunkte gebunden ist, in welchem der acceptirte Wechsel aus seiner Hand gelangt; dass mithin der Bezogene bis zu diesem Zeitpunkte, gerade so wie der Aussteller und der Indossant, durch Austilgung der von ihm gesetzten Scriptur die Entstehung oder das Wirksamwerden der Wechselobligation verhindern kann¹⁰⁾.

Dem entgegen wird von einer grossen Anzahl von Schriftstellern¹¹⁾ behauptet, dass für die Perfektion des Wechselacceptes etwas anderes gelte, als für jene der übrigen Wechselakte; nämlich, dass die durch das Accept begründete Wechselobligation schon mit der blosen Setzung der Scriptur zur Perfektion gelange, und dass in Folge dessen der Bezogene zur Tilgung des ihn voll verpflichtenden Acceptvermerkes nicht berechtigt sei.

Den Ausgangs- und Angelpunkt in der diesbezüglich obwaltenden Controverse bildet der Absatz 4 des Artikels 21 der a. d. Wechselordnung, der da lautet: die einmal erfolgte Annahme kann nicht wieder zurückgenommen werden.

10) Diese Gleichstellung des Annahmeaktes mit dem Wechselakte der Ausstellung und des Indossamentes ist das Hauptargument der auf S. 5 angeführten Schriftsteller, welche die Perfektion des Acceptes erst mit der Aushändigung der Scriptur eintreten lassen.

11) Cf. die auf S. 2—4 citirten Schriftsteller an dem dort a. O.

§. 3.

Der Absatz 4 des Artikel 21 der a. d. Wechselordnung.

1. Unzulänglichkeit der Verbalinterpretation.

Ein Theil der Schriftsteller hat sich die Interpretation dieser Gesetzesstelle sehr leicht gemacht. Sie verstehen sie kurzweg so, als ob sie lautete: die einmal niedergeschriebene Annahme kann nicht wieder zurückgenommen werden¹²⁾. Wie wenig in diesem Falle mit dem Mittel einer einfachen Wortinterpretation gedient ist, mag daraus ersehen werden, dass andere Schriftsteller auf demselben Wege gerade zum entgegengesetzten Resultate gelangen. Siebenhaar¹³⁾ z. B. versteht den Abs. 4 Art. 21 so, als stünde anstatt „erfolgt“ — „ausgefolgt“, und erklärt sich den Umstand, dass diese Gesetzesstelle „trotz ihrer Klarheit der Gegenstand grosser Meinungsverschiedenheit geworden ist“ nur dadurch, dass man sie in Folge einer vorgefassten Idee missverstanden und für diese allerhand und zwar die abentheuerlichsten Argumente vorgeführt hat. Gegnerischerseits erklärt auch Kletke¹⁴⁾ durch „die einfache und keine andere Deutung zulassende Auslegung des Schlusssatzes des Art. 21“ zu seiner Ansicht gekommen zu sein, — und es erscheint so das auf demselben Wege gewonnene Resultat dem einen einfach und klar, dem anderen abentheuerlich.

Diese Seltsamkeit erklärt sich dadurch, dass aus dem Abs. 4 Art. 21 das unrechte Wort zu interpretiren versucht wird, indem beiderseits der Scharfsinn der Auslegenden sich

12) Cf. Blaschke, Das österr. Wechselrecht, 5. Aufl., Wien 1867, S. 168, Note 8) „Die Annahme ist erfolgt, wenn das Accept auf den Wechsel geschrieben ist“. Koch, Das Wechselrecht, Breslau 1850, S. 167. Kalessa, Handbuch des österr. Wechselrechtes, Wien 1852, S. 36. Kitka, Erläuterungen über die österr. W.-O., Wien 1854, S. 260. Kheil, Wechselrecht des österr. Kaiserstaates, 2. Aufl. Prag 1859, S. 156. Kletke, Encyklopädie des ges. europ. Wechselrechtes, Leipzig 1861—1862, Bd. I, S. 162.

13) In dessen Archiv für W.-R., Bd. XVI, S. 170. 171.

14) a. a. O. S. 162.

den Worten „einmal erfolgt“ zuwendet. So lange bei der Interpretation dieser Gesetzesstelle das Schwergewicht auf diese beiden Worte gelegt wird, kann in derselben eine Entscheidung der Perfektionsfrage gar nicht gefunden werden. Dies zeigt uns folgende Erwägung.

Was müsste man thun, um in einer Gesetzesstelle, lautend: Nach einmal erfolgtem Vertragsabschlusse kann kein Theil zurücktreten, — eine Entscheidung der Frage zu finden, wann die definitive Gebundenheit beider Theile eintritt? Auf die Worte „einmal erfolgt“ dürfte man nicht das geringste Gewicht legen, denn sie wollen nichts sagen, als: nach vollendetem — perfektem — Vertragsabschlusse, und hätten ebensogut wegbleiben können, indem sie sich bei der Textirung: Nach Vertragsabschluss kann kein Theil zurücktreten — von selbst verständen. Um zu wissen, wann die Gebundenheit beider Theile eintritt, müsste vielmehr festgestellt werden, welche juristische Thatsache das Gesetz unter dem Ausdrücke Vertragsabschluss begreift. Weiss man dies, dann weiss man auch jenes, indem mit der Setzung der unter dem Worte Vertragsabschluss verstandenen Thatsachen jene Voraussetzung vorhanden ist, an welche das Gesetz als Effekt die Gebundenheit der beiden Contrahenten knüpft.

Ganz ebendasselbe gilt für die Stelle der Wechselordnung: die einmal erfolgte Annahme kann nicht wieder zurückgenommen werden. Auch hier hätten die Worte „einmal erfolgt“ weggelassen werden können, ohne den Sinn der Bestimmung zu alteriren, indem sie sich bei der Textirung: die Annahme kann nicht zurückgenommen werden, ganz von selbst verstehen würden. Auch hier muss, um den Zeitpunkt des Eintrittes der Folgen zu eruiren, der thatsächliche Umfang der Ursache festgestellt werden, d. h. es muss untersucht werden, was das Gesetz in dieser Stelle unter dem Ausdrücke „Annahme“ versteht.

Wie aus den Artikeln 18, 19, 20 bis 25, 28, 38, 59, 60, 68 und 92 der Wechselordnung hervorgeht, bezeichnet diese mit dem Ausdrücke „Annahme“ jenen juristischen Vorgang,

jenen Rechtsakt, durch welchen der Bezogene in die Wechselobligation eintritt. Ähnlich jedoch, wie mit dem Ausdrucke „Indossament“ nicht bloß der ganze wechselrechtliche Akt (Art. 10, 16 Abs. 2), sondern auch der schriftliche Vermerk auf dem Wechselbrieft (Art. 17 Abs. 1, 55) bezeichnet wird, ebenso wird nach dem Sprachgebrauche der Wissenschaft und des Verkehrs mit dem Ausdrucke „Annahme“ nicht bloß der ganze Rechtsakt, sondern auch der vom Bezogenen auf den Wechsel geschriebene Vermerk bezeichnet. Allerdings ist zur Bezeichnung des letzteren der Ausdruck „Accept“ der häufiger gebrauchte, und bedient sich auch die a. d. Wechselordnung dort, wo sie von der Scriptur des Bezogenen redet, des Ausdruckes „Accept“, wie in den Art. 7, 20, 22, 59, 75 u. 76. Die Wechselordnung gebraucht jedoch auch für den Rechtsakt, den sie sonst mit dem Worte „Annahme“ bezeichnet, den Ausdruck „Accept“, wie in den Artikeln 23 Abs. 2, 69 und 73 *in fine*. Man muss daher die Ausdrücke „Annahme“ und „Accept“ auch nach der Terminologie der a. d. Wechselordnung als Synonyma bezeichnen, welche bald für den ganzen Rechtsakt, durch welchen der Bezogene in die Wechselobligation eintritt, bald für den bloßen Vermerk auf dem Wechselbrieft gebraucht werden. Es ist demnach in jedem Falle, in welchem es für den Sinn einer Bestimmung von Wichtigkeit ist, ob einer dieser Ausdrücke im Sinne von Rechtsakt oder im Sinne von Scriptur genommen werden muss, zu untersuchen, ob die erstere oder die letztere Bedeutung dem gewählten Ausdrucke unterzulegen ist.

Einen solchen Fall haben wir im Abs. 4 Art. 21 der Wechselordnung vor uns. Ob hier der Ausdruck „Annahme“ in der Bedeutung Rechtsakt oder in der Bedeutung Scriptur zu nehmen ist, darauf kommt in diesem Falle sehr viel an. Ist hier unter „Annahme“ die Scriptur zu verstehen, dann enthält diese Stelle die Bestimmung, dass der Bezogene schon durch die Setzung des Annahmevermerkes gebunden, dass also der für die Entstehung seiner Verbindlichkeit entscheidende Akt die Niederschrift ist. Ist hingegen in dieser Stelle

unter „Annahme“ der ganze juristische Vorgang zu verstehen, durch welchen der Bezogene in die Wechselobligation eintritt, dann trifft die Wechselordnung in derselben die Bestimmung, dass nach Vornahme dieses Rechtsaktes, also nach erfolgter Obligirung des Bezogenen, dieser von seiner Verbindlichkeit nicht mehr loskommen kann.

Im ersteren Falle hätten wir in dieser Stelle vor uns die Normirung des Zeitpunktes, in welchem, verschieden von den übrigen Wechselakten, die Perfektion der Wechselobligation erfolgt; im letzteren Falle eine Bestimmung über den Inhalt, die Qualität der perfekten Wechselobligation.

Um die Bedeutung des Ausdruckes „Annahme“ dreht sich also der ganze Sinn des Abs. 4 Art. 21 der Wechselordnung.

§. 4.

Fortsetzung.

2. Unzulässigkeit der ausschliessenden Interpretation.

Welche von den beiden dem Wortlaute nach gleich möglichen Bedeutungen muss nun dem Ausdrucke „Annahme“ im Abs. 4 Art. 21 der Wechselordnung untergelegt werden?

Man hat geglaubt, diese Frage unter Anwendung des logischen Satzes vom ausgeschlossenen Dritten beantworten zu können. Wie im vorigen §. dargethan wurde, hätte der Abs. 4 Art. 21, den Ausdruck „Annahme“ im Sinne von Rechtsakt genommen, zum Inhalte die Bestimmung, dass sich der Bezogene von der durch den Annahmeakt eingegangenen Verbindlichkeit nach der Perfektion derselben nicht mehr losmachen kann. Man meint nun, dass der Satz, der Acceptant könne sich von der einmal übernommenen Verbindlichkeit nicht mehr einseitig losmachen, im Hinblick auf die Grundsätze des allgemeinen Privatrechtes selbstverständlich, ja trivial wäre¹⁵⁾. Da nun der knappen Wechselordnung nicht zu-

15) Cf. Hoffmann, Erläuterung, S. 300; Kuntze in Siebenhaar's Archiv für W.-R. B. VIII. S. 349 Note 6.; Brauer in Goldschmidt's Zeitschrift für H.-R. B. I. S. 29; — e — im neuen Archiv von Voigt

gemuthet werden kann, dass sie bezüglich des Inhaltes der Acceptsobligation eine Bestimmung aufgenommen habe, welche schon mit den allgemein civilrechtlichen Grundsätzen gegeben sei, so könne unmöglich dem Abs. 4 Art. 21 der Sinn beigelegt werden, dass der Acceptant sich von seiner Verbindlichkeit nicht mehr losmachen kann. Es könne daher diese Stelle der Wechselordnung nur dahin verstanden werden, dass die Scriptur nicht mehr zurückgenommen werden kann, dass also schon mit dieser die Perfektion des Wechselacceptes vollzogen sei.

In dieser Schlussfolgerung ist die erste Prämisse falsch. Der Abs. 4 Art. 21 ist, — auch wenn er sich nicht auf die Perfektion des Wechselacceptes, sondern auf die Stellung des Acceptanten zur bereits perfekten Obligation bezieht, — im Hinblick auf die Grundsätze des allgemeinen Privatrechtes nicht selbstverständlich, daher nicht überflüssig oder trivial.

Es ist vor Allem unrichtig, den Abs. 4 Art. 21 nur auf das Loskommen des Acceptanten von seiner Verbindlichkeit durch einseitige Thätigkeit zu beziehen. Diese Stelle bestimmt, dass die einmal erfolgte Annahme nicht mehr zurückgenommen werden kann, schlechthin, also auch nicht unter Zustimmung des Wechselinhabers. Es schliesst daher diese Stelle auch den Fall eines Vertrages zwischen dem Acceptanten und dem Wechselinhaber in sich, so dass auf Grund derselben selbst dann, wenn der Wechselinhaber einwilliget, der Acceptant seine Annahmeerklärung nicht mit der Wirkung zurücknehmen kann, dass die Rechtsfolgen derselben wieder aufgehoben werden. Dies ist nach allgemein civilrechtlichen Grundsätzen nicht selbstverständlich. Würde man das Rechtsverhältniss des Acceptanten zum Wechselinhaber und dessen Vormännern nach den Bestimmungen des allgemeinen Privatrechtes beurtheilen, dann müsste man die Grundsätze über die aktive Correalobligation auf dasselbe zur Anwendung

B. III. S. 98; Unger in Grünhut's Zeitschrift für österr. Recht B. I. S. 373.

bringen¹⁶⁾ und sagen, dass der zwischen dem Wechselinhaber als einem der Correalgläubiger und dem Acceptanten als dem gemeinsamen Schuldner geschlossene auf wirkliche Liberirung des letzteren gerichtete Erlassvertrag das ganze Correalverhältniss beseitige¹⁷⁾, also den Acceptanten auch den Vormännern des Wechselinhabers gegenüber befreie. Die Eigenthümlichkeit des Wechselinstitutes verlangt aber¹⁸⁾, dass die Anwendung der Grundsätze über die Correalobligation in diesem Falle ausgeschlossen und der Wechselinhaber nicht befugt sei, durch Erlassvertrag über das ganze Schuldverhältniss zu disponiren¹⁹⁾.

16) Cf. Biener, Wechselrechtliche Abhandlungen, Leipzig 1859, S. 348. 349.

17) Cf. Arndts, Pandekten, 5. Aufl., München 1865. S. 439. Windscheid, Pandekten, 4. Aufl., Düsseldorf 1875. B. II. S. 144. Note 4); Mages, Gesamtschuldverhältnisse des österr. Rechtes, Wien 1872, S. 130 behauptet für das österr. Recht, dass durch Erlassvertrag zwischen dem Schuldner und einem Correalgläubiger der erstere nur dann gänzlich befreit werde, wenn durch Klaganstellung von Seite des letzteren das Correalverhältniss bereits consummirt war.

18) Cf. Savigny, Das Obligationenrecht, Berlin 1851, B. I. 287 fg.

19) Auch nach den ausländischen Wechselrechten hat der Wechselinhaber diese Befugniss nicht. Cf. für das französische Wechselrecht Nouguier, *Des lettres de change*, 4. édition, Paris 1875, Tom. I. p. 363. No. 546: *Il n'est pas dans les pouvoirs du porteur de laisser à l'accepteur la liberté de biffer sa signature, parce que l'acceptation est un contrat qui, quoique unilatéral, produit des engagements vis-à-vis du tireur et des endosseurs, et parce qu'un porteur déloyal pourrait priver du droit d'agir contre le tiré, le tireur et les endosseurs poursuivis en garantie.* —

Für das englische Wechselrecht cf. Chitty, *On bills of exchange*, 10. edition, London 1859, p. 206, No. 6: *A complete acceptance communicated to the holder is not revocable, even with the consent of the holder; because the drawer and indorsers have already acquired a right and interest therein* und Byles, *A treatise on the law of bills of exchange*, 11. edition, London 1874, p. 191: *The acceptance could not be revoked by the drawee, though the party, to whom it was given consented to the revocation, and though neither the indorsee nor any other party to the bill had notice of the acceptance.* Ferner die Darstellung des englischen Wechselrechtes in der Borchardt'schen Sammlung der Wechselgesetze aller Länder, Berlin 1871. B. I. S. 191: „Eine von dem berechtigten Wechsel-Inhaber oder unter Zustimmung desselben

Wollte die a. d. Wechselordnung dieser Anforderung gerecht werden, dann musste sie, um die befreiende Wirkung des Erlassvertrages zwischen dem Wechselinhaber und dem Acceptanten auszuschliessen, schlechthin bestimmen, dass die einmal erfolgte Annahme nicht wieder zurückgenommen werden könne. Da sich diese Bestimmung nach den Grundsätzen des allgemeinen Privatrechtes nicht von selbst verstünde, sondern eher das Gegentheil derselben, so wäre der Abs. 4 Art. 21, auch wenn er sich auf die Stellung des Acceptanten zum perfekten Wechselaccepte bezöge, nicht überflüssig, nicht trivial.

Aber selbst dann wäre er dies nicht, wenn er wirklich nur das einseitige Loskommen des Acceptanten von seiner Verbindlichkeit in allen Fällen ausschliessen wollte; man müsste denn den Vorwurf der Trivialität dem grösseren Theile der älteren und heutigen Wechselordnungen ²⁰⁾ gleichfalls machen.

absichtlich vollzogene Tilgung des auf dem Wechsel befindlichen Acceptes befreit den Acceptanten von seiner Verbindlichkeit gegen den Inhaber und dessen Nachmänner, nicht aber gegen dessen Vormänner. Ausserhalb des Wechsels ertheilte Verzichtserklärungen entlasten den Acceptanten nur dem Verzichtenden gegenüber.“

Für das italienische Wechselrecht cf. Vidari, *La lettera di cambio*, Firenze 1869, p. 271: *Si è detto, che la accettazione è irrevocabile; ma a codesta regola generale vi hanno eccezioni. È chiaro, infatti, che per mutuo consenso ogni contratto deve potersi revocare. Ond' è, che se portatore e accettante pattuiscono di cancellare l'accettazione, la cancellazione è valida, e libera affatto il trattario rimpetto al portatore . . . e la rinuncia, se deve potere esser valida per lui, non deve, da altra parte, danneggiare i terzi.*

Für das holländische Wechselrecht cf. Kist, *Beginnselen van handelsregt*, 2. deel: *Handelsverbindtenissen uit schrift*, 2. druk, Amsterdam 1874, p. 163: *Zelfs al stemde de houder, die de acceptatie gevraagd en bekomen heeft, toe in de heroeping daarvan, dan nog zoude de acceptantg ehouden blijven, daar de houder de bevoegdheid mist om afstand te doen van de regten, die andere in den wissel betrokkene personen uit de acceptatie kunnen ontleenen.*

Bezüglich der a. d. Wechselordnung cf. Kalassa, *Wechselrecht* S. 36; Braun, *Die Lehre vom Wechsel*, Leipzig 1869, S. 204; Siegel, *Versprechen*, S. 141.

20) Amsterdamer Willkühr vom 17. Februar 1662: *'t Gebruyck van dese plaatse is, dat alle de geen en die Wisselbrieven accepteren,*

Denn diese enthalten ausdrückliche Bestimmungen darüber, dass die an das perfekte Wechselaccept geknüpften Rechtsfolgen durch den Acceptanten in keiner Weise, weder durch Widerruf, noch durch Einrede, abgewendet werden können,

henselven door middel van haer acceptatie maaken debiteurs; en of schoon de Trekkers insolvent quamen te worden. [Der hiesige Platzgebrauch geht dahin, dass alle diejenigen, welche Wechselbriefe acceptiren, sich selbst durch diese Annahme zu Schuldnern machen und obschon die Aussteller insolvent geworden sind] Siegel, *Corpus juris cambialis*, Leipzig 1742, T. II. S. 432.

Breslau, W.-O. vom J. 1672, Absatz 1: Wer einen Wechselbrief acceptirt, soll dadurch dergestalt kräftig verbunden sein, dass er mit keiner darwider eingewandten Einrede gehört werden kann. Zimmerl, Sammlung der Wechselgesetze, Wien 1809, B. I. Abth. 1, S. 189. Ebenso der Art. II. §. 3. der erneuten W.-O. v. 12. August 1738. Siegel, Tom. II. S. 299.

Dänemark, W.-O. v. 21. März 1681, Art. 12: Wer einmal einen Wechselbrief acceptirt, kann solches nicht widerrufen. Siegel a. a. O. S. 329.

Leipzig, W.-O. v. J. 1682. §. 13: Derjenige, so einen Wechselbrief acceptirt, constituirt sich dadurch zum Debitor oder Selbstschuldner, und wird dermassen kräftig gebunden, dass er mit keiner darwider eingewandten Ausflucht sich dagegen schützen kann. Siegel a. a. O. S. 23.

Danzig, W.-O. v. J. 1701 Art. 16: Wer einen Wechselbrief acceptirt, der wird dadurch Debitor oder Selbstschuldner, und ist gehalten, es sei gleich die Valuta bezahlt und vergütet worden oder nicht, denselben ohne einigen Ausstell zu bezahlen, dergestalt, dass er mit keiner dawider einzuwendenden Exception, wie sie Nahmen haben möge, gehöret werden soll. Siegel a. a. O. S. 273.

Magdeburg, W.-O. v. 25. April 1703, Art. 3: Wer einen Wechselbrief acceptirt, der ist und bleibt dafür auf's allerbündigste Debitor, bis solcher Wechselbrief bezahlt worden. Zimmerl, a. a. O. B. II. Abth. 2. S. 3.

Bremen, W.-O. v. 22. März 1712. Art. 19: Wenn die Acceptation gebührend geschehen ist, ist der Acceptant als Selbstschuldner zu bezahlen schuldig und mögen ihn keine *exceptiones* dagegen zu statten kommen. Siegel a. a. O. S. 269.

Braunschweig, W.-O. v. 1. August 1715. Art. 24: Wer einmal acceptirt hat, der ist und bleibt, er stehe auch mit dem Trassanten, wie er wolle, und habe *Valutam* davor empfangen oder nicht, als Selbstschuldner auf's Kräftigste gebunden, und vermag sich dawider auch nicht mit *contre-ordre* oder anderen Behelff schützen. Siegel a. a. O. S. 253.

Oesterreich, W.-Patent v. 10. September 1717, Art. 5: Derjenige, so den Wechselbrief acceptirt hat, soll, es sei gleich die Valuta gelau-

selbst in gewissen Fällen nicht, in welchen man ein solches anzunehmen geneigt sein könnte, wie im Falle der mangelnden Deckung, des Concurses des Trassanten, der Erlöschung

fen oder nicht, ohne einige Exception, die habe Namen, wie sie wolle, zu bezahlen schuldig sein, und es soll bei der gemeinen Regel: *chi accetta paghi* allerdings sein Bewenden haben. Siegel, a. a. O. S. 152.

Botzen, W.-O. v. 6. August 1718. Cap. 32 in fine: *Essendo corsa l'accettazione s'intenda sempre, e in qualsivoglia caso l'accettante obbligato al pagamento*. Siegel, a. a. O. S. 233. Ebenso die Marktprivilegien v. 13. Januar 1787. Cap. V. §. 76: Wer acceptirt hat, ist Bezahlung in allen Fällen ohne einige Ausnahme oder Entschuldigung zu leisten schuldig. Zimmerl, B. I. Abth. 2. S. 94.

Gotha, W.-O. v. J. 1732. §. 1: Wenn ein Wechselbrief einmal acceptirt worden, muss selbiger bei der Verfallszeit ohne einige Exception bezahlt werden. Zimmerl B. II. Abth. 1. S. 95.

Elbing, W.-O. v. 27. Jänner 1758. Art. 35: Wer auch einmal acceptirt hat, derselbe kann nicht wieder zurückgehen, wenn gleich sein Trassant inmittelst gestorben oder fallirt worden, oder wenn auch die Acceptation aus Irrthum bewerkstelligt worden. Zimmerl, B. I. A. 2. S. 292.

Bilbao, W.-O. v. J. 1737, bestätigt 7. Augnst 1774. §. 37: *Los, que aceptáren han de quedar constituidos y obligados à la paga de las letras, sin que les excuse de ésto el haber faltado à su credito el Librador, ni el alegar que aceptaron en confianza sin tener provision para ello, ni otra alguna excepcion* [diejenigen, welche acceptiren, bleiben zur Bezahlung der Wechselbriefe verpflichtet, ohne dass sie der Umstand, dass der Aussteller fallirt hat, davon befreit, noch die Behauptung, dass sie ohne Deckung zu haben acceptirten, noch irgend eine andere Einrede.] Zimmerl, B. I. Abth. 1. S. 267.

Churbayern, W.-O. v. J. 1776. §. 2. Abs. 2: Es hat bei der allgemeinen Regel: *Chi accetta paghi*, nämlich: Wer einen Wechselbrief einmal annimmt, muss solchen bezahlen, allerdings sein Verbleiben, und ist derjenige also, welcher einmal acceptiret, auch ohne Widerrede und Ausnahme zu zahlen schuldig. Zimmerl, B. I. A. 1. S. 190.

Augsburg, W.-O. v. Jahre 1778. Cap. 3. §. 22: Wer Wechselbriefe acceptirt hat, der machet sich dadurch alsofort zum Schuldner, und ohne Ausflucht zur Zahlung verbindlich, die Valuta sei davon gelaufen oder nicht, und bleibet es bei der allgemeinen Regel: *chi accetta paghi*. Zimmerl, B. I. Abth. 1. S. 160.

St. Gallen, W.-O. vom 18. Juni 1784, Titel III. §. 1: Wer also einen Wechselbrief acceptirt, der macht sich dadurch alsofort zum Schuldner und ohne Ausflucht zur Bezahlung desselben verbindlich. Borchardt Sammlung der deutschen u. ausländ. Wechselgesetze, B. I. S. 418.

Türkei, Ferman v. J. 1803 bestimmt: dass zur Beseitigung der oftmaligen Ausflüchte, dem Acceptanten sei vom Trassanten Deckung

des auf das Deckungsverhältniss abzielenden Mandates durch Contreordre oder durch Tod des Ausstellers, der gefälschten Unterschrift des letzteren u. dgl.

nicht übermacht worden, von nun an der Acceptant ohne jede Einrede zur Zahlung verbindlich sei. Zimmerl, B. I. Abth. 2. S. 247.

Frankreich, *Code de commerce* v. 1. Jänner 1808. Art. 121: *Celui, qui accepte une lettre de change contracte l'obligation d'en payer le montant. L'accepteur n'est pas restituable contre son acceptation, quand même le tireur aurait failli à son insu avant qu'il eût accepté.* Borchardt, Sammlung der ausländ. Wechselgesetze B. II. S. 96. Gleichlautend Art. 119 des *Code de com.* von Haiti v. 8. März 1826, ebenda S. 187; Art. 111 des *Code de com.* von Monaco v. 18. Jänner 1818, ebenda S. 279; Art. 15. des Gesetzes v. 4. Juni 1829 für Waadt, ebenda S. 454; Art. 1244 des *codice civile* von Tessin v. 14. Juli 1837 ebenda S. 446; Art. 34. des Gesetzes v. 3. Juni 1833 für Neufchatel, ebenda S. 440; Art. 103 des *code de com.* von Freiburg v. 26. Dezemb. 1849, ebenda S. 432; Art. 79. des *code de comm.* der Türkei v. J. 1850, ebenda S. 489. §. 91 des Hand. Ges. Buches von Serbien v. 25. Jänner 1860, ebenda 464; Art. 117 des *codica de comerci* von Rumänien v. 7. Dez. 1863, ebenda S. 366; Art. 208 des *codice di commercio* von Italien v. 1. Jänner 1866, ebenda S. 255; Art. 135. der *Ordinanza* für Walta v. 2. Oktober 1857, ebenda S. 164; ebenso beinahe gleichlautend:

Holland, *Wetboek van Koophandel* v. 10. April 1838, Art. 119. Abs. 4: *Hij (der Acceptant) kannegen zijne acceptatie niet in zijn geheel worden hersteld, al hadde de trekker geen fonds besorgd, of al ware deze, buiten zijn weten, vóór de acceptatie gefailleerd.* ebenda S. 199 und

Portugal, *Codigo commercial* v. 8. Juni 1833. Art. 340: *O accetante não é restituído contra o seu acceite, ainda que o sacador lhe não tivesse apromptado os fundos, ou falisse antes do acceite sem elle o saber.* ebenda S. 353. und Venezuela, *Codigo de comercio* v. 29. August 1862 Art. 22: *La aceptacion impone al aceptante la obligacion de pagar al portador el valor de la letra de cambio, aun cuando no haya recibido la provision.* Art. 23: *No se exime de la responsabilidad el aceptante par la quiebra que ignore haber hecho el libradar.* ebenda S. 513. [Die Annahme verpflichtet den Acceptanten dem Inhaber die Wechselsumme zu bezahlen, auch wenn er Deckung nicht erhalten hat. Von der Verbindlichkeit wird der Acceptant nicht durch den Concurs befreit, in welcher der Aussteller ohne sein Wissen gefallen ist.]

Was alle diese Gesetze mit Beziehung auf gewisse Thatsachen, wie Nichtempfang von Deckung, Concurs oder Contreordre des Ausstellers, festsetzen, das formulirt der *Codigo de comerio* von Spanien v. 30. Mai 1839 für alle möglichen Fälle dadurch, dass er im Art. 463 bestimmt: *No se admite restitution ni otro recurso contra la aceptacion puesta in debida forma.* [Gegen die in gehöriger Form gesetzte Annahme ist weder Wiederherstellung noch irgend ein anderes Mittel zulässig.]

Alle diese Gesetze sprechen von der Unwiderruflichkeit der Annahme, aber nicht im Sinne der Unwiderruflichkeit der einmal gesetzten Scriptur, sondern im Sinne der Unwiderruflichkeit der übernommenen Verbindlichkeit.

Denselben Rechtssatz von der Unwiderruflichkeit der Verbindlichkeit des Acceptanten finden wir auch beinahe bei sämtlichen älteren Schriftstellern; so bei Benvenuto Straccha²¹⁾, Sigismund Scaccia²²⁾, Raphael de Tur-

Borchardt a. a. O. S. 476. Dass in dieser Stelle die Worte *puesta in debida forma* nicht so zu verstehen sind, als lauteten sie *escrita una vez à la letra de cambio* [die einmal auf den Wechselbrief geschriebene Annahmeerklärung], dass diese Stelle also nicht im Sinne der Unwiderruflichkeit der Scriptur, sondern im Sinne der Unlösbarkeit der Verpflichtung aufzufassen ist, ergibt sich daraus, dass der Abs. 2 desselben Artikels 463 lautet: *Solo cuando se probare que la letra es falsa, quedará ineficaz la aceptacion* [Nur wenn bewiesen wird, dass der Wechsel falsch ist, soll die Annahme ohne Kraft sein]; indem hier als Ausnahme die Möglichkeit des Loskommens des Acceptanten statuirt wird, muss der vorhergehende Satz die Regel enthalten, dass dem Acceptanten das Loskommen von seiner Verbindlichkeit unmöglich, daher diese und nicht die Scriptur unwiderruflich ist. In diesem Sinne wird diese Bestimmung auch aufgefasst von De la Serna und Reus, *Código de comercio anotado*, 6. edition, Madrid 1875, p. 177. — Ebenso lauten Art. 420 des Código de com. von Columbia v. 1. Juni 1853, Borchardt B. II. S. 58; Art. 410 des Cod. de com. von Costa-rica v. Jahre 1850, ebenda S. 73; Art. 356 des Cod. de com. von Mexico v. 16. Mai 1854, ebenda S. 267; Art. 421 des Cod. de com. von Peru v. 30. April 1853, ebenda S. 340.

21) *Tractatus de mercatura, cambiis etc.* 1556, *Rotae Genuae decisio* CLVIII, No. 2 u. 3, p. 281 (der Amsterdamer Ausgabe vom J. 1669.) Summarium 2: *Acceptans literas efficitur debitor ejus, cui est solvendum cambium, de quo in literis.* 3: *Scribens literas cambii eis acceptis non potest ordinem revocare.*

22) *Tractatus de commerciis et cambio* 1618, §. II. Glossa V. No. 327—330, p. 382 (der Frankfurter Ausgabe vom J. 1648.) *Quaero an is, qui acceptavit solvere litteras cambii possit poenitere, et recusare earum solutionem, praesertim, si post transmissas ad se litteras, is, qui litteras fecit, decoxerit? Respondeo, quod, acceptatis litteris, non potest illarum solutionem recusare, quamvis debitor decoxerit. Etiam si is, qui litteras scripsit, jam decoctus fuisset ante scriptas litteras, tamen decoctio non inhabilitat eum, quin alius possit pro eo solvere; et sic, qui eius litteras acceptavit, non excusatur, quia aut sciebat decoctionem, et tunc dicitur voluisse, et potuit, quod voluit, aut ignorabat, et tunc sibi im-*

ri²³), J. L. de Casaregis²⁴), Joh. Christ. Franck²⁵) und den unten citirten²⁶).

putet, qui contraxit cum eo, cuius conditionem non debeat ignorare. Rücksichtlich der Contreordre des Trassanten cf. §. II. Gl. V. N. 447—449 p. 397 a. a. O.

23) *Tractatus de cambiis 1641, disputatio II. quaestio XVI. Nr. 15, 16, 17, 56. p. 245 u. 249* (der Genueser Ausgabe vom J. 1641) *Summarium: Acceptans litteras cambii censetur illas ratificasse et fecisse se debitorem ejus, ad cujus favorem factae sunt etiam si dator litterarum* (in der cit. Ausgabe heisst es acceptator litterarum, offenbar ein Druckfehler, wie sich aus der Vergleichung des Summarium mit n. 17 des Textes und schon aus dem ungebräuchlichen Worte acceptator ergibt) *inde decoxerit. — Acceptanti litteras cambii exceptio pecuniae non numeratae non competit adversus illum, a quo facta fuit acceptatio* (den Präsentanten) *et facienda est solutio vigore litterarum. Disputatio II. quaestio XXIII. no. 41. 42. p. 312: Contractus cambii est irrevocabile. Nec liceat, invito altero ex contrahentibus, ab eo recedere, et praesertim post acceptationem litterarum, factam ab eo, cui dirigitur tracta, qui ex consequenti remanet obligatus ex constituto.*

24) *Discursus legales de commercio 1707, discurs. XXXIII. no. 32—37, tom. I. p. 114* (Ausgabe Venedig 1740) *Summarium 32: Acceptans litteras cambii tenetur litteras solvere etiam post mortem scribentis. — discurs. LIII. no. 7, 8, 9 und 15. p. 184, Sum. 7: Acceptans litteras cambii non potest evitare illarum solutionem excipiendo, quod vere ad eum debitum non spectet. 8: Neque opponere exceptionem vel suo, vel nomine trahentis, quod non fuerit solutus valor, seu pretium litterarum. 15: Mandatum solvendi litterarum acceptatione fit irrevocabile. — Discurs. LVI. no. 58—72 p. 199 fg. Sum. 60: Acceptans litteras cambii, praesentatas ab aliquo, qui est creditor mandantis vel scribentis litteras, tenetur eas solvere, licet per datorem litterarum revocatum fuerit mandatum de solvendo, quia tale mandatum erat irrevocabile. — Discurs. LVII. no. 3. p. 203. Cum aquiratur per simplicem acceptationem quoddam jus irrevocabile Trahenti, illud revocari amplius non potest in illius damnum et praejudicium medio alicujus subsequentis actus contrarii. — Discurs. CXLIII. no. 3, tom. II. p. 67. — Discurs. CLII. Sum. 29. p. 111: Acceptans apponere non potest Praesentatori litterarum, quod illarum pretium persolutum non fuerit scribenti a remittente; nec alia quaelibet exceptio per Acceptantem objici valet. — Il cambista instruito, Cap. III. sum. 78. tom. III. p. 47: L'accettante di una Lettera di cambio deve senza eccezione alcuna pagarla al Presentatore.*

Für den Fall des Concurses des Ausstellers lässt Casaregis ein Loskommen von der durch das Accept eingegangenen Verbindlichkeit zu, cf. *Discursus CLII. Sum. 3, 4. u. 6, tom. II. p. 111: Acceptans praesumitur acceptasse Litteras sub tacita conditione, si scribens erit idoneus solutioni. Mandatum datum a scribente cessat, et intelligitur revocatum,*

Dieser in die alte Parömie „qui acceptat solvat oder chi accetta paghi“ eingekleidete Rechtssatz enthält nichts anderes, als das Dogma von der Abstraktheit der Wechselobligation in seiner Anwendung auf den speciellen Fall der Acceptobligation. Bekanntlich hat sich dieses Dogma beim Accepte wegen der Eigenthümlichkeit der hier obwaltenden ökonomischen Unterlagen am schwersten und langsamsten Bahn gebrochen²⁷⁾ und dies ist der Grund, warum die Gesetzgebung wie die Theorie es immer und immer wieder ausgesprochen haben, dass die Zahlungsverbindlichkeit des Acceptanten in

si sequatur scribentis decoctio. Acceptans non tenetur Litteras persolvere, si de tempore acceptationis, aut antea secuta fuerit scribentis decoctio.

25) *Institutiones juris cambialis*, Magdeburg 1721, Lib. I. sectio 3. tit. 3. §. 17: *Effectus acceptationis est obligare acceptantem efficacissime et irrevocabiliter.*

26) H. Zipfel, *Dissertatio de tesseris collybisticis* §. 17. abgedruckt bei Beseke, *Thesaurus juris cambialis*, Berlin 1783, Pars I. p. 131 fg.

Sam. Stryk, *Dissertatio de cambialium litterarum acceptatione* Cap. IV. §. 1. bei Beseke. P. I. p. 340 fg.

Melch. Grollmann, *Dissertatio de cessione litterarum cambialium*, Cap. IV. §. 14: *Quamvis Trassans post acceptationem facultatibus labatur, Acceptans nihilominus quantitatem literis cambii insertam etiam ex propriis solvere obligatur, perinde enim ut principalis debitor tenetur et suam pro Trassante fidem interposuit, imo habetur pro tali, qui ipse pecuniam accepit, proinde aequum quoque est, ut ad restituendum teneatur . . . Idque in tantum procedit, ut quamvis Trassans post acceptationem perfectam mandatum solvendi revocaverit, et sibi Valutam a Remittente solutam non esse, tamen a praestatione se Acceptans liberare nequeat, jus enim firmum et irrevocabile Cessionario per acceptationem quaesitum est.* Abgedr. bei Beseke thesaurus. P. I. p. 407 fg.

Sam. Willenberg, *Exercitatio de incommodo trassantis ob non acceptas litteras cambii*, §. 13. bei Beseke P. I. p. 574 fg.

Joh. Willenberg, *Dissertatio de exceptione doli in cambiis cessante*. §. 14 bei Beseke P. I. p. 719 fg. Der eigentliche Verfasser dieser Schrift ist nach Götz, Das Giro, [Ersch und Gruber'sche Encyclopädie, Section I. Theil 68] S. 78 Note 92 nicht Willenberg, sondern Joh. Gottlieb Becker.

Joh. Koch, *Dissertatio quatenus indossatario exceptiones ex persona indossantis opponi queant?* §. 11. bei Beseke P. I. p. 992 fg.

27) Cf. Biener, Wechselr. Abhandlungen S. 237—239.

Götz, Das Giro S. 78—80, 87—94.

Kuntze, Wechselrecht S. 177.

gar keinem Falle eine widerrufliche ist, d. h. dass ihm jede Möglichkeit versagt ist, auf Grund der seiner Annahmeerklärung zu Grunde liegenden materiellen Rechtsverhältnisse von seiner Wechselverpflichtung loszukommen²⁸⁾.

Auch der Abs. 4. Art. 21 der a. d. Wechselordnung spricht von der Unwiderruflichkeit der Annahme. Nach der im §. 2 enthaltenen Ausführung kann diese Stelle ihrem Wortlaute nach sich sowol auf die Unwiderruflichkeit der Scriptur, wie auf jene der Verbindlichkeit beziehen. Da es sehr leicht möglich ist, dass die a. d. Wechselordnung dem Beispiele der übrigen Wechselgesetze gefolgt ist, und mit der im Abs. 4. Art. 21 enthaltenen Bestimmung das vollständige Losgelöstsein der Wechselobligation von jeder materiellen causa für den Fall des Acceptes besonders und besonders eindringlich aussprechen wollte, so kann die Auslegung²⁹⁾ des Abs. 4. Art. 21 im Sinne der Unwiderruflichkeit nicht mit der bloßen Motivirung von der Hand gewiesen werden, dass sie der a. d. Wechselordnung eine Trivialität zumuthet.

Es ist also dem Abs. 4. Art. 21 weder mit der Verbalinterpretation noch mit dem logischen Satze vom ausgeschlossenen Dritten beizukommen.

§. 5.

Fortsetzung.

3. Unmöglichkeit der cumulativen Interpretation.

Man könnte geneigt sein, von der Schwierigkeit der alternativen Fragstellung dadurch völlig Umgang zu nehmen, dass man auf Grund der Doppelbedeutung des Ausdruckes „Annahme“ in dem Abs. 4. Art. 21 der a. d. Wechselordnung auch eine doppelte Bestimmung erblickt: erstens die Unwider-

28) Selbstredend ausgenommen jene Fälle, wo gerade der klagende Wechselgläubiger sich zum Acceptanten in einem solchen Rechtsverhältnisse befindet, welches den Grund zu einer Einrede abgeben kann.

29) Diese Auslegung im Sinne des *chi accetta paghi* wird vertreten von Biener, Abhandlungen S. 400; Borchardt u. Jacobi in Weiske's Rechtslexikon B. XIV. S. 386 Note 193; Jacobi in Siebenhaar's Archiv für W.-R. B. X. S. 343 fg.

ruflichkeit der Verpflichtung und zweitens die Unwiderruflichkeit der Scriptur³⁰⁾. Es könnte zur Unterstützung dieser cumulativen Auslegung auf die Motive zum preussischen Entwurfe hingewiesen werden, welcher den Leipziger Conferenzverhandlungen zu Grunde gelegt worden ist. Diese Motive rechtfertigen nämlich den Abs. 2 Art. 21 des preussischen Entwurfes, welcher mit Abs. 4 Art. 21 der a. d. Wechselordnung wörtlich übereinstimmt, damit, dass sie darauf hinweisen, dass eine Zurücknahme der einmal geschehenen Annahme bereits nach dem allg. preuss. Landrechte und nach dem französischen *Code de commerce* unzulässig sei. Nun bezieht sich die im allg. preuss. Landrechte³¹⁾ enthaltene Bestimmung auf die Unwiderruflichkeit der Scriptur, während der *Code de commerce* die Unwiderruflichkeit der Verbindlichkeit ausspricht³²⁾, und die Zurücknahme der Scriptur zulässt³³⁾. Aus dieser Berufung der Motive auf zwei verschie-

30) Dies thut z. B. Vidari, *La lettera di cambio*, Firenze 1869, welcher p. 268 No. 270 den letzten Absatz des Art. 21 der a. d. Wechselordnung als Bestimmung über die Unwiderruflichkeit der Verbindlichkeit citirt und p. 270 No. 271 unter Hinweisung auf die Motive zum preussischen Entwurfe derselben Stelle die Bestimmung der Unwiderruflichkeit der Scriptur entnimmt.

31) Theil II, Titel 8, §. 997: die einmahl geschehene Acceptation kann der Bezogene nicht wieder zurücknehmen oder auf dem Wechsel ausstreichen.

32) *Code de commerce* Art. 121: *Celui qui accepte une lettre de change contracte l'obligation d'en payer le montant. L'accepteur n'est pas restituable contre son acceptation, quand même le tireur aurait failli à son insu avant qu'il eût accepté.* cf. Nouguiér, *Des lettres de change* (1875) tom. I. p. 361, no. 542: *L'acceptation une fois donné et reçue est irrevocable: on comprend que cette règle est de toute justice . . . lui permettre de retirer sa signature, ce serait priver les tiers de leurs droits contre le principal obligé, contre le dépositaire présumé de la provision. Ce serait autoriser la fraude, qu'un concert entre celui qui tire et celui qui doit payer rendrait extrêmement facile. C'est en ce sens qu'il faut entendre cette maxime de droit: Qui accepte paie.*

33) Cf. Pothier, *Traité du contrat de change*, Paris 1763, p. 230: *Lorsque le porteur de la lettre de change, n'ayant pas trouvé celui sur qui elle est tirée à la maison, a laissé la lettre au facteur ou à quelque autre personne, et que celui sur qui elle est tirée, après avoir écrit au bas son acceptation et sa signature, l'a barée avant que d'avoir rendu*

dene Gesetzesstellen, welche ganz verschiedene Bestimmungen enthalten, könnte man nun zu folgern geneigt sein, dass durch die zu rechtfertigende Stelle des Entwurfes auch zwei verschiedene Bestimmungen gesetzt sein sollten, dass daher der Abs. 4 Art. 21 der Wechselordnung sowol die Unwiderruflichkeit der Verpflichtung als die Unwiderruflichkeit der Scriptur festsetze.

Dem gegenüber kommt jedoch in Betracht, dass den Motiven zu einem Gesetzentwurfe keine so weitgehende Bedeutung beigemessen werden darf, dass die Auslegung einer so wichtigen Bestimmung, wie der im Abs. 4 Art. 21 enthaltenen, lediglich auf eine verweisende Bemerkung in denselben basirt wird; und dass es nahe liegt, anzunehmen, dem Hinweise auf die beiden verschiedenen Gesetzesbestimmungen liege eine falsche Auffassung rücksichtlich einer der angezogenen Stellen zu Grunde. Es ist sogar wahrscheinlich, dass sich die Motive bei der Rechtfertigung des Satzes von der Unwiderruflichkeit der Annahme des begrifflichen Unterschiedes zwischen der Unwiderruflichkeit der Verpflichtung und der Unwiderruflichkeit der Scriptur gar nicht klar bewusst, sondern von der irrthümlichen Anschauung beherrscht gewesen sind, die Unwiderruflichkeit in dem einen Sinne schliesse auch jene in dem anderen Sinne in sich.

In dieser Beziehung ist nun wol zu beachten, dass eine Identität oder auch nur ein Zusammenhang zwischen der Unwiderruflichkeit der Verbindlichkeit und der Unwiderruflichkeit der Scriptur nicht im Entferntesten besteht, denn während die letztere die Frage beantwortet, wann die Verbindlichkeit des Bezogenen als entstanden zu betrachten ist, bezieht sich die erstere auf die ganz verschiedene Frage, wie beschaffen die Verbindlichkeit des Bezogenen ist, nachdem sie entstanden. Die Unwiderruflichkeit der Scriptur setzt demnach den thatsächlichen Umfang des constituirenden

la lettre au porteur; cette acceptation barée sera de nul effet. Uebereinstimmend Pardessus, *Cours de droit commercial*, 2. édition, tom. I. No. 377 p. 417; und *Contrat des lettres de change*, tom. I. No. 156 p. 157. und ausführlich Nougier a. a. O. tom. I. no. 551 p. 366—371.

Aktes, die Unwiderruflichkeit der Verpflichtung hingegen den Inhalt der Rechtsfolgen des vollendeten Aktes fest.

Das Nichtvorhandensein eines Zusammenhanges zwischen der Unzulässigkeit des Rücktrittes von der Verbindlichkeit und der Unzulässigkeit der Rücknahme der niedergeschriebenen Annahmeerklärung ergibt sich auch durch einen Blick auf das ausländische Wechselrecht.

Nach französischem, italienischem und englischem Wechselrechte ist die durch das Accept begründete Verbindlichkeit absolut unwiderruflich, und doch wird der Bezogene erst mit der Aushändigung des acceptirten Wechsels in solch unwiderruflicher Weise gebunden, und ist daher bis zu diesem Augenblicke die Scriptur widerruflich³⁴⁾.

Umgekehrt gibt es Wechselordnungen, welche die Unwiderruflichkeit der bloßen Scriptur festsetzen und doch, wenigstens in gewissen Fällen, die Widerruflichkeit des Acceptes,

34) Cf. bezüglich des französischen Wechselrechtes die Noten 31 u. 32. Für das italienische Wechselrecht cf. Vidari, *La lettera di cambio*, Firenze 1869, p. 268 no. 270: *Quando l'accettazione sia fatta è irrevocabile. Così sancisce espressamente l'ultimo alinea dell' articolo 21 della legge tedesca, e, benché non così chiaramente, anche il nostro codice di commercio, là, dove dice nell' alinea 2 dell' articolo 208, che l'accettante non è liberato, ancorchè à sua insaputa il traente fosse fallito prima dell' accettazione. Infatti, la irrevocabilità di una promessa è conforme alla natura delle cose ed ai principii elementari del diritto. Ma l'accettazione si ha da ritenere consumata e irretrattabile dal momento appena in cui l'accettante ne ha scritta o sottoscritta la formula enuntiativa, o soltanto dal momento, che egli rimette nelle mani del portatore la cambiale accettata?* Nach einer längeren, vom Vertragsstandpunkte aus geführten Erörterung beantwortet Vidari diese Frage folgendermassen: *Epperò, se il trattario non può essere obbligato in via cambiaria, se non quando abbia consegnata la lettera di cambio accettata e sottoscritta, è logico inferirne, che, sino a tanto che la consegna non sia stata eseguita, ha diritto il trattario di revocare, cancellandola, la propria accettazione che per avventura prima avesse scritta.*

Carnazza Puglisi. *Il diritto commerciale*, Milano 1868. Vol. II. p. 104: *L'accettazione è irrevocabile nel senso, che data non può essere più ritrattata. Tuttavia, ove l'accettazione fosse stata apposta sulla lettera di cambio, senza che questa fosse stata restituita al possessore e messa in circolazione, l'accettante potrebbe cancellarla, ciò non sarebbe in urto col principio della irrevocabilità della medesima.*

d. h. der Verbindlichkeit, welche durch dasselbe eingegangen wurde, zu lassen. So das Wechselrecht von Holland³⁵⁾, Portugal³⁶⁾ und der Republik Argentina³⁷⁾.

Für das englische Wechselrecht cf. Chitty, *On bills of exchange*, London 1859. p. 206: *A complete acceptance communicated to the holder is not revocable, even with the consent of the holder. It was for some time doubted, however, whether, if the drawee had inconsiderately written his acceptance on the bill, he could, even before the holder was apprised thereof, cancel such acceptance; but it is now settled, that although a drawee has written his acceptance on the bill, with intent to accept it, he may before he has communicated such fact to the holder, and parted with the bill, obliterate his acceptance, and thereby relieve from liability.* Byles, *A treatise on the law of bills of exchange*, London 1874. p. 191: *The acceptance is irrevocable; it could not, therefore, be revoked by the drawee, though the party to whom it was given consented to the revocation.* p. 195: *The liability of the acceptor, though irrevocable when complete, does not attach by merely writing his name, but upon the subsequent delivery of the bill. Hence it follows, that if the drawee has written his name on the bill, with the intention to accept he is at liberty to cancel his acceptance at any time before the bill is delivered, or at least before the fact of acceptance is communicated to the holder.* Ebenso Story, *Englisches und nordamerikanisches Wechselrecht in der Bearbeitung von Treitschke*, Leipzig 1845, S. 141: *Sobald nach erfolgter Acceptation der Wechselbrief dem Inhaber ausgehändigt ist, ist der Contract vollkommen, und die Acceptation unwiderruflich. Vor dieser Aushändigung aber ist sie widerruflich und kann, wenn schon niedergeschrieben, vom Acceptanten wieder ausgestrichen werden.*

35) *Wetboek van Koophandel* v. 10. April 1838. Art. 119 Abs. 2: *Hij die eenen wisselbrief heeft geaccepteerd, mag de eens op den wisselbrief gestelde acceptatie, ok vóór deszelfs teruggave, niet herroepen, vernietigen, doorhalden of onleesbaar maken, en blijft desnietteenstaande tot de voldoening verplicht;* und Art. 119. Abs. 4: *Hij kan tegen zijne acceptatie niet in zijn geheel worden hersteld, — ten zij de houder bedriegelijke middelen hadde in het werk gesteld om de acceptatie te verkrijgen.* Borchardt Sammlung. B. II. S. 199. cf. Kist, *Beginnelsen van handelsregt*, 2. deel, Amsterdam 1874, p. 146—150 u. 160—164 ist der Ansicht, dass in diesem Falle die Widerruflichkeit nur auf dem Wege eines Anspruches gegen den betrügerischen Präsentanten selbst, nicht aber gegen dessen gutgläubige Nachmänner gehe: *Bovendien zal de acceptant zich alleen tegen den houder, die de bedriegelijke middelen in het werk gesteld heeft, op de bedriegelijke middelen kunnen heroepen. De wet geeft hem alleen dan het regt om in zijn geheel hersteld te worden, indien de bedriegelijke middelen gebruikt zijn door den houder, niet door een der endossanten. Bovendien is het een algemeenwisselregtelijke regel, dat de exceptiones ex persona indassantis niet worden toegelaten.*

Da es demnach an jedem Zusammenhange zwischen der Unwiderruflichkeit der Verpflichtung und der Unwideruflichkeit der Scriptur fehlt, so darf der Abs. 4 Art. 21 der a. d. Wechselordnung trotz der Doppelbedeutung des Ausdruckes „Annahme“ nicht so ausgelegt werden, als seien in demselben zwei selbstständige und ganz verschiedene Rechtssätze *iisdem verbis* gesetzt, sondern es muss den Gegenstand einer eingehenden Untersuchung bilden, festzustellen, in welchem Sinne die Unwiderruflichkeit der Annahme in dieser Gesetzesstelle verstanden werden muss.

§. 6.

Fortsetzung.

4. Die Materialien zum Abs. 4 Art. 21 der a. d. Wechselordnung.

Um den Sinn dieser Stelle zu eruiren wollen wir zuerst von dem in neuerer Zeit bei Interpretationsfragen häufig und mit Erfolg angewendeten Mittel der Einsicht in die Gesetzesmaterialien Gebrauch machen und einen Blick auf die Geschichte der Entstehung der zu interpretirenden Gesetzesstelle werfen.

In dem vorliegenden Falle muss über die Leipziger Conferenz-Verhandlungen hinaus- und von den preussischen Entwürfen einer Wechselordnung ausgegangen werden.

De gevolgen van de daad van een der in den wissel voorkomende personen kunnen dus niet aan derden, die daaraan vreemd zijn, worden tegengeworpen.

Für die Widerruflichkeit gegenüber jedem Inhaber des Wechsels ein bei Kist p. 162 Note 4) citirter Aufsatz in der Zeitschrift *Opmerkingen en Mededeelingen*, 2. Reihe 5. Theil, 1863.

36) *Codigo commercial* v. 8. Juni 1833. Art. 340: *O acceitante d'uma letra de cambio contrahe pelo acceite a obrigação de pagar o montante d'ella: e não pode annullar, retractar ou riscar a sua assignatura e acceite, uma vez escripto. — O acceitante não é restituído contra o seu acceite, — salvo se o partador empregou meios fraudulentos para obter o acceite.*

37) *Codigo de comercio* v. 10. Sept. 1862 Art. 816 Abs. 2: *La persona á cuyo cargo se jira, no puede borrar ni retractar su aceptacion, despues de firmada; und Art. 824 in fine: Non se admita restitucion ni otro recurso, contra la aceptacion puesta en debida forma. Solo cuando se probare que la letra es falsa, quedará ineficaz la aceptacion.*

Der §. 61 des ersten preussischen Entwurfes vom Jahre 1836 enthielt folgende Bestimmung: „Die einmal geschehene Acceptation kann der Bezogene nicht wieder zurücknehmen, noch auf dem Wechsel ausstreichen.“ Diese Stelle war wörtlich aus dem allg. preuss. Landrechte Theil II, Titel 8, §. 997 herübergenommen worden. Der Inhalt dieser Bestimmung ist nicht misszuverstehen. Unter Acceptation wird hier der niedergeschriebene Acceptvermerk verstanden, denn nur dieser kann das Objekt einer Ausstreichungshandlung bilden. Verbiethet nun dieser §. dem Bezogenen, den einmal auf den Wechsel gesetzten Annahmevermerk zurückzunehmen, insbesondere auszustreichen, dann enthält er eine Entscheidung in der Perfektionsfrage und spricht er die Unwiderruflichkeit der noch nicht behändigten Scriptur aus. So wurde dieser §. auch vom Handelsgerichte und der Handelskammer zu Elberfeld, dann dem Handelsgerichte zu Coblenz verstanden, welche dahin monirten³⁸⁾, dass diese Bestimmung leicht zu grossen Härten führen könnte, z. B. in dem Falle, wenn Jemand seine Unterschrift irrthümlich auf den Wechsel setzte und seines Irrthums vor der Aushändigung gewahr wird. Das Monitum wurde jedoch nicht für begründet erachtet, indem der Unvorsichtige für die Folgen seiner Handlungsweise selbst aufkommen müsse.

Die in §. 61 des ersten Entwurfes enthaltene Bestimmung fand sich auch in den späteren preussischen Entwürfen wieder, nur in etwas veränderter Fassung. So als §. 74 des Entwurfes, welcher im Jahre 1845 den Verhandlungen der Berliner Wechselconferenz zu Grunde gelegt wurde: „Die einmal geschehene Annahme kann nicht wieder zurückgenommen werden. Der Acceptant bleibt aus derselben verhaftet, auch wenn er sie durchstrichen haben sollte.“

Ueber diesen §. 74 entspann sich in der Berliner Wechsel-

38) Zusammenstellung der von den rheinischen Handelsgerichten und Handelskammern gegen den ersten Entwurf erhobenen Monita. Berlin 1838 p. 26.

conferenz eine lebhafte Diskussion³⁹⁾. Der Deputirte Esser erklärte den Schlusssatz dieses §. für verfehlt; „denn wenn dem Bezogenen ein Wechsel präsentirt und von ihm acceptirt, jedoch das Accept noch vorher durchstrichen werde, ehe er den Wechsel wieder aus den Händen gebe, so sei das durchstrichene Accept nach gemeinem Rechte unverbindlich, und dies scheine ihm eine vollkommen in der Natur der Sache begründete Vorschrift.“ Esser scheint der Ansicht gewesen zu sein, dass der §. 74 zwei verschiedene selbstständige Bestimmungen enthalte und zwar im ersten Satze die Unwiderruflichkeit des perfekten Acceptes im Sinne des *chi accetta paghi*, im zweiten Satze die Unwiderruflichkeit der niedergesetzten, noch nicht ausgehändigten Scriptur; im anderen Falle hätte er auf Streichung des ganzen §. antragen müssen, so aber stellte er seinen Antrag nur auf Streichung des zweiten Satzes. Mit dem Esser'schen Antrage erklärten sich einverstanden Hölterhoff und von der Heidt; ob auch mit seiner Begründung, ist in den Protocollen nicht ausgesprochen, lässt sich jedoch vermuthen.

Dagegen erhob sich Gelpke und bemerkte „dass die Vorschrift des Entwurfes in vielen Wechselordnungen enthalten sei, und halte er dieselbe für begründet, denn, wenn es streitig werde, ob das durchstrichene Accept gelte oder nicht, dann könne die Frage vorkommen, wann es durchstrichen sei? und er wisse nicht, wie dies namentlich im Wechselprozesse solle ermittelt werden“.

Esser replicirte „dass diese Frage judicando schon dahin entschieden sei, dass, wenn das Accept bei der Rückgabe des Wechsels Seitens des Acceptanten an den Inhaber bereits durchstrichen gewesen, dasselbe nicht giltig sei, wohingegen, wenn erweislich erst nach Uebergabe des Wechsels an den Eigenthümer das Accept durchstrichen worden, dieses dennoch dem Gezogenen gegenüber rechtsgiltig fortbestehe; dies stimme

39) Protokolle den Entwurf einer Wechselordnung betreffend, Berlin 1845, p. 39.

genau mit den Grundsätzen des gemeinen Rechtes, zu deren Beschränkung auch nicht entfernt ein zureichender Grund vorliege“. Hierauf erklärten sich Groddeck, Jobst und Gräff ebenfalls für die Streichung des zweiten Satzes des §. 74, weil derselbe ihrer Ansicht nach schon in dem ersten Satze desselben enthalten sei. Diese drei Abgeordneten schlossen sich also zwar dem Antrage Esser's an, aber nicht seiner Ansicht in der Perfektionsfrage. Nach ihrer Ansicht bezog sich auch der erste Satz auf die Perfektion des Acceptes durch Niederschrift, und zwar als grundsätzliche Bestimmung, als deren selbstverständliche Consequenz sich der zweite Satz auch ohne ausdrückliche Normirung ergebe.

Es hatten sich also Gelpke, Groddeck, Jobst und Gräff für die Unwiderruflichkeit der einmal gesetzten Scriptur, Esser, Hölterhoff und von der Heidt gegen dieselbe ausgesprochen. Die übrigen sechs Mitglieder der dreizehngliedrigen Conferenz erhoben keinen Widerspruch, nachdem die letzten drei Redner sich für die Streichung des selbstverständlichen Satzes erklärt hatten, und wurde demnach die Streichung vorgenommen. Da zwei Motive der Streichung geäußert worden waren, ist bei dem Stillschweigen eines grossen Theiles der Mitglieder nicht ganz klar, wie die Ansicht der Mehrzahl in der Perfektionsfrage gewesen ist. Es lässt sich nur als wahrscheinlich annehmen, dass die sechs Mitglieder, welche der zuletzt von drei Seiten geäußerten Ansicht nicht widersprochen haben, sich dieser Ansicht angeschlossen haben; im anderen Falle hätten sie, nach dem Usus der Conferenz, nicht stillgeschwiegen.

Der Entwurf aus dem Jahre 1845 wurde im nächsten Jahre einer Prüfung durch Sachverständige unterzogen. Der hierüber erstattete Commissionsbericht enthält auch eine Bemerkung zum §. 74. Es heisst auf S. 61 des Berichtes: „Im §. 74 soll nach dem Beschlusse der Versammlung (nämlich der Berliner-Wechselconferenz) der zweite Satz fortfallen, womit wir uns aus den auf S. 39 der Protokolle (der Wechselconferenz) angegebenen Gründen einverstanden erklären.“

Nun wurden aber, wie aus dem Obigen hervorgeht, zwei ganz entgegengesetzte Begründungen laut, von denen die eine die Unwiderruflichkeit der Scriptur bekämpft, die andere von derselben ausgeht. Welche Begründung die Sachverständigen für richtig gehalten haben, lässt der Commissionsbericht noch weniger erkennen, als die Conferenzprotokolle jenes andere, von welchen Gründen sich die Majorität bei der Streichung des zweiten Satzes des §. 74 leiten liess.

Nachdem der preussische Entwurf vom Jahre 1845 einer redaktionellen Umarbeitung unterzogen worden war, gelangte er im Jahre 1847 an die Leipziger Wechselconferenz, deren Verhandlungen er bekanntermassen zu Grunde gelegt wurde. Der auf die Unwiderruflichkeit der Annahme bezügliche Satz lautete jetzt als §. 21 Abs. 2: „Die einmal erfolgte Annahme kann nicht wieder zurückgenommen werden ⁴⁰⁾.“

Die Motive zum preussischen Entwurfe begründen diesen Satz durch den Hinweis, dass eine Zurücknahme der einmal geschehenen Annahme bereits nach allgem. preuss. Landrechte und nach dem französischen *Code de commerce* unzulässig sei. Dass durch diesen Hinweis der Sinn der zu rechtfertigenden Bestimmung nicht erklärt werden kann, sondern sich aus demselben die Unklarheit der Auffassung bezüglich des Rechtssatzes von der Unwiderruflichkeit der Annahme ergibt, wurde bereits in dem vorigen §. dargethan.

Bei der Zweifelhaftigkeit des Ergebnisses der Diskussion in der Berliner-Wechselconferenz und des oberwähnten Sachverständigen-Gutachtens, und bei der Unklarheit der Motive zum preuss. Entwurfe wäre angesichts der grossen Discoranz der ausserdeutschen Wechselgesetze in dieser wichtigen Frage eine nochmalige Berathung derselben in der Leipziger-Conferenz wünschenswerth und zu erwarten gewesen. Die Versammlung ging jedoch stillschweigend über diese Frage

40) Cf. die Thöl'sche Ausgabe der Protokolle der Leipziger Wechselconferenz, Göttingen 1866, achte Seite des unpaginirten Anhangs

hinweg, und nahm die betreffende Stelle des Entwurfes in unveränderter Fassung an⁴¹⁾).

Eine die Perfektionsfrage berührende Bemerkung ist jedoch in der Sitzung vom 3. November 1847 bei der Berathung der Bestimmungen über das limitirte Accept gemacht worden. Der preussische Abgeordnete und Referent Bischoff äusserte sich nämlich folgendermassen⁴²⁾: „Ändere der Bezogene, noch ehe er den Wechsel zurückgegeben habe, also während der ihm vom Inhaber selbst gegebenen Deliberationsfrist, seinen Entschluss und füge er einem bereits geschriebenen (reinen) Accepte, aus welcher Veranlassung immer, abändernde oder einschränkende Zusätze bei, so könne darin, vom rechtlichen Standpunkte aus betrachtet, nicht einmal etwas Unbefugtes gefunden werden. Gegen spätere Abänderungen (nach der Aushändigung), möchten solche nun einseitig vorgenommen oder durch Collusionen möglich gemacht werden, könne nicht die Wechselordnung, sondern nur das Strafgesetz sichern.“

Hieraus geht hervor, dass Bischoff die Perfektion des Wechselacceptes erst mit der Aushändigung des acceptirten Briefes eintreten lassen wollte. Seine Argumentation fand in der Versammlung weder Zustimmung noch Widerspruch. Sie wäre leicht zu widerlegen gewesen. Erstens durch den Nachweis, dass die Zeit, während welcher der Bezogene den Wechsel in der Hand hat, nicht den Charakter einer Deliberationsfrist im juristischen Sinne hat; zweitens, dass, selbst wenn sie als Deliberationsfrist anzusehen wäre, dies für die Perfektion gleichgültig ist, indem die bindende Kraft eines Rechtsaktes dadurch nicht suspendirt und widerrufen wird, dass er noch vor Ablauf der Deliberationsfrist vorgenommen wurde; und drittens, dass dasjenige Wechselrecht den Bedürfnissen des Verkehres am meisten entspricht, welches den Schutz der Wechselinteressenten gegen Collusionen durch

41) Sitzung vom 2. November 1847. Protokolle (Thöl) S. 50.

42) Protokolle S. 53.

seine eigenen Bestimmungen besorgt und ihn nicht in illusorischer Weise dem Criminalrechte überlässt⁴³⁾.

Es ist daher der citirten Bemerkung Bischoff's in der Sache selbst keine Bedeutung beizumessen, sie ist aber deswegen bemerkenswerth, weil sie zeigt, wie selbst Bischoff, durch dessen Hand die obenerwähnte letzte Redaction des preussischen Entwurfes vorgenommen wurde, die im Abs. 2 Art. 21 des Entwurfes ausgesprochene Unwiderruflichkeit der Annahme nicht im Sinne der Perfektion durch Niederschrift des Acceptvermerkes aufgefasst hat.

Der Abs. 2 des §. 21 des preuss. Entwurfes gelangte unverändert an die Fassungscommission, wurde auch von dieser so belassen als Abs. 4 §. 21⁴⁴⁾, und gelangte als solcher in den Conferenzzentwurf⁴⁵⁾ und die a. d. Wechselordnung.

Aus der vorstehenden Geschichte des Abs. 4 Art. 21 der Wechselordnung lässt sich also ein zuverlässiges Resultat für die Interpretation dieser Stelle nicht gewinnen. Nur das eine dürfte aus derselben entnommen werden können, dass der Abs. 4 Art. 21 in seiner ursprünglichen Fassung in den preussischen Entwürfen sich auf die Perfektion des Wechselacceptes durch Niederschrift des Annahmevermerkes bezogen hat. Dies ist aber für sich allein ein zu geringes Moment, um auf dasselbe die Auslegung des Abs. 4 Art. 21 im Sinne der Unwiderruflichkeit der Scriptur stützen zu können.

Da weder aus dem Wortlaute dieser Stelle, noch aus den Materialien der a. d. Wechselordnung mit Sicherheit entnommen werden kann, in welchem Sinne die Unwiderruflichkeit der Annahme zu verstehen ist, so erübrigt nichts, als vorderhand von dieser zweifelhaften Stelle abzusehen und zu untersuchen, wie sich die Frage nach der Perfektion des Wechselacceptes aus der Natur der Sache selbst beantwortet.

43) Cf. das Nähere über diese Frage S. 47 fg. dieser Abhandlung.

44) Cf. die 20. Seite des unpaginirten Anhanges zur Thöl'schen Ausgabe der Conferenz-Protokolle.

45) Ebenda 38. Seite.

§. 7.

Die Correspondenz zwischen der Beschaffenheit des constitutiven Aktes und der Beschaffenheit des Rechtseffektes.

Unter der Natur der Sache werden hier jene besonderen Merkmale verstanden, durch welche sich die juristische Situation des Acceptanten bei und nach der Setzung des Verpflichtungsaktes von jener des Ausstellers und des Indossanten unterscheidet. Es ist möglich, dass in dieser Beziehung Verschiedenheiten obwalten, welche auch rücksichtlich der Frage nach dem Zeitpunkte der Perfektion des Verpflichtungsaktes eine verschiedene Normirung als begründet erscheinen lassen.

Betrachten wir zuerst den Rechtseffekt der verschiedenen Wechselakte.

Bei der Ausstellung eines Wechsels besteht die Rechtswirkung des Wechselaktes in der Entstehung eines Schuldverhältnisses zwischen dem Aussteller und dem Remittenten; der Wechselschuldner wird einem einzigen Gläubiger verpflichtet. Soll sich der Rechtseffekt des Ausstellungsaktes ausser dem Remittenten auf eine zweite Person, respektive auf eine Reihe von Personen erstrecken, welche bei der Vornahme des Verpflichtungsaktes nicht mitgewirkt haben, dann bedarf es eines zweiten, respektive einer Reihe besonderer Rechtsakte, durch deren Vornahme der Kreis der Gläubiger über die Person des Remittenten hinaus erweitert wird. Diese Rechtsakte werden aber nicht vom Aussteller vorgenommen, sondern vom Remittenten, beziehungsweise von dem letzten neu hinzugekommenen Gläubiger, und zwar als Übertragungsakte in der Form von Indossamenten. Es ist demnach der Rechtseffekt des bloßen Ausstellungsaktes auf die Person des Remittenten, also auf einen einzigen Interessenten eingeschränkt ⁴⁶⁾.

46) Dies gilt sowol für den trassirten, wie für den eigenen Wechsel. — Es gibt einen Fall, welcher scheinbar eine Ausnahme von dem oben Gesagten begründet. Wenn nämlich ein Wechsel ohne Unterschrift des Ausstellers mehrmals indossirt und erst dann der Ausstel-

Ebenso verhält es sich beim Indossamente. Auch hier tritt der Wechselschuldner kraft der Wirkung des perfekten Wechselaktes nur zu einer einzigen Person in rechtliche Beziehung, nämlich zum Indossatäre. Erst durch die Weiterbegebung des Wechsels auf dem Wege nachfolgender Indossamente, also durch selbstständige Übertragungsakte tritt der Indossant, gerade so wie der Aussteller, zu einer Mehrzahl von Gläubigern in ein Schuldverhältniss.

Ganz anders liegt die Sache bei der Annahme eines Wechsels. Der Acceptant wird kraft des Annahmeaktes nicht bloß jener Person verpflichtet, mit welcher er bei der Vornahme desselben in Berührung tritt, nämlich dem Präsentanten, sondern auch den Vormännern dieses letzteren; er wird nämlich, wenn schon der Remittent zur Annahme präsentiert, einer zweiten Person, nämlich dem Aussteller, wenn es erst ein Nachmann des Remittenten thut, sogar einer Mehrzahl von Personen zugleich verpflichtet. Und zwar bedarf es zur Herbeiführung dieses Rechtseffektes gegenüber einer Vielzahl von Gläubigern nicht erst einer Reihe von besonderen Übertragungsakten seitens des präsentirenden Inhabers an seine Vormänner, sondern knüpft sich derselbe unmittelbar an den bloßen Annahmeakt.

Dass aus dem Annahmeakte sofort eine mehrfache Gläubigerschaft entsteht, geht aus der Stellung der Vormänner im Remboursregresse hervor. Bekanntlich bedarf es dem einlösenden Regressaten gegenüber keines Rückgiros, sondern ist dieser sogar ohne Ausstreichung der Indossamente seiner Nachmänner, also ohne weiters dem Acceptanten gegenüber als Gläubiger legitimirt⁴⁷⁾. Es bedarf demnach, um den Vor-

lungsakt vorgenommen wurde, dann erzeugt derselbe sofort ein Schuldverhältniss zu einer Mehrzahl von Personen. Dieser Fall, welcher durch die hiebei obwaltende Anticipation der Uebertragungsakte zu erklären ist, wird weiter unten einer Erörterung unterzogen werden. S. Note 65.

47) Cf. Hoffmann, Erläuterung, S. 424; Thöl, Wechselrecht, S. 431; Hartmann, Wechselrecht, S. 357 fg.; O. Wächter, Wechselrecht des nordd. Bundes, S. 354; dann die bei Borchardt, a. d.

mann in Stand zu setzen, gegen den Acceptanten den Anspruch aus dem Accepte zu erheben, keines Übertragungsaktes. Dies ist nur dann erklärlich, dann aber auch auf eine sehr natürliche Weise, wenn der Vormann nicht erst zum Gläubiger des Acceptanten gemacht werden muss, sondern wenn er schon kraft des bloßen Annahmeaktes bereits zum Gläubiger des Acceptanten geworden ist; sodass es sich beim Rücklaufe des Wechsels im Remboursregresse nicht um die Übertragung einer Wechselforderung auf neue Gläubiger, sondern nur darum handelt, bereits vorhandenen Gläubigern durch den Besitz des Wechselbriefes, gegen dessen Aushändigung allein der Acceptant zur Zahlung verpflichtet ist, die faktische Voraussetzung zur Geltendmachung ihres bereits längst erworbenen wechselrechtlichen Anspruches zu verschaffen ⁴⁸⁾).

Wechselordnung (1874) S. 176. 177 angeführten zahlreichen Entscheidungen.

48) Thöl, a. a. O. S. 432: „Die Wechselforderung des Indossanten, an welchen der Wechsel im Regresswege zurückgegangen ist, gegen den Acceptanten ist die ursprüngliche und nicht eine neue.“ O. Wächter, a. a. O. S. 345: „Die Wechselforderung des Indossanten gegen den Acceptanten ist nicht eine neue, sondern die ihm in seiner Eigenschaft als früheren Inhabers zustehende. Er macht nicht etwa als Cessionar die Wechselforderung eines Dritten (von welchem er den Wechsel eingelöst hat) geltend.“ — Diese beiden Schriftsteller scheinen nur an jene Fälle zu denken, in welchen der Vormann bereits den acceptirten Wechsel in der Hand gehabt hat. Da aber im Remboursregresse sich alle Vormänner in der gleichen Stellung zum Acceptanten befinden, ohne alle Rücksicht darauf, ob der Wechsel mit oder ohne Accept durch ihre Hand gelaufen ist, so kann auch der Anspruch aus einem Accepte, welches erst ein Nachmann des Regressaten geholt hat, nicht als ein erst zu übertragender neuer Anspruch, sondern gleichfalls nur als ein ursprünglicher, d. i. bereits im Momente der Annahme erworbener Anspruch angesehen werden. Cf. die Entscheidung des Reichsoberhandelsgerichts vom 17. Oktober 1873, Sammlung Bd. XI, S. 219: „Das Accept wird allen Wechselverbundenen, auch dem Trassanten, wenngleich derselbe nur durch Rückkauf des Wechsels zur Geltendmachung der Wechselrechte in den Stand gesetzt wird, geleistet, und sein Wegfall (durch Ausstreichung) entzieht auch dem Trassanten ein im Augenblicke vollendeter Acceptation wohl erworbenes Recht.“

Dass diese Auffassung der Stellung der einlösenden Vormänner zum Acceptanten die richtige ist, ergibt sich zur vollen Evidenz daraus, dass dem Regressaten vom Acceptanten Einreden nur nach Massgabe des Art. 83 der Wechselordnung entgegengesetzt werden können. Würden die Vormänner des Präsentanten nicht schon durch den Annahmeakt Gläubiger des Acceptanten, sondern müssten sie erst durch Übertragungsakte im Regresse zu solchen gemacht werden, dann müsste man diese Übertragungsakte nach Art. 16 Abs. 2 der Wechselordnung beurtheilen, und es könnte der Acceptant dem klagenden Regressaten alle diejenigen Einreden entgegenhalten, welche der *debitor cessus* dem Cessionare entgegensetzen kann. Da dies aber nicht geschehen und sich der Acceptant nur solcher Einreden gegen den Regressaten bedienen kann, welche ihm auf Grund des Art. 83 der Wechselordnung zustehen, so kann auch kein der Levirung des Protestes Mangels Zahlung nachfolgender Übertragungsakt das Fundament des Anspruches des Regressaten gegen den Acceptanten sein, sondern einzig und allein das bereits im Momente des vollendeten Annahmeaktes erworbene Recht.

Es ist also der Rechtseffekt des Wechselaktes im Falle der Annahme nicht beschränkt auf jene Person, welche bei seiner Hervorufung thätig gewesen ist, sondern er erstreckt sich in gleicher Weise ⁴⁹⁾ auch auf jene Personen, welche der Vornahme des rechtserzeugenden Aktes gänzlich ferne ge-

49) Ein Unterschied zwischen der rechtlichen Stellung des Inhabers des acceptirten Wechselbriefes und jener seiner Vormänner, waltet nur in der einen Beziehung ob, dass allein der erstere im Besitze des Wechselbriefes, also jenes Instrumentes sich befindet, gegen dessen Aushändigung der gemeinsame Schuldner zur Zahlung verpflichtet ist. Zur Bezeichnung dieses einen Unterschiedes könnte man die juristische Situation des jeweiligen Wechselinhabers als aktuelle, jene seiner Vormänner als latente Gläubigerschaft bezeichnen. Ein ähnlicher Gedanke scheint auch der von Goldschmidt in seiner Zeitschrift für H.-R., Bd. III, S. 275 aufgestellten Unterscheidung zwischen dem wirklichen und den möglichen Gläubigern zu Grunde zu liegen.

standen sind, von derselben in der Regel gar nichts gewusst haben ⁵⁰⁾).

Dieser Unterschied in der Beschaffenheit der Rechtswirkung muss nothwendig auch in einem Unterschiede rücksichtlich der Beschaffenheit des constituirenden Aktes zum Ausdrucke kommen. Bei der Ausstellung und dem Indossamente besteht, wie schon im §. 1 angedeutet wurde, der die Wechselobligation schaffende Akt in der Aushändigung der Scriptur an denjenigen, welcher Gläubiger werden soll. Sie erfolgt zunächst einem einzigen Gläubiger gegenüber, und muss dann bei jeder Person, um welche sich der Kreis der Gläubiger erweitern soll, gleichfalls vorgenommen werden, sodass, wenn der Aussteller oder der Indossant einer Mehrzahl von Gläubigern als Schuldner gegenüberstehen soll, auch jedem derselben seine Scriptur eingehändigt, also allen Interessenten gegenüber ebendasselbe constitutive Moment gesetzt worden sein muss.

Bei der Acceptation wird der Wechselschuldner sofort einer Mehrzahl von Gläubigern verpflichtet. Soll auch in diesem Falle zur Wirkung eines gleichen Rechtseffektes gegenüber einer Mehrzahl von Interessenten ein für Alle gleich beschaffenes constitutives Moment vorliegen, dann kann dieses nur aus jenem Theile des bei der Acceptation stattfindenden thatsächlichen Vorganges bestehen, welcher nach Ausschluss aller Fakta, bei deren Setzung ein einzelner Interessent eine Rolle spielt, übrig bleibt und welcher daher allen Interessenten gegenüber von gleichem Inhalte ist. Der ganze thatsächliche Vorgang bei der Wechselannahme besteht nun in der Präsentation, in der Niederschrift der Annahmeerklärung und in der Auslieferung des acceptirten Wechsels an den Präsentanten. Da bei der Präsentation und bei der Auslieferung ein einzelner Interessent eine Rolle spielt, so müssen

50) Nur in einem einzigen Falle steht auch bei der Annahme dem Wechselschuldner nur ein Interessent gegenüber; wenn nämlich Remittent und Aussteller in derselben Person vereinigt sind, also im Falle der Acceptation eines an eigene Ordre gezogenen Wechsels.

diese Fakta bei der Eruirung des constitutiven Momentes ausgeschieden werden. Dass die Präsentation kein constitutives Moment, sondern nur die Aufforderung und die Verschaffung der Gelegenheit zur Vornahme des Verpflichtungsaktes bildet, geht schon daraus hervor, dass Fälle rechtsverbindlicher Acceptation vorkommen können, bei denen das Faktum der Präsentation vollständig fehlt. Z. B. der Bezogene findet auf dem Schreibtische seines abwesenden Geschäftsfreundes einen bei diesem eingelangten Wechsel und setzt, um Zu- und Rücksendung zu ersparen, ohne weiteres sein Accept auf den Wechsel und entfernt sich dann wieder. — Gewissermassen die Reversseite der Präsentation bildend, erscheint die Auslieferung des Wechsels als die Zurückstellung des zum Zwecke der Vornahme des Verpflichtungsaktes dem Bezogenen auf kurze Zeit zur Detention überlassenen Wechselbriefes. Auch dieses Faktum kann, ebenso wie die Präsentation zur Annahme, in gewissen Fällen rechtsverbindlicher Acceptation gänzlich entfallen, und zwar dann, wenn der Wechselbrief bei der Vornahme des Verpflichtungsaktes sich nicht in der Detention des Acceptanten befunden hat. Z. B. der Bezogene unterschreibt den vom Präsentanten in der Hand gehaltenen Wechsel.

Nach Ausschluss dieser, bei der Vornahme des Annahmeaktes nicht wesentlich nothwendigen *gesta* zwischen dem Acceptanten und einem einzelnen Interessenten, bleibt als constitutives Moment nur die Niederschrift der Annahmeerklärung des Bezogenen übrig. Nur dieser Theil des tatsächlichen Vorganges ist seinem Inhalte nach ein allen Wechselinteressenten gegenüber gleicher, und entspricht demnach der oben aufgestellten Anforderung rücksichtlich der Beschaffenheit eines constitutiven Momentes, welches mit einem Male einen Complex von gleichartigen Rechtsbeziehungen zu einer Mehrzahl von Personen ins Dasein rufen soll.

Würde man zur Perfektion des Annahmeaktes ausser der auf den Wechsel geschriebenen und aus demselben für jeden Interessenten in gleichem Masse apparirenden Willenserklä-

rung des Bezogenen noch die Auslieferung des Acceptes an den Präsentanten, also ein keine Spuren hinterlassendes und daher für die Vormänner geradezu unerweisliches *gestum* des Acceptanten gegenüber einem einzelnen Interessenten fordern, dann wäre die durch den Annahmeakt auch für die Vormänner entstandene Rechtswirkung für diese so gut wie gar nicht vorhanden, weil ein ausser der Scriptur gelegenes und für dritte Personen unconstatirbares Faktum durch Collusionen zwischen dem Acceptanten und dem Präsentanten jederzeit wieder ungeschehen gemacht, und dadurch die für die Vormänner entstandenen Rechtsfolgen dem praktischen Erfolge nach wieder beseitigt werden könnten ⁵¹⁾.

Ausser der vorerörterten Verschiedenheit des Rechtseffektes waltet zwischen den Wechselakten der Ausstellung und des Indossamentes einerseits und der Annahme andererseits noch ein weiterer wichtiger Unterschied ob. Bei der Ausstellung und dem Indossamente wird die Scriptur auf einem im Eigenthume des Scribenten befindlichen und deshalb seiner Disposition völlig unterstehenden Papiere vorgenommen; bei der Annahme hingegen setzt der Wechselschuldner seine Scriptur auf den im Eigenthume einer dritten Person befindlichen und deshalb seiner Disposition völlig entzogenen Wechselbrief. Diese verschiedene juristische Situation bei der Vornahme des Schriftaktes ist von wesentlicher Bedeutung für die Praktikabilität der Bestimmungen über die Perfektion der einzelnen Verpflichtungsakte. Wollte man bei der Ausstellung und dem Indossamente die Entstehung der Wechselobligation bereits an die gesetzte Scriptur knüpfen, so würde die Anwendbarkeit dieser Bestimmung an dem Eigenthumsrechte des Scribenten an der Scriptur scheitern. Bei der Annahme hingegen ist eine diesbezügliche Bestimmung vollkommen praktikabel, weil der Acceptant das in

51) Welche Gefahren dadurch für den Wechselverkehr entstehen würden, ist im nächsten §. aufgezeigt.

fremdem Eigenthume befindliche Papier wieder herausgeben muss ⁵²⁾).

Mit Rücksicht auf die vorstehend dargelegte eigenthümliche juristische Situation, in welcher sich der Acceptant bei und nach der Setzung des Verpflichtungsaktes befindet, erscheint es demnach sowol als geboten, wie auch als ausführbar, den Acceptanten schon durch den niedergeschriebenen Annahmevermerk für gebunden zu erklären, und nicht erst durch die Aushändigung des acceptirten Wechselbriefes.

Was in diesem §. im Hinblicke auf die eigenthümliche Natur des durch die Wechselannahme hervorgerufenen Rechtsverhältnisses von einem lediglich theoretischen Gesichtspunkte aus postulirt werden musste, das stellt sich, wie im folgenden §. aufgezeigt werden soll, mit Rücksicht auf die Bedürfnisse des Verkehres auch vom praktischen Standpunkte aus als erforderlich heraus.

§. 8.

Das Verkehrsbedürfniss.

1. Die Situation der Vormänner des Präsentanten.

Um zu eruiren, welche von den beiden Bestimmungen rücksichtlich der Perfektion des Annahmeaktes dem Verkehrsinteresse zuträglicher erscheint, dürfte das geeignetste Mittel darin bestehen, an einem concreten Rechtsfalle zu erproben, zu welchen Consequenzen die eine, zu welchen die andere Bestimmung führt. Setzen wir zu diesem Zwecke einen Fall, welcher sich täglich ereignen kann.

Der vom Aussteller A auf B gezogene Wechsel ist vom Remittenten C unacceptirt durch die Indossanten D und E an den F gelangt. F repräsentirt zur Annahme. B ertheilt das Accept, obwol er vom Aussteller A keine Deckung besitzt, solche aber zuverlässig erwartet. Nach Aushändigung des Acceptes an F erfährt der Acceptant B, dass der Aussteller fallit geworden sei und kommt hiedurch in die miss-

52) Cf. Siegel, Versprechen, S. 132.

liche Situation, den Wechselbetrag ganz oder zum grössten Theile aus seinem eigenen Säckel bezahlen zu müssen. Ein *parfait négociant* weiss sich jedoch zu helfen. B geht zum Wechselinhaber F und trifft mit ihm ein Arrangement, welches die Ausstreichung des voreilig gegebenen Acceptes zum Gegenstande hat. F geht darauf ein und nimmt die Streichung des Acceptes vor, um an Stelle des Acceptanten einen seiner Vormänner, die bis auf den falliten Aussteller alle zahlungsfähig sind, im Regresswege zu belangen. Die Realisirbarkeit des Regressanspruches hängt nun von der Beantwortung der Frage ab, ob und inwiefern die Vormänner sich ihrer Garantiepflicht aus dem Grunde entschlagen können, weil sich auf dem Wechsel ein ausgestrichenes Accept befindet.

Nach Art. 54 der a. d. Wechselordnung bildet die Auslieferung des Wechsels an den Regressaten eine Voraussetzung des Regressanspruches. Dass es sich hiebei nicht um die Auslieferung des Streifens Papier, welchen der Regressnehmer unmittelbar oder mittelbar aus der Hand des Regressaten erhalten hat, sondern darum handelt, den Regresspflichtigen in Stand zu setzen, jene Rechte geltend zu machen, welche an das stoffliche Substrat des Wechselbriefes gebunden sind, unterliegt wol keinem Zweifel. Es erfüllt daher der Regredient die Voraussetzung des Art. 54 nicht schon dadurch, dass er das Wechselpapier überhaupt ausliefert, sondern nur dadurch, dass er es ausgestattet mit gewissen juristischen Qualitäten in die Hand des Regressaten zurückbringt. Schwierig aber ist die Beantwortung der Frage, welche Eigenschaften der Wechselbrief besitzen muss, damit dessen Auslieferung der Anforderung des Art. 54 Genüge thut: muss der Wechsel nur so beschaffen sein, wie er aus der Hand des Regressaten gelangte, oder muss er ausserdem auch alle jene Qualitäten besitzen, welche ihm erst in der Hand eines Nachmannes hinzugefügt wurden? Dass es sich in letzterer Beziehung nur um solche Eigenschaften handeln kann, an deren Vorhandensein der Regressat ein rechtliches Interesse

hat, ist selbstverständlich. Ein solches Interesse hat nun der Regressat in hohem Masse an dem Vorhandensein eines integren Acceptes, weil auch er, wie in dem vorigen §. darge-
than wurde, sofort nach vollständigem Annahmeakte einen
wechselrechtlichen Anspruch gegen den Acceptanten erwor-
ben hat. Es stellt sich also die Frage nach der Beschaffen-
heit des rücklaufenden Wechsels für den hier zu erörternden
Fall dahin, ob sich der Regressat aus dem Grunde, weil sich
auf dem Wechsel ein ausgetilgtes Accept befindet, seiner
Regresspflicht entschlagen kann?

Bejaht muss diese Frage zweifellos für jene Fälle wer-
den, in welchen der Regressat einen bereits acceptirten
Wechsel weiter gegeben hat, weil der Art. 54 den Regress-
pflichtigen zum Mindesten in jene Situation bringen will, in
der er sich vor der Vornahme des Transportaktes befunden
hat. Auch kann in solchen Fällen kein Unterschied nach
der Ursache der Austilgung gemacht werden, sodass die Vor-
männer die Erfüllung ihrer Garantiepflicht auch dann ver-
weigern können, wenn die Austilgung des Acceptes ohne
Willen, selbst ohne Verschulden des Regredienten geschehen
ist ⁵³).

53) Rücksichtlich dieser letzteren Fälle waltet eine Controverse
ob. Hartmann, Wechselrecht, S. 330. 331, O. Wächter, Wechsel-
recht des nordd. Bundes, S. 491, IV. in fine und die Erkenntnisse des
Obertribunales in Berlin vom 12. Oktober 1858 (Siebenhaar's Archiv
für W.-R., Bd. VII, S. 412) des Oberappellationsgerichtes in Dresden
vom 26. November 1865 (ebenda Bd. XIV, S. 107) und des Handels-
gerichtes zu Hamburg vom 8. September 1873 (Hamburger Handels-
zeitung v. 1873, S. 263) vertreten die Ansicht, dass eine ohne Zuthun
des Wechselinhabers erfolgte Tilgung des Acceptes auf die Regress-
ansprüche desselben ohne Einfluss sei. Dieser Ansicht wird der Billig-
keitsgedanke zu Grunde gelegt, dass ein *casus* den Regressansprüchen
nicht präjudizirlich sein solle, wenn die Ereignung eines solchen vom
Regredienten bewiesen werden kann. — Dem gegenüber muss festge-
halten werden, dass bezüglich einer anderen Voraussetzung des Re-
gressanspruches, nämlich bezüglich der Levirung des Protestes Man-
gels Zahlung, der *casus*, selbst die *vis major* inbegriffen, zweifellos auf
Kosten des Regredienten geht, [cf. Einert, Wechselrecht, S. 391 fg.,
u. in Siebenhaar's Archiv für W.-R., Bd. I, S. 277 fg. Brauer, ebenda

Schwierig erscheint aber die Beantwortung der Frage für jene Fälle, in denen der Wechselbrief ein ausgetilgtes Accept enthält, welches sich zur Zeit der Weiterbegebung des Wechsels durch den Regressaten noch nicht auf dem-

Bd. II, S. 272. Bluntschli, Wechselordnung, S. 84. Kheil, Oesterr. Wechselrecht, S. 283. Hoffmann, Erläuterung, S. 376. Renaud, Wechselrecht, S. 159. Kuntze, Wechselrecht, S. 101. Thöl, Wechselrecht, S. 342 f. Hartmann, Wechselrecht, S. 403 fg. O. Wächter, Wechsellehre, S. 577 und Wechselrecht, S. 521, und die bei Borchardt, Wechselordnung, S. 205, angeführten zahlreichen Erkenntnisse; dagegen nur die ebenda Note 340 citirten zwei Erkenntnisse des ob. österr. Gerichtshofes und Mittermaier in Siebenhaar's Archiv für W.-R., Bd. I, S. 147 f.] obwol hier durch die gegentheilige Bestimmung für die Regresspflichtigen nicht einmal eine Unbilligkeit erwüchse. Um wie viel mehr muss der *casus* vom Regredienten in einem Falle getragen werden, in welchem die gegentheilige Bestimmung einen Nachtheil für die regresspflichtigen Vormänner involvirte, wie dies bei der casuellen Austilgung des Acceptes der Fall sein würde, wenn man trotz derselben dem Regressanspruche Statt gäbe. Die Stellung des Regressaten ist nämlich auf Grund des ausgetilgten Acceptes jeden Falles eine ungünstigere, als jene, in welcher er sich vor der Weiterbegebung des acceptirten Wechsels befunden hat, mag man auch aus dem ausgetilgten Accepte einen wechsellässigen, und im Wechselprozesse geltend zu machenden Anspruch gegen den Acceptanten zulassen; denn die prozessuale Situation des Regressaten ist eine schlechtere, als bei der Integrität des Acceptes. Gar erheblich ist die Verschlechterung seiner Position dann, wenn man aus dem ausgetilgten Accepte nur einen civilen Anspruch auf Wiederherstellung desselben zulässt. Cf. Volkmar und Löwy, Deutsche Wechseldordnung, S. 194. 195.

Wollte man, um die analoge Behandlung mit der Präjudizirung durch casuelle Verhinderung der Protestlevirung auszuschliessen, die Auslieferung des Wechsels nicht als Voraussetzung des Regressrechtes, sondern als bloße Gegenleistung des Regressnehmers bei der Einlösung des rücklaufenden Wechsels auffassen, so käme man gleichfalls zu der im Texte aufgestellten Ansicht. Denn nach den §§. 1048 und 1447 des österr. allg. bürgerl. Gesetzbuches, welches in diesem Falle als subsidiäre Rechtsquelle in Anwendung kommen müsste, wie auch nach allgem. preuss. Landrecht Theil I, Titel 5. §§. 364, 369, 373, Titel 11, § 120 gilt der Grundsatz *casum sentit dominus* in dem Sinne, dass der Zufall auf Kosten des Leistenden geht, wonach also eine zufällige Beschädigung der zu leistenden Wechselscriptur vom Regressnehmer zu tragen wäre. Cf. Leonh. Wächter in Siebenhaar's Archiv für W.-R., Bd. VI, S. 46. 47.

selben befunden hat, sondern welches, wie in dem oben gesetzten Beispiele, erst in Folge der Präsentation durch den Regressnehmer selbst auf den Wechsel gelangt ist. Rücksichtlich der Austilgung eines solchen Acceptes sind zwei verschiedene Ansichten möglich und es kann jede derselben mit ziemlich stichhaltigen Gründen unterstützt werden.

Man kann nämlich sagen: Nach Art. 54 der Wechselordnung besteht eine der Voraussetzungen des Regressanspruches in der Auslieferung des Wechsels in einem solchen Zustande, dass dem Regressaten die ordnungsmässige Ausübung der mit dem Wechsel verbundenen Rechte möglich wird. Ist nun in Folge des Vorhandenseins des Acceptes ein Anspruch gegen den Acceptanten mit dem Wechsel verbunden, so muss dieser letztere in einem solchen Zustande ausgeliefert werden, dass die Wechselrechte gegen den Acceptanten vom Regressaten in ordnungsmässiger Weise ausgeübt werden können. Auf Grund eines ausgestrichenen Acceptes kann dieses aber nicht geschehen, mag man auch trotz der Austilgung der Scriptur noch die Geltendmachung eines wechselrechtlichen Anspruches im Wechselprozesse zulassen; denn auch in diesem Falle ist die Ausübung wegen der verschlechterten Prozessposition des klagenden Regressaten keine ordnungsmässige. Knüpft man an die Austilgung des Acceptes gar den Untergang der Wechselforderung und lässt man nur einen civilen Anspruch auf Wiederherstellung des Acceptes zu, dann kann von einer ordnungsmässigen Ausübung des wechselrechtlichen Anspruches schon gar nicht die Rede sein. Ist mit Rücksicht hierauf eine der Voraussetzungen des Regressanspruches nicht vorhanden, so ist auch der Regressanspruch selbst ausgeschlossen, und zwar, da bei den Voraussetzungen des Regresses der Regredient den *casus* trägt ⁵⁴⁾, ohne Rücksicht darauf, ob die Austilgung des Acceptes mit oder ohne Schuld des Regredienten geschehen ist ⁵⁵⁾.

54) Cf. die vorige Note.

55) Diese Ansicht ist ausgesprochen in dem Erkenntnisse des

Man kann aber auch so argumentiren: Der Inhaber eines nicht acceptirten Wechsels ist nicht verpflichtet, das Accept einzuholen, sondern kann sofort zur Zahlung präsentiren und Mangels derselben den Regress gegen seine Vormänner nehmen. Es ist demnach das Vorhandensein des Acceptes dann keine Voraussetzung des Regressanspruches, wenn sich ein solches in der Hand des Regressaten noch nicht befunden hat ⁵⁶⁾, und der Regressat kann daher, was sein Verhältniss zum Bezogenen betrifft, nicht verlangen, dass ihn der Regredient auf Grund des rücklaufenden Wechsels in eine bessere Stellung bringt, als in jene, in welcher er sich vor der Vornahme des Garantieaktes befunden hat. Der Mangel des Acceptes befreit also den Vormann von seiner Regresspflicht nicht. Soll nun ein Unterschied gemacht werden dürfen danach, ob der Mangel des Acceptes in der Nichteinholung oder in der Austilgung desselben seine Ursache hat; soll der regresspflichtige Vormann, der nicht verlangen kann, dass er auf Grund des rücklaufenden Wechsels in eine bessere Position zum Bezogenen kommt, ein solches dann verlangen können, wenn der Regredient lediglich in seinem eigenen Interesse ein Accept geholt hat und dieses später ausgetilgt worden ist? Und kommt der Vormann in letzterem Falle nicht wirklich sogar in eine bessere Situation zum Bezogenen, als früher? Er hat ja auf Grund des ausgetilgten Acceptes einen, allerdings schwieriger zu realisirenden, Anspruch gegen den Bezogenen, aber immerhin einen Anspruch, welchen er früher nicht gehabt hat. Wäre es nicht unbillig, dem Regredienten die Ausübung seines Regressrechtes dann zu versagen, wenn er den Regressaten in eine bessere Stellung bringt, als dieser zu fordern berechtigt gewesen wäre, wenn der Regredient

Reichsoberhandelsgerichtes vom 17. Oktober 1873, Sammlung Bd. XI, S. 217 fg.

56) Selbst im Falle des Art. 19 der Wechselordnung, nach welchem der Wechselinhaber bei Wechseln nach Sicht wegen Abhängigkeit des Verfalltages von dem Tage der Präsentation zur Annahme, zur Vornahme der letzteren verpflichtet ist, bildet das Vorhandensein des Acceptes keine Voraussetzung des Regressanspruches.

eine in seiner Willkühr gelegene Handlung, die Präsentation zur Annahme, nicht vorgenommen hätte; und zwar aus dem Grunde zu versagen, weil die bessere Situation nicht die beste ist? — In Erwägung alles dessen könnte man geneigt sein, anzunehmen, dass der Mangel des Acceptes überhaupt dem Regredienten nicht präjudizirlich ist, ohne Rücksicht darauf, ob derselbe in der ursprünglichen Nichteinholung oder in dem späteren Wegfallen desselben seinen Grund hat. Das letztere könnte nur dann den Grund zu einer auf Abweisung des Regressanspruches gerichteten Einrede des Regressaten abgeben, wenn diese Einrede als *exceptio doli* dahin ginge, dass Wechselrechte gegen den Acceptanten aus dem Wechsel auch für die Vormänner vorhanden seien, welche in Folge einer mit Zuthun oder mit Schuld des Regredienten erfolgten Austilgung des Acceptes nicht, oder nicht in ordnungsmässiger Weise geltend gemacht werden können ⁵⁷⁾.

Uns scheint die Situation in dieser Frage eine derartige zu sein, dass selbst das Zünglein der juristischen Goldwage nach keiner Seite hin einen bedeutenden Ausschlag gibt. Die Wahrnehmung des Interesses des Einen geht auf Kosten des Interesses des Anderen und schwer ist zu entscheiden, wessen Interesse mehr Berücksichtigung verdient. Wir neigen der erstangeführten Ansicht zu, und zwar aus dem Grunde, weil der Schutz der Interessen der Vormänner in jenen Fällen, wo sich das Accept bereits in ihrer Hand auf dem Wechsel befunden hat, nur dadurch möglich wird, dass man einen

57) Diese Ansicht wird vertreten von Volkmar und Löwy, Deutsche Wechselordnung, S. 194: „Das Recht des Regresspflichtigen auf Rückerwerb des Wechsels bedingt das Recht, dass ihm der Wechsel in derjenigen Gestalt gewährt werde, in welcher er sich zur Zeit der von ihm bewirkten Begebung befunden hat.“ Eine Begründung fehlt. Hartmann, Wechselrecht, S. 330: „Auf die Regressrechte ist eine ohne Zuthun des Inhabers erfolgte Streichung des Accepts ohne Einfluss, weil die Garantie nicht durch die vorgängige Acceptation des Wechsels bedingt ist. Dagegen zieht die durch den Inhaber oder mit dessen Genehmigung geschehene Streichung des Accepts den Verlust der Regressrechte nach sich, weil dadurch die Rechte der Vormänner durch eigene Schuld des Inhabers verletzt werden.“

Unterschied nach dem Zeitpunkte des Vorhandenseins des Acceptes gar nicht zulässt und den Regress ausschliesst, ohne Rücksicht darauf, ob das Accept bereits vor dem Garantieakte vorhanden war, oder erst nach demselben auf den Wechsel gelangt ist. Denn in den meisten Fällen wird es dem Regressaten an einem liquiden Beweismittel gebrechen, darzutun, dass das nun ausgestrichene Accept sich zur Zeit seines Indossamentes integer auf dem Wechsel befunden habe; nach den meisten Wechselprozessordnungen wird er zur Führung dieses Beweises wegen Illiquidität desselben gar nicht zugelassen werden. Man kann daher den Regressaten nur dadurch schützen, dass man ihn in Stand setzt, auf das ausgetilgte Accept schlechthin hinzuweisen, ohne Rücksicht auf den Zeitpunkt, in welchem es auf den Wechsel gelangt ist.

Wir brauchen uns übrigens in dieser schwierigen Frage weder für die eine noch für die andere Ansicht zu entscheiden, da, mag nun die erste oder die zweite die richtige sein, die Sicherheit des Verkehres in jedem Falle, wie aus dem Nachfolgenden hervorgeht, eine Bestimmung verlangt, nach welcher die Perfektion des Annahmeaktes schon im Zeitpunkte der Niederschrift des Annahmevermerkes erfolgt.

Um dies zu zeigen, soll zunächst auf die grossen Gefahren hingewiesen werden, welche für den Weshselverkehr dann vorhanden wären, wenn die Perfektion des Annahmeaktes erst mit der Aushändigung des Acceptes erfolgen würde. Wir kehren zu dem Behufe zu dem oben gesetzten Beispiele zurück und gehen bei der Beurtheilung desselben zunächst von der Voraussetzung aus, dass die Wechselobligation im Falle der Annahme erst mit der Auslieferung des acceptirten Wechsels an den Präsentanten entsteht.

F nimmt nach Ausstreichung des Acceptes des B und nach Levirung des Protestes Mangels Zahlung den Regress gegen einen seiner Vormänner, z. B. gegen E. Dieser erhebt gegen den Regressanspruch die Einrede, dass sich auf dem Wechsel das Accept im ausgestrichenen Zustande befindet

und verweigert die Einlösung. Je nachdem die erste oder die zweite der oben angeführten Ansichten für richtig erachtet wird, muss diese Einrede des Regressaten E verschieden substantiirt werden. Im ersten Falle wird E behaupten müssen, dass mit dem Wechsel ein Anspruch gegen den Acceptanten B verbunden sei, welchen in ordnungsmässiger Weise geltend zu machen er durch die Auslieferung des Wechsels nicht in Stand gesetzt werde, daher die Regresspflicht nach Art. 54 der Wechselordnung cessire. Durch die Möglichkeit, dem F eine solche Einrede entgegensetzen zu können, scheint auf den ersten Blick allen Collusionen zwischen dem Wechselinhaber und dem Acceptanten ein Riegel vorgeschoben zu sein. Sieht man jedoch näher zu, so zeigt es sich, dass dies nicht der Fall ist. Es genügt nämlich nicht, dass E auf das ausgestrichene Accept hinweist, denn das niedergeschriebene Accept ist ja noch nicht der vollendete Annahmeakt. Und ein solcher muss vom E behauptet und bewiesen werden, wenn dieser sich einredeweise darauf berufen will, dass ihm Wechselrechte gegen den Acceptanten B zustehen, welche er in Folge der Austilgung des Acceptes nicht geltend machen kann. Besteht nun der Annahmeakt in der Auslieferung eines integeren Acceptes und kann der Bezogene bis zu diesem Augenblicke seine Annahmeerklärung wieder austilgen, so muss der Regressat E seiner Einrede die Behauptung zu Grunde legen, dass vom Bezogenen B ein integeres Accept an den Regredienten F ausgeliefert und dieses erst nach Aushändigung ausgetilgt worden sei. Da nur die Ausstreichung, nicht aber auch die Aushändigung eines integeren Acceptes aus dem Wechselbriefe apparirt, für diese letztere Thatsache auch keine Rechtsvermuthung streitet, so wird sie vom E in Beweis gezogen werden müssen. Wie soll nun E die Thatsache der Aushändigung eines integeren Acceptes beweisen? Die einzigen Personen, welche die nöthige Kenntniss haben, sind die Colludenten F und B. Letzterer ist übrigens als eine Person, welche an dem Ausgange des Prozesses unmittelbar interessirt ist, ein verwerflicher

Zeuge ⁵⁸⁾). Sollte, was selten der Fall sein wird, das Comptoir-personale von dem Manöver etwas wissen, so kann doch zur Erbringung eines Zeugenbeweises gegen den Principal der excipierende Regressat kaum auf für ihn günstige Aussagen rechnen. Auch auf die Vorlage der Handelsbücher des Regredienten F kann nicht angetragen werden, weil diese keinen Anhaltspunkt bieten. Denn nur die Thatsache der Erwerbung der Tratte wird in die Geschäftsbücher eingetragen, nicht aber die später erfolgende Acceptation besonders angemerkt ⁵⁹⁾).

Es bleibt also dem Regressaten E nichts anderes übrig, als dem Regressnehmer F den Haupteid irreferibel dahin aufzutragen, er solle schwören, dass ihm das Accept bereits im ausgestrichenen Zustande vom B ausgehändigt worden sei. Der kriminelle Schutz gegen das leichtsinnige Ablegen eines solchen Eides ist ganz illusorisch. Zeugen sind nicht vorhanden, und Spuren lässt die Aushändigung eines integeren Acceptes gar nicht zurück, weder in den Büchern des Präsentanten, wie bereits angedeutet wurde, noch in den Büchern des Acceptanten. Denn in die letzteren wird nach allgemeiner kaufmännischer Sitte der Eintrag bereits mit der Unterfertigung des präsentirten Wechselbriefes gemacht und nicht erst nach Vornahme der der Zeit nach ganz zufälligen Auslieferung des acceptirten Wechsels an den Präsentanten ⁶⁰⁾).

58) §. 141, lit. d. der österr. allg. Gerichtsordnung; Renaud, Lehrbuch des gem. deutsch. Civilprozessrechtes, S. 266; Bayer, Vorträge, 10. Aufl., S. 815; Wetzell, System des ordentl. Civilprozesses, 3. Aufl., 1. Abth., S. 206. 208.

59) Die Buchung erfolgt bei der Erwerbung des Wechsels zunächst im Cassabuch oder in der Prima-Nota, je nachdem die Erwerbung gegen baar erfolgt oder nicht, und setzt sich dann in dem Rimessenbuche, dem Salda-Conti, dem Journale und dem Hauptbuche fort. Da mit der Acceptation wol ein neues Recht, aber kein neues Vermögensstück erworben wird, so erfolgt auch kein neuer Eintrag. Es ist auch nicht Usus, dieselbe im Rimessenbuche anzumerken, obwol dies in der meist vorkommenden letzten Colonne „Anmerkungen“ geschehen könnte. Nur wenn die Tratte unter Protest geht, wird dies vorgemerkt.

60) S. die Note 63 u. S. 63 dieser Abhandlung. Cf. Biener, Abhandlungen, S. 370.

Der Eintrag in den Büchern des Bezogenen ist demnach nur ein Beweis für die Setzung der Annahmeerklärung, nicht aber für die Aushändigung derselben im integeren Zustande. Es ist auch bezüglich des entscheidenden Haupteides zu bemerken, dass in vielen Fällen nicht der schwörende Regredient der Colludent des Acceptanten sein kann, sondern ein Geschäftsfreund des Regredienten, dem der Wechsel zur Einholung des Acceptes übersendet war. Der Regredient wird daher in vielen Fällen gar nicht *in dolo* versiren, und nur eines Leichtsinnes in der Eidesablegung beschuldigt werden können.

Es wird demnach dem Regressaten der Beweis der Behauptung, auf welche sich seine auf die Austilgung des Acceptes bezügliche Einrede stützt, nur in den allerseltensten Fällen gelingen. Nach den meisten Wechselprozessordnungen wird es übrigens zu diesem Beweise gar nicht kommen können, sondern wird der Regressat ohne weiteres seiner Regresspflicht nachkommen müssen, weil nach den Grundsätzen des Exekutivprozesses solche Einreden wegen Illiquidität nicht zugelassen werden. Der Regressat E wird mithin die Regresssumme an den F zahlen müssen und sich dafür an einem seiner Vormänner erholen, bis die ganze Sache an den Remittenten C kommt, welcher sich nur an den falliten Aussteller und den fraudulosen Acceptanten halten kann. Wollte er gegen den letzteren seine Ansprüche erheben, so müsste er gleichfalls das Vorhandensein eines perfekten Annahmeaktes, also die Aushändigung des integeren Acceptes beweisen. Er befindet sich also in derselben misslichen Situation, wie der Regressat dem Regredienten gegenüber.

Als Resultat ergibt sich demnach, dass der Wechselinhaber F den Acceptanten B zum Schaden der Vormänner ohne den geringsten Nachtheil für sich selbst aus der übernommenen Wechselverbindlichkeit entlassen könnte.

Zu ganz demselben Resultate gelangt man, wenn man den von uns gesetzten Fall nach der zweiten oben angeführten Ansicht beurtheilt. Wenn sich der in Anspruch genom-

mene Vormann E mit der *exceptio doli* darauf beruft, dass der Regredient F mit seinem Zuthun die Mangelhaftigkeit der Scriptur herbeigeführt und damit die Unmöglichkeit oder Erschwerung der Geltendmachung der Ansprüche aus dem Accepte verursacht habe, so wird er zuerst beweisen müssen, dass überhaupt ein perfektes Accept vorgelegen habe. Erst wenn er diesen Beweis geliefert hat, den zu erbringen er aus den oben angeführten Gründen nicht im Stande ist, kann er zu der weiteren Beweisführung bezüglich der absichtlichen Austilgung des Acceptes schreiten. Die Situation ist mithin in diesem Falle eine noch schwierigere, und es werden daher die Vormänner auch in diesem Falle dem Regressansprüche Genüge thun müssen und dem Acceptanten gegenüber aus den früher angegebenen Gründen machtlos dastehen.

Mag also in der Frage, wie sich die Vormänner gegenüber einem ausgetilgten Accepte verhalten, welches erst der Regredient selbst geholt hat, die eine oder die andere der oben angeführten Ansichten die richtige sein, nach jeder kommt man, wenn die Aushändigung des Acceptes das constitutive Moment beim Annahmeakte bildet, zu dem Ergebnisse, dass der Wechselinhaber es in der Hand hat, den Acceptanten von der übernommenen Wechselpflicht zu befreien, ohne seine Regressansprüche gegen die beschädigten Vormänner einzubüssen ⁶¹⁾.

61) Selbst in jenen Fällen, in welchen sich der Regressat im Besitze des bereits acceptirten Wechsels befunden hat, ist, wenn die Aushändigung zur Perfektion des Acceptes erforderlich ist, ein ausreichender Schutz des Regressaten nicht möglich. Wie bereits auf S. 54 angedeutet wurde, ist der Regressat meist gar nicht oder nur mit illiquiden Beweismitteln in der Lage darzuthun, dass sich das nun ausgetilgte Accept bereits im Zeitpunkte der Vornahme seines Indossamentes auf dem Wechsel befunden habe, und es ist deshalb geboten, die Unterscheidung nach dem Zeitpunkte, in welchem das Accept auf den Wechsel gelangt ist, auszuschliessen, um den Regressaten die Möglichkeit zu bieten, auf das ausgestrichene Accept schlechthin zu verweisen. Natürlich muss er sich auch in diesem Falle auf ein perfektes Accept und nicht auf die bloße Scriptur, die ja bloßer Vorbereitungsakt geblieben sein kann, berufen. Lastet man nun dem Regressaten den auf die Aushändigung bezüglichen illiquiden Beweis auf, dann

Ganz anders und viel befriedigender gestaltet sich die Sache, wenn man zur Perfektion des Annahmeaktes nicht das für die Vormänner unconstatirbare Faktum der Auslieferung des acceptirten Wechsels, sondern die Niederschrift der Willenserklärung des Bezogenen, welche aus dem Wechselbriefe selbst und für alle Interessenten in gleicher Weise apparirt, als constitutives Moment erfordert. In diesem Falle brauchen die Vormänner sowol dem Regredienten, wie dem Acceptanten gegenüber nichts zu behaupten und zu beweisen, als das aus der Wechselscriptur selbst ersichtliche Faktum, dass sich die Unterschrift des Bezogenen auf dem Wechsel befunden hat. Selbst wenn die Austilgung des Acceptes durch Rasur oder Übertünchung eine vollständige sein sollte ⁶²⁾, wird der Beweis, dass derselbe vorhanden gewesen sei, durch die Vorlage der Geschäftsbücher des Bezogenen leicht zu erbringen sein, indem sich der durch mehrere Bücher ziehende Eintrag unmöglich beseitigen lässt ⁶³⁾. Zum mindesten werden es

bringt man ihn in den meisten Fällen geradezu um seine auf die Beeinträchtigung seiner Ansprüche gegen den Acceptanten sich stützende Einrede. Nur wenn der Regressat im Stande ist, auf die Austilgung der Scriptur schlechthin zu verweisen, was er wieder nur dann thun kann, wenn die Setzung des Annahmevermerkes, und nicht die Aushändigung das constitutive Moment bildet, ist ein Schutz der Vormänner selbst in diesen Fällen in zureichender Weise möglich.

62) Das vollständige Unleserlichmachen der Unterschrift des Acceptanten wird bei dem Usus, quer über den Wechselbrief zu acceptiren, meist nur auf Kosten der Vernichtung der Integrität des ganzen Wechselbriefes möglich sein, daher im Interesse des Regredienten nur sehr selten vorkommen.

63) Die Form der Verbuchung des für das geleistete Accept einzusetzenden Postens richtet sich nach dem Deckungsverhältnisse. Besteht dieses z. B. in einer Schuld für vom Aussteller bezogene Waaren, dann lautet der betreffende Eintrag in der Prima-Nota folgendermassen:

Waaren-Conto

an Tratten-Conto

für von A in Z gegen dessen Tratte per medio Mai bezogenen Caffé Wechselsumme .

Erwartet der Bezogene erst Deckung, sei es in Geld oder Rimessen, oder soll die Ausgleichung durch eine Tratte in entgegengesetzter Richtung erfolgen, dann lautet der Eintrag folgendermassen:

sich Regredient und Acceptant überlegen, bei dem Vorhandensein einer Rasur oder eines Tintenklexes an jener Stelle, wo sonst der Acceptvermerk steht, und bei dem Vorhandensein des nicht zu beseitigenden Eintrages in den Geschäftsbüchern des Acceptanten, falsche Eide zu schwören. Mit Rücksicht auf diesen Eintrag wird auch die Echtheit der Unterschrift des Acceptanten nicht in Abrede gestellt werden können.

Indem es sich also bei dem Vorhandensein einer Bestimmung, welche das constitutive Moment bei dem Annahmeakte in die Satzung der Scriptur verlegt, für die Vormänner nicht um die heikle Frage handelt, wann sich das Accept auf dem Wechsel befunden habe, sondern nur darum, ob es je auf denselben gesetzt worden sei, [welches letztere meistens gar nicht bestritten sein wird, im Falle der Bestreitung aber leicht bewiesen werden kann,] so wird durch eine derartige Normirung der Perfektionsfrage allen Collusionen zwischen dem Wechselinhaber und dem Acceptanten ein Riegel vorgeschoben; denn in Folge dieser Bestimmung geht die Entlassung des Acceptanten aus der Wechselhaftung durch Aus tilgung des Acceptes nicht auf Kosten der Vormänner, sondern auf Kosten des Wechselinhabers⁶⁴⁾ ⁶⁵⁾.

A in Z (Aussteller)
an Tratten-Conto

für seine Abgabe auf mich laut Brief v. 17. d. M. per
medio Mai Wechselsumme .

Aus der Prima-Nota gelangt dann dieser Eintrag in das Tratten-Buch, das Salda-Conti, das Journal und endlich in das Hauptbuch. — An eine Beseitigung dieses ausführlichen und mehrmaligen Eintrages kann gar nicht gedacht werden.

64) Nach der ersten der auf S. 51 angeführten Ansichten bezüglich der Stellung der Vormänner gegenüber einem ausgetilgten Accepte, ist in Folge der Perfektion des Acceptes im Momente der Niederschrift der Scriptur eine Collusion zwischen dem Wechselinhaber und dem Acceptanten gänzlich ausgeschlossen, weil der Vormann schon durch den Hinweis auf das Vorhandensein eines ausgestrichenen Acceptes von seiner Regresspflicht frei wird. Nach der zweiten Ansicht bedarf es zur Substanziirung der *exceptio doli generalis* noch des Beweises, dass die Ausstreichung mit Zuthun des Regredienten erfolgt sei. Dieser

§. 9.

Fortsetzung.

2) Die Situation des Bezogenen.

Was der Verkehr im Interesse der Vormänner des Präsentanten erfordert, dem steht ein den Rücksichten für den Bezogenen entnommenes Bedenken nicht entgegen. Dem red-

Beweis wird meistens misslingen. Aber selbst für diesen Fall hat der einlösende Regressat den allerdings schwerer zu realisirenden Anspruch gegen den Acceptanten; es kann also durch Collusion zwischen dem Wechselinhaber und dem Acceptanten nicht zur Entlassung des letzteren aus der Wechselhaftung, sondern höchstens zu einer Verschlechterung der Prozesssituation der Vormänner dem Acceptanten gegenüber kommen.

65) An dieser Stelle dürfte am passendsten jener in der Note 46 erwähnte Fall einer Erörterung unterzogen werden, in welchem auch durch die Ausstellung eines Wechsels sofort eine Verpflichtung des Ausstellers gegenüber einer Mehrzahl von Interessenten herbeigeführt wird. Wenn z. B. ein trockener Wechsel ohne Unterschrift des Ausstellers mit den Indossamenten des C, D u. E versehen ist, und der Indossatar F erlangt von dem schon von Anfang an als Aussteller in Aussicht genommenen A die Unterschrift, dann wird dieser hiedurch nicht blos dem F sondern auch allen Vormännern desselben verpflichtet. Da der Aussteller erst durch Behändigung des Wechsels gebunden ist, so könnte in diesem Falle A vor der Auslieferung des Wechsels an F seine Unterschrift mit der Wirkung austilgen, dass eine Verpflichtung für ihn gar nicht entsteht. Es bildet also in diesem Falle zur Schaffung eines gleichartigen Rechtsverhältnisses zu einer Mehrzahl von Personen erst ein allen übrigen Interessenten unbekannt bleibendes *gestum* zwischen dem gemeinsamen Schuldner und einem einzelnen Interessenten, nämlich die Behändigung der integeren Scriptur, das constitutive Moment. Man könnte daher meinen, dass auch in diesem Falle Gelegenheit zu Collusionen zwischen dem Wechselinhaber F und dem Aussteller A vorhanden sei, indem die Unterschrift des letzteren wieder ausgestrichen und vorgegeben werden könnte, dies sei bereits vor der für die Vormänner des F unerweislichen Begebung des Wechsels geschehen. Dies ist jedoch in solchen Fällen aus dem Grunde unmöglich, weil durch die Ausstreichung der Unterschrift des Ausstellers, welche ein wesentliches Erforderniss des Wechsels bildet, der ganze Wechsel in seiner Integrität vernichtet würde, also die Regressrechte des F hiebei untergingen. Es würde auch nichts nützen, an die Stelle der ausgestrichenen Unterschrift des A eine andere zu setzen, weil hiedurch die Integrität des Wechsels nicht wiederhergestellt wäre. cf. Hart-

lichen Acceptanten muss es gleichgiltig sein, ob er schon mit der Unterfertigung des Wechsels oder erst mit der Aushändigung desselben unwiderruflich gebunden ist. Es lassen sich allerdings Fälle denken, in welchen es dem Bezogenen sehr erwünscht sein mag, seine schriftliche Erklärung auf dem noch in seiner Hand befindlichen Wechsel mit der Wirkung ausstreichen zu dürfen, dass er aller Wechselflicht ferne bleibt. So z. B. in dem Falle, dass sich die Unterschrift des Ausstellers als gefälscht herausstellt, der Aussteller fallit geworden, oder der Wechsel aus Irrthum acceptirt worden ist. Es lassen sich aber auch ebensoviele Fälle denken, in welchen es dem Acceptanten erwünscht sein mag, sein von der Hand gegebenes Accept ungeschehen machen zu können. Von einem gewissen Zeitpunkte an muss eben der Bezogene unwiderruflich gebunden sein. Für ihn ist es gleichgiltig von welchem, wenn er die Folgen seiner Handlung im Voraus sorgfältig erwägt. Thut er dies nicht, dann wird ihm die unwiderrufliche Gebundenheit, mag sie in dem einen oder in dem anderen Zeitpunkte erfolgen, stets beschwerlich und von Nachtheil sein.

Es liegt auch dem Kaufmanne näher, die Summe seiner Erwägungen vor jenen Augenblick zu verlegen, in welchem er die Feder zur Hand nimmt, um seine Firma auf das fremde

mann, Wechselrecht S. 180: Eine in dem wesentlichen Inhalte eines Wechsels vorgenommene Korrektur macht den Wechsel in seiner Totalität ungültig. O. Wächter, Wechselrecht des nordd. Bundes S. 231. Das Erkenntniss des Reichsoberhandelsgerichtes v. 20. Jänner 1871, Sammlung der wechselrechtl. Entscheid. 1876 B. I. S. 62 erklärt die Ausstreichung der Unterschrift des Ausstellers nur dann als irrelevant für die Integrität des Wechsels, wenn zweimal dieselbe Unterschrift vorhanden war. — Es verlangt demnach selbst in solchen Ausnahmefällen die Rücksicht auf die Sicherheit des Verkehres bezüglich der Perfektion des Ausstellungsaktes keine derartige Bestimmung, wie sie sich oben bezüglich des Annahmeaktes als erforderlich herausgestellt hat. Es fallen also hinsichtlich einer solchen Bestimmung Ueberflüssigkeit und Nichtpraktikabilität derselben beim Ausstellungsakte ebenso zusammen, wie Nothwendigkeit und Praktikabilität beim Annahmeakte.

Papier zu setzen, als in die Zeit von der Unterfertigung bis zur Aushändigung, welche in ihrer Dauer von reinen Zufälligkeiten abhängt, wie etwa von der Schnelligkeit des expedirenden Comptoiristen oder der des Galopins. Dass nach kaufmännischer Auffassung die vollendete Unterschrift das entscheidende Moment bildet, geht daraus deutlich hervor, dass die Buchung der übernommenen Verbindlichkeit nicht nach der ganz zufälligen Aushändigung oder Versendung des acceptirten Wechsels, sondern schon nach der Unterfertigung des Wechsels vorgenommen wird; ein Umstand, welcher bei dem Charakter und der Bestimmung der Handelsbücher, nur faits accomplis aufzunehmen, gewiss nicht ohne Bedeutung ist.

Die Härten, welche sich für den Bezogenen in gewissen Fällen, wie z. B. wenn von zwei präsentirten Wechseln aus Versehen der unrechte acceptirt würde, oder wenn sich nach der Unterfertigung die Unterschrift des Ausstellers als gefälscht herausstellt, aus der Unwiderruflichkeit des einmal gesetzten Annahmevermerkes auf den ersten Blick zu ergeben scheinen, haben bei näherer Betrachtung nicht in diesem, sondern in einem ganz anderen Rechtssatze ihren Grund, nämlich in der Unwiderruflichkeit der Annahme im Sinne des *chi accetta paghi*. Nicht in der Beschaffenheit der juristischen Thatsache, denn diese zu setzen oder nicht zu setzen, liegt ja im freien Ermessen des Bezogenen, sondern in der Beschaffenheit der juristischen Folgen, nämlich in der Unmöglichkeit auf Grund der materiellen Rechtslage die entstandene Verbindlichkeit abzuschütteln, liegt die Quelle der möglichen Härten. Es ist ebenso misslich, ein von der Hand gegebenes Accept ohne Aussicht auf Deckung einlösen zu müssen, wie ein nur geschriebenes Accept. Wie bereits früher bemerkt wurde, von einem gewissen Augenblicke an muss die von allen Voraussetzungen losgelöste abstrakte Verpflichtung des Acceptanten ihren Anfang nehmen. Für denjenigen, welcher gewohnt ist, zuerst zu unterschreiben und dann erst zu erwägen, ob er unterschreiben soll oder dann erst zuzusehen, was er unterschrieben hat, wird der thatsächliche Um-

fang des constitutiven Aktes stets zu enge sein, die Verbindlichkeit stets zu früh entstehen. Wer aber die Folgen von Rechtsverhandlungen im Voraus bedenkt und sich die Dinge erst ansieht, die er anfassen will, für den ist es ganz gleichgiltig, in welchen thatsächlichen Momenten der entscheidende Akt besteht: *jura vigilantibus scripta sunt*.

Der Rücksicht auf die Interessen des Bezogenen kann mithin ein Bedenken gegen den Rechtssatz von der bindenden Kraft der blossen Scriptur nicht entnommen werden⁶⁶).

§. 10.

Fortsetzung.

3) Die Situation des Präsentanten.

Da durch die Annahme des Wechsels von Seite des Bezogenen für den Inhaber ein neuer wechselfähiger Anspruch entsteht, und zwar der für den ordnungsmässigen Gang der Tratte sehr wichtige Anspruch gegen den unbedingt haftenden Principalschuldner, so kann es dem Wechselinhaber nur erwünscht sein, so frühe als möglich Wechselrechte gegen den Bezogenen zu erwerben. Es dient daher die Bestimmung, dass die Acceptobligation nicht erst mit der Aushändigung des Acceptes, sondern schon mit der Niederschrift desselben entsteht, auch dem Interesse des Präsentanten.

Diese Bestimmung involvirt aber auch eine Gefahr für den präsentirenden Inhaber. Wie in dem §. 8 dargethan

66) Als für den Bezogenen zu streng wird der Rechtssatz von der Unwiderruflichkeit der blossen Scriptur angesehen vom Dupont'schen Commissionsbericht zum revidirten belgischen *Code de commerce* [cf. Sachs, die Revision des Handelsrechtes in Belgien, 1876, Beilageheft zur Goldschmidt'schen Zeitschrift für H.-R., S. 57] und von Nonguier, *Des lettres de change*, B. I. no. 551. p. 366. 367, welcher letzterer sich auch in der Beziehung im Irrthume befindet, dass er den Satz von der Unwiderruflichkeit des Annahmevermerkes als einen Ausfluss der zu strengen Auffassung des Rechtssatzes von der Unwiderruflichkeit der Annahme im Sinne des *chi accetta paghi* ansieht. Dass diese beiden Rechtssätze sich wesentlich von einander unterscheiden und gar nicht zusammenhängen, wurde bereits im §. 5 dieser Abhandlung dargethan.

wurde, ist die aus was immer für einer Ursache entstandene Austilgung des perfekten Acceptes den Regressansprüchen präjudizirlich und zwar, nach der strengeren Ansicht, selbst dann, wenn erst der Regredient das Accept geholt hat⁶⁷⁾. Erfolgt nun die Perfektion des Acceptes bereits zur Zeit der Niederschrift des Annahmevermerkes, also zu einer Zeit, in welcher sich der acceptirte Wechsel noch in der faktischen Gewalt des Wechselschuldners, nämlich des Acceptanten befindet, so ist die Gefahr vorhanden, dass dieser, wenn auch widerrechtlich, das Accept vor der Zurückgabe des Wechsels wieder austilgt, und dadurch den präsentirenden Inhaber um seine Regressansprüche bringt. Diese Gefahr ist um so grösser als dem Präsentanten kein Mittel zu Gebote steht, die Wiederaustilgung zu verhüten. Denn der Präsentant muss bei der Präsentation zur Annahme behufs Vergleichung des Wechsels mit dem Avisobriefe und zum Zwecke der genauen Buchung des Acceptes den Wechsel dem Bezogenen auf kurze Zeit in die Hand geben; selbst wenn dies nicht geschieht, ist dem Bezogenen unmittelbar beim Schriftakte selbst die unvermeidbare Gelegenheit geboten, seine Annahmeerklärung wieder auszustreichen.

Die hieraus resultirende Gefahr für den Wechselinhaber würde allerdings vollständig vermieden, wenn man zur Perfektion des Annahmeaktes nicht blos die Setzung, sondern auch die Aushändigung der integeren Scriptur verlangte;

67) Nach der zweiten, dem Wechselinhaber günstigeren Ansicht, zu Folge welcher die Austilgung des Acceptes die Regressansprüche nicht ausschliesst, wenn dasselbe erst vom Regredienten geholt wurde, droht dem Präsentanten keine Gefahr, auch wenn ihm der Bezogene den präsentirten Wechsel mit ausgetilgtem Accepte zurückgibt; denn dieser Umstand beeinträchtigt nicht im Mindesten seine Regressrechte. Vom Standpunkte dieser Ansicht kann also ein auf die Situation des Präsentanten sich stützendes Bedenken gegen den Rechtssatz von der Unwiderruflichkeit der einmal geschriebenen Annahmeerklärung nicht erhoben werden, weil dieser dem Präsentanten lediglich zum Vortheile gereicht und keine Gefahr involvirt. Es handelt sich daher nur darum, diejenigen Bedenken zu beseitigen, welche auf Grund der strengeren Ansicht erhoben werden könnten.

denn dann läge in der Austilgung des Acceptes vor der Zurückgabe des Wechsels nicht eine Beeinträchtigung bereits entstandener Wechselrechte, welche der Inhaber zu tragen hätte, sondern nur die Wiederbeseitigung eines an und für sich irrelevanten Vorbereitungsaktes. Durch eine derartige Bestimmung rücksichtlich der Perfektion des Annahmeaktes wäre zweifellos die Situation des präsentirenden Inhabers eine vollständig gesicherte. Es würde aber durch diese Bestimmung, wie in dem §. 8 aufgezeigt wurde, die Situation der Vormänner des Präsentanten zu einer höchst gefahrvollen, indem ihnen bei Aufrechterhaltung ihrer Regresspflicht der wechselrechtliche Anspruch gegen den Acceptanten durch Collusion zwischen diesem und dem Inhaber genommen werden könnte.

Die Dinge liegen also derart, dass durch beide bezüglich der Perfektion des Acceptes möglichen Bestimmungen für die Sicherheit des Wechselverkehrs Gefahren herbeigeführt werden, und zwar durch die eine für die Vormänner des Präsentanten, durch die andere für den Präsentanten selbst. Die Entscheidung für die eine oder die andere Bestimmung muss daher von der Erwägung abhängig gemacht werden, welche der beiden Bestimmungen die geringeren oder leichter vermeidbaren Gefahren in sich schliesst. Wie oben des Ausführlichen dargethan wurde, sind die Vormänner des Präsentanten nicht in der Lage, sich gegen die Gefahren zu schützen, welche ihnen bei der Perfektion des Acceptes im Momente der Aushändigung durch die möglichen Collusionen zwischen dem Acceptanten und dem Präsentanten drohen. Gäbe es in gleicher Weise kein Mittel für den Präsentanten, die Gefahr von sich abzuwenden, welche ihm bei der Perfektion des Acceptes im Momente der Niederschrift aus der unverhütbaren Wiederausstreichung desselben durch den Bezogenen droht, dann müsste man ohne Bedenken der ersten Bestimmung den Vorzug geben, weil sie die Sicherheit des Wechselverkehrs in geringerem Masse gefährdet, als dies durch die zweite Bestimmung geschieht, welche die Existenz

der für den Inhaber einer Tratte doch in erster Linie wichtigen Regressansprüche von der dolosen oder in Rechtsunkennntniss und Ungeschäftsmässigkeit beruhenden culposen Handlungsweise des Bezogenen abhängig macht. Gibt es aber ein Mittel, die aus der zweiten Bestimmung für den Wechselinhaber fliessenden Gefahren bei Anwendung gehöriger Vorsicht zu vermeiden, dann muss dieser zweiten Bestimmung der Vorzug gegeben werden, weil dann sie allein es möglich macht, der Situation der Vormänner, wie der des Präsentanten in gleicher Weise Rechnung zu tragen, und hiedurch den Wechselverkehr für alle Wechselinteressenten in gleichem Masse zu sichern. Und es gibt ein solches Mittel für den präsentirenden Inhaber, welches ihn in die Lage versetzt, zwar nicht die Wiederaustilgung des Acceptes durch den Bezogenen, wol aber die regressvernichtenden Folgen dieser Austilgung von sich abzuwenden.

Hinsichtlich der Frage, ob der Annahmeakt einen Rechtseffekt hervorgebracht hat, oder mit anderen Worten, ob überhaupt ein Annahmeakt vorliegt, sind zwei Rechtsverhältnisse wol zu unterscheiden, für welche beide das Vorhandensein des Annahmeaktes von Bedeutung ist. Erstens das Verhältniss des Bezogenen zum Präsentanten und zu den Vormännern, zweitens das Verhältniss des Präsentanten zu den Vormännern. Es gibt nämlich Fälle, in denen ebenderselbe Annahmeakt für das erste Rechtsverhältniss als vorhanden, für das zweite hingegen als nicht vorhanden angesehen wird. So in allen Fällen, wenn anstatt eines reinen Acceptes ein qualificirtes geleistet wird. Wenn z. B. ein vom A auf B zu Gunsten des C gezogener Wechsel vom Indossatäre D zur Annahme präsentirt wird, und B, welcher zufälligerweise gegen A, C u. D compensable Gegenforderungen hat und sich die Möglichkeit der Compensation verschaffen will, mit dem Beisatze: „zahlbar nur an A, C u. D“ acceptirt, dann hat der Annahmeakt, was das Rechtsverhältniss des Bezogenen zu den vorhandenen Gläubigern anbetrifft, ganz dieselben Rechtswirkungen, als wie wenn das Accept rein abgegeben

worden wäre: B wird dem D, C u. A dem Inhalte der Tratte gemäss verpflichtet. Und dennoch ist dieser Annahmeakt, was das Rechtsverhältniss des D zu seinen Vormännern anbelangt, so gut wie gar nicht vorhanden, denn D kann nach Art. 22 Abs. 2 der a. d. Wechselordnung den Protest Mangels Annahme leviren und den Regress auf Sicherstellung gegen C oder A nehmen, weil durch die dem Accepte beigefügte Beschränkung dem Wechsel die Negotiabilität entzogen ist, und die regelmässige Haftung des Ausstellers und der Indossanten für die Annahme des Wechsels nach Art. 8 u. 14 der a. d. W.-O. sich nicht blos darauf bezieht, dass der Inhaber einen wechselrechtlichen Anspruch gegen den Bezogenen erwirbt, sondern die Garantie zum Inhalte hat, dass der Inhaber ein solches Accept in die Hand bekommt, welches die Circulationsfähigkeit des Wechsels in keiner Weise beeinträchtigt.

Mit Rücksicht auf diesen wechselrechtlichen Satz von der Haftung der Vormänner für ordnungsmässige Annahme der Tratte stellt sich die Beurtheilung der Rechtswirkungen eines Acceptes, welches der Bezogene vor der Zurückgabe des Wechsels ausgetilgt hat, folgendermassen. Was das Rechtsverhältniss des Bezogenen zum Präsentanten und den Vormännern anbetrifft, so ist, wenn die Perfektion des Annahmeaktes schon mit der Setzung der Scriptur erfolgt, trotz der Austilgung der Annahmeerklärung ein Accept vorhanden und der Bezogene aus demselben verhaftet⁶⁸⁾. Was aber das Rechtsverhältniss des Präsentanten zu seinen Vormännern anbelangt, so ist ein der Garantiepflicht der letzteren entsprechendes Accept nicht geleistet, daher das Accept so gut wie gar nicht vorhanden⁶⁹⁾; denn die Tratte ist in Folge des

68) Ob der Anspruch aus dem ausgetilgten Accepte sofort im Wechselprozesse oder erst auf dem Umwege der im Civilprozesse zu fordernden Wiederherstellung des Acceptes geltend gemacht werden kann, ist hier gleichgiltig.

69) Dass es sich bei der Haftung der Vormänner für die Annahme nach Art. 8 u. 14 der a. d. W. O. nicht um die Erwerbung eines

ausgestrichenen Acceptes in ihrer Circulationsfähigkeit vollständig gelähmt und auf Grund der ausgetilgten Annahmeerklärung kann der wechselrechtliche Anspruch gegen den Acceptanten in ordnungsmässiger Weise d. i. auf dem Wege eines direkten Zahlungsauftrages nicht realisirt werden. Da demnach ein solches Accept, wie es der Aussteller und die Indossanten garantiren, nicht vorliegt, so ist der Präsentant berechtigt, gegen diese den Regress auf Sicherstellung gerade so zu nehmen, als ob ein Accept gar nicht vorhanden sei⁷⁰⁾. Zu diesem Zwecke muss er den Protest Mangels Annahme in der Weise leviren, dass in demselben die Auslieferung des ausgetilgten Acceptes constatirt wird. Da nun der Notar diese Thatsache zu bezeugen nur dann im Stande ist, wenn die Präsentation des Wechsels und der Rückempfang des ausgestrichenen Acceptes in seiner Gegenwart stattfindet, oder von ihm selbst vorgenommen wird, so ist die Möglichkeit den Protest Mangels Annahme zu leviren nur dann vorhanden, wenn sofort mit Hilfe eines Notares zur Annahme präsentirt wird. Versäumt der Wechselinhaber diese Vorsicht, dann setzt er sich der Gefahr aus, dass der Bezogene vor der Zurückgabe des Wechselbriefes das Accept wieder ausstreicht und dadurch dem Präsentanten die Levirung des Protestes unmöglich macht. Von der Aufnahme dieses Protestes hän-

wechselrechtlichen Anspruches gegen die in der Tratte als Bezogener namhaft gemachte Person, sondern um den Empfang eines reinen und integeren Acceptes von Seite dieser Person handelt, geht auch aus folgendem Falle zur Evidenz hervor. Wenn der Bezogene ein der Garantiepflicht der Vormänner entsprechendes Accept geleistet hat, ein wechselrechtlicher Anspruch aus demselben aber nicht entstanden ist, z. B. wegen Minderjährigkeit des Acceptanten, so ist der Regress Mangels Annahme ausgeschlossen, es ist also die im Art. 8 u. 14 normirte Haftungspflicht erfüllt.

70) Nach Siegel, Das Versprechen S. 140 ist in einem solchen Falle der Regress auf Sicherstellung ausgeschlossen, weil die Annahme trotz der Ausstreichung den Bezogenen voll verpflichtet. S. scheint zu übersehen, dass der Bezogene aus dem ausgestrichenen Accepte verpflichtet, und dennoch der Regress auf Sicherstellung zulässig sein kann.

gen aber die Regressansprüche des Inhabers ab. Wenn nämlich der Inhaber eines Wechsels im Regresswege einen Mangel rücksichtlich der Acceptation geltend machen will, so ist er genöthiget, diesen Mangel durch Protest zu beweisen. Dies gilt zunächst für jene Fälle, in denen auf Grund dieses Mangels der Regress auf Sicherstellung genommen wird [Art. 18 u. 25 der a. d. W.-O.]. Im Falle der Austilgung des Acceptes durch den Bezogenen ist der Mangel eines ordnungsmässigen Acceptes und der hierauf sich beziehende Protest aber auch für den Remboursregress von entscheidender Bedeutung. Denn wenn der Regredient es vermeiden will, dass der Regressat unter Hinweis auf das ausgetilgte Accept sich seiner Regresspflicht entschlägt, so muss er geltend machen, dass für das Rechtsverhältniss zwischen ihm und seinen Vormännern, also für das Regressverhältniss, das ausgestrichene Accept als ordnungswidriges so gut wie gar nicht vorhanden, daher der Regressat nicht berechtigt ist, sich auf die Mangelhaftigkeit des Acceptes, für welche er in Folge des einen Theiles seiner Garantiepflcht im Regresse Mangels Annahme aufzukommen hat, zu berufen, um sich des anderen Theiles seiner Garantiepflcht, nämlich der Einlösung des Wechsels im Remboursregresse zu entschlagen. Will sich der Regredient in dieser Weise auf das Vorhandensein eines garantiewidrigen Acceptes berufen, und hiedurch die Ausstreichung desselben ihrer für sein Regressrecht präjudizirlichen Wirkungen entkleiden, so muss er die bei der Acceptation stattgefundene Ordnungswidrigkeit in derjenigen Form beweisen, in welcher dieselbe stets bewiesen werden muss, wenn sie im Regressverhältnisse Berücksichtigung finden soll, nämlich durch Beibringung des Protestes Mangels Annahme⁷¹⁾. Hat

71) Darin, dass in einem solchen Falle zur Ergreifung des Remboursregresses ausser dem Proteste Mangels Zahlung noch ein zweiter Protest erforderlich ist, liegt keine Abnormität, denn die a. d. W. O. kennt noch andere derartige Fälle. Wenn nämlich der Inhaber eines Duplicates, auf welchem angegeben ist, bei wem das zum Accepte versandte Exemplar sich befindet, den Regress auf Zahlung nehmen will, so muss er ausser dem Proteste Mangels Zahlung noch einen zweiten

der Präsentant diesen Protest levirt und bringt er denselben nebst dem Proteste Mangels Zahlung im Remboursregresse bei, dann können die regresspflichtigen Vormänner, selbst bei der strengeren Auslegung des Art. 54 der W. O., der That-
sache, dass der rücklaufende Wechsel ein ausgestilgtes Accept enthalte, die mehrerwähnte auf das Loskommen von der Einlösungspflicht abzielende Einrede nicht entnehmen.

Dem präsentirenden Inhaber steht somit ein Mittel zu Gebote, sich gegen diejenigen Gefahren vollständig zu schützen, welche seinen Regressansprüchen aus der vom Bezogenen vor der Zurückgabe des präsentirten Wechsels vorgenommenen Austilgung des Acceptes drohen⁷²⁾. Die im Interesse der

Protest levirt haben und denselben beibringen, nämlich den Protest Mangels Herausgabe der Prima (Art. 69 der W. O.). Dasselbe gilt für den im Art. 72 der W. O. normirten Fall.

72) Der Hinweis, dass bei der Existenz des Rechtssatzes von der Unwiderruflichkeit der geschriebenen Annahme in der Levirung des Protestes Mangels Annahme das einzige, aber ausreichende Mittel zur Abwendung der aus der Wiederausstreichung des Acceptes resultirenden Vernichtung der Regressansprüche bestehe, findet sich auch bei Cattaneo, *La legge universale di cambio*, no. 294: „*Se si restituisse la cambiale al portatore coll' accettazione cancellata, egli dovrebbe, per provvedere alla propria sicurezza, far levare il protesto; altrimenti, si riterrebbe essersi accomodato arbitrariamente coll' accettante, ed il portatore perderebbe il regresò verso i giranti e il traente, perchè il rapporto cambiario non esiste soltanto tra lui e l'accettante, quindi non può soincolare questo in pregiudizio degli altri obbligati.*“ cf. Vidari, *La lettera di cambio* no. 271, p. 271.

Eine ähnliche, aber weniger präzise Andeutung findet sich bei Kist, *Beginselen van handelsregt*, 2. deel, 2. druk (1874) p. 205: „*Dit protest (sc. wegens non-acceptatie) moet hij (sc. de houder van de wisselbrief) niet alleen laten opmaken, wanneer de acceptatie geheel geweigerd wordt, maar ook als de acceptatie slechts gedeeltelijk is.* [Unter „*slechts gedeeltelijk*“, d. i. so viel als garantiewidrig, fällt auch das ausgestrichene Accept.] *In dit geval zal hij, zelfs indien hij geen regres neemt (sc. wegens non-acceptatie), voorzigtiger handelen, door van non-acceptatie te protesteren en van dat protest kennis te geven.*“ — Auch die Entscheidung des Reichsoberhandelsgerichtes vom 17. Oktober 1873 [Sammlung B. 11 S. 218 fg.] scheint von der oben aufgestellten Ansicht auszugehen. Nachdem nämlich der Satz ausgesprochen worden ist, dass auf Grund eines rücklaufenden Wechsels, welcher ein ausgestrichenes Accept enthält, die Regresspflicht der Vor-

Vormänner des Präsentanten dringend gebotene Bestimmung von der Unwiderruflichkeit der auf den Wechsel geschriebenen Annahmeerklärung involvirt daher für den Präsentanten ebensowenig eine Härte oder eine Gefahr, wie für den Bezogenen, vorausgesetzt, dass beide bei der Präsentation zur Annahme die gehörige Vorsicht aufwenden. Nimmt der Inhaber einer Tratte die Präsentation zur Annahme ohne den Notar vor, weil er in die Person des Bezogenen hinlängliches Vertrauen setzt, dann trägt er selbst die nachtheiligen Folgen, welche durch die Wiederausstreichung des Acceptes von Seite des Bezogenen, für seine Regressansprüche entstehen können. In einem solchen Falle bleibt dem Inhaber des Wechsels nur der Anspruch gegen den Acceptanten, welcher das in ihn gesetzte Vertrauen gebrochen hat, übrig. Dass der Rechtssatz von der Unwiderruflichkeit des niedergeschriebenen Acceptes bei Ausserachtlassung der nöthigen Vorsicht bei der Präsentation zur Annahme Raum für den Verlust der Regressansprüche bietet, kann wol kaum als ein Bedenken gegen diesen Rechtssatz erhoben werden. Gibt es doch einen Fall, in welchem der präsentirende Inhaber trotz aller Vorsicht in Folge der widerrechtlichen Handlungsweise des Bezogenen seine Regressrechte verliert, nämlich wenn der Bezogene den ihm zur Annahme vorgelegten Wechselbrief, sei es dolos oder culpos, vernichtet oder verliert⁷³⁾. In

männer cessire, ohne Unterschied, ob das Accept sich schon vor der Wechselzeichnung des Regressaten auf dem Wechsel befunden hat oder erst später demselben hinzugefügt worden ist, wird S. 220 gesagt: „Nur durch die strikte Festhaltung dieses Grundsatzes wird die Ordnungsmässigkeit des Regresses gewahrt, der Regredient zur gehörigen Sorgfalt bei der Präsentation des Wechsels und erforderlichenfalls zur Ergreifung der für die Erhaltung seines Regressrechts geeigneten Massregeln veranlasst, der Regressat vor schwieriger und meist aussichtsloser Prozessführung sowie vor Collusionen des Regressnehmers mit dem Acceptanten gewahrt.“

73) Ein Duplicat ist der Inhaber in diesem Falle nicht zu fordern berechtigt, weil er die Prima nicht mehr besitzt. Nach der von der Mehrzahl der Schriftsteller vertretenen, aber unrichtigen Ansicht ist das Recht auf Duplicate an den Besitz der Prima nicht geknüpft.

einem solchen Falle hat der Präsentant, wenn die Wechselzeichnung durch den Bezogenen noch nicht stattgefunden hat, nicht einmal einen wechselrechtlichen Anspruch gegen denselben, sondern höchstens eine civile Schadenersatzforderung⁷⁴⁾.

Liebe, Wechselordnung S. 192. Brauer, Wechselordnung S. 129. Bluntschli, Wechselordnung S. 119. Thöl, Wechselrecht S. 630. Volkmar und Löwy, Wechselordnung S. 232. Kuntze, Wechselrecht S. 109. Hoffmann in Siebenhaar's Archiv für W. R. B. 5. S. 302 fg. Hartmann, Wechselrecht S. 195. Oskar Wächter, Wechselrecht S. 257. Diese Schriftsteller werden daher auch in dem oben angeführten Falle einen Verlust der Regressrechte nicht annehmen. Es ist hier nicht der Ort die Unrichtigkeit dieser Ansicht aufzuzeigen; auch hat dies bereits Jolly in Siebenhaar's Archiv für W. R. B. IV. S. 32—34 gethan. Den von diesem Schriftsteller vorgeführten Argumenten soll nur das eine, vielleicht wichtigste hinzugefügt werden, dass, wenn das Recht auf Nachlieferung von Duplicaten an die Vorweisung der Prima nicht geknüpft ist, durch vorgeschützten Verlust oder Vernichtung der in der Hand des Nachmannes acceptirten Prima die wechselrechtlichen Ansprüche der Vormänner gegen den Acceptanten jederzeit beseitiget, und hiedurch die Sicherheit des Wechselverkehrs in hohem Masse gefährdet werden kann. — Nicht aus diesem dem Verkehrsbedürfnisse entspringenden Grunde, sondern aus formalistischen Gründen erklären zwar die meisten der vorcitirten Schriftsteller, dass das Recht auf Duplicate ausgeschlossen sei, wenn die nicht mehr vorhandene Prima bereits acceptirt war. Wie sollen aber die Vormänner beweisen, dass dies der Fall war?

74) In sehr zweckmässiger Weise wird nach manchen Wechselgesetzen der Bezogene in einem solchen Falle gerade so behandelt, als ob er acceptirt hätte, sodass er dem Präsentanten die Wechselsumme wechselfähig schuldet. *Código de comercio* von Spanien v. 30. Mai 1829 Art. 461: *La persona á quien se exija la aceptacion no puede retener la letra en su poder bajo pretesto alguno; y si pasando á sus manos de consentimiento del tenedor dejare pasar el dia de la presentacion sin devolverla, queda responsable á su pago, aun cuando no la acepte.* [Borchardt, B. I. S. 475.]; ebenso der *Código de comercio* der argentinischen Republik vom 10. September 1862, Art. 821 [Borchardt, B. I. S. 6.]; der *Código mercantil* von Bolivia vom 12. November 1834, Art. 387 [Borchardt, B. I. S. 21.]; der *Código de comercio* von Chile vom 23. November 1865. Art. 667 [Borchardt, B. I. S. 43]; die *Ordenanzas de la villa de Bilbao* v. 2. Dezember 1737, §. 35. [Borchardt, B. I. S. 180.]; der *Código de comercio* von Nicaragua vom 12. März 1869, Art. 258 [Borchardt, B. I. S. 288.] und die revidirten Statuten von New York *part I. chap. IV. title II.*

Es ist übrigens nicht zu übersehen, dass bei der Beantwortung der Frage, ob die den Vormännern drohende Collusionsgefahr oder die dem Präsentanten drohende Gefahr des Regressverlustes im Falle der Unterlassung der allerdings etwas umständlichen und kostenverursachenden Zuhilfenahme eines Notares mehr Berücksichtigung verdient, ausser dem bereits erwähnten Faktor der grösseren oder geringeren Vermeidlichkeit auch der Wahrscheinlichkeitscoefficient des Eintrittes der Gefahr in Rechnung gezogen werden muss. Da in den weitaus meisten Fällen für den Acceptanten das Motiv der Bestrebung, von seiner Verbindlichkeit loszukommen, in dem Deckungsverhältnisse, nämlich in einer seit der Acceptation eingetretenen Veränderung der ökonomischen Situation des Ausstellers liegt, und diese Veränderung während des Zeitraumes der Detention des Bezogenen am präsentirten Wechsel, welcher in der Regel nur einige Minuten, höchstens eine Reihe von Stunden dauert, viel seltener eintreten wird, als während des Zeitraumes von der Acceptation bis zum Verfallstage, so ist die Wahrscheinlichkeit der Gefahr zur Länge des Zeitraumes im geraden Verhältnisse proportionirt, daher die Gefahr des Regressverlustes für den Präsentanten eine viel geringere, als die Gefahr des Verlustes des Anspruches aus dem Accepte für die Vormänner.

Schliesslich ist zu erwägen, dass bei dem Vorhandensein einer unzweifelhaften Gesetzesbestimmung, welche die Gebundenheit des Bezogenen schon im Augenblicke der Wechselzeichnung eintreten lässt, für den Bezogenen jedes Motiv wegfällt, sein Accept vor der Zurückgabe des Wechsels an den Präsentanten wieder auszustreichen, weil die Vornahme

§. 11: *Every person, upon whom a bill of exchange is drawn, and to whom the same is delivered for acceptance, who shall destroy such bill, shall be deemed to have accepted the same.* [Jede Person, auf welche ein Wechselbrief gezogen, und welcher derselbe zur Annahme eingehändigt wird, soll, wenn sie diesen Wechselbrief vernichtet, so angesehen werden, als ob sie denselben acceptirt hätte.] Borchardt, B. II. S. 306.

dieser Handlung für den Bestand seiner Verpflichtung bedeutungslos wäre.

Es reduzirt sich mithin selbst in denjenigen Fällen, in welchen der Präsentant die ihm gebotene Vorsichtsmassregel verabsäumt, die Gefahr des Regressverlustes auf ein solches Minimum, dass sie die Grundlage zur Erhebung eines Bedenkens gegen den Rechtssatz von der bindenden Kraft der niedergeschriebenen Annahme nicht abzugeben vermag.

§. 11.

Die Unwiderruflichkeit der niedergeschriebenen Annahme in der älteren deutschen und in der ausländischen Gesetzgebung.

Die Bestimmung, welche nach dem Vorstehenden mit Rücksicht auf das eigenthümliche Wesen des durch den Annahmeakt hervorgerufenen Rechtsverhältnisses sich sowol als ein Postulat der juristischen Logik wie auch als eine Forderung des Verkehrsbedürfnisses erweist, hat bereits vor der Einführung der a. d. Wechselordnung in einem grossen Theile des heutigen Geltungsgebietes derselben als positiver Rechtssatz bestanden und ist in einer grossen Anzahl der ausserdeutschen Länder auch heutzutage in Geltung, wie aus der nachfolgenden chronologisch geordneten Zusammenstellung einer Reihe von Wechselordnungen hervorgeht, welche alle die Gebundenheit des Bezogenen bereits im Augenblicke der Unterzeichnung des zur Annahme präsentirten Wechselbriefes eintreten lassen.

Copenhagen, W.-O. vom 16. April 1681, §. 6: Da eine Person den Wechsel acceptiret, soll sie drauf mit ihrer eignen Hand zeichnen und ihren Namen unterschreiben. Was nun einer einmal acceptiret, davon kann er hernach nicht abgehen. [Zimmerl, B. I. Abth. 1. S. 251.]

Hamburg, W.-O. vom Jahre 1711, Art. 6, *in fine*: Demjenigen, welcher einmal einen Brief acceptiret hat, steht nicht mehr in seinen Mächten, die Acceptation zu widerrufen oder zu annulliren. [Zimmerl, B. II. Abth. 1. S. 104.]

Russland, W.-O. vom 16. Mai 1729, Cap. I. §. 9: Wenn der Acceptant einen Wechsel annimmt, und die Annahme unterschreibt, zu gleicher Zeit aber, wegen der einen oder der andern Ursache, um dem Wechsel kein Genüge zu leisten, die Acceptation ausstreicht, so soll dennoch solche Ausstreichung den Wechsel nicht ungültig machen, sondern er ist gehalten, das Geld laut Wechsel zu entrichten. [Zimmerl, B. III. S. 15.]

Preussen, W.-O. vom Jahre 1751, Art. 49: Eine Acceptation wird für gültig und vollständig gehalten, wenn der Acceptant auch nur die Feder deswegen ansetzet, und einen Buchstaben auf den Wechselbrief geschrieben hat. [Zimmerl, B. II. Abth. 2. S. 218.]

Elbing, W.-O. vom 27. Januar 1758, Cap. II. Art. 35: Wer einmal acceptirt hat, der kann nicht wieder zurückgehen, wenn auch die Acceptation aus Irrthum bewerkstelliget, und nachher wieder ausgestrichen wäre. [Zimmerl, B. II. Abth. 1. S. 292.]

Preussen, allg. Landrecht vom 1. Juni 1794, Theil II. Tit. 8. §. 997: Die einmahl geschehene Acceptation kann der Bezogene nicht wieder zurücknehmen oder auf dem Wechsel ausstreichen. §. 998: Auch wenn er das letztere gethan hat, bleibt er dennoch aus der Acceptation verpflichtet. [Zimmerl, B. II. Abth. 2. S. 279.]

Anhalt-Cöthen, W.-O. vom 31. August 1802, Art. 45: Ein Accept wird vor gültig und vollständig gehalten, wenn der Acceptant nur die Feder desswegen ansetzet und einen Buchstaben auf den Wechselbrief geschrieben hat. [Zimmerl, B. I. Abth. 1. S. 102] ⁷⁵⁾.

75) Man vindicirt der Cöthener Wechselordnung das Verdienst, die Unwiderruflichkeit des geschriebenen Acceptes in so drastischer Weise zum Ausdruck gebracht zu haben. Cf. Siegel, Versprechen S. 134 und Hartmann, Wechselrecht S. 233 Note 17). Wie aber aus der Vergleichung mit Art. 49 der preussischen Wechselordnung vom J. 1751 hervorgeht, hat die Cöthener Wechselordnung die obige Bestimmung fast wörtlich aus dieser herübergenommen.

Dänemark, *Forordning angaaende trasserede Vexler* vom 18. Mai 1825 §. 26: *Efterat Trassatus cengang har tegnet Accept paa en Vexel, er han dervede uigjenkaldelig forbunden, uden at han, ved at overstryge Accepten, kan haeve denne sin Forpligtelse.* [Nachdem der Bezogene einmal das Accept auf den Wechsel geschrieben hat, ist er daran unwiderruflich gebunden, ohne dass er durch Ausstreichung des Acceptes diese seine Verpflichtung beseitigen kann.] Borchardt, B. II. S. 87.

Portugal, *Codigo commercial* vom 8. Juni 1833, Art. XX, 340: *O accitante d'uma letra de cambio contrahe pelo accite a obrigação de pagar o montante d'ella: e não pode annular, retractar ou riscar a sua assignatura e accite, uma vez escripto.* [Der Acceptant eines Wechselbriefes übernimmt durch das Accept die Verbindlichkeit, den Betrag desselben zu bezahlen: und er kann seine Unterschrift und das Accept nicht annulliren, zurücknehmen oder ausstreichen, nachdem dieses einmal geschrieben ist.] Borchardt, B. II. S. 352.

Holland, *Wetboek van koophandel* vom 10. April 1838, Art. 119: *Hij die eenen wisselbrief heeft geaccepteerd, is tot deszelfs betaling verpligt. Hij mag de eens op den wisselbrief gestelde acceptatie, ook vóór deszelfs terruggave, niet herroepen, vernietigen, doorhalen of onleesbaar maken, en blijft desniet-tegenstaande tot de voldoening verpligt.* [Derjenige, welcher einen Wechselbrief acceptirt hat, ist zur Bezahlung desselben verpflichtet. Er kann die einmal auf den Wechselbrief gesetzte Annahme, auch vor der Zurückgabe desselben, nicht widerrufen, vernichten, durchstreichen oder unlesbar machen, und bleibt dessen ungeachtet zur Bezahlung verpflichtet.] Borchardt, B. II. S. 199.

Niederländisch-Indien, *Wetboek van koophandel* vom Jahre 1846, Art. 118, Borchardt, Bd. II. S. 213; gleichlautend dem Art. 119 des holländischen Handelsgesetzbuches.

Brasilien, *Código comercial* vom 25. Juni 1850 Art. 394: *O sacado não póde riscar nem retractar o seu aceite depois de assignado.* [Der Bezogene kann nach der Unterzeichnung

sein Accept weder ausstreichen, noch zurücknehmen.] Borchardt, B. II. S. 34.

Schweden-Norwegen, *Wexel-Lag* vom 23. August 1851, §. 25: *Godkännande må ej, sedan det å wexeln tecknadt är, återkallas.* [Die Annahme kann, nachdem sie auf den Wechsel gezeichnet ist, nicht widerrufen werden.] Borchardt, Bd. II. S. 418.

Finnland, *Wexel-Stadga* vom 29. März 1858, §. 19: *Godkännande skall skrifwas på wexeln och förses med acceptantens namteckning. Sålunda gifwen accept må ej sedan återkallas. Finnes den öfverkorssad; ware likwål gällande.* [Die Annahme soll auf den Wechsel geschrieben und mit des Acceptanten Unterschrift versehen sein. Das auf solche Art gegebene Accept kann nachher nicht widerrufen werden. Wird es durchstrichen, so ist es gleichwol gültig.] Borchardt, B. II. S. 393.

Argentinische Republik, *Código de comercio* vom 10. September 1862, Art. 816, Abs. 3: *La persona á cuyo cargo se jira, no puede borrar ni retractar su aceptacion, despues de firmada.* [Die Person, auf welche man zieht, kann nach der Unterzeichnung ihr Accept weder ausstreichen noch zurücknehmen.] Borchardt, B. II. S. 6.

Chile, *Código de comercio* vom 23. November 1865, Art. 669: *Dada la aceptacion en alguna de las formas enunciadas en el precedente articulo, el aceptante no puede retractarla, aun cuando no haya devuelto la letra.* [Wenn die Annahme in irgend einer der im vorhergehenden Artikel angegebenen Formen ertheilt worden ist, kann sie der Acceptant nicht widerrufen, auch wenn er den Wechselbrief noch nicht zurückgegeben hat.] Borchardt, B. II. S. 43.

Surinam, *Wetboek van koophandel* vom 4. Sept. 1868, Art. 102, Borchardt, B. II. S. 227; gleichlautend dem Art. 119 des holländischen Handelsgesetzbuches. Ebenso

Curaçao, *Wetboek van koophandel* vom 4. Sept. 1868, Art. 102, Abs. 1 u. 2, Borchardt, B. II. S. 242. —

Dieselbe Bestimmung ist, wenn auch nicht so unmittel-

bar aus dem Wortlaute erhellend, wie in den vorstehenden Gesetzen, auch in den Wechselordnungen einiger Cantone der Schweiz enthalten; nämlich in den Wechselordnungen derjenigen Cantone, welche mit nur geringen Modifikationen die a. d. W.-O. bei sich eingeführt haben. So lautet der §. 15, Abs. 3 der Wechselordnung von Aargau vom 22. Februar 1857 [Borchardt, B. I. S. 349] und der Art. 20, Abs. 3 der Wechselordnungen von Solothurn vom 28. Febr. 1857 [Borchardt, B. I. S. 497], von Bern vom 3. Nov. 1859 [Borchardt, B. I. S. 462], von Luzern vom 30. Nov. 1860 [Borchardt, B. I. S. 473], von Schaffhausen vom 23. Febr. 1863 [Borchardt, B. I. S. 485] und von Baselstadt vom 20. April 1863 [Borchardt, B. I. S. 449] conform dem Abs. 4. Art. 21 der a. d. W.-O.: „Die einmal erfolgte Annahme kann nicht wieder zurückgenommen werden“⁷⁶⁾.

Zu dieser Gruppe von Gesetzen, welche die Rechtswirkungen der Annahme bereits an die gesetzte Scriptur knüpfen, gehört schliesslich auch der revidirte *Code de commerce* von Belgien. Der §. 11 Abs. 3 und 4 des Gesetzes vom 20. Mai 1874 bestimmt nämlich: *Le tiré peut, s'il ne s'est pas dessaisi du titre, biffer son acceptation aussi longtemps que le délai de vingt-quatre heures, qui lui est accordé par l'article 16*⁷⁷⁾, *n'est pas expiré. Si le tiré ne donne pas au porteur connaissance de la biffure dans le délai préindiqué, la biffure est nulle*⁷⁸⁾.

76) Dass diese Stelle im Sinne der Unwiderruflichkeit der Scriptur aufzufassen und daher die obcitirten Wechselordnungen jener Gruppe von Gesetzen beizuzählen sind, welche die Gebundenheit des Bezogenen bereits im Zeitpunkte der Namensunterfertigung eintreten lassen, wird erst weiter unten im §. 13 dargethan werden. Die Anführung der schweizerischen Wechselordnungen bereits an dieser Stelle der Untersuchung erfolgte zum Zwecke der Übersicht über den Stand der ausländischen Gesetzgebung in dieser Frage.

77) Der bezogene Art. 16 lautet: *Une lettre de change doit être acceptée à sa présentation, ou, au plus tard, dans les 24 heures de la présentation. Après les 24 heures, si elle n'est pas rendue acceptée ou non acceptée, celui qui l'a retenue est passible de dommages-intérêts envers le porteur.*

78) Cf. Sachs, Die Revision des Handelsrechtes in Belgien. (Bei-

[Der Bezogene kann, wenn er den Wechsel noch nicht zurückgegeben hat, sein Accept so lange ausstreichen, als die Frist von 24 Stunden, welche ihm durch den Art. 16 gewährt ist, nicht abgelaufen ist. Wenn der Bezogene dem Inhaber von der Ausstreichung in der genannten Frist keine Nachricht gibt, ist die Ausstreichung ungiltig.] Nach dieser Bestimmung macht es einen Unterschied, ob der Bezogene den Schriftakt vor oder nach Ablauf von 24 Stunden seit der Präsentation des Wechsels vornimmt. Im letzteren Falle ist er durch bloße Scriptur sofort in unwiderruflicher Weise gebunden; im ersteren kann er sich durch rechtzeitige Ausstreichung und Notifikation von seiner Verbindlichkeit befreien ^{79a}). In beiden Fällen treten also die Rechtswirkungen der Annahme bereits mit der Vornahme des Schriftaktes ein, und es besteht zwischen beiden nur der eine Unterschied, dass im ersteren Falle die Verpflichtung des Acceptanten bis zum Ablaufe von 24 Stunden oder bis zur Aushändigung des Acceptes vor Ablauf dieser Frist eine resolutiv bedingte ^{79b}), während sie im letzteren Falle sofort eine unbedingte ist ⁸⁰).

lageheft zu B. XXI der Goldschmidt'schen Zeitschrift für H.-R.), S. 56.

79^a) Dass wir es in diesem Falle mit der Beseitigung bereits eingetretener Rechtswirkungen und nicht mit der Beseitigung eines wirkungslosen Vorbereitungsaktes zu thun haben, geht aus der Beweisposition hervor, in welcher sich der Bezogene einem ausgestrichenen Accepte gegenüber befindet. Nicht der Inhaber muss beweisen, dass ein reines Accept ausgehändigt worden sei, sondern die ganze Beweislast über die einredeweise behauptete rechtzeitige Ausstreichung und Notifikation trifft den Bezogenen, [cf. Sachs a. a. O. S. 57 und 58] woraus hervorgeht, dass diese Handlungen den Charakter von rechtsaufhebenden Thatfachen besitzen. Cf. Windscheid, Pandekten (4. Aufl., 1875), B. I. S. 399; Unger, System des österr. allg. Privatrechtes, B. II. S. 459 f.

79^b) Bedingt im Sinne einer *conditio juris*.

80) Durch die Einräumung eines vor der Aushändigung des acceptirten Wechsels oder innerhalb einer gewissen Frist nach der Präsentation geltend zu machenden *jus poenitendi* zu Gunsten des Bezogenen glaubte die belgische Revisionscommission zwischen den entgegengesetzten Bestimmungen der übrigen Wechselordnungen in der Perfektionsfrage in der Weise vermitteln zu können, dass einerseits

Während nach den Gesetzen der vorgenannten Länder die Perfektion des Acceptes schon im Zeitpunkte der Niederschrift der Annahmeerklärung erfolgt, geschieht dies, wie be-

die Gefahren des Missbrauches, welchen durch die Perfektion im Zeitpunkte der Aushändigung Raum geboten wird, andererseits die Härten vermieden werden, welche für den Bezogenen aus der Perfektion im Augenblicke des Schriftaktes erwachsen können (cf. Sachs a. a. O.). Ein ungeeigneteres und dem Geiste des Wechselinstitutes widersprechenderes Mittel, als die im oben citirten §. 11 enthaltene Bestimmung, hätte die Revisionscommission wol kaum finden können.

Was die zu vermeidenden Härten für den Bezogenen anbetrifft, wurde bereits im §. 9 dieser Untersuchung dargethan, dass solche für den Vorsichtigen aus der Unwiderruflichkeit der einmal geschriebenen Annahme gar nicht erwachsen, und dass dieselben für den Unvorsichtigen und Unüberlegten durch ein Hinausschieben oder ein Erweitern des constitutiven Aktes nicht vermieden werden können: der voreilig Schreibende wird auch voreilig aushändigen. Es kann mithin dem unvorsichtigen Bezogenen auch nicht durch die Einräumung eines auf wenige Stunden eingeschränkten Reuerechtes geholfen werden, wenn man auch davon absehen wollte, dass er gar keine Rücksicht verdient.

Die obige Bestimmung des §. 11 ist aber nicht allein nutzlos für den Bezogenen, sondern auch ungeeignet zur Erreichung des zweiten Zweckes, nämlich den Missbrauch der Ausstreichungsbefugniss durch Collusionen zwischen dem Wechselinhaber und dem Acceptanten zu verhüten. Da nämlich weder aus dem Wechsel, noch anderswoher ersichtlich ist, wann die Präsentation zur Annahme, die Acceptation und die Wiederausstreichung vorgenommen wurde, so kann durch die Colludenten den Vormännern gegenüber beliebig der rechtzeitige Rücktritt des Bezogenen vom Accepte vorgeschützt und auf diese Weise unconstatirbarer Missbrauch mit der Ausstreichungsbefugniss des §. 11 getrieben werden.

Ausser der Unzulänglichkeit nach beiden Seiten hin kommt bei der Beurtheilung der obigen Bestimmung des belgischen H.-G.-B. weiter in Betracht, dass es auf Grund derselben für die Rechtswirkung des Wechselaktes der Annahme von entscheidender Bedeutung ist, in welcher Zeit nach der Präsentation zur Annahme das Accept auf den Wechsel gesetzt wurde. Da nun der Zeitpunkt der Präsentation nicht aus dem Wechselbriefe zu ersehen ist, ja in vielen Fällen, man denke nur an die Zusendung durch die Post, gar nicht fixirbar ist, so wird die Rechtswirkung des Wechselaktes von einem ausser dem Wechsel gelegenen, schwer eruirbaren Umstande abhängig gemacht und es werden für einen Rechtsstreit Thatfachen von entscheidender Bedeutung, deren Hereinziehung in den Wechselprozess dem ganzen Institute widerstreitet.

Schliesslich ist bei der Kritik der obigen Bestimmung noch in Erwähnung zu bringen, dass die Perfektion des Acceptes.

reits in der Einleitung bemerkt wurde ⁸¹⁾, nach dem Wechselrechte einer ungefähr gleich grossen Anzahl von Staaten erst im Zeitpunkte der Aushändigung des acceptirten Wechsels.

Eine ausdrückliche Bestimmung dieses Inhaltes enthält das Gesetz des Cantons Waadt vom 4. Juni 1829 *sect. III, art. 15: L'acceptation delivrée est irrevocable* [Borchardt, B. II, S. 454] und der *Civil code* von Lower-Canada vom J. 1867, Art. 2295: *When a bill has been accepted and delivered to the holder the acceptance cannot be cancelled otherwise than by the consent of all the parties of the bill.* [Wenn ein Wechsel acceptirt und dem Inhaber ausgeliefert worden ist, kann die Annahme nicht anders ausgesprochen werden, als mit Zustimmung aller Wechselinteressenten]. Borchardt, Bd. II, S. 156.

Die Wechselordnungen der übrigen Länder enthalten eine ausdrückliche Bestimmung rücksichtlich der Perfektion des Acceptes nicht. In Folge des Mangels einer Ausnahmsbestimmung hinsichtlich der Befugniss des Bezogenen, seine geschriebene aber noch nicht ausgehändigte Wechselerklärung

wägung zu ziehen, dass sich der Praktikabilität des dem Bezogenen eingeräumten Widerrufungsrechtes mannigfache Schwierigkeiten entgegenstellen. Es soll hier nur auf einige aufmerksam gemacht werden. Der Bezogene hat den Wechselinhaber (*porteur*) von der rechtzeitigen Ausstreichung zu benachrichtigen. Muss diese Benachrichtigung innerhalb der 24 Stunden bloss abgegeben oder dem Wechselinhaber auch zugegangen sein? Wenn, wie anzunehmen ist, das erstere genügt, wie soll der Bezogene Stunde und Minute der Abgabe der Notifikation in Beweis ziehen? Wie kann der Bezogene den Wechselinhaber benachrichtigen, wenn der Wechsel durch Indossirung der Secunda einstweilen an einen ihn unbekannten Inhaber gelangt ist?

Es erscheint demnach die im §. 11 enthaltene Bestimmung als eine in jeder Beziehung verfehlte, vor deren Aufnahme in den Entwurf eines internationalen Wechselrechtes umsomehr gewarnt werden muss, weil die Gefahr nahe liegt, dass man zur Beilegung der in der Perfektionsfrage unter den Wechselgesetzen der verschiedenen Länder derzeit herrschenden Discordanz das Resultat der neuesten, von Vermittelungstendenzen getragenen legislativen Thätigkeit in dieser Frage adoptirt.

81) Cf. S. 8 dieser Untersuchung.

wieder auszustreichen, wird derselbe gleich behandelt, wie der Aussteller und der Indossant, d. h. es wird bei der Annahme, so wie bei den übrigen Wechselakten zur Perfektion derselben die Aushändigung der Scriptur verlangt ⁸²⁾).

Auf Grund der in den §§. 7—10 enthaltenen Ausführungen muss die von den Wechselgesetzen der ersten Gruppe adoptirte Bestimmung als die zweckmässigere bezeichnet werden. Dass die theoretischen und praktischen Gründe, welche wir in den genannten §§. für den Rechtssatz von der Unwiderruflichkeit der niedergeschriebenen Annahmerklärung angeführt haben, auch für die Aufnahme desselben in die einzelnen positiven Wechselordnungen massgebend waren, möchten wir nicht behaupten. Denn von einem klaren Erfassen der eigenthümlichen Struktur des durch die Wechselannahme begründeten Rechtsverhältnisses und der hieraus fliessenden Consequenzen für die Beschaffenheit des constitutiven Aktes kann bei dem Kaufmannsstande, der ja bisher der Hauptfaktor bei der Entstehung der wechselrechtlichen Sätze war, selbstverständlich gar nicht die Rede sein. Näher wäre ihm die praktische Seite des Rechtssatzes, dass nämlich durch

82) Hieher sind zu zählen: Frankreich [cf. Porthier, *Traité du contrat des lettres de change*, p. 230; Pardessus, *Cours de droit commercial*, p. 417, *Contrat des lettres de change*, tom. I, p. 157; Bédarride, *Lettres de change*, no. 183; Persil, *De la lettre de change*, p. 171; Nouguiér, *Des lettres de change*, tom. I, no. 551, und die bei letzterem p. 374 note 1) citirten Entscheidungen]; alle Länder, welche mit nur geringen Modifikationen den französischen *Code de commerce* eingeführt haben, wie die schweizerischen Cantone Genf, Neuchâtel, Tessin und Freiburg, dann Griechenland, Rumänien, Serbien, die Türkei, Haiti, Monaco, Malta und Italien [cf. Vidari, *La lettera di cambio*, p. 268 fg.; Carnazza Puglisi, *Diritto commerciale*, vol. II, p. 105]; Grossbritannien [cf. Chitty, *On bills of exchange*, p. 206; Byles, *A treatise on the law of bills of exchange*, p. 195]; die Vereinigten Staaten [cf. Story-Treitschke, *Nord-amerikanisches Wechselrecht*, S. 141]; Spanien [cf. La Serna y Reus, *Código de comercio*, p. 177]; dann alle Länder, in welchen beinahe unverändert der spanische *Código de comercio* gilt, wie Columbia, Costa-Rica, Mexico, Peru, Salvador und Venezuela; schliesslich Bolivia und Nicaragua.

denselben gefährlichen Manövern ein Riegel vorgeschoben wird, gelegen gewesen. Es braucht jedoch auch dieses nicht als der Grund der Aufnahme des Rechtssatzes in die Wechselgesetze supponirt zu werden. Ein Blick auf die Geschichte der Entwicklung des Wechselacceptes vermag vielmehr zu zeigen, dass der Satz von der Unwiderruflichkeit der einmal gesetzten, wenn auch nicht behändigten Annahmeerklärung auf eine Weise entstanden sein kann und höchst wahrscheinlich auch wirklich entstanden ist, welche das Bewusstsein von den gewichtigen Gründen, welche für diesen Rechtssatz sprechen, in keiner Art voraussetzt.

§. 12.

Die Unwiderruflichkeit der niedergeschriebenen Annahme im Zusammenhange mit der geschichtlichen Entwicklung des Acceptes.

Der Wechsel des Mittelalters hat bekanntlich lange ohne das Accept bestanden und zwar so lange, als der Commanditenwechsel, von welchem das Institut des Wechsels seinen Ausgang genommen hat, den ganzen Wechselverkehr beherrschte⁸³⁾. Denn da beim Commanditenwechsel der Aussteller auf eine seiner Factoreien oder einen seiner Compagnons den Wechsel zog, und daher Aussteller und Bezogener ökonomisch identisch waren, lag die Idee einer Ergänzung der Tratte durch ein selbstständiges Zahlungsversprechen des Bezogenen dem Wechselgeschäfte noch ferne. Es verstand sich vielmehr ganz von selbst, dass der Bezogene als *alter ego* des Ausstellers dessen Wechsel einlösen werde, weil ja er, nämlich der Bezogene, selbst an dem ordentlichen Gange der Tratte ein Interesse hatte, indem die durch den Rücklauf des Wechsels erwachsenden Kosten indirekt ihn selbst getroffen hätten.

Die Acceptation der Wechselbriefe durch den Bezogenen kam erst in Übung, als sich der Schwerpunkt des ganzen Wechselverkehrs auf den grossen südfranzösischen und italie-

83) Cf. Kuntze, Deutsches Wechselrecht, S. 131 fg.

nischen Messen concentrirte ⁸⁴⁾. Da die wenigsten Campsoren am Messplatze, wo nur während einiger kurzer Zeiträume im Jahre Geschäfte zu machen waren, ein selbstständiges Comptoir hatten, auch nicht jeder Campsor selbst zur Messe reisen oder einen Faktor dahin senden konnte, so wurde es nothwendig, auf ein am Messplatze befindliches oder dort vertretenes Haus zu ziehen. Da aber bei dieser Sachlage die Aussicht auf die bereitwillige Einlösung des Wechsels durch den Bezogenen eine bedeutend verminderte war, so lag es im Interesse des Wechselnehmers, schon vor dem Verfallstage sich zu vergewissern, ob er an diesem die Flüssigmachung der Wechselsumme erwarten dürfe. Es erging daher von Seite des Remittenten oder des Präsentanten an den Bezogenen die Anfrage, ob er den Wechsel einlösen werde, und erfolgte hierauf entweder das Versprechen, die Einlösung vorzunehmen, oder die Weigerungserklärung. Die Form, in welcher das Einlösungsversprechen oder die Annahmeerklärung abgegeben wurde, war für Messwechsel, *cambia nundinalia s. regularia* und Aussermesswechsel, die sog. *cambia platearum s. irregularia*, eine verschiedene ⁸⁵⁾.

Bei Messwechseln erfolgte der Annahmeakt in folgender Weise. Innerhalb des für die Acceptation der Wechsel durch die Wechselordnungen oder die Messbehörden festgesetzten Zeitraumes versammelten sich die Fieranten an einem bestimmten Platze, der Börse, und wurden hier sämmtliche auf die Messe lautenden Wechsel unter Angabe des Namens des Ausstellers, des Präsentanten und des Bezogenen und der Wechselsumme öffentlich ausgerufen. Auf den Aufruf hin musste sich der Bezogene erklären und wurde seine Annahmeerklärung sowol von ihm als vom Präsentanten in dem in

84) Cf. Biener, Wechselrechtl. Abhandlungen, S. 51; Götz, Giro, S. 10 fg.; Kuntze a. a. O. S. 153 fg.

85) Scaccia, *Tractatus de commerciis et cambio* §. II, Gl. 5, no. 332: *Acceptatio litterarum cambii fit dupliciter cum distinctione duplicis loci, in quo acceptantur: Aut enim acceptatio fit in nundinis, aut fit in alio loco.* Ebenso Raphael de Turri, *Tractatus de cambiis, Disput. II, quaest. XII, no. 1.*

jedes Fieranten Hand befindlichen kleinen Buche, *scartafaccio* oder *bilan* genannt, sofort angemerkt⁸⁶). Da dieser schriftliche Vermerk unmittelbar nach der mündlichen oder zugleich mit der mündlichen Annahmeerklärung von dem Bezogenen vorgenommen wurde (*de dicta acceptatione scripturam dirigit in scartafaccio*), so war dieser in dem Augenblicke, in welchem er den schriftlichen Annahmevermerk niedersetzte, bereits unwiderruflich gebunden, der Annahmeakt perfekt. Einzelne Messordnungen räumten dem Präsentanten auch das Recht ein, die Annahmeerklärung des Bezogenen in schriftlicher Form auf dem Wechselbriefe selbst zu verlangen⁸⁷). Da auch in diesem Falle der Schriftakt der mündlichen Erklärung folgte oder dieselbe begleitete, so lag im Augenblicke der vollzogenen Wechselzeichnung gleichfalls ein unwiderrufliches Accept vor.

Diese letztere Form der Ersichtlichmachung der stattgehabten Annahme auf dem Wechselbriefe selbst war für die Aussermesswechsel schon frühe die gebräuchliche ge-

86) Cf. Scaccia l. c. §. II, Gl. IV, no. 10: *In prima die coram Consule fiunt inter omnes mercatores acceptationes in propriis scartafacciis, tam creditoris, quam debitoris, lineante utroque per transversum partitam.* Raphael de Turri, l. c. Disp. II, quaest. I, no. 20: *Initio cujusque feriae, bancherij omnes insimul conveniunt, in loco quodam apto, cum suis scartafacciis, et incipiendo a primo et proseguendo per omnes usque ad ultimum, quilibet ex eis alta voce requirit, specificando summam et personas, ut sibi satisfiat de qualibet remissa sibi facta, sive ab eo, cui facta fuit tracta, sive ab alio quovis. Et quatenus ab eo, cui facta fuit tracta, suscipiatur onus complendi tractam praedictam, vel ab aliquo alio: de dicta acceptatione scripturam dirigit in scartafaccio.* Dann Disput. II, quaestio XII, no. 1: *In conventu Bancheriorum, qui stato die celebratur, is, cui dirigitur remissa, absque ulla actuali praesentatione litterarum, alta et intelligibile voce, pronunciat et requirit acceptionem dictae remissae; tunc is, cui dirigitur tracta, consentit et alta pariter voce dicit, se eam acceptare, et tunc de dicta acceptatione fit quoddam signum in scartafaccio utriusque, quod signum est quaedam linea parva.*

87) So z. B. die *Capitoli e ordini delle fiere de Bisenzone*, articolo IV: *Che l'accettazioni debbano farsi con li propri Scartafacci, come sin qui è stilato, e nom con scontri, e che ad ogni partita accettata se li facci la linea alli scuti, però se il creditore vorrà le lettere di cambio accettate per mano del debitore, sia obligato il debitore dargliele accettate.* [Abgedruckt bei Siegel, *Corpus juris cambialis*, tom. I. p. 517.]

wesen⁸⁸⁾ und verdrängte allmählich auch für die Messwechsel die zuerst geschilderte eigenthümliche Form der Annahme⁸⁹⁾.

Da der Kaufmann bei der langen Herrschaft dieser aus Mündlichkeit und Schriftlichkeit combinirten Formen des Annahmeaktes gewohnt war, überall dort, wo er einen niedergeschriebenen Annahmevermerk sah, auch ein den Bezogenen unwiderruflich bindendes perfektes Accept zu erblicken, so lag es nahe, auch dann, nachdem die vorausgehende mündliche Äusserung der Annahmeerklärung seltener geworden, und in Folge der Fortbildung des Acceptes gegenüber dem nunmehr wesentlichen Schriftakte als irrelevant gänzlich zurückgetreten war⁹⁰⁾, ebendenselben Rechtseffekt,

88) Scaccia, l. c. §. II, Gl. V, No. 333: (*Quando acceptatio fit in alio loco* (d. h. nicht auf einer Messe) *tunc dico, fieri tripliciter: Primo per expressa verba, de quibus constet per scripturam extensam, nempe per publicum instrumentum, vel per scripturam propriae manus, quando is, cui mittitur litterae solvendae, se in illis, sibi praesentatis, suo manu subscribit.* No. 334: *Secundo quando fit per expressa verba, sed sine scriptura, et ideo probatur per testes.* No. 335: *Tertio quando fit tacite per receptionem et retentionem litterarum.* Raphael de Turri, l. c. *Disput. II, quaestio XII, No. 1: Si praesentatio contingat extra locum feriarum, praesentatis et traditis ipsis litteris Cambij, is, cui praesentatur, a tergo earundem litterarum, in cornu earundem, cum praefixione diei, notat haec aut similia verba: „Vista e accettata“.*

89) Schon die älteste Spur schriftlichen Acceptes, nämlich eine Verordnung für Barcelona *vando sobre la forma de la aceptacion de las letras de cambio* vom 18. März 1394, lässt deutlich die aus Mündlichkeit und Schriftlichkeit combinirte Form der Annahme erkennen: *A qui será presentada alguna letra de cambi, hage à respondre à aquell qui la li presentara dins XXIV hores après que li haurá presentada si complirá lo dit cambi ó no: é la resporta que farà, haia scrivre al dos de la letra.* [Abgedruckt bei Martens, Ursprung des Wechselrechtes, S. 107.]

90) Die ältesten Gesetze, welche den Schriftakt bei der Annahme als wesentlich erfordern, sind eine Ordonnanz Kaiser Karl V. für Antwerpen vom 16. Oktober 1541 [Siegel, *Corp. juris camb. tom. I, p. 412*], die Wechselordnung von Bologna vom 25. November 1569, §. XVII: *L'accettazione delle lettere di Cambio si debba fare solamente per mano di chi haverà il compimento della ragione, ò sia patrone ò institore* [Zimmerl, Sammlung B. I, Abth. I, S. 282] und gleichlautend §. 13 der *Ordini e leggi* für Bergamo [Zimmerl a. a. O. S. 238].

welchen der Kaufmann früher im Augenblicke der Anmerkung der Annahme im *sartafaccio* oder auf dem Wechsel vorhanden sah, auch jetzt in jenem Augenblicke als vorhanden anzunehmen, in welchem der Bezogene seine Annahmeerklärung auf dem ihm eingehändigten Wechselbriefe verzeichnet hatte. Zur Entdeckung des Unterschiedes, dass früher zur Zeit der Vornahme des Schriftvermerkes bereits die Voraussetzungen zu einem perfekten Vertrage vorhanden waren, während nun eine zwar geschriebene, aber nicht abgegebene Willenserklärung vorlag, hätte bei dem damaligen Stande der Rechtswissenschaft ein romanistisch gebildetes Auge gehört. Da sich eines solchen nur Wenige erfreuten, und selbst diese sich in wechselrechtlichen Fragen bei der Allgewalt der kaufmännischen Sitte über die Grundsätze des römischen Rechtes hinwegsetzen zu müssen glaubten, so war es geradezu unvermeidlich, dass sich in Folge der ursprünglichen, aus Mündlichkeit und Schriftlichkeit combinirten Form des Annahmeaktes auch für die Zeit der Ausbildung der rein schriftlichen Form der Rechtssatz von der Unwiderruflichkeit der niedergeschriebenen Annahmeerklärung bildete, oder besser erhielt.

Die Entstehung dieses Rechtssatzes wurde noch durch einen weiteren, nicht minder einflussreichen Umstand unterstützt. Es war dies der Grundsatz von der Unwiderruflichkeit des Acceptes im Sinne des *chi accetta paghi*. Ist es den Juristen unserer Zeit nicht leicht, bei der Unwiderruflichkeit des Acceptes zwei Dinge wol auseinanderzuhalten, nämlich die Unwiderruflichkeit der Wirkungen des perfekten Acceptes und die Unwiderruflichkeit der niedergeschriebenen und noch nicht ausgehändigten Annahmeerklärung, um wie viel weniger dürfen wir diese feine Unterscheidung zwischen Qualität des Rechtsverhältnisses und Umfang der dasselbe begründenden juristischen Thatsache den Juristen des 16. und 17. Jahrhunderts zumuthen.

Es unterliegt daher kaum einem Zweifel, dass jene „*fausse application de la loi*“, welche ein französischer Schriftsteller⁹¹⁾

91) Cf. Nouguiér, *Des lettres de change tom. I, p. 367.*

dem a. p. Landrechte zumuthet, nämlich die unrichtige Auffassung des *chi accetta paghi* im Sinne der Unwiderruflichkeit der einmal gesetzten Scriptur, sehr viel zur Entstehung dieses wolberechtigten Satzes beigetragen hat⁹²⁾. Wir haben demnach in dieser Frage das interessante Beispiel der Bildung eines richtigen Rechtssatzes aus der unrichtigen Auffassung eines anderen Rechtssatzes vor uns und können uns auf diesem Wege die Entstehung der auf den ersten Blick etwas exorbitanten Bestimmung befriedigend erklären, ohne die Erkenntniss der gewichtigen theoretischen und praktischen Gründe, welche für dieselbe sprechen, irgend vorauszusetzen.

Nachdem wir in den vorstehenden §§. 7 bis 11 aufgezeigt haben, dass die Unwiderruflichkeit des einmal geschrie-

92) So bemerkt Scaccia an einer Stelle, wo er von dem Falle des Concurses des Ausstellers, also von der Unwiderruflichkeit des Acceptes im Sinne des *chi accetta paghi* spricht, dass das Accept selbst dann unwiderruflich sei, wenn es sich in der Hand des Bezogenen befindet und noch nicht an den Präsentanten ausgeliefert ist. Cf. den *Tractatus de commerciis et cambio* §. II, Glossa V, No. 327: *Is, qui acceptavit solvere litteras cambij, non potest illarum solutionem recusare, quamvis debitor* [d. i. der Aussteller als Schuldner der Deckung] *decoxerit*. No. 328: *Sive litterae cambij remanserint apud eum, cui sunt directae et praesentatae, sive sint retentae per praesentantem*. —

Ebenso bringt Phoonsen den Satz von der Unwiderruflichkeit der Scriptur in Causalzusammenhang mit der Unwiderruflichkeit der Verbindlichkeit und der Unzulässigkeit der Einreden. Cf. Seinen Amsterdamer Wechselgebrauch, Cap. X, § 16 und 17: „Denn wer einen Wechselbrief blosserdings acceptiret, muss selbigen nach seinem Inhalte bezahlen, ohne dass einige Exception ihn liberiren könne. Ein Betrassirter muss aus Unvorsichtigkeit keinen Wechsel acceptiren, den er nicht bezahlen will: denn die geschehene Acceptation kann nicht annulliret werden, und ein Acceptant, wenn er den Wechselbrief noch nicht überliefert hat, solches gleichwol thut (nämlich unterschreibt) und zu erweisen ist, ist eben so wohl zur Zahlung verbunden.“ [Siegel, *Corpus juris cambialis*, B. II, S. 257.] — Als strengere Auffassung der Haftpflicht des Acceptanten wird der Satz von der Unwiderruflichkeit des einmal geschriebenen Acceptes bezeichnet bei Enoch Pottey, *Dissertatio de cambiis* Cap. III, §. 2: *Acceptat autem quis vel solvendo, vel ipso actu, cum subscribit: strictius praxis tenet, ut, licet jam subscriptum nomen deleat, tamen obligetur*. [Beseke, *Thesaurus juris cambialis*, S. 190.]

benen Acceptes in Uebereinstimmung steht sowol mit dem eigenthümlichen Wesen der Acceptsobligation als mit den Bedürfnissen des Verkehres; weiter, dass die Unwiderruflichkeit des Acceptes in diesem Sinne als positiver Rechtsatz in zahlreichen Wechselordnungen ausgesprochen ist, wenden wir uns wieder der Untersuchung der Frage zu, in welchem Sinne die im Abs. 4 Art. 21 der a. d. Wechselordnung festgesetzte Unwiderruflichkeit der Annahme zu verstehen ist.

§. 13.

Die Unwiderruflichkeit der geschriebenen Annahme in der a. d. Wechselordnung.

Dass aus dem Wortlaute des Abs. 4 Art. 21 allein die am Schlusse des vorigen §. aufgestellte Frage nicht entschieden werden kann, wurde bereits oben (§. 3) dargethan: die Verbalinterpretation scheitert an der Doppelbedeutung des Ausdruckes „Annahme“. In welcher Bedeutung dieser Ausdruck zu nehmen ist, lässt sich bis zur Zweifellosigkeit auch aus den Materialien der a. d. Wechselordnung, respektive aus der Entstehungsgeschichte des Abs. 4 Art. 21 nicht entnehmen (§. 6). Die Alternative auf dem Wege der Ausschliessung ohne Vertiefung in die Frage zu beseitigen, geht nach den oben (§. 4) angeführten Gründen auch nicht an, weil die Unwiderruflichkeit der Annahme sowol im Sinne einer Qualitätsbestimmung rücksichtlich des Inhaltes der Acceptsobligation, als auch im Sinne einer Quantitätsbestimmung rücksichtlich der zur Entstehung dieser letzteren erforderlichen constitutiven Momente gemeint sein kann. Die aus der alternativen Fragstellung sich ergebende Schwierigkeit auf dem Wege der cumulativen Auslegung des Abs. 4 Art. 21 zu umgehen ist unmöglich, weil es nicht angeht, einer und derselben gesetzlichen Bestimmung zwei verschiedene, unter einander in keinem Zusammenhange stehende Rechtssätze unterzulegen (§. 5).

Bei der Unzulänglichkeit aller dieser Interpretationsmittel

steht der Untersuchung nur der eine Weg noch offen, aus der a. d. Wechselordnung als Ganzem Anhaltspunkte zu gewinnen für die Beantwortung der Frage, welcher von den beiden Rechtssätzen im Abs. 4 Art. 21 enthalten ist. Von diesem noch zu Gebote stehenden Mittel der systematischen Interpretation soll nun im Nachstehenden Gebrauch gemacht werden.

Die Unwiderruflichkeit der Annahme im Sinne der Rechtsparömie *chi accetta paghi* ist, wie bereits oben angedeutet wurde⁹³⁾, nichts anderes, als der wechselrechtliche Fundamentalsatz von der Abstraktheit der Wechselobligation in seiner Anwendung auf den speciellen Fall des Acceptes. Die Abstraktheit der Wechselobligation, d. i. das Losgelöstsein derselben von ihrer *causa* kommt insbesondere dadurch zum Ausdrucke, dass der Wechselschuldner dem aus der Scriptur gegen ihn erhobenen Ansprüche nicht einredeweise jene Mängel entgegensetzen kann, welche der unterliegenden materiellen *causa* anhaften⁹⁴⁾, ausgenommen, wo das wechselrechtliche

93) Siehe S. 27 dieser Untersuchung.

94) Cf. Die Motive des preuss. Entwurfes S. VII fg.; Einert, Wechselrecht, S. 82 fg.; Brauer, Wechselordnung, S. 25; Biener, Wechselrechtliche Abhandlungen, S. 345; Unger, Rechtliche Natur der Inhaberpapiere, S. 148 fg.; Thöl, Wechselrecht, S. 198. 199; Hartmann, Wechselrecht, S. 114. 522; Oskar Wächter, Wechselrecht, S. 561, 562. — Mit Unrecht wird m. E. der Causalzusammenhang zwischen der abstrakten Natur der Wechselobligation und der beschränkten Zulässigkeit von Einreden aus der materiellen *causa* geläugnet von Fick in Goldschmidt's Zeitschrift für H.-R., B. III, S. 603 fg. u. Jolly in der Münchener krit. Vierteljahrsschrift, B. II, S. 569 Note *). Der Hinweis auf die römische *stipulatio*, bei welcher trotz der abstrakten Natur der aus derselben entstehenden Obligation mittelst *condictio* und *exceptio doli* ein Zurückgreifen auf die unterliegende *causa* nicht bloß dem ursprünglichen Contrahenten, sondern auch jedem Nachmann desselben gegenüber zulässig war, kann nur beweisen, dass das römische Recht den Gedanken der Loslösung der Obligation von ihrem Entstehungsgrunde in seiner Steigerung, wie er durch das Bedürfniss der Mobilisirung der Forderungsrechte des heutigen Handelsverkehrs gefordert wird, nicht gekannt hat; nicht aber, dass das heutige Recht in Berücksichtigung der Bedürfnisse des Lebens zu einer Steigerung des Abstraktionsgedankens nicht gelangen

Verhältniss, was die beteiligten Personen betrifft, das demselben zu Grunde liegende civilrechtliche Verhältniss deckt, d. h. wo die Einrede als *exceptio doli* unmittelbar dem Kläger entgegensteht.

Der Umstand, dass sich die Abstraktheit der Wechselobligation in der Unstatthaftigkeit oder Beschränkung der Einreden manifestirt, ist massgebend für die Form, in welcher in einem positiven Wechselrechte, welches ja nur die sinnlichen Rechtsbeziehungen zu fixiren und keine theoretischen Dogmen aufzustellen hat, die abstrakte Natur der Wechselobligation zum Ausdrucke gelangt. Die zahlreichen Wechselordnungen ⁹⁵⁾, welche die Abstraktheit der Acceptobligation, oder mit anderen Worten, die Unwiderruflichkeit des Acceptes im Sinne des *chi accetta paghi* festsetzen, thun dieses in der Weise, dass sie dem Acceptanten ausdrücklich alle was immer für Namen habenden Einreden, welche er dem seinem Accepte zu Grunde liegenden Deckungsverhältnisse entnehmen könnte, versagen. Bezüglich der Wechselobligation des Ausstellers und des Indossanten, für welche doch rücksichtlich

konnte. Die abstrakte Obligation des modernen Handelsverkehrs ist aus ganz veränderten Verkehrsverhältnissen und ohne jede Anlehnung an die Formalcontrakte des römischen Rechtes entstanden; hat man doch die Verwandtschaft des ersteren Institutes mit dem letzteren erst zu einer Zeit erkannt, in welcher die das erstere Institut beherrschenden Dogmen beinahe in abgeschlossener Bildung vorlagen. Gegen die versuchte Gleichstellung beider Institute ist auch zu bemerken, dass der abstrakte Charakter der *stipulatio* im späteren römischen Recht eine Abschwächung erlitt, während die moderne Rechtsentwicklung unverkennbar nach der entgegengesetzten Richtung schreitet, um schliesslich zur vollen Consequenz des Abstraktionsgedankens, nämlich zur absoluten Unzulässigkeit von Einreden aus der materiellen *causa* auch dem ursprünglichen Contrahenten gegenüber zu gelangen. — Selbst Jolly ist trotz der a. a. O. geäusserten Ansicht genöthiget, an einer anderen Stelle [Münchener krit. Vierteljahrsschrift B. III, S. 214. 215] die Frage nach der Zulässigkeit von Einreden aus der unterliegenden *causa* mit der abstrakten Natur der Wechselobligation in begrifflichen Zusammenhang zu bringen.

95) S. die in Note 20 angeführten Wechselordnungen.

des unterliegenden Valutaverhältnisses dasselbe gilt, enthalten die citirten Wechselordnungen eine ähnliche Bestimmung nicht.

Die a. d. Wechselordnung bewährt ihre bessere Ökonomie auch in diesem Punkte. Sie hat nämlich die Abstraktheit der Wechselobligation, welche ja bei allen Wechselakten dieselbe ist, nicht für den Fall des Acceptes besonders und allein ausgesprochen, sondern für die Wechselobligation überhaupt, indem sie im Art. 82 die Bestimmung trifft: „Der Wechselschuldner kann sich nur solcher Einreden bedienen, welche aus dem Wechselrechte selbst hervorgehen oder ihm unmittelbar gegen den jedesmaligen Kläger zustehen.“ Durch diese strikte allgemeine Bestimmung ist auch bezüglich der Acceptsobligation die abstrakte Natur in unzweifelhafter Weise zum Ausdruck gekommen. Ja die a. d. Wechselordnung zieht im Art. 75, in welchem sie bestimmt, dass das echte Accept selbst dann die wechselfähige Wirkung besitzt, wenn die Unterschrift des Ausstellers falsch ist, also das bei der Abgabe des Acceptes vom Bezogenen supponirte Deckungsverhältniss gänzlich mangelt, aus der abstrakten Natur der Acceptsobligation die letzte Consequenz, welche viele derjenigen Wechselordnungen nicht gezogen haben, welche die Unwiderruflichkeit der Annahme im Sinne des *chi accetta paghi* ausdrücklich aussprechen⁹⁶⁾. Es enthält demnach die

96) Trotz der ausdrücklich erklärten Unwiderruflichkeit der durch die Annahme übernommenen Verbindlichkeit lassen im Falle der gefälschten Unterschrift des Ausstellers Widerruf und Einrede des Acceptanten zu:

der *Código de comercio* von Spanien, Art. 463: *No se admite restitucion ni otro recurso contra la aceptacion puesta in debida forma, y reconcida por legitima. Solo cuando se probare que la letra es falsa, quedará ineficaz la aceptacion.* [Borchardt, Sammlung, B. II, S. 476;] gleichlautend

der *Código de comercio* von Columbia, Art. 420. [Borchardt B. II, S. 58;]

der *Código de comercio* von Costa-Rica, Art. 410. [Borchardt B. II, S. 73;]

der *Código de comercio* von Mexico, Art. 356. [Borchardt B. II, S. 267;]

a. d. Wechselordnung in den Art. 82 und 75 hinsichtlich der Abstraktheit der Acceptsobligation oder was dasselbe ist, hinsichtlich der Unwiderruflichkeit der Annahme im Sinne des *chi accetta paghi*, in anderer Form eine ebenso ausdrückliche und unzweideutige Bestimmung, wie jene anderen Wechsel-

der *Código de comercio* von Peru, Art. 421. [Borchardt B. II, S. 340;]

der *Código de comercio* von Salvador, Art. 417. [Borchardt B. II, S. 305;]

der *Código de comercio* der argentinischen Republik, Art. 824. [Borchardt B. II, S. 7;]

der *Código de comercio* von Uruguay, Art. 342. [Borchardt B. II, S. 500;]

der *Código mercantil* von Bolivia, Art. 392: *El aceptante de una letra de cambio se constituye en la obligacion de pagarla á su vencimiento, sin que pueda admitirse otra excepcion que la falsedad de la letra.* [Borchardt B. II, S. 21;] ähnlich

der *Código de comercio* von Chile, Art. 675. [Borchardt B. II, S. 44.]

Nicht blos im Falle der gefälschten Unterschrift des Ausstellers, sondern in allen Fällen, in denen sich der Präsentant zum Zwecke der Erlangung des Acceptes betrügerischer Mittel bedient hat, wird dem Acceptanten eine Einrede gegeben durch

den *Codigo commercial* von Portugal, Art. 20: *O acceitante não é restituído contra o seu acceite, salvo se o portador empregou meios fraudulentos para obter o acceite.* [Borchardt B. II, S. 353,] und

das *Wetboek van koophandel* von Holland, Art. 119 Abs. 4: *Hij (der Acceptant) kan tegen zijne acceptatie niet in zijn geheel worden hersteld, ten zij de houder bedriegelijke middelen hadde in het werk gesteld om de acceptatie te verkrijgen.* [Borchardt B. II, S. 199.] Über die Controverse, ob dieses Einrederecht auch dem gutgläubigen Inhaber gegenüber geltend gemacht werden kann, cf. Kist, *Beginselen van handelsregt*, 2. deel, S. 162, und die Zeitschrift *Opmerkingen en Medelingen*, 2. Reihe, 5. Theil vom J. 1863; s. Note 35 dieser Abhandlung.

Bemerkenswerth ist in dieser Frage der §. 2294 des *Civil code* von Untercanada, welcher im Falle der gefälschten Unterschrift des Ausstellers dem Acceptanten die hierauf bezügliche Einrede entzieht, aber nicht auf dem Wege der offenen Loslösung der Wechselobligation von dem unterliegenden Deckungsverhältnisse, sondern auf dem Wege der Fiktion der anerkannten Echtheit der Unterschrift: *The effect of acceptance is to oblige the acceptor to pay the bill. The signature of the drawer is admitted by the acceptance and cannot afterwards be denied by the acceptor against a holder in good faith.* [Borchardt B. II, S. 156.]

ordnungen, welche hierüber eine specielle Bestimmung aufgenommen haben.

Wenn nun auch der Abs. 4 Art. 21 der a. d. Wechselordnung die Unwiderruflichkeit der Annahme in dem eben angegebenen Sinne verstehen würde, dann könnte man nicht umhin, der Ökonomik der a. d. Wechselordnung einen Vorwurf in zweifacher Beziehung zu machen. Erstens, dass sie in dieser Stelle eine Bestimmung ausgesprochen hat, welche bereits in den Art. 82 und 75 auf das Allerbestimmteste ausgesprochen ist; und zweitens, dass sie diese Bestimmung an einer Stelle ausgesprochen hat, an welche dieselbe bei der von der a. d. Wechselordnung sonst festgehaltenen systematischen Anordnung der einzelnen Rechtssätze durchaus nicht gehört. Die betreffende Bestimmung steht nämlich im Art. 21, welcher in den übrigen Absätzen von ganz heterogenen Dingen redet, nämlich von den bei der Acceptationshandlung von dem Bezogenen vorzunehmenden Förmlichkeiten. Als Bestimmung über die Wirkungen des Acceptes hätte der Inhalt des Abs. 4 Art. 21 nicht an seine jetzige Stelle, sondern in den Art. 23 der a. d. Wechselordnung gehört.

Was gegen die Auffassung des Abs. 4 Art. 21 im Sinne der Unwiderruflichkeit der Verbindlichkeit spricht, das spricht umgekehrt ganz entschieden für die andere Auffassung, nämlich für die Unwiderruflichkeit der noch nicht behändigten Scriptur.

Es wurde oben ausgeführt, dass das eigenthümliche Wesen der Acceptsobligation vom theoretischen wie vom praktischen Standpunkte aus zur Begründung derselben als einziges constitutives Moment die auf den Wechselbrief gesetzte Annahmeerklärung verlangt, im Gegensatze zu den durch die übrigen Wechselakte begründeten Obligationen, für deren Entstehung die Aushändigung der Scriptur erforderlich ist. Soll diese Eigenthümlichkeit der durch das Accept begründeten Wechselobligation in der a. d. Wechselordnung Berücksichtigung gefunden haben, dann muss dieses durch die Aufnahme eines Rechtssatzes geschehen sein, welcher dem Bezogenen das bei

den übrigen Wechselakten dem Scribenten zustehende Recht der Zurücknahme der noch nicht ausgehändigten Scriptur ausdrücklich entzieht. Diese specielle Bestimmung muss, wenn sie in der a. d. Wechselordnung enthalten ist, dort zu finden sein, wo die a. d. Wechselordnung von den bei der Annahme eines Wechsels zu setzenden Förmlichkeiten redet; denn diese Förmlichkeiten sind die zur Entstehung der Wechselobligation erforderlichen constitutiven Momente und der Satz von der Unwiderruflichkeit des geschriebenen Acceptes bezieht sich auf die Umgränzung des constitutiven Aktes.

Wenn wir nun gerade in jenem Artikel der a. d. Wechselordnung, welcher von den beim Annahmeakte zu setzenden Förmlichkeiten handelt, nämlich im Art. 21, einen speciell auf das Accept bezüglichen Rechtssatz finden, welcher bestimmt, dass „die einmal erfolgte Annahme nicht mehr zurückgenommen werden kann“, sind wir da nicht berechtigt, ja genöthiget, in diesem Satze die gesuchte Bestimmung zu erblicken?

Nach dem Vorstehenden ergeben sich also aus der systematischen Interpretation des Abs. 4 Art. 21 zwei gewichtige Argumente für die Auslegung dieser Gesetzestelle im Sinne der Unwiderruflichkeit des niedergeschriebenen Acceptes. Ein negatives: dass ein doppeltes Bedenken (Wiederholung und systemwidrige Stellung) gegen die zweite, dem Wortlaute der zu interpretirenden Stelle nach mögliche Auslegung spricht. Ein positives Argument: dass diese Stelle im innigsten Zusammenhange steht mit den Bestimmungen über die beim Annahmeakte zu setzenden constitutiven Momente.

An diese beiden Argumente schliesst sich noch ein bereits auf S. 39 angeführtes, welches für sich allein zwar nicht zur Basis einer zuverlässigen Interpretation gemacht werden, sicher aber zur Unterstützung anderer Gründe herangezogen werden kann. Wir meinen den Umstand, dass aus den Materialien zum Abs. 4 Art. 21 hervorgeht, dass der Ausdruck „Annahme“ in den der Leipziger Conferenz vorausgehenden Entwürfen, mit welchen der Conferenzzentwurf innig

zusammenhängt, zweifellos im Sinne von Annahmevermerk genommen ist ⁹⁷⁾).

Schon diese dem Texte des Gesetzes entnommenen Gründe, welche uns nöthigen, den Ausdruck „Annahme“ in der Bedeutung von Scriptur zu nehmen, würden genügen, um die Richtigkeit der von uns versuchten Auslegung des Abs. 4 Art. 21 ausser Zweifel zu setzen. Da uns jedoch bei der Eruirung des Sinnes einer Gesetzesstelle das Gefühl der vollen Befriedigung nur dann überkommt, wenn mit dem formellen Gesichtspunkte der textuellen Interpretation auch der materielle Gesichtspunkt der Natur der Sache und des Lebensbedürfnisses zusammenfällt, so erscheint es geboten, unter Bezugnahme auf das in dieser Beziehung bereits Gesagte (§. 7—10) auf die vollständige Coincidenz dieser beiden Gesichtspunkte in der von uns erörterten Frage hinzuweisen.

Der a. d. Wechselordnung liegt erkennbar das Princip zu Grunde, Entstehung wie Bestand der Wechselobligation möglichst frei zu machen von ausserhalb der Scriptur gelegenen Fakten, und die entscheidenden juristischen Thatfachen in die Scriptur selbst zu verlegen. Die a. d. Wechselordnung brauchte nur diesem ihrem Grundprincipe auch bei der Umgrenzung des zur Entstehung der Acceptobligation erforderlichen constitutiven Aktes treu zu bleiben, um im vollen Masse sowol dem eigenthümlichen Wesen des durch die Annahme begründeten Rechtsverhältnisses, als auch dem Bedürfnisse des Verkehres gerecht zu werden. Ihrem Grundprincipe blieb aber die a. d. Wechselordnung in der Perfektionsfrage nur dann treu, wenn sie zur Vollständigkeit des Annahme-

97) §. 61 des 1. Entwurfes vom Jahre 1836: „Die einmal geschehene Acceptation kann der Bezogene nicht wieder zurücknehmen, noch auf dem Wechsel ausstreichen.“

§. 74 des 2. Entwurfes vom J. 1845: „Die einmal geschehene Annahme kann nicht wieder zurückgenommen werden. Der Acceptant bleibt aus derselben verhaftet, auch wenn er sie durchstrichen haben sollte.“

§. 21, Abs. 2 des 3. Entwurfes, welcher den Leipziger Conferenzverhandlungen zu Grunde gelegt wurde: „Die einmal erfolgte Annahme kann nicht wieder zurückgenommen werden.“

Grawein, die Perfektion des Acceptes.

aktes ausser dem aus dem Wechselbriefe apparirenden und für alle Interessenten constatirbaren Schriftakte nicht noch ein ausserhalb der Scriptur gelegenes unerweisbares *gestum* zwischen dem Acceptanten und einem einzigen Interessenten als constitutives Moment erforderte, — wenn sie also dasjenige festsetzte, was wir als der Natur der Sache und dem Bedürfnisse des Lebens angemessen erkennen gelernt haben.

So weist uns also sowol die eingehende auf die Materialien gestützte Interpretation des Textes, wie der Geist der Wechselordnung übereinstimmend darauf hin, dass im Abs. 4 Art. 21 der Rechtssatz von der Unwiderruflichkeit des einmal gesetzten Schriftaktes enthalten ist.

Diese Ansicht hat sich trotz ihrer Richtigkeit und trotzdem sie durch die Autorität einer grossen Zahl von Schriftstellern und selbst durch die Autorität der Nürnberger Konferenz gestützt wird, allgemeine Anerkennung nicht verschaffen können; ja es hat sogar, wie ein Blick auf die in der Einleitung enthaltene Literaturübersicht zu zeigen vermag, in neuerer Zeit die gegentheilige Ansicht an Anhängern gewonnen. Diese befremdende Thatsacht sei dadurch zu erklären, dass die Vertreter der ersteren Ansicht dieselbe beinahe durchgehends nur auf den nackten Wortlaut des Abs. 4 Art. 21 der Wechselordnung stützten, und nach den inneren Gründen dieser Bestimmung entweder gar nicht frugen⁹⁸⁾, oder wenn dies geschah, sogar erklärten, dass die inneren Gründe zu Gunsten der entgegengesetzten Bestimmung sprächen⁹⁹⁾. Angesichts einer sogearteteten Beweisführung ist es begreiflich, dass man gestützt auf die von den Gegnern

98) Cf. die in der Note 12) citirten Schriftsteller.

99) Cf. Unger, Rechtliche Natur der Inhaberpapiere, S. 109, Note 14); Schlesinger, Zur Lehre von den Formalcontracten, S. 171; Thöl, Wechselrecht, S. 247 fg.; Oskar Wächter, Wechselrecht des norddeutschen Bundes, S. 136. 137; Dahn, Handelsrechtliche Vorträge, S. 197. Diese Schriftsteller sind der Ansicht, dass man durch die gleiche Behandlung des Annahmeaktes mit den übrigen Wechselakten, von welcher abzugehen kein innerer Grund vorhanden sei, und die demgemässe Unterstellung der Annahme unter den Lehrsatz vom Begebungsvertrage dazu gelange, auch bei dem Annahmeakte zur

preisgegebenen inneren Gründe den zweifelhaften Wortlaut des Art. 21 so auffasste, dass innerer Grund und positive Bestimmung in Übereinklang kamen.

Nur von einigen wenigen Schriftstellern wurde der Versuch gemacht, die im Abs. 4 Art. 21 ausgesprochene Unwiderruflichkeit der Scriptur auf innere Gründe zurückzuführen.

So von Liebe¹⁰⁰⁾: „Schriftliche Versprechen, selbst Wechsel, werden nicht durch das bloße Schreiben bindend, sondern nur dadurch, dass der Versprechende seine Schrift dem Andern ausliefert. Bei der Acceptation hat aber der Acceptant keine eigene Urkunde auszustellen und auszuliefern, sondern sich über ein bestimmtes ihm im Wechsel vorgelegtes Verhältniss zu erklären, und zwar schriftlich zu erklären. Gibt er diese Erklärung, so ist seine Verbindlichkeit perfekt und unwiderruflich. An diesem rechtlichen Gesichtspunkt kann der Umstand, dass man dem Bezogenen den Wechsel nicht bloß zum Acceptiren vorhält, sondern ihm denselben vielleicht gar eine Zeit lang zum Besinnen in Händen lässt, nichts ändern.“ Nach Liebe soll also der Umstand, dass beim Accepte die Scriptur auf eine nicht im Eigenthum des Scribenten befindliche Urkunde gesetzt wird, die Unwiderruflichkeit der Scriptur zur Folge haben. Die Unzulänglichkeit dieses Erklärungsgrundes liegt auf der Hand. Wenn schriftliche Versprechen nicht früher binden, als die Urkunde von der Hand gegeben ist, so liegt der Grund darin, dass erst in diesem Augenblicke der Wille des Versprechenden als erklärt anzusehen ist. Auf die Beantwortung der Frage, wann der Verpflichtungswille als erklärt anzusehen sei, kann aber der Umstand, ob die Erklärung auf eine im Eigenthume des Versprechenden oder auf eine im Eigenthume des gegenüberstehenden Interessenten befindliche Urkunde geschrieben wurde, keinen Einfluss haben. Wenn A dem B eine Kaufsofferte in der Weise macht, dass er ihm eine fer-

Perfektion desselben Schrift und Begebung zu erfordern und dass nur die positive Bestimmung des Abs. 4 Art. 21 etwas anderes statuiren.

100) Cf. Liebe, Wechselordnung, S. 95. 96.

tige und bereits vom Offerenten unterschriebene Urkunde übersendet, so dass sich B „über ein bestimmtes ihm in dem Vertragsinstrumente vorgelegtes Verhältniss zu erklären, und zwar schriftlich zu erklären hat“, und B unterschreibt, so wird doch Liebe kaum behaupten, dass B bereits vor der Auslieferung der im Eigenthume des A befindlichen Urkunde gebunden sei? Weiter muss gegen Liebe darauf hingewiesen werden, dass bei dem an die Unterschrift des Ausstellers oder eines Indossanten sich schliessenden Avale der Scribe seine Unterschrift gleichfalls auf eine in fremdem Eigenthume befindliche Wechselurkunde setzt, ohne schon durch den Schriftakt gebunden zu sein. Was beim Avale nicht dieselbe Wirkung hat, kann auch beim Accepte nicht als Ursache der Wirkung angesehen werden^{101 a)}. Schliesslich ist zu bedenken, dass es vorkommen kann, dass der Acceptant das Accept nicht auf ein fremdes Papier, sondern auf einen in seinem Eigenthume befindlichen Wechsel setzt. Ein mehrfach indossirter, nicht acceptirter Wechsel gelangt unter Blankogiro an den Bezogenen. In der Absicht, den durch die auf dem Wechsel gezeichneten Giranten gebotenen Credit bis zum Verfallstage zu benützen, will der Bezogene den Wechsel escomptiren lassen und setzt, um ihn escomptirbar zu machen, sein Accept auf den Wechsel. Die Escomptirung unterbleibt aus irgend einem Grunde und der Bezogene behält die Tratte bis zum Verfallstage. Kann er bis dahin sein Accept wieder austreichen, am Verfallstage bei sich selbst Protest leviren und den Regress gegen die Vormänner nehmen? Wenn das einmal geschriebene Accept unwiderruflich ist, gewiss nicht. Liebe müsste in einem solchen Falle entweder den Widerruf zulassen^{101 b)} oder das fremde Eigenthum am Wechsel als

101^{a)} Das fremde Eigenthum an der Urkunde ist nur insofern von Bedeutung, als die Praktikabilität des Rechssatzes von der Unwiderruflichkeit des Schriftaktes davon abhängt. Cf. S. 46 dieser Untersuchung.

101^{b)} Gegen die Unzulässigkeit des Widerrufs auch in diesem Falle spricht nicht allein der allgemeine Wortlaut des Abs. 4 Art. 21, sondern auch die Rücksicht auf die Sicherheit des Wechselverkehrs. Dürfte der Bezogene, welcher während der Zeit, als er Indossatar ist,

Erklärungsgrund der Unwiderruflichkeit des geschriebenen Acceptes aufgeben.

Den wahren Grund dieser Bestimmung scheint Liebe, allerdings nur unklar, bei der Motivirung des §. 14 seines Entwurfes gefühlt zu haben¹⁰²⁾. Er bemerkt nämlich zur Rechtfertigung der Bestimmung: „Die geschehene Annahme des Wechsels ist unwiderruflich und eine Durchstreichung oder Vernichtung derselben befreit den Acceptanten nicht von seiner Verbindlichkeit,“ folgendes: „Die Annahme ist kein Vertrag mit dem Präsentanten, sondern ein sämmtlichen, selbst noch zukünftigen Wechselinteressenten gegenüber vorgenommener Akt und es kann daher weder ein Inhaber, noch der Acceptant selbst, ohne Rücksicht darauf, ob das Accept bereits übergeben sei oder nicht, das Accept austreichen, weil dadurch auch Rechte und Interessen anderer Wechselbetheiligten berührt würden.“ Dass Liebe gerade auf die noch zukünftigen Interessenten den Accent legt, während beim Accepte die Besonderheit nur im Verhältnisse zu den bereits vorhandenen Vormännern des Präsentanten liegt, indem die Möglichkeit, durch Indossamente zu neuen Gläubigern in Beziehung zu treten, bei allen Wechselakten dieselbe ist, — zeigt, dass die eigenthümliche Struktur der Acceptationsobligation und die aus derselben für die Beschaffenheit des constitutiven Aktes fließende Consequenz von Liebe nicht in voller Klarheit erfasst wurde.

Eine ganz verkehrte Begründung des Satzes von der Un-

den Wechsel acceptirt hat, sein Accept vor dem Verfallstage wieder zurücknehmen und sich nach demselben im Regresswege an seine Vormänner wenden, dann wäre dem Acceptanten Gelegenheit geboten, sich auch von der Verbindlichkeit wieder zu entziehen, welche er durch die Acceptation eines ihm präsentirten Wechsels übernommen hat. Er brauchte nämlich nur den *in blanco* laufenden Wechsel vom Präsentanten einzulösen oder sich denselben giriren zu lassen, das Accept auszustreichen und den im Regresse belangten Vormanne gegenüber vorzuschützen, das Accept sei erst nach Erlangung des Wechsels aus dem im Texte angegebenen Grunde auf denselben gesetzt und wieder zurückgenommen worden.

102) Cf. seinen Entwurf einer Wechselordnung S. 119.

widerruflichkeit der geschriebenen Annahme findet sich in den Motiven zum Art. 604 des Entwurfes eines württembergischen Handelsgesetzbuches ¹⁰³⁾. Diese Bestimmung soll nämlich dadurch gerechtfertigt erscheinen, dass die Gebundenheit des Bezogenen aus seinem zurückgenommenen Accepte eine gerechte Strafe sei für den Vertrauensmissbrauch, dessen er sich dadurch schuldig gemacht hat, dass er hinter dem Rücken des Wechselinhabers das Accept wieder austreicht. Dieses Argument bewegt sich offenbar im Zirkel. Ein strafwürdiger Vertrauensmissbrauch ist die Ausstreichung des noch nicht behändigten Acceptes doch nur dann, wenn der Bezogene bereits durch Niederschrift der Annahmeerklärung gebunden ist.

Eine eigenthümliche Erklärung findet sich bei Siegel ¹⁰⁴⁾: „Es ist die Frage zu beantworten, warum der Gesetzgeber den Acceptanten und gerade ihn schon im Momente der Verschreibung, ohne erst die Aushändigung des acceptirten Wechsels abzuwarten, gebunden hat an sein Wort. Der Grund, weshalb das Recht mit so rascher Hand zugreift und den Acceptanten bei seinem Worte nimmt, jede folgende Überlegung und Sinnesänderung abschneidend, liegt in der Wichtigkeit und Bedeutung, welche dem Accept für den Wechselverkehr zukömmt. Die Tratte, sagt Kuntze, welche von vornherein auf Realisirung der Wechselsumme durch einen Dritten berechnet ist, erscheint natürlicher Weise erst dann als ganz fertiges Werthpapier, wenn eben dieser Dritte, der Bezogene, durch eigene Erklärung, das Accept, in den Wechselverband eingetreten ist. Diese Completirung der Tratte durch den Bezogenen, welcher hernach Acceptant heisst, ist also als Normalfall im Lebenslauf der Tratte anzusehen, so sehr, dass ein acceptirter Wechsel auch schlechthin als Accept bezeichnet wird ¹⁰⁵⁾; die Weigerung der Annahme

103) Bekanntlich rührt dieser Entwurf von Brauer her.

104) Siegel, Das Versprechen, S. 133. 134.

105) Ein schlechtes Argument; denn wenn das Accept sich als Normalfall im Lebenslauf der Tratte findet, ist gar keine Veranlassung

aber seitens des Bezogenen erscheint als anormaler Zustand der Störung der Trattenentwicklung. Diese Störung nun soll möglichst verhütet werden. Eine unverhüllte Gunst, der *favor cambii mercatorii*, also ist der wahre Grund, wesshalb der Gesetzgeber den Acceptanten mit so hastiger Hand aus seinem noch nicht einmal ausgehändigten Versprechen verpflichtet.“ Siegel meint also, weil der Inhaber eines Wechsels ein grosses Interesse daran hat, eine rechtlich gesicherte Anwartschaft auf die dem Inhalte der Tratte entsprechende Realisirung der Wechselsumme zu besitzen, desgleichen die Vormänner wünschen müssen, so selten als möglich im Regresswege in Anspruch genommen zu werden, so müsse der Mangel an Überlegung auf Seite des Bezogenen benutzt werden, um dem Wunsche beider zu genügen.

Dies wäre allerdings eine unverhüllte, aber auch eine im hohen Masse ungerechte Gunst. Ziehen wir in Betracht, dass demjenigen gegenüber, welcher mit dem Wechselverkehre vertraut ist, und „die hastig zufassende Hand des Gesetzes“ kennt, die im Abs. 4 Art. 21 nach Siegel's Auffassung gestellte Falle die beabsichtigte Wirkung nicht herbeizuführen geeignet ist. Denn ein solcher wird, wissend, dass er sich schon mit der Unterschrift bindet, mit der Setzung derselben gerade so lange überlegend zögern, als er sonst mit der Aushängung gezögert hätte. Es wird daher ihm gegenüber durch den Abs. 4 Art. 21 gar nichts erreicht. Dieser Artikel streckt seine hastige Hand erfolgreich nur nach demjenigen aus, welcher dem Wechselverkehre und der Kenntniss des Wechselrechtes fernestehend, seine Unterschrift voreilig auf den Wechsel setzt. Diesen Erfolg als den eigentlichen Zweck der im Abs. 4 Art. 21 enthaltenen Bestimmung hinzustellen und den Grund derselben in der absichtlichen Ausbeutung der Unbesonnenheit und Rechtsunkenntniss zu er-

vorhanden, den Umstand durch eine besondere Benennung auszuzeichnen. Es ist uns auch nicht bekannt, dass die stattgehabte Acceptation nach dem Sprachgebrauche des kaufmännischen Verkehres eine Umtaufung der Tratte zur Folge hat.

blicken, widerstrebt uns auf's Entschiedenste. Die Härten, welche sich in Folge dieser Bestimmung für den rechtsunkundigen und voreiligen Bezogenen ergeben, müssen nach unserer Ansicht als ein unvermeidliches Übel hingenommen werden, welches durch die aufzuzeigenden anderweitigen Gründe, die diese Bestimmung als rationell erscheinen lassen, aufgewogen wird. Nicht aber kann diese Bestimmung durch Gründe erklärt werden, welche gerade die Herbeiführung der Härten zur Voraussetzung haben.

Es erscheinen demnach die bisherigen Versuche, die Unwiderruflichkeit des geschriebenen Acceptes aus inneren Gründen zu erklären, nicht als befriedigend und der Mangel einer solchen Erklärung aus der Natur der Sache war wol der Hauptgrund, warum sich die von uns vertretene Ansicht trotz ihrer Richtigkeit allgemeine Anerkennung nicht verschaffen konnte.

§. 14.

Die Unwiderruflichkeit der Scriptur bei der Ehrenannahme und beim Mitaccepte.

Wir haben bisher immer nur von dem vom Bezogenen ertheilten Accepte gesprochen und sind zu dem Ergebnisse gelangt, dass der Abs. 4 Art. 21 der a. d. Wechselordnung die Bestimmung enthält, dass der Bezogene die einmal auf den Wechsel geschriebene Annahme nicht wieder zurücknehmen kann. Dieselbe Frage nun, welche durch diese Bestimmung für das vom Bezogenen geleistete gemeine Accept entschieden ist, wirft sich auch für das von einer Nothadresse oder von einem dritten Intervenienten ertheilte Ehrenaccept und für das von einem Avalisten des Acceptanten geleistete Mitaccept auf.

Da auf die Ehrenannahme alle Bestimmungen hinsichtlich des gemeinen Acceptes, insoweit diese nicht durch die Art. 56 bis 61 der Wechselordnung modificirt oder durch das eigenthümliche Wesen des Institutes der Ehrenannahme aus-

geschlossen erscheinen, analog angewendet werden müssen¹⁰⁶⁾, so wird dies auch bezüglich der im Abs. 4 Art. 21 enthaltenen Bestimmung zu geschehen haben. Denn diese Bestimmung ist weder ausdrücklich noch durch die besondere

106) Cf. Treitschke, Encyklopädie, B. I, S. 572: „Überhaupt sind alle Gesetze, die von der Zahlungspflicht des Acceptanten überhaupt sprechen, eben so gut von dem Ehrenacceptanten, als von dem gemeinen, zu verstehen.“ Liebe, Wechselordnung, S. 175: „Die Ehrenannahme steht in ihren Folgen der gewöhnlichen Annahme gleich, wobei sich indess aus der Natur des Verhältnisses einige Modifikationen ergeben.“ Thöl, Wechselrecht, S. 500: „Die Wirkung des Ehrenacceptes ist dieselbe, wie die aus dem gewöhnlichen Accepte.“ Kuntze, Wechselrecht, S. 105: „Die erfolgte Ehrenannahme verpflichtet den Nothadressaten im Allgemeinen so, wie der acceptirende Bezogene verpflichtet wird.“ Oskar Wächter, Wechsellehre, S. 427, Wechselrecht des nordd. Bundes, S. 252, 412, 413: „Die Wirkung des Ehrenacceptes, mag es nun von einer Nothadresse sein, oder von einer nicht auf dem Wechsel als Nothadresse bezeichneten Person herrühren, ist für den Ehrenacceptanten dieselbe, wie für einen Bezogenen, welcher acceptirt. Doch mit Beschränkungen.“ Hartmann, Wechselrecht, S. 420: „Über die Präsentation zur Annahme bei dem Nothadressaten und über die Annahme selbst gelten die allgemeinen wechselrechtlichen Vorschriften.“ Nouguiér, *Des lettres de change*, T. I, no. 580: „*L'intervenant sous protêt se met au lieu et place du tiré.*“ No. 585: „*Il est sans doute inutile de faire remarquer que se qui à été dit sur l'irrevocabilité de l'acceptation s'applique à l'acceptation par intervention.*“ Ebenso findet sich eine analoge Behandlung des Ehrenacceptes mit dem gemeinen Accepte bei Vidari, *La lettera di cambio*, p. 325, no. 313 [*l'intervenzione è una forma di accettazione*]; Chitty, *On bills of exchange*, p. 237 fg.; Byles, *On bills of exchange*, p. 462 fg.; Kist, *Beginselen van handelsregt*, p. 188 fg. Ausdrücklich ausgesprochen ist die im Wesen identische Stellung des Ehrenacceptanten mit dem gemeinen Acceptanten im *Codigo de comercio* von Spanien, Art. 528: „*El que acepta una letra por intervencion queda responsable á su pago, como si hubiera girado la letra á su cargo.*“ Cf. La Serna und Reus, *Codigo de comercio anotado*, p. 197. — Gegen die Gleichstellung des Ehrenacceptanten mit dem gemeinen Acceptanten sprechen sich aus Volkmar und Löwy, Wechselordnung, S. 199—202. Trotzdem an einer Stelle behauptet wird: „Der Ehrenacceptant ist durchweg vom Trassaten unterschieden,“ wird an einer anderen Stelle die Ähnlichkeit des Ehrenacceptes mit dem gemeinen Accepte in vier wesentlichen Punkten zugegeben, und zwar unter anderem auch in der Beziehung, dass der Abs. 4 Art. 21 der Wechselordnung auch auf das Ehrenaccept angewendet werden müsse.

Funktion des Ehrenacceptes ausgeschlossen; es sprechen vielmehr für dieselbe Behandlung, nämlich für die Unwiderruflichkeit des niedergeschriebenen Ehrenacceptes, ebendieselben theoretischen und praktischen Gründe, welche für die Unwiderruflichkeit des gemeinen Acceptes aufgezeigt wurden.

Nach Art. 60 der Wechselordnung wird der Ehrenacceptant den sämtlichen Nachmännern des Honoraten durch die Annahme wechselfähig verpflichtet. Es erstreckt sich also der Rechtseffekt der Ehrenannahme nicht bloß auf den Präsentanten, sondern auch auf alle Vormänner desselben bis zum Honoraten. Nach dem im §. 7 dieser Untersuchung aufgestellten Satze von der Correspondenz zwischen der Beschaffenheit des Rechtseffektes und der Beschaffenheit des constitutiven Aktes muss mithin gefordert werden, dass auch bei der Ehrenannahme ausser dem allen Interessenten gegenüber gleich beschaffenen Schriftakte nicht noch das einem einzigen Interessenten gegenüber vorzunehmende *gestum* der Aushändigung des Ehrenacceptes als Bestandtheil des constitutiven Aktes erfordert wird. Da ferner bei der Ehrenannahme auch dieselben Collusionsgefahren für die Vormänner des Präsentanten obwalten, wie beim gemeinen Accepte, so sprechen auch die in den §§. 8 bis 10 erörterten, dem Bedürfnisse des Verkehres entnommenen Gründe für die Unwiderruflichkeit des niedergeschriebenen Ehrenaccepts¹⁰⁷⁾.

107) Bei der Ehrenannahme tritt jedoch dieser praktische Gesichtspunkt aus dem Grunde mehr in den Hintergrund, weil nach Abs. 1 Art. 28 der W.-O. die geschehene Ehrenannahme in einem Anhange zum Proteste Mangels Annahme vom Notare zu bestätigen und vom Ehrenacceptanten dem Honoraten zu notificiren ist, daher das Faktum der stattgefundenen Ehrenacceptation nicht in demselben Grade im Geheimen bleibt, wie bei der gemeinen Annahme. Aus diesem Grunde wird in der Regel die Gelegenheit zu Collusionen, welche auf das Loskommen des Ehrenacceptanten gerichtet sind, nicht vorhanden sein. Da aber die Giltigkeit eines Ehrenacceptes von der vorausgehenden Levirung des Protestes gegen den Bezogenen und von der Anmerkung der Ehrenannahme in diesem Proteste nicht abhängig ist, so kann es auch vorkommen, dass die Ehrenannahme, gerade wie die gemeine Annahme, Niemandem bekannt wird, als dem Präsentanten und dem Ehrenacceptanten; so z. B. in dem Falle, wenn der Be-

Ebendasselbe gilt für den Fall eines dem Accepte beigetzten Avals. Denn der Avalist befindet sich in der nämlichen rechtlichen Situation, wie derjenige, dessen Verbindlichkeit er durch seine Mitunterschrift beigetreten ist ¹⁰⁸⁾.

§. 15.

Der Rechtseffekt der niedergeschriebenen Annahme. Bloße Unwiderruflichkeit der Scriptur oder perfekte Wechselobligation?

Wir sind in der bisherigen Untersuchung zu dem Ergebnisse gelangt, dass der Bezogene, der Honorant und der Mitacceptant die auf den Wechsel gesetzte Annahmeerklärung auch vor der Aushändigung derselben nicht mehr zurücknehmen darf, dass mithin beim Annahmeakte, im Gegensatze zu den übrigen Wechselakten, bei denen die bloße Scriptur keine juristischen Folgen nach sich zieht, bereits an den Schriftakt Rechtswirkungen geknüpft sind.

Unsere nächste Aufgabe wird nun darin zu bestehen haben, festzustellen, welches der Inhalt dieser Rechtswirkungen ist. Es gehen nämlich in dieser Frage die Ansichten der Schriftsteller, welche den Abs. 4 Art. 21 der a. d. Wechselordnung übereinstimmend im Sinne der Unwiderruflichkeit der Scriptur auffassen, wieder auseinander. Dass bei der Annahme eines Wechsels die Rechtsfolgen des Schriftaktes in einer Gebundenheit des Bezogenen ^{108 a)}, also in der Be-

zogene wegen mangelnder Deckung nicht ein gemeines Accept, sondern ein Ehrenaccept zu Gunsten des Ausstellers abgibt, um seinen Deckungsanspruch gegen diesen wechselfähig geltend machen zu können. In solchen Fällen ist Raum für Collusionen vorhanden, welche nur durch die Unwiderruflichkeit der Scriptur abgeschnitten werden können.

108) Cf. Art. 81 der a. d. Wechselordnung; Kuntze, Wechselrecht, S. 59; Volkmar und Löwy, Wechselordnung, S. 280; Oskar Wächter, Wechselrecht des nordd. Bundes, S. 276; Thöl, Wechselrecht (3. Aufl.), S. 577. 584 fg.; Hartmann, Wechselrecht, S. 346.

108^a) Da nach der im §. 14 enthaltenen Darstellung der Honorant und der Mitacceptant in der Perfektionsfrage dem Bezogenen völlig gleich stehen, so wird von nun an wieder nur vom Bezogenen die Rede

gründung einer Obligation bestehen, darüber ist man einig. Nicht so über den Inhalt dieser Obligation. Die überwiegende Mehrheit der Schriftsteller, nämlich alle bis auf Thöl¹⁰⁰⁾ und Siegel, erblickt in der durch die Niederschrift der Annahmeerklärung begründeten Obligation sofort die Wechselobligation. Thöl¹¹⁰⁾ und Siegel¹¹¹⁾ hingegen lassen die Wechselobligation erst mit der Aushändigung des acceptirten Wechsels an den Präsentanten entstehen, und legen der durch die Niederschrift der Annahmeerklärung hervorgerufenen Obligation nur den Inhalt unter, dass der Schreibende zur Aushändigung seines integeren Acceptes verpflichtet¹¹²⁾, *an* sein geschriebenes Wort gebunden sei¹¹³⁾.

Bei Untersuchung der Frage, welches die Rechtsfolgen des unwiderruflichen Schriftaktes bei der Annahme sind, muss von der Betrachtung ausgegangen werden, welche Voraussetzungen bei den übrigen Wechselakten vorhanden sein müssen, damit die Wechselobligation zur Entstehung gelangt. Es wurde bereits im Eingange dieser Untersuchung (§. 2) darauf hingewiesen, dass man trotz der Divergenz der verschiedenen Wechseltheorien darin übereinstimmt, dass bei

sein, und gilt das von diesem Gesagte selbstverständlich auch für den Ehren- und den Mitacceptanten.

109) An Thöl scheint sich, insoweit aus der unklaren Darstellung eine feste Ansicht zu entnehmen ist, Oskar Wächter, Wechselrecht des nordd. Bundes, S. 136. 137, anzuschliessen. Auch Dahn, Handelsrechtliche Vorträge, S. 197, 198 scheint sich der Thöl'schen Auffassung zuzuneigen.

110) Cf. Thöl, Wechselrecht, S. 265.

111) Cf. Siegel, Versprechen, S. 132—135.

112) Cf. Thöl a. a. O. S. 266: „Der Trassat hat durch die Ausstellung des Acceptes auf der Tratte versprochen, das ausgestellte Accept zu geben, er verletzt dieses Versprechen (S. 265: es ist Verletzung eines Wechselvorvertrages), wenn er die Tratte ohne das ausgestellte Accept, also mit zerstörtem Accepte zurückgibt.“

113) Cf. Siegel a. a. O. S. 134: „Für das Accept gilt in Folge des vierten Absatzes der Art. 21 der a. d. W.-O. gegenüber allen anderen Schuldverschreibungen der gleichen Art das Besondere, dass es schon vor seiner Behändigung den Schreiber verpflichtet, zunächst auch dem Remittenten gegenüber nur in dem Sinne verpflichtet ist, dass er bei seinem geschriebenen Worte bleiben muss.“

den Wechselakten der Ausstellung und des Indossamentes der bloße Schriftakt die Wechselobligation noch nicht hervorbringt, dieser vielmehr bis zum Hinzutritte eines zweiten Momentes rücknehmbar ist, und erst mit dem Hinzutritte dieses zweiten Momentes die Wechselobligation entsteht und mit dieser die Unwiderruflichkeit der Scriptur eintritt. Nur über den Inhalt dieses perficirenden Momentes ist man nicht einig. Die Anhänger der Formalcontractstheorie behaupten, dasselbe bestehe in dem Begebungsvertrage¹¹⁴⁾; die Vertreter der gemässigten Theorie vom einseitigen Formalakte hingegen verlangen die Aushändigung der Scriptur durch den Scribenten¹¹⁵⁾; und die Anhänger der Creationstheorie sind wieder der Anschauung, es brauche nur der aus was immer für Ursachen veranlasste Besitzverlust und der correspondirende Besitzerwerb an der Scriptur zu dieser hinzutreten, um die Wechselobligation ins Leben zu rufen¹¹⁶⁾. Wir können es dahingestellt sein lassen, welche dieser Ansichten die richtige ist. Für die hier zu erörternde Frage kommt es nur darauf an, dass bei den Wechselakten der Ausstellung und des Indossamentes nach übereinstimmender Ansicht der widerrufliche Schriftakt als Voraussetzung zur Entstehung der Wechselobligation nicht genügt, sondern dass zum Schriftakt eine weitere juristische Thatfache hinzutreten muss, um die Perfektion der Wechselobligation und mit dieser die Unwiderruflichkeit der Scriptur zu bewirken. Ist dieses perficirende Faktum vorhanden, dann stellt sich zu gleicher Zeit die Perfektion der Wechselobligation und die Unwiderruflichkeit der Scriptur als juristische Folge ein.

Diese bei den Wechselakten der Ausstellung und des Indossamentes obwaltende Coexistenz zwischen Perfektion der

114) Cf. die in der Note 7) angeführten Schriftsteller.

115) Cf. die in der Note 8) Citirten. Man könnte diese Theorie, welche in der Terminologie der Wechseltheorien noch keinen bestimmten Namen hat, passend die Aushändigungstheorie nennen. Sie verdankt ihre Entstehung der Polemik gegen die Creationstheorie und bedarf noch einer ausführlicheren Begründung.

116) Cf. Note 9).

Wechselobligation und Unwiderruflichkeit der Scriptur gibt uns an und für sich noch nicht das Recht, auch beim Wechselakte der Annahme aus dem Vorhandensein der Unwiderruflichkeit der Scriptur auf die Existenz der Wechselobligation einen sicheren Schluss zu ziehen. Denn wir dürfen nicht übersehen, dass Perfektion der Wechselobligation und Unwiderruflichkeit der Scriptur trotz ihres gleichzeitigen Eintretens unter einander im Verhältnisse von Ursache und Wirkung stehen. Da nach logischen Grundsätzen zwar von derselben Ursache immer auf dieselbe Wirkung, nicht aber umgekehrt von dem Vorhandensein derselben Wirkung mit absoluter Sicherheit auf das Vorhandensein derselben Ursache zurückgeschlossen werden kann, so ist es auch nicht erlaubt, überall dort, wo wir eine unwiderrufliche Wechselscriptur vorhanden sehen, ohne Weiters auf die Existenz einer perfekten Wechselobligation zu schliessen. Es ginge daher nicht an, aus der Unwiderruflichkeit des geschriebenen Acceptes auf das Vorhandensein der perfekten Acceptsobligation lediglich aus dem Grunde zu schliessen, weil auch bei den übrigen Wechselakten mit der perfekten Wechselobligation stets die Unwiderruflichkeit der Scriptur verbunden ist. Es lässt sich jedoch aufzeigen, dass der zeitliche Connex der mehrgenannten beiden juristischen Momente massgebend sein muss für die Formulirung der Bestimmung, durch welche in einem positiven Gesetze die Entstehung der Wechselobligation des Acceptanten an die bloße Scriptur geknüpft werden soll.

Da die Wechselobligation nicht sofort nach ihrer Entstehung fällig ist¹¹⁷⁾, auch der schon vor der Fälligkeit mög-

117) Bei Dato-, Tag-, Mess- und Nach-Sicht-Wechseln liegt dies auf der Hand. Aber selbst bei Sichtwechseln bedarf es eines besonderen Aktes, um die Fälligkeit herbeizuführen, und liegt zwischen dem Zeitpunkte der Entstehung der Wechselobligation und diesem Akte stets eine, wenn auch kurze Frist. Niemandem wird es z. B. beifallen, auf Wiedersicht lautende eigene Wechsel mit der einen Hand zu nehmen und mit der anderen Hand zur Zahlung zu präsentieren.

liche Anspruch auf Sicherstellung aus Thatsachen entsteht, welche immer erst eine gewisse Zeit nach Entstehung der Wechselobligation eintreten können¹¹⁸⁾, so besteht die einzige sich sofort äussernde Wirkung der perfekten Wechselobligation in der Unwiderruflichkeit der Scriptur. Dieser Umstand ist von massgebender Bedeutung dafür, wie in einer positiven Wechselordnung, welche nicht mit den Hilfsbegriffen der Theorie arbeiten darf, sondern in imperativer Form die sichtbaren Rechtsbeziehungen zu fixiren hat, die Bestimmung formulirt werden muss, durch welche an den Eintritt einer gewissen juristischen Thatsache die Entstehung der Wechselobligation geknüpft werden soll. Wollte ein Gesetz sofort mit der niedergeschriebenen Annahmeerklärung die Wechselobligation ins Leben treten lassen, so könnte die hierauf bezügliche Bestimmung unmöglich so formulirt werden: „Die Wechselobligation wird bereits mit der Wechselzeichnung seitens des Bezogenen perfekt“, oder „Die Niederschrift der Annahmeerklärung ist das einzige zur Entstehung der Wechselobligation erforderliche constitutive Moment“; das Gesetz müsste vielmehr, um die imperative Sprache eines positiven Rechtes zu sprechen, die Unwiderruflichkeit der Scriptur als die einzige äussere Rechtsbeziehung, welche bei den übrigen Wechselakten zugleich mit der Wechselobligation und als erste Folge derselben zur Erscheinung gelangt, zu Hilfe nehmen und bestimmen, dass „die einmal geschriebene Annahme vom Bezogenen nicht wieder zurückgenommen werden darf“.

Eine derartige Bestimmung finden wir nun gerade im Art. 21 der a. d. Wechselordnung, in welchem von den zur Entstehung der Wechselobligation erforderlichen constitutiven Momenten die Rede ist. In Berücksichtigung des eben Gesagten und der Stellung dieser Bestimmung im Art. 21 sind

118) Es wird nämlich bis zur Verweigerung der Annahme (Art. 25), Unsicherheit des Acceptanten (Art. 29) und Nichtempfang der Prima (Art. 69) oder des Originals (Art. 72) stets ein kürzerer oder längerer Zeitraum verstreichen.

wir entschieden genöthiget, in derselben eine Ausnahmsbestimmung hinsichtlich der Entstehung der Wechselobligation zu erblicken, und zwar dahin gehend, dass im Falle der Annahme zur Entstehung der Wechselobligation jenes zweite Moment, welches bei den übrigen Wechselakten zum Schriftakte hinzutreten muss, nicht erforderlich ist, sondern schon an den bloßen Schriftakt alle Rechtswirkungen geknüpft sind, welche sonst erst mit dem Hinzutritte des zweiten, perficirenden Momentes hervorgerufen werden. Dass die Wechselordnung von den Rechtswirkungen, welche den Inhalt der perfekten Wechselobligation ausmachen, nur eine einzige derselben, nämlich die Unwiderruflichkeit der Scriptur herausgehoben hat, erklärt sich aus dem früher Ausgeführten auf befriedigende Weise: die Wechselordnung konnte, wenn sie nicht aus der Sprache eines positiven Gesetzes fallen wollte, die Bestimmung gar nicht anders formuliren als in der Weise, dass sie den Eintritt der Wechselobligation durch Statuirung derjenigen Rechtswirkung bezeichnet, welche auch bei den übrigen Wechselakten im Momente der Perfektion der Wechselobligation als einzige juristische Wirkung sofort in die äussere Erscheinung tritt.

Diese auf das Wesen der Sache sich gründende Auffassung wird noch durch ein formelles Argument unterstützt, auf welches an und für sich kein grosses Gewicht gelegt werden dürfte. Wie oben (S. 34) angeführt wurde, ist der Abs. 4 Art. 21 aus dem allg. preuss. Landrechte durch die preussischen Entwürfe in die a. d. Wechselordnung gelangt und lautete die ursprüngliche Fassung folgendermassen: „Die einmal geschehene Acceptation kann der Bezogene nicht wieder zurücknehmen oder auf dem Wechsel durchstreichen. Auch wenn er das letztere gethan hat, bleibt er dennoch *aus* der Acceptation verpflichtet.“ Aus dem zweiten Satze geht ganz klar hervor, dass die Rechtswirkung der unwiderruflichen Acceptation in der Verpflichtung *aus* derselben, d. i. in der Wechselobligation bestehen soll. Wenn dieser Satz in der späteren Fassung des Abs. 4 Art. 21 auch weggeblieben

ist, an dem Sinne der eigentlichen *lex*, welche der erste Satz enthält, ist dadurch nichts geändert worden.

Für die Richtigkeit unserer Ansicht, dass die juristischen Folgen der Niederschrift des unwiderruflichen *Acceptes* in der Begründung der Wechselobligation bestehen, spricht auch noch der Umstand, dass sich die zweite Ansicht, zu welcher man bei Verwerfung der eben begründeten gedrängt wird, nicht halten lässt. Wer in den Rechtswirkungen des unwiderruflichen Schriftaktes nicht die Wechselobligation erblicken will, dem bleibt als Inhalt der durch die *Scriptur* hervorgerufenen Verpflichtung des Bezogenen nichts als die leere Unwiderruflichkeit der Schrift, d. h. ein dem Präsentanten gegen den Bezogenen zustehender auf Unterlassung jedweder Modifikation der niedergeschriebenen Annahmeerklärung gerichteter obligatorischer Anspruch. Dass bei diesem reduzierten Inhalte der Rechtsfolgen des geschriebenen *Acceptes* der Satz von der Unwiderruflichkeit desselben seine Bedeutung zum guten Theile einbüßen würde, lässt sich gegen Thöl und Siegel, welche die zweite Ansicht vertreten, leicht beweisen.

Thöl¹¹⁹⁾ fasst die im Abs. 4 Art. 21 enthaltene Bestimmung dahin auf, dass in der Ausstellung des *Acceptes* ein Vorvertrag¹²⁰⁾ zwischen dem Präsentanten und dem Bezogenen liege, welcher auf die Aushändigung eines integren *Acceptes* gerichtet ist. Ein solcher Vorvertrag kann seine Wirkung über die ihn schliessenden Personen hinaus nicht äussern; denn wenn der Bezogene dem Präsentanten auch ausdrücklich verspricht, er werde ihm das *Accept* leisten, so erwirbt aus diesem Vorvertrage nur der Präsentant einen civilrechtlichen Anspruch auf das *Accept*¹²¹⁾. Es muss mithin

119) Cf. Thöl, Wechselrecht, S. 265, Note 2 u. 3.

120) Davon, dass im Augenblicke der Wechselzeichnung seitens des Bezogenen die Elemente eines Vertrages nicht vorliegen, daher auch das Zustandekommen eines Vorvertrages nicht angenommen werden kann, wird im nächsten §. die Rede sein.

121) Cf. Thöl, Wechselrecht, S. 253, II. 1: „Das Versprechen *acceptiren* zu wollen, kann der Trassat dem Trassanten oder dem Wechsel-

Grawein, die Perfektion des *Acceptes*.

Thöl der Ansicht sein, dass auch die durch die *concludente* Handlung der Niederschrift des *Acceptes* begründete Obligation nur zwischen dem Bezogenen und dem Präsentanten besteht, der erstere nur diesem gegenüber zur Aushändigung des integren *Acceptes* verpflichtet ist. Wäre dies die Rechtswirkung des Schriftaktes, dann könnte dieselbe durch *contrarius consensus* der Betheiligten wieder beseitigt werden und durch die Aushändigung eines auf diesem Wege zurückgenommenen *Acceptes* den Vormännern des Präsentanten gegenüber eine Verbindlichkeit des Bezogenen nicht entstehen. Da nun diese weder aus dem Wechsel, noch sonst woher wissen können, ob die Zurücknahme des *Acceptes* vor oder nach dessen Aushändigung erfolgt sei, so wäre durch die Möglichkeit der Zurücknahme des *Acceptes* *vor* der Aushändigung fraudulosen Ausstreichungen *nach* der Aushändigung Thür und Thor geöffnet und der ganze praktische Zweck der im Abs. 4 Art. 21 enthaltenen Bestimmung wäre vereitelt. Denn die im Regresswege belangten Vormänner hätten, wenn die Perfektion des *Acceptes* von der integren Aushändigung abhängig wäre, dem Regredienten die unbeweisbare Einrede entgegensetzen, dass ein reines *Accept* ausgehändigt worden sei; dasselbe hätten sie dem *Acceptanten* gegenüber zu behaupten und zu beweisen, wenn sie diesen aus einem ausgestrichenen *Accepte* zunächst auf Wiederherstellung desselben und sohin auf Zahlung in Anspruch nehmen wollten¹²²⁾.

nehmer geben. Er ist aus demselben zur *Acceptation* verpflichtet, aber nicht nach Wechselrecht.

122) Da nach Thöl der Bezogene auf Grund des durch Niederschrift des *Acceptes* eingegangenen Vorvertrages nur seinem Contractanten, d. i. dem Präsentanten, zur Ausstellung eines neuen *Acceptes* verpflichtet ist, und dieselbe Verpflichtung den übrigen Wechselinteressenten gegenüber nur dann vorliegt, wenn diesen durch die Ausstreichung bereits erworbene Wechselrechte entzogen wurden, was nur dann der Fall ist, wenn die Ausstreichung der integren Aushändigung nachgefolgt ist, so genügt es bei der Erhebung eines Wiederherstellungsanspruches gegen den Bezogenen nicht, sich lediglich auf das Vorhandensein eines ausgestrichenen *Acceptes* zu stützen, sondern es muss ausserdem bewiesen werden, entweder dass der Kläger präsen-

Da sie weder das eine noch das andere zu thun im Stande sind, so hat bei der Thöl'schen Auffassung des Rechtssatzes von der Unwiderruflichkeit der geschriebenen Annahme der Präsentant es in der Hand, den Acceptanten zum Schaden der Vormänner aus der Wechselflicht zu entlassen, was doch gerade verhindert werden soll.

Die Unhaltbarkeit der Auffassung Thöl's zeigt sich noch deutlicher, wenn man dieselbe auf den S. 100 erwähnten Fall in Anwendung bringt, wo der Bezogene sein Accept auf den im Wege des Indossamentes von ihm erworbenen Wechsel setzt. Hier kann die Rechtswirkung des Schriftaktes doch unmöglich darin bestehen, dass der Bezogene mit sich selbst einen auf die Abgabe eines integren Acceptes gerichteten Vorvertrag schliesst? Wenn in einem derartigen Falle der Schriftakt überhaupt juristische Folgen hervorbringt, und solche muss er im Hinblick auf die allgemein lautende Bestimmung des Abs. 4 Art. 21 und im Interesse der Sicherheit des Verkehres¹²³⁾ hervorbringen, dann lässt sich ein anderer Inhalt derselben gar nicht denken, als die Wechselobligation. Das Rechtsverhältniss nach Vornahme des Schriftaktes ist dann in einem solchen Falle ganz ebenso, wie nach Indossirung eines bereits acceptirten Wechsels an den Acceptanten.

Siegel¹²⁴⁾ nimmt als Inhalt der Rechtswirkung des niedergeschriebenen Acceptes zwar auch nur die bloße Unwiderruflichkeit desselben an, er legt aber der Unwiderruflichkeit eine ganz andere Bedeutung bei, als Thöl. Während nämlich Thöl die Unwiderruflichkeit nur zu Gunsten des Präsentanten annimmt, erstreckt sich dieselbe nach Siegel

tirt hat oder dass ein integrires Accept abgegeben wurde. Hierauf will Thöl offenbar hindeuten, wenn er S. 268, Note 5 *in fine* sagt; „Zur Begründung einer Klage auf Ausstellung eines neuen Acceptes reicht der Umstand, dass auf dem Wechsel ein durchstrichenes Accept steht, nicht aus, sondern sind noch andere Umstände vom Kläger zu behaupten und zu beweisen.“

123) Darüber, dass auch in einem solchen Falle die Unwiderruflichkeit des niedergeschriebenen Acceptes eintreten muss, s. Not. 101.

124) Cf. Siegel, Versprechen, S. 132 fg.

auch auf die Vormänner des Präsentanten; und während nach Thöl die Aushändigung des ausgetilgten Acceptes gar keine wechsellässige Wirkung hervorbringt, sondern der Präsentant nur auf Zuhaltung des civilen Vorvertrages, d. i. auf Ausstellung eines integren Acceptes dringen kann¹²⁵⁾, lässt Siegel trotz der Austilgung des Acceptes die Wechselobligation im Momente der Aushändigung entstehen¹²⁶⁾. Warum Siegel die Wechselobligation nicht lieber gleich im Augenblicke des Schriftaktes entstehen lässt, anstatt als embryonale Phase die „Gebundenheit an's Wort“ dazwischen zu schieben, ist schwer einzusehen. Die materiellen Einwände, welche gegen Thöl erhoben wurden, lassen sich gegen Siegel allerdings nicht erheben. Denn indem die Wechselobligation, ist der Schriftakt einmal gesetzt, im Momente der Auslieferung des Wechsels ohne alle Rücksicht darauf entsteht, ob sich das Accept in ordnungsmässigem Zustande befindet oder bereits wieder ausgetilgt ist, so entfällt die ganze, den Vormännern fatale Frage, ob die Austilgung vor oder nach der Aushändigung stattgefunden hat, und mit dieser auch die ganze Collusionsgefahr.

Aber ein anderer materieller Einwand lässt sich gegen Siegel's Auffassung erheben. Denken wir an folgenden, leicht möglichen Fall. Die Tratte wird dem Bezogenen zur Annahme eingehändigt und dieser setzt sein Accept auf dieselbe. Hierdurch wird der Bezogene nach Siegel dem Präsentanten und dessen Vormännern gegenüber unwiderruflich an sein Wort gebunden und es kann mit dem Accepte was immer geschehen, die Entstehung der Wechselobligation im Momente der Auslieferung des Wechsels kann dadurch nicht verhindert werden. Nun kommt es aber gar nicht zur Auslieferung, weil der Wechsel noch während der Detention des Bezogenen zu Grunde geht oder in Verlust geräth, sei es in Wahrheit oder nur nach Angabe des Bezogenen, der die Entstehung der Wechselobligation verhindern will. Was würde

125) Cf. Thöl a. a. O. S. 265.

126) Cf. Siegel a. a. O. S. 138 fg.

in einer solchen Situation „die Gebundenheit an's Wort“ dem Präsentanten nützen? Gar nichts. Er kann in erster Linie den wechselförmigen Anspruch auf Zahlung gegen den Acceptanten nicht erheben, weil in Folge der unterbliebenen Aushändigung die Wechselforderung nicht entstanden ist, und somit die Amortisation, das einzige Mittel, welches ihn über den Nichtbesitz an der Scriptur hinwegzusetzen vermöchte, nicht in Anwendung gebracht werden kann, weil die Zulässigkeit derselben eben das Vorhandensein einer Wechselforderung zur Voraussetzung hat. Er kann aber auch in zweiter Linie einen civilrechtlichen Anspruch auf Ausstellung eines neuen Acceptes auf einem Duplikate gegen den Acceptanten nicht erheben, erstens weil er ohne die Prima kein Duplikat erlangen kann¹²⁷⁾ und zweitens, weil der Bezogene zwar an sein gegebenes Wort gebunden, nicht aber zur Gebung eines zweiten Wortes, d. h. zur Ausstellung eines zweiten Acceptes verpflichtet ist¹²⁸⁾. Der Präsentant stünde mithin mit vollständig leeren Händen da. Dies widerspräche doch offenbar jenem *favor cambii mercatorii*, welchen Siegel als den Grund der Bestimmung von der Unwiderruflichkeit des geschriebenen Acceptes ansieht¹²⁹⁾. Das Schwierige der Situation in solchen Fällen wird gänzlich beseitigt, wenn man die Entstehung der Wechselobligation nicht erst nach einem Vorstadium der Gebundenheit an's Wort, sondern sofort mit der Setzung der Scriptur eintreten lässt; denn nur bei dieser Auffassung kann auch im Falle des Verlustes der acceptirten Tratte vor der Aushändigung die Amortisation nach Art. 73 der a. d. Wechselordnung eingeleitet und sohin der wechselrechtliche Anspruch gegen den Acceptanten realisiert werden. Wir sehen daher nicht ein, warum wir, wenn

127) Cf. Note 73) dieser Abhandlung.

128) In diesem Punkte erweist sich wieder die Auffassung Thöl's fruchtbarer, als die Siegel'sche. Denn nach der ersteren wäre in einem solchen Falle der Bezogene wenigstens civilrechtlich zur Vornahme des Annahmeaktes verpflichtet.

129) Cf. Siegel a. a. O. S. 133.

die a. d. Wechselordnung den Satz von der Unwiderruflichkeit des geschriebenen Acceptes einmal statuirt hat, dieser Bestimmung nicht jene Auffassung angedeihen lassen sollen, welche dieselbe für die Bedürfnisse des Verkehres erst geeignet macht, umsomehr, als die gegentheilige Auffassung sich des Einwurfes der Künstlichkeit kaum erwehren kann ¹³⁰⁾.

§. 16.

Der Annahmeakt. Einseitiger Formalakt oder Vertrag?

Nachdem wir im Bisherigen festgestellt haben, dass die Wechselobligation des Acceptanten nicht so wie jene des Ausstellers und des Indossanten erst im Zeitpunkte der Begebung des Papieres, sondern bereits im Momente des Schriftaktes zur Existenz gelangt, wenden wir uns zur Construction des constitutiven Aktes, d. h. zur Untersuchung der Frage, unter welchen Rechtsbegriff das Geschäft zu subsummiren ist, durch welches die Wechselobligation des Acceptanten begründet wird. Wir begeben uns hiemit auf das am meisten controverse Gebiet im ganzen Wechselrechte; denn in keiner anderen Frage ist die Divergenz der Meinungen so gross, als gerade in der, unter welchen Rechtsbegriff der die Wechsel-

130) Auf uns wenigstens macht es einen solchen Eindruck, wenn Siegel [a. a. O. S. 135, Note 11) im Zusammenhalte mit S. 44, Note 6)] das Wechselaccept in folgender complicirter Weise auffasst: Solange die acceptirte Tratte in der Hand des Bezogenen sich befindet, ist dieser nur *an* sein Wort gebunden, nicht aber *aus* demselben verpflichtet, und zwar allen Wechselinteressenten gegenüber gleich gebunden. Nach der Aushändigung ist er dem Präsentanten wechselmässig *aus* dem Accepte verpflichtet, den übrigen Wechselinteressenten gegenüber aber immer noch bloß *an's* Wort. Ziehen wir hieraus die nothwendigen Consequenzen für den Vor- und Rücklauf der Tratte, so gelangen wir dazu, dass durch Weiterindossirung der Tratte sich auch die Wechselobligation gegenüber dem Präsentanten in eine bloße Gebundenheit *an's* Wort verwandelt, im Remboursregresse hingegen den einzelnen Regressaten gegenüber die Gebundenheit *an's* Wort sich successive in eine Wechselobligation verwandelt.

Ebenso wird die Construction Thöl's mit dem Wechselvorvertrage und dessen eigenthümlichem Inhalte kaum den Anspruch auf Ungezwungenheit erheben können.

obligation constituirende Vorgang zu bringen sei, ob unter jenen des einseitigen oder jenen des zweiseitigen Rechtsgeschäftes?

Wir sind glücklicher Weise nicht genöthiget und es wäre auch unmöglich, uns im Rahmen dieser Abhandlung auf diesen unter der Parole „Wechseltheorien“ geführten Streit einzulassen. Die Frage nach der juristischen Natur des Vorganges, durch welchen die Wechselobligation des Acceptanten begründet wird, lässt sich nämlich auch ohne die Zugrundelegung einer bestimmten Wechseltheorie in ganz befriedigender Weise beantworten. Wir haben lediglich davon auszugehen, dass im Augenblicke der Niederschrift des Annahmevermerkes die Wechselobligation entsteht, und das Ziel unserer Untersuchung ist: festzustellen, ob in diesem Augenblicke die Elemente eines Vertrages oder eines einseitigen Rechtsgeschäftes vorhanden sind.

Ziehen wir zuerst den regelmässigen Fall in Betrachtung, dass der Bezogene dem im präsentirten Wechsel an ihn ergehenden Auftrage gemäss acceptirt, also ein volles Accept auf den Wechsel setzt. In einem solchen Falle könnte man vielleicht sagen, es seien die Elemente eines Vertrages, Offerte und entsprechende Annahme derselben, also Consens der Paciscenten vorhanden. Man könnte nämlich in der Präsentation des Wechsels zur Annahme eine concludente Handlung erblicken, durch welche von Seite des Inhabers an den Bezogenen die Gläubigerofferte ergeht: „Willst du dich durch Annahme dieses Wechsels dazu verpflichten, mir die in demselben angegebene Summe unter den ebenda angegebenen Modalitäten zu bezahlen?“ und in der Niederschrift des Acceptes die vom Oblaten ausgehende Annahmeerklärung: „Ja, ich will.“ Aber selbst bei dieser Auffassung gelänge es nicht nach jeder der für den Vertragsschluss unter Abwesenden aufgestellten Theorien das Vorhandensein des erklärten Consenses und somit das Zustandekommen eines Vertrages nachzuweisen.

Da nach der strengen Äusserungstheorie¹³¹⁾ die bloße, in erkennbarer Weise geschehene Annahmeerklärung, also nur ein objektives Manifestiren des Annahmewillens genügt, um den Vertrag zur Perfektion zu bringen, so wäre es nach dieser Theorie allerdings möglich, und zwar selbst ohne die Bestimmung des Abs. 4 Art. 21 der a. d. Wechselordnung, im Falle der Abgabe eines vollen Acceptes das Zustandekommen eines perfekten Vertrages im Augenblicke der Niederschrift der Annahmeerklärung anzunehmen.

Dasselbe gilt von der sog. Ausführungstheorie¹³²⁾, nach welcher die Annahmehandlung und damit zugleich der Vertrag in jenem Augenblicke perfekt wird, in welchem der Oblat jene Handlung ausführt, welche der Offerent erwartet. Da im Falle der Offerte durch Präsentation eines Wechsels die vom Offerenten erwartete Handlung in der Setzung des Annahmevermerkes besteht, so käme mit dieser nach der Ausführungstheorie auch der Vertrag zu Stande. Nicht so nach den übrigen Theorien.

Die Empfangstheorie¹³³⁾ und die Vernehmungstheorie¹³⁴⁾, wie auch die laxere Äusserungstheorie¹³⁵⁾, welche ausser der objektiven Manifestation des Annahmewillens zur Perfektion eines Vertrages noch weitere That-sachen, wie Zugang oder Vernehmung der Offerte erfordern, müssten entweder zugeben, dass sie auf den Fall des Wechselacceptes in Folge der Unwiderruflichkeit der Scriptur nicht passen¹³⁶⁾ oder sie müssten trotz der Unwiderruflichkeit der

131) Cf. Schott, Der obligatorische Vertrag unter Abwesenden, Heidelberg 1873, S. 3 und die bei Sch. S. 36 u. 37 angeführten Schriftsteller.

132) Aufgestellt von Sohm in der Goldschmidt'schen Zeitschrift für H.-R., B. XVII, S. 16 fg.

133) Cf. die bei Schott a. a. O. S. 37 und 38 citirten Schriftsteller.

134) Cf. die bei Schott a. a. O. S. 5 citirten Vertreter dieser Theorie.

135) Cf. Schott a. a. O. S. 3.

136) Dies muss z. B. Schott, ein Anhänger der Empfangstheorie, thun, wenn er im Falle der Wechselannahme trotz des Nichtempfanges der

geschriebenen Annahmeerklärung das Zustandekommen eines Vertrages läugnen, und, ähnlich wie Thöl und Siegel, nur eine gesetzliche Verpflichtung, die Annahmeerklärung unwiderrufen zu belassen, annehmen.

Ohne sich dieser Schwierigkeiten bewusst zu sein, construiren viele Schriftsteller, indem sie den, allerdings regelmässigen Fall der Ertheilung eines vollen Acceptes bei der Konstruktion allein berücksichtigen, den Annahmeakt als Vertrag ¹³⁷⁾.

Bei der Untersuchung der juristischen Natur des Annahmeaktes dürfen jedoch nicht nur die Fälle der Ertheilung eines reinen Acceptes, sondern es müssen auch die Fälle der Ertheilung eines qualificirten Acceptes in das Konstruktionsmaterial einbezogen werden; denn wenn nach Abs. 4 Art. 21 der a. d. Wechselordnung bei der Annahme die blose Scriptur perficirende Kraft besitzt, so muss dies rücksichtlich des qualificirten Acceptes gerade so gut gelten, wie hinsichtlich des reinen, d. h. es tritt auch bei der Ertheilung eines qualificirten Acceptes die Wechselobligation, zwar nur nach Massgabe der Beschränkung, aber doch sofort nach der Vornahme des Schriftaktes ins Leben.

Wir finden nun bei Analysirung des Vorganges, welcher im Falle der Ertheilung eines qualificirten Acceptes statt-

geschriebenen Annahmeerklärung a. a. O. S. 136 das Zustandekommen eines Vertrages annimmt.

137) So Mittermaier, Deutsches Privatrecht (7. Aufl.), B. II, S. 214. 215; Liebe, Wechselordnung, S. 95. 96; Koch, Wechselordnung, S. 167; Renaud, Wechselrecht, S. 93—95; Oskar Wächter, Wechselllehre, S. 371; cf. auch Ladenburg in Siebenhaar's Archiv für W.-R., B. XII, S. 260. 261, welcher die Wechselobligation des Acceptanten erst mit der Auslieferung des Wechsels entstehen lässt, und den Acceptationsvertrag im Augenblicke der gesetzten Scriptur nur zum Zwecke des Beweises construiren will, dass auch nach der gegnerischen Ansicht noch immer ein Vertrag, und nicht ein einseitiges Rechtsgeschäft den constituirenden Akt bilde. — Selbstverständlich gehört nicht hieher jener Theil der Schriftsteller, welche den die Wechselobligation des Acceptanten schaffenden Vorgang gleichfalls als Vertrag auffassen, das Zustandekommen desselben aber erst auf den Zeitpunkt der Aushändigung des acceptirten Wechsels verlegen.

findet, dass in dem Augenblicke, in welchem der Schriftakt vom Bezogenen gesetzt wird, der Thatbestand eines Vertrages, nämlich erklärter Consens der Parteien nicht vorhanden ist. Die durch die Präsentation des Wechsels zur Annahme auf dem Wege einer concludenten Handlung an den Bezogenen ergehende Gläubigerofferte kann nur als auf ein volles Accept gerichtet aufgefasst werden. Es wäre eine willkürliche Supposition, wenn man diese Offerte so auffassen wollte, als sei sie eventuell auf ein wie immer geartetes Accept zugleich gerichtet. Auch wird der Bezogene durch sein qualificirtes Accept selbst dann gebunden, wenn der Präsentant durch die ausdrückliche Erklärung, er wolle nur ein volles oder gar kein Accept, jeder Supposition die Basis entzogen hat. Wenn nun der Bezogene als Oblat einer solchen Offerte gegenüber ein qualificirtes Accept ertheilt, so fehlt es an der zur Constituirung eines Vertrages erforderlichen Willensübereinstimmung in demselben Masse, als es an einer solchen dann fehlen würde, wenn A offerirte: „Willst du x geben?“ und B acceptirte: „Ich gebe y.“ Man kann auch nicht sagen, die Paciscenten consentiren in einem derartigen Falle auf ein *minus*, und der Vertrag kommt wenigstens rücksichtlich dieses *minus* zu Stande. Das qualificirte Accept steht nämlich zum vollen nur im Falle der Limitirung der Wechselsumme in einem Quantitätsverhältnisse von *minus* zu *plus*. In allen anderen Fällen, wie Hinzufügung einer Suspensivbedingung, Veränderung des Verfalltages, des Zahlungsortes, Accept zu Ehren u. s. w. sind volles und qualificirtes Accept disparate Grössen und es kann das letztere mithin nicht als *minus* des ersteren aufgefasst werden¹³⁸⁾.

Nichts destoweniger haftet aber der Acceptant auch in einem solchen Falle aus dem Accepte nach Massgabe seines Inhaltes wechselfähig (Art. 22 Abs. 2) und kommt die

138) Diese Auffassung liegt auch dem Art. 322 des a. d. Handelsgesetzbuches zu Grunde: „Eine Annahme unter Bedingungen oder Einschränkungen gilt als Ablehnung des Antrages verbunden mit einem neuen Antrage.“

Wechselobligation bereits mit der Setzung des qualificirten Acceptes zu Stande (Art. 21 Abs. 4). Wenn nun beim qualificirten Accepte die Wechselobligation entsteht, ohne dass der constitutive Akt die Elemente eines Vertrages in sich schliesst, so kann auch in den Fällen, in welchen der constitutive Akt zwar die Eigenschaften eines Vertrages an sich trägt, das Vorhandensein dieser Eigenschaften doch nicht als zu seinem Wesen gehörig angesehen werden ¹³⁹).

Dass der Annahmeakt ein Vertrag nicht ist, geht auch aufs Deutlichste daraus hervor, dass die als Offerte fungirende Präsentation zur Annahme gänzlich fehlen kann, und der blose Schriftakt des Bezogenen die Wechselobligation ins Leben ruft, wie z. B. in folgendem Falle. A und B sind befreundete Kaufleute. B besucht den A und findet in dessen Abwesenheit eine bei diesem eingelaufene auf B lautende Tratte auf dem Schreibtische liegen, welche A für einen Geschäftsfreund beim B zur Annahme präsentiren soll; um Zu- und Rücksendung des Wechselbriefes zu ersparen, setzt B ohne Weiteres sein Accept auf denselben ¹⁴⁰). Darf B sein

139) Der Hinweis, dass im Falle des qualificirten Acceptes das Zustandekommen eines Vertrages nicht angenommen werden kann, findet sich bereits bei Jolly, Münchner krit. Vierteljahrsschrift, B. II, S. 551, und Siegel, Versprechen, S. 136, 137. Die Argumentation des ersteren bezieht sich jedoch nur darauf, dass durch das Geben und Nehmen eines qualificirten Acceptes ein Vertrag nicht begründet werde, während wir den Zeitpunkt des Schriftaktes im Auge haben.

140) Ein Fall der Ertheilung eines Acceptes ohne vorhergehende Präsentation, welcher sich sehr leicht ereignen kann, ist auch folgender. Der Indossatar A überträgt durch Giro eine auf X lautende Tratte an B und übergibt dieselbe über Auftrag dieses letzteren dem Banquier desselben; dieser Banquier ist zufällig gerade der Bezogene X. Dieser nimmt die Tratte als Mandatar des B in Empfang und acceptirt dieselbe, während sie sich in seinen Händen befindet.

In solchen Fällen, trotz der mangelnden Präsentation, das Vorliegen einer auf Abgabe des Acceptes gerichteten Offerte dennoch anzunehmen, indem man diese Offerte schon in dem im Wechselbriefe enthaltenen Zahlungsauftrage des Trassanten erblickt, geht, auch ganz abgesehen davon, dass ein bloßer Zahlungsauftrag nie eine auf Abnahme eines Versprechens gerichtete Gläubigerofferte enthalten kann, aus dem Grunde nicht an, weil der Acceptant in den angeführ-

Accept so lange wieder zurücknehmen, als A keine zustimmende Erklärung abgegeben hat? Gewiss nicht. Denn dürfte er es, dann wäre der Zweck des Abs. 4 Art. 21 gänzlich vereitelt. Der Acceptant brauchte blos im Einverständnisse mit dem Präsentanten den übrigen Wechselinteressenten gegenüber zu behaupten, das Accept sei ohne Präsentation auf den Wechsel gesetzt und wieder ausgestrichen worden, bevor der Wechselinhaber eine zustimmende Erklärung abgab. Es liegt daher auf der Hand, dass der Rechtseffekt der Annahme von der Vornahme der Präsentation, d. i. eines *gestum* zwischen dem Bezogenen und einem einzelnen Interessenten, dessen Vorhandensein aus dem Wechselbriefe in keiner Weise erhellt, vollständig unabhängig sein muss.

Schliesslich müssen wir auch an dieser Stelle eines bereits mehrmals erwähnten¹⁴¹⁾ Falles gedenken, welcher die Eigenthümlichkeiten des Annahmeaktes in treffender Weise zu illustriren vermag. Wenn der Bezogene selbst die Tratte auf dem Wege des Indossamentes erworben hat, und dieselbe acceptirt, so entsteht auch in diesem Falle die Wechselobligation sofort mit der Setzung des Schriftaktes. Hier kann selbst die kühnste Phantasie einen durch Präsentation und entsprechende Acceptation vermittelten Vertrag nicht herausconstruiren, denn es liegt nichts vor, als der nackte Schriftakt von Seite des Bezogenen.

Hat also das Accept volle Rechtswirkung, auch wenn es ohne vorausgehende Präsentation auf den Wechsel gesetzt wird, wenn mithin nichts vorliegt, als die einseitige schriftliche Willenserklärung des Acceptanten, dann kann der die Wechselobligation begründende Akt eben nur in diesem einseitigen Scripturakte bestehen, und das die Acceptsobligation schaffende Rechtsgeschäft nur ein einseitiges sein¹⁴²⁾.

ten Fällen auch dann gebunden sein würde, wenn die Tratte gefälscht wäre, also ein als Offerte zu behandelnder Zahlungsauftrag seitens des Trassanten nicht vorläge.

141) Cf. S. 100 und Note 101 dieser Abhandlung.

142) Da ausser dem Schriftakte kein weiterer Umstand erforderlich

Indem wir auf Grund der bisherigen Untersuchung zu dem Ergebnisse gelangt sind, dass die Wechselobligation des Acceptanten mit der Niederschrift der Annahmeerklärung durch ein einseitiges Rechtsgeschäft zur Entstehung kommt, haben wir das eigentliche Ziel der Untersuchung bereits er-

ist, um den Bezogenen sämmtlichen aus dem Wechsel apparirenden Interessenten wechselförmig zu verpflichten, so passt keine der bisher aufgestellten Wechseltheorien auf die Wechselobligation des Acceptanten. Die verschiedenen Fraktionen der Vertragstheorie vermissen den Thatbestand eines Vertrages, die Anhänger der Aushändigungs- theorie das Moment der Aushändigung, und selbst die Creations- theorie kann beim Accepte das Vorhandensein derjenigen thatsächlichen Momente nicht aufzeigen, welche sie ausser der Scriptur zur Entstehung der wirklichen Wechselobligation erfordert, nämlich das Gelangen der Scriptur aus dem Besitze des Scribenten in den Besitz einer *extranea persona*. [Cf. Kuntze, Wechselrecht, S. 51, 302.] Es könnte zwar von den Anhängern der letztgenannten Theorie darauf hingewiesen werden, der Präsentant sei in dem Augenblicke, in welchem der Bezogene seine Unterschrift auf den Wechsel setzt, bereits im juristischen Besitze und der Bezogene befinde sich als bloßer *detentor praesentantis nomine* nicht im Besitze der Scriptur, es seien mithin im Falle der Annahme die Scriptur und diejenigen weiteren Erfordernisse, welche bei den übrigen Wechselakten zeitlich auseinanderliegen, in demselben Augenblicke vorhanden, daher die Wechselobligation sofort mit der gesetzten Scriptur perfekt. Dies meint wohl Kuntze, wenn er sagt [Siebenhaar's Archiv für W.-R., B. VIII, S. 350], beim Wechselaccepte stehe dem Scribenten bereits ein Interessent in der Person des Wechselinhabers gegenüber.

Es muss jedoch darauf hingewiesen werden, dass diese Sachlage nicht immer vorhanden zu sein braucht, und die Wechselobligation des Acceptanten doch zur Entstehung gelangt. Denken wir nur an den Fall, dass der Dieb den gestohlenen Wechsel zur Annahme präsentiert und der Bezogene acceptirt. Ist hier der Wechselinhaber im Besitze der Scriptur? Denken wir weiter an den Fall, dass der Bezogene den von ihm selbst im Wege des Indossamentes erworbenen Wechselbrief acceptirt. Ist hier die Scriptur ausser dem Besitze des Scribenten?

Diese Fälle sind zweifelsohne Ausnahmefälle; aber eine richtige Theorie muss auch auf alle nur denkbaren Fälle passen.

Die bisher aufgestellten Wechseltheorien bedürfen daher jedenfalls einer Korrektur. Entweder muss die Wechselobligation des Acceptanten auf andere Grundlagen gestellt werden, als die Wechselobligation des Ausstellers und des Indossanten, oder man wird den Bau der ganzen Theorie der Art verändern müssen, dass auch die Wechselobligation des Acceptanten in demselben Platz findet.

reicht. Es erübrigt uns nun nur noch, aufzuzeigen, welche Consequenzen aus dem gewonnenen Resultate für mehrere in die Lehre vom Wechselaccepte gehörige Fragen sich ergeben. Es beziehen sich diese Fragen auf die Rechtswirkung gewisser Vorgänge, welche in dem Zeitraume zwischen Niederschrift und Aushändigung des Acceptes eintreten können; wie die gänzliche oder theilweise Zurücknahme des Acceptes durch Austilgung oder Modifikation desselben seitens des Bezogenen, der Verlust oder Erwerb der Wechselfähigkeit, der Concurs des Bezogenen, der Verlust des acceptirten Wechsels.

§. 17.

Die praktischen Consequenzen.

1. Austilgung des Acceptes durch den Bezogenen.

Da die Wechselobligation schon mit der Niederschrift des Acceptes ins Leben tritt, so steht es nicht in der Macht des Acceptanten, sich durch Zurücknahme des Acceptes von der durch die Wechselzeichnung übernommenen Verbindlichkeit zu befreien. Dass ein mündlicher Widerruf vor oder bei der Rückgabe des acceptirten Wechsels ebensowenig liberirende Wirkung besitzt, wie ein solcher nach erfolgter Aushändigung, liegt auf der Hand¹⁴³⁾. In hohem Masse streitig aber ist der Einfluss des Widerrufs auf den Bestand der Wechselobligation dann, wenn er in Form der Austilgung des Annahmevermerkes, durch Ausstreichung oder Rasur, vorgenommen wird. Ein Theil der Schriftsteller lässt die Wechselobligation des Acceptanten trotz der beeinträchtigten Integrität der Scriptur, ohne Rücksicht auf den Grad der Beeinträchtigung, fortbestehen¹⁴⁴⁾. Andere knüpfen an die Verletzung

143) Cf. Siegel, Versprechen, S. 138; — e — im Neuen Archiv für H.-R., S. 99 fg.

144) Cf. Liebe, Wechselordnung, S. 96; Bluntschli, Wechselordnung, S. 58; Kitka, Erläuterungen, S. 260; Kheil, Wechselrecht, S. 156; Volkmar und Löwy, Wechselordnung, S. 113; Blaschke, Wechselrecht, S. 168, Note 8); Walter, Deutsches Privatrecht, S. 384 fg.; Koch, Commentar z. Pr. Landrecht, Bd. III, S. 875; Beseler, Deutsches Privatrecht, S. 992; Siegel, Versprechen, S. 138 f.

der Scriptur den Untergang der Wechselobligation und lassen nur einen civilrechtlichen Anspruch auf Wiederherstellung des Acceptes zu¹⁴⁵⁾. Und wieder andere machen Fortbestand oder Untergang der Wechselobligation von dem Grade der Verletzung der Scriptur abhängig, indem sie den letzteren nur dann eintreten lassen, wenn die Unterschrift des Acceptanten bis zur Unleserlichkeit zerstört ist¹⁴⁶⁾. Wir schliessen uns den zuerst angeführten Schriftstellern an.

Bevor wir zur Begründung unserer Ansicht schreiten, muss darauf hingewiesen werden, dass es für die Frage, welchen Einfluss die Zerstörung des Acceptes auf den Fortbestand der Wechselobligation ausübt, völlig gleichgiltig ist, ob die Zerstörungshandlung vor oder nach der Aushändigung des acceptirten Wechsels stattfindet, ob dieselbe vom Bezogenen oder von einem Dritten ausgeht, und ob sie mit Absicht oder durch Zufall herbeigeführt wird; — dass also der Aus tilgung des Acceptes in der Funktion als Widerrufungsmittel keine besondere Wirkung inne wohnt, mithin die Ausstreichungsfrage mit der Perfektionsfrage in keinem Zusammenhange steht. Sie gehört nicht einmal speciell in die Lehre vom Accepte, sondern in die vielbestrittene Lehre von den Durchstreichungen und Correkturen, und kann wegen des Hereinschlagens wechselprozessualischer Gesichtspunkte nur im Zusammenhange mit der letztgenannten Lehre erschöpfend behandelt werden. Da jedoch die Frage nach der

145) Leonhard Wächter in Siebenhaar's Archiv für W.-R., B. VI, S. 43; Kuntze, Wechselrecht, S. 90; Goldschmidt in seiner Zeitschrift für H.-R., B. I, S. 350, Note *); Thöl, Wechselrecht, S. 266, Note 5); Oskar Wächter, Wechselrecht des nordd. Bundes, S. 137; Gerber, Deutsches Privatrecht, S. 590; Hartmann, Wechselrecht, S. 330; Nürnberger Commission, Siebenhaar's Archiv für W.-R., B. 9, S. 236; Erkenntniss des Handelsgerichtes zu Hamburg vom 21. November 1851.

146) Brauer, Wechselordnung, S. 66, und in Goldschmidt's Zeitschrift für H.-R., Bd. I, S. 25; Hoffmann, Erläuterung, S. 301, 302; Renaud, Wechselrecht, S. 93, Note 4); Haimperl, Anleitung, S. 109; Oskar Wächter, Wechsellehre, S. 373; Erkenntniss des Berliner Ob.-Tribunales vom 23. September 1858.

Wirkung des Durchstreichens des Acceptes von den Schriftstellern durchgehends mit der Frage nach der Perfektion des Acceptes in Verbindung gebracht wird ¹⁴⁷⁾, so kann sie auch in dieser Abhandlung nicht völlig unerörtert bleiben.

Die a. d. Wechselordnung enthält über den Connex zwischen der Scriptur und der aus derselben entstandenen Wechselobligation keine allgemeine Bestimmung, und es findet sich im Besonderen in derselben nirgends der allgemeine Satz ausgesprochen, dass die Verletzung oder Vernichtung der Scriptur als rechtsaufhebende Thatsache den Untergang der Wechselobligation bewirke. Nur bezüglich des Indossamentes finden wir im Art. 36 Abs. 2 [„Ausgestrichene Indossamente werden bei Prüfung der Legitimation als nicht geschrieben angesehen“] eine ausdrückliche Bestimmung über die Beurtheilung der ausgetilgten Scriptur, dahin gehend, dass eine solche als nicht geschrieben anzusehen ist. Da jedoch diese Bestimmung nur bei der Prüfung der Legitimation des Wechselsinhabers zur Anwendung zu kommen hat, so lässt sie die Frage, wie ein ausgestrichenes Indossament bei Erhebung eines wechselrechtlichen Anspruches aus demselben zu beurtheilen sei, nicht nur offen, sondern sie würde sogar, wenn nicht eine andere Bestimmung der Wechselordnung es ausschlosse, das *argumentum a contrario* nahe legen, dass in anderen Fragen, bei welchen es sich nicht um die Prüfung der Legitimation handelt, ein Indossament trotz Ausstreichung als vorhanden und wirksam zu betrachten wäre, insbesondere die Grundlage zur Erhebung eines Regressanspruches abgeben könnte ¹⁴⁸⁾.

Wir finden jedoch an einer anderen Stelle der a. d. Wechselordnung eine Bestimmung, aus welcher entnommen

147) Wol nicht im Interesse der Klarheit der Behandlung beider Fragen.

148) Die Ansicht, dass aus einem aus Versehen ausgestrichenen Indossamente der wechselrechtliche Anspruch erhoben werden kann, findet sich bei Geyert in Gruchot's Beiträgen zur Erläuterung des preuss. Rechtes, B. II, S. 411. Cf. Jolly in der Münchner krit. Vierteljahrschr. B. III, S. 229, Note ***).

werden kann, dass die Austilgung des Indossamentes den Charakter einer rechtsaufhebenden Thatsache besitzt. Aus den Art. 54 und 55 ¹⁴⁹⁾ geht nämlich hervor, dass das Mittel, durch welches sich der einlösende Indossant gegen die abermalige Erhebung eines Anspruches aus seiner Scriptur schützen kann, in der Ausstreichung derselben besteht. Diese Wirkung kann aber das Mittel der Ausstreichung nur dann besitzen, wenn ihm die Eigenschaft einer die Regressobligation aufhebenden Thatsache innewohnt.

Was in den Art. 54 und 55 mit Bezug auf den regresspflichtigen Indossanten bestimmt ist, gilt zweifelsohne auch für den regresspflichtigen Aussteller, so dass hinsichtlich der Wechselobligation des Ausstellers und des Indossanten in der a. d. Wechselordnung, wenn auch nicht direkt ausgesprochen, so doch *implicite* der Grundsatz enthalten ist, dass die Durchstreichung der Scriptur die Wechselobligation beseitigt. Hiermit steht auch der Satz in Uebereinstimmung, dass im Falle des Verlustes des Wechsels, welcher, was den Einfluss auf den Fortbestand der Wechselobligation betrifft, dem physischen Untergange des Wechsels gleichzuachten ist, die Amortisation rücksichtlich der Regressansprüche nicht zulässig ist ¹⁵⁰⁾, und zwar selbst dann nicht, wenn diese Ansprüche durch rechtzeitige Präsentation zur Zahlung und Protestaufnahme bereits zu unbedingten geworden wären ¹⁵¹⁾.

149) Art. 54: „Der Regresspflichtige ist nur gegen Auslieferung des Wechsels, des Protestes und einer quittirten Retourrechnung Zahlung zu leisten schuldig.“ Art. 55: „Jeder Indossant, der einen seiner Nachmänner befriediget hat, kann sein eigenes und seiner Nachmänner Indossament austreichen.“

150) Cf. das Erkenntniss des Reichs-Oberhandelsgerichtes vom 20. Dezember 1870 [Sammlung der wechselrechtl. Entscheidungen B. I S. 35 fg.].

151) Cf. Hartmann, Wechselrecht S. 496; die gegentheilige Ansicht nämlich die Zulässigkeit der Amortisation gegenüber dem Aussteller einer Tratte wird vertreten von Jolly in Siebenhaar's Archiv für W.-R. B. IV S. 16 u. 20 und Hoffmann ebenda B. V. S. 299 und Erläuterung S. 541 u. 542; sie ist im Hinblick auf den Art. 73 der a. d. Wechselordnung, welcher nur vom Accepte redet, unrichtig.

Grawein, die Perfektion des Acceptes.

Anders steht die Sache beim Accepte. Würden dieselben Thatsachen, welche die Aufhebung der Wechselobligation der Garantieverpflichteten bewirken, nämlich Einhändigung der Scriptur und Ausstreichung derselben, genügen, um auch das Accept zu entkräften, dann brauchte sich der Acceptant nur den zur Zahlung präsentirten Wechsel einhändigen zu lassen und hierauf sein Accept zu durchstreichen; die a. d. Wechselordnung müsste demnach hinsichtlich des Acceptanten dieselbe Bestimmung treffen, welche sie in den Art. 54 und 55 hinsichtlich des Indossanten trifft. Nun findet sich aber im Art. 39¹⁵²⁾ eine abweichende Bestimmung, dahingehend, dass der Acceptant die Aufnahme einer Quittung in den Wechselbrief vom Wechselinhaber verlangen muss, um gegen jede weitere Inanspruchnahme aus seinem Accepte gesichert zu sein^{153a)}. Hieraus geht ganz klar hervor, dass nicht die Durchstreichung des Acceptes, sondern nur die Quittirung des Wechsels das Accept zu entkräften im Stande ist. Denn würde schon die einfache Durchstreichung des Acceptes, ebenso wie die Durchstreichung des Indossamentes genügen, um die Wechselobligation des Acceptanten zu beseitigen, dann wäre durchaus nicht einzusehen, warum die a. d. Wechselordnung

152) Art. 39: „Der Wechselschuldner ist nur gegen Aushändigung des quittirten Wechsels zu zahlen verpflichtet.

Hat der Wechselschuldner eine Theilzahlung geleistet, so kann derselbe nur verlangen, dass die Zahlung auf dem Wechsel abgeschrieben, und ihm die Quittung auf einer Abschrift des Wechsels ertheilt werde.“

153a) Dass dieser Quittungsvermerk auf dem Wechsel den Charakter einer rechtsaufhebenden Thatsache, und nicht etwa den eines Beweismittels für das Deckungsverhältniss besitzt, geht daraus hervor, dass das Recht auf Abquittirung im Wechsel dem zahlenden Bezogenen nicht immer, sondern nur dann zusteht, wenn er durch die vorausgegangene Abgabe des Acceptes in Wechselnexus getreten ist [Art. 39: „Der Wechselschuldner ist nur u. s. w. Hat der Wechselschuldner eine Theilzahlung geleistet u. s. w.“]. Die Thatsache der Abquittirung im Wechsel muss daher im juristischen Zusammenhange mit der Wechselobligation stehen, denn als Beweismittel für den Deckungsanspruch müsste sie der zahlende Bezogene stets verlangen können.

diesem ausdrücklich das Recht einräumt, vom Wechselinhaber die Setzung eines Quittungsvermerkes auf dem Wechsel zu verlangen. Der Unterschied zwischen der im Art. 39 enthaltenen Bestimmung und jener in den Art. 54 und 55 enthaltenen ist allein dann erklärlich, wenn durch die beiden Bestimmungen ein verschiedener Thatbestand als rechtsaufhebende Thatsache festgesetzt wird. Dieser Unterschied besteht dann offenbar darin, dass zur Entkräftung des Indossamentes die Ausstreichung der Scriptur genügt, während zur Entkräftung des Acceptes eine förmliche *acceptilatio*, nämlich der Schriftakt der Quittung erforderlich ist^{153b}).

Dieser Unterschied in der Beschaffenheit der rechtsaufhebenden Thatsache, je nachdem die Wechselobligation eine Garantiepflcht oder eine Principalschuld zum Inhalte hat, ist kein willkürlicher, sondern er ist in der verschiedenen Sachlage wol begründet. Da das Indossament in vielen Fällen bloße Vorbereitungshandlung bleibt, welche vor der Begebung wieder beseitigt werden soll, so muss das Gesetz ein Mittel bieten, durch welches der vorbereitende Schriftakt mit der Wirkung beseitiget werden kann, dass er als nicht stattgefunden angesehen wird. Wenn z. B. A, der eine Tratte unter Blankogiro erworben hat, ein vollständiges Indossament auf dieselbe setzt, weil der in Aussicht genommene Indossatar B die Garantie des A verlangt, und es kommt dann nicht

153^b) Dass die rechtsaufhebende Thatsache beim Accepte nicht in der blossen Setzung des Quittungsvermerkes auf dem Wechsel besteht, sondern die Einhändigung an den Acceptanten zur Scriptur hinzutreten muss, braucht wol nicht bemerkt zu werden. Die nichtbehändigte Quittung ist ein bloßer Vorbereitungsakt und kann als solcher wieder beseitiget werden. Cf. die Entscheidungen des Reichs-Oberhandelsgerichtes vom 20. Jänner 1871 [Sammlung der wechselrechtl. Entscheidungen B. I S. 56 a.)] und vom 8. September 1871: „Die Thatsache, dass der Inhaber eines Wechsels eine Quittung auf denselben gesetzt hat, begründet an und für sich weder eine Zerstörung des Wechsels, noch eine Entlastung des Wechselverpflichteten; denn so lange der Quittirende den Wechsel in Händen behält und Herr desselben ist, steht es ihm frei, die präsumtiv bloß vorbereitete Quittung wieder zu durchstreichen und hierdurch werthlos zu machen.“ [a. a. O. S. 190.]

zur Begebung an B, sondern A will die Tratte an C, welcher sich mit den bereits vorhandenen Giranten begnügt, auf Grund des alten Blankogiros weitergeben, so muss das Indossament des A wieder beseitigt werden. Das einzige Mittel liegt in der Ausstreichung. Soll nun A der Gefahr überhoben sein, aus seinem ausgestrichenen Indossamente belangt zu werden, so muss ihn das Gesetz in die Lage bringen, sein Indossament durch den einfachen Hinweis auf die Ausstreichung als wirkungslos zu erklären. In diese Lage bringt ihn aber das Gesetz nur dann, wenn es die Bestimmung aufstellt, dass ein ausgestrichenes Indossament als nicht geschrieben gilt. Hat das Gesetz einmal diesen Satz aufgestellt, dann fällt jedes Indossament unter denselben, mag es als bloße Vorbereitungshandlung, oder mag es erst nach Erzeugung der Wechselobligation ausgestrichen worden sein. Ist nun jedes ausgestrichene Indossament als nicht geschrieben anzusehen, dann ist die Erhebung eines wechselrechtlichen Anspruches aus einem ausgestrichenen Indossamente ausgeschlossen, es hat mithin die Ausstreichung des Indossamentes die Vernichtung der aus demselben entstandenen Wechselobligation zur Folge. — Auf diesem Wege ist die a. d. Wechselordnung ganz naturgemäss zu dem Satze gelangt, dass die Ausstreichung der Scriptur beim Indossamente den Charakter einer rechtsaufhebenden Thatsache besitzt. Auf Grund einer gänzlich verschiedenen Sachlage musste sie hinsichtlich des Acceptes auch zu einer verschiedenen Bestimmung hinsichtlich der Beschaffenheit der rechtsaufhebenden Thatsache gelangen.

Das Accept ist in Folge des Abs. 4 Art. 21 nie eine Vorbereitungshandlung, zu deren Wiederbeseitigung der Wechselverkehr das Mittel der Ausstreichung bedürfte. Es handelt sich vielmehr beim Accepte, wenn überhaupt etwas aufgehoben werden soll, stets um die Aufhebung der Wechselobligation. Die Aufhebung der Wechselobligation des Principalschuldners hat nun die Aufhebung aller Garantieobligationen, welche mit dem Wechsel verbunden sind, zur noth-

wendigen Folge. Es handelt sich demnach bei der Beseitigung des Acceptes stets um die Beseitigung des ganzen Wechsels. Soll nun die juristische Thatsache, welche das ganze Conglomerat von wechselrechtlichen Beziehungen mit einem Schlage beseitigt, gemäss dem durch und durch formellen Wesen des Wechsels ein wahres *contrarium actum* sein, dann muss, da die den ganzen Wechsel begründende Thatsache in einem Schriftakte und dem Besitzübergange an der Scriptur besteht, auch die rechtsaufhebende in einem Schriftakte, nämlich in der in den Wechselbrief aufzunehmenden Quittung, und in dem Besitzübergange an der Scriptur, nämlich in der Einhändigung des quittirten Wechsels an den Principalschuldner bestehen. — Auf diesem Wege ist die a. d. Wechselordnung naturgemäss dazu gelangt, im Art. 39 die Einhändigung des quittirten Wechsels an den Acceptanten als rechtsaufhebende Thatsache aufzustellen.

Dieser dem Wesen der Sache und den unzweideutigen Bestimmungen des positiven Gesetzes entnommene Beweis würde allein genügen, um unsere Ansicht, dass die Ausstreichung der Scriptur die Wechselobligation des Acceptanten keineswegs vernichtet, als begründete erscheinen zu lassen. Es steht uns jedoch noch eine Reihe von weiteren Argumenten zu Gebote, welche vorzuführen wir bei der grossen Strittigkeit der Frage nicht unterlassen wollen.

Es braucht wol nicht des Breiten bewiesen zu werden, dass, was den Einfluss auf den Bestand der Wechselobligation betrifft, der Verlust der Scriptur dieselbe Rolle spielt, wie die physische Vernichtung derselben; denn beides läuft auf das eigentlich in Betracht kommende Moment des Nichthabens der Scriptur hinaus. Einen Unterschied zu Ungunsten des physischen Unterganges zu statuiren, ginge schon deshalb nicht an, weil Jedermann die Vernichtung der Scriptur geheim halten, und dieselbe für verloren ausgeben könnte. Mit Rücksicht auf diese Gleichstellung von Verlust und Vernichtung der Scriptur in ihrem Einflusse auf den Fortbestand der Wechselobligation können wir mit voller Sicherheit annehmen,

dass überall dort, wo trotz des Verlustes der Scriptur die Wechselobligation fortbesteht, diese auch bei der Vernichtung der Scriptur fortbestehen muss¹⁵⁴). Mit Rücksicht auf den Art. 73 der a. d. Wechselordnung steht nun der Fortbestand der Wechselobligation des Acceptanten im Falle des Verlustes des Acceptes ausser allem Zweifel; daher muss die Wechselobligation nicht minder im Falle der Vernichtung des Acceptes fortbestehen, mag dieses in Folge Unterganges des ganzen Papiere¹⁵⁵), oder mag es in Folge Ausstreichung des Annahmevermerkes vernichtet worden sein¹⁵⁶).

Auch der Wortlaut des Abs. 4 Art. 21 der a. d. Wechselordnung spricht für unsere Ansicht. Hätte die Ausstreichung des Acceptes die Aufhebung der Wechselobligation zur Folge, dann könnte der Bezogene die Rechtsfolgen der Annahme durch Austilgung des Acceptes wieder beseitigen; allerdings nur widerrechtlich und mit der Verpflichtung, ein neues Accept zu geben, aber er könnte es immerhin. Nun heisst es aber im Abs. 4 Art. 21: der Bezogene „kann“ die einmal erfolgte Annahme, das ist so viel als: die an die Niederschrift des Annahmevermerkes sich knüpfenden Rechtsfolgen nicht mehr zurücknehmen.

Dieses dem Wortlaute der a. d. Wechselordnung entnommene Argument wird auf's Kräftigste unterstützt durch den Umstand, dass die diesbezügliche Bestimmung des a. pr. Landrechtes [Th. II Tit. 8 §. 997 und 998], mit welcher der

154) Auch dass umgekehrt dort, wo die Zerstörung der Scriptur die Aufhebung der Wechselobligation zur Folge hat, auch der Verlust derselben den gleichen Rechtseffekt herbeiführt, wie oben (S. 129) bezüglich des Indossamentes angedeutet wurde, lässt auf's deutlichste die Gleichstellung beider Thatsachen erkennen.

155) Cf. Unger, Inhaberpapiere, S. 126 Note 11.)

156) In einem ganz merkwürdigen Widerspruche befindet sich Hartmann; dieser lässt [cf. Wechselrecht S. 491] die Wechselobligation des Acceptanten durch Zulassung der Amortisation dann fortbestehen, wenn das Accept mit dem ganzen Wechsel zerstört worden ist; behauptet aber [cf. a. a. O. S. 330] den Untergang der Wechselobligation des Acceptanten, wenn durch Ausstreichung nur das Accept allein vernichtet wurde.

Abs. 4 Art. 21 durch die preussischen Entwürfe innig zusammenhängt¹⁵⁷⁾ ausdrücklich festsetzte: „Auch wenn er (der Bezogene), das letztere gethan (sc. ausgestrichen) hat, bleibt er dennoch aus der Acceptation verpflichtet.“

Darin, dass der Ausstreichung keine rechtsaufhebende Wirkung beigemessen wird, liegt auch das allersicherste Mittel, Ausstreichungen durch den Bezogenen beinahe gänzlich zu verhüten; denn wenn dieser trotz der Ausstreichung aus dem Accepte wechselfähig verhaftet bleibt, wird er sich viel weniger leicht verleitet fühlen, eine Ausstreichung vorzunehmen, als dann, wenn er die strenge Wechselverbindlichkeit durch die Austilgung beseitigen und in eine civilrechtliche Verpflichtung zur Abgabe eines anderen Acceptes umwandeln kann.

Dies ist wol auch der Grund, warum eine beträchtliche Anzahl von ausländischen Gesetzen, welche die Perfektion des Acceptes mit dessen Niederschrift eintreten lassen, ausdrücklich festsetzen, dass der Acceptant trotz der Ausstreichung aus dem Accepte zur Zahlung verpflichtet bleibt. So die Gesetze von Russland¹⁵⁸⁾, Dänemark¹⁵⁹⁾, Holland¹⁶⁰⁾, Niederländisch-Indien¹⁶¹⁾, Surinam¹⁶²⁾, Curaçao¹⁶³⁾,

157) Cf. S. 34 bis 39 dieser Untersuchung.

158) W.-O. vom 16. Mai 1729 Cap. I. §. 9: Wenn der Acceptant die Acceptation austreicht, so soll dennoch solche Ausstreichung den Wechsel nicht ungültig machen, sondern er ist gehalten, das Geld laut Wechsel zu entrichten. [Zimmerl Sammlung B. III S. 15.]

159) *Forordning angaaende trasserede Vexler* vom 18. Mai 1825 §. 26: *Efterat Trassatus eengang har tegnet Accept paa en Vexel, er han dervede uigjenkaldelig forbunden, uden at han, ved at overstryge Accepten, kan have denne sin Forpligtelse.* [Borchardt Sammlung B. II. S. 87.]

160) *Wetboek van Koophandel* vom 10. April 1838 Art. 119: *Hij (sc. der Bezogene) mag de eens op den wisselbrief gestelde acceptatie niet onleesbaar maken, en blijft desnietegenstaande tot de voldoening verplicht.* [Borchardt B. II. S. 199.]

161) *Wetboek van Koophandel* vom Jahre 1846 Art. 118, gleichlautend mit dem Art. 119 des holländ. H. G. B. [Borchardt B. II. S. 213.]

162) *Wetboek van Koophandel* vom 4. September 1868. Art. 102,

und Finnland¹⁶⁴). — Auch nach englischem Wechselrechte hat die Ausstreichung eines durch Aushändigung perfekt gewordenen Acceptes nicht die Wirkung, dass die Wechselpflicht cessirt¹⁶⁵).

gleichlautend mit dem Art. 119 des holländ. H. G. B. [Borchardt B. II. S. 227.]

163) *Wetboek van Koophandel* vom 4. September 1868. Art. 102, gleichlautend dem Art. 119 des holländischen H. G. B. [Borchardt B. II. S. 242.]

164) *Wexel-Stadga* vom 29. März 1858 §. 19: *Godkännande skall skrifvas på wexeln och förses med acceptantens namteckning. Sålunda gifwen accept må ej sedan återkallas. Finnes den öfverkorssad, ware likwäl gällande.* [Borchardt B. II. S. 393.]

165) Nur die durch den Wechselinhaber oder mit dessen Einwilligung vorgenommene Ausstreichung des Acceptes tilgt die Wechselobligation. Cf. Byles, *A treatise on the law of bills of exchange* p. 198: „*The cancellation of the acceptor's name by the holder is a waiver of the acceptance. Where a third person cancels, it is a question for the jury whether that cancellation were with the assent of the holder.*“ Ebenso Chitty, *On bills of exchange* p. 209: „*Cancellation of the acceptor's name by the holder, or by a third person with the holder's consent, is a waiver by him of the acceptance,*“ und Franck in seiner Darstellung des englischen Wechselrechtes bei Borchardt B. I. S. 191. — Wird das Accept durch Jemanden Anderen, sei es absichtlich, sei es aus Versehen, getilgt, so bleibt die Wechselobligation bestehen. Cf. Byles a. a. O. p. 196: „*A cancellation of the acceptance by mistake made by other parties does not destroy the bill,*“ und Franck a. a. O. S. 192: „*Die Tilgung des Acceptes Seitens eines unberechtigten dritten, sowie die Tilgung desselben durch ein zufälliges Ereigniss oder durch ein Versehen üben keine rechtliche Wirkung aus.*“ — Ausstreichungen des Acceptes aus Versehen kommen im englischen Wechselverkehre bei der herrschende Sitte, die Wechsel bei seinem *banker* zahlbar zu machen, dadurch nicht selten vor, dass bei der Präsentation des Wechsels zur Zahlung der Bankier anfänglich irrthümlich annimmt, für den Acceptanten Zahlung leisten zu können und folglich das Accept austreicht, hinterher aber der mangelnden Deckung inne wird. Diese Ausstreichung befreit den Acceptanten nicht. Der Bankier muss, um die Vermuthung auszuschliessen, als hätte der Wechselinhaber selbst das Accept ausgestrichen, den Vermerk „*cancelled by mistake*“ auf den zurückzustellenden Wechsel setzen. Der Umstand, ob der Bankier sich einen Mangel an Sorgfalt hat zu Schulden kommen lassen, ist nicht, wie Chitty a. a. O. p. 209 [„*As regards the parties to the instrument, such a cancellation through mistake by the banker, where there is no want of due care, leaves their rights and liabilities as they were be-*“

Schliesslich kommt der Ansicht, dass der Acceptant auch aus einem ausgestrichenen Accepte in Wechselobligo bleibt¹⁶⁶⁾, noch ein negatives Argument zu statten: die Unhaltbarkeit der gegentheiligen Ansicht.

fore“] behauptet und wie im Anschlusse an *Chitty* in der Entscheidung des Reichs-Oberhandelsgerichtes vom 17. Oktober 1873 [Sammlung B. XI S. 222] angeführt wird, von Bedeutung für die Wirkung der Ausstreichung, denn es ist durchaus nicht einzusehen, wie ein so schwer fassbares Ding, wie die *diligentia* in der Person eines dritten für den Fortbestand oder den Untergang der Wechselobligation von entscheidender Bedeutung sein kann; da man in der Unterlassung der vorhergehenden Einsichtnahme in den Conto des Acceptanten stets *a want of due care* seitens den Bankiers erblicken muss, so wäre die Ansicht *Chitty's* dem Wechselverkehre auch sehr gefährlich. Der Mangel an Sorgfalt auf Seite des Bankiers ist nur dafür von Bedeutung, dass dieser dem Wechselinhaber zur Erstattung der in Folge der Ausstreichung etwa entstehenden Unkosten verpflichtet ist. Cf. Byles a. a. O. p. 196: „*If the banker be guilty of want of due care, an action lies against him at the suit of the holder, for the special damage actually sustained by the cancellation of the bill;*“ und Franck a. a. O. S. 192.

166) Das Argument, welches Siegel, Versprechen S. 140 im Falle der Abgabe eines durchstrichenen Acceptes für den Fortbestand, oder besser für die Entstehung der Wechselobligation, denn nach S. entsteht ja trotz der Unwiderruflichkeit des geschriebenen Acceptes die Wechselobligation erst mit der Aushändigung, anführt, können wir den obigen Argumenten für die Wirkungslosigkeit der Ausstreichung nicht anreihen; denn wir halten das Argument S.'s nicht für stichhaltig. S. nimmt an, dass im Falle der Aushändigung eines durchstrichenen Acceptes der Regress auf Sicherstellung Mangels Annahme unzulässig ist. Da nun, so argumentirt S. weiter, der Regress auf Sicherstellung nur dann ausgeschlossen ist, wenn der Präsentant vom Bezogenen ein ordnungsmässiges, diesen voll verpflichtendes Accept erhalten hat, so muss im Hinblicke auf die Unstatthaftigkeit des Regresses bei dem Empfange eines durchstrichenen Acceptes der Bezogene auch aus diesem zur Zahlung verpflichtet sein, die Wechselobligation bestehen. S. geht bei dieser Argumentation von einem unrichtigen Satze aus. Es ist nicht wahr, dass der präsentirende Inhaber, wenn er ein ausgestrichenes Accept erhält, den Regress auf Sicherstellung Mangels Annahme nicht nehmen darf. Es wurde bereits Seite 67 bis 70 dieser Untersuchung dargethan, dass die Vormänner den Empfang eines reinen, dem Inhalte der Tratte gemässen Acceptes garantiren, dass ein ausgestrichenes Accept, welches den Wechsel in seiner Circulationsfähigkeit gänzlich lähmt und die Erwirkung eines prompten Zahlungsauftrages nicht ermöglicht, ein ordnungsmässiges, der Garantiepflicht der

Die Schriftsteller, welche an die Verletzung der Scriptur ohne Rücksicht auf den Grad derselben den Untergang der Wechselobligation des Acceptanten knüpfen, bringen für diese ihre Ansicht als einziges Argument die Behauptung vor, dass es eine Consequenz aus dem formellen Wesen des Wechsels sei, an die Beeinträchtigung der Form die Erlöschung derjenigen Rechtswirkungen zu knüpfen, welche mit der Setzung der Form entstanden sind. Dies ist nicht richtig. Denn was bei seiner Entstehung an das Vorhandensein einer bestimmten Form geknüpft war, ist deshalb noch nicht für immer in seinem Fortbestande an den Fortbestand der Form gebunden. Man denke nur an die förmlichen Testamente, Codicille, dann an diejenigen Verträge, zu deren giltiger Errichtung eine bestimmte z. B. die notarielle Form erforderlich ist. Hier kann die Form zu Grunde gehen, ohne den Fortbestand der Rechtsfolgen zu tangiren¹⁶⁷⁾. Und, was die Behauptung des unlöslichen Connexes zwischen der Form und der Rechtswirkung derselben ganz schlagend widerlegt, enthält denn nicht der Art. 73 der a. d. Wechselordnung eine ausdrückliche Bestimmung, dass die Wechselobligation des Acceptanten nicht an den Fortbestand der Form gebunden ist?

Spricht schon die Unstichhältigkeit der principiellen Begründung laut genug für die Unrichtigkeit dieser Ansicht, so sprechen die praktischen Consequenzen derselben noch lauter. Ginge die Wechselobligation des Acceptanten durch Ausstreichung unter und müsste durch ein neues Accept eine

Vormänner entsprechendes Accept nicht darstellt, daher der Regress auf Sicherstellung unter der Voraussetzung zulässig ist, dass der Präsentant den Empfang eines durchstrichenen Acceptes durch Protest feststellen lässt. Mag der Acceptant aus dem ausgetilgten Accepte auch in Wechselobligo sein, den Vormännern gegenüber ist, was das Rechtsverhältniss zwischen ihnen und dem Wechselinhaber anbetrifft, ein Accept so gut wie nicht vorhanden, daher Mangels Annahme der Regress zulässig. Mithin ist der Satz, auf welchen Siegel seine Argumentation stützt, unrichtig und entbehrt diese daher der beweisenden Kraft.

167) Wir verweisen in dieser Frage auf die treffende Darstellung bei Unger, Inhaberpapiere, S. 123 bis 128.

neue Obligation entstehen, dann müssten bei Setzung dieses neuen Acceptes alle Voraussetzungen zur giltigen Entstehung einer Wechselobligation vorhanden sein. Wäre demnach derjenige, welcher seine Scriptur wiederholt, zwischen Setzung der ersten und zweiten Scriptur wechselunfähig geworden, dann entstünde aus der wiederhergestellten Scriptur eine Wechselobligation nicht. Weiter, würde ein durchstrichenes Accept auf Verlangen des Präsentanten von dem einstweilen fallit gewordenen Bezogenen wiederhergestellt, so wäre der hieraus entstehende Anspruch nach der Ansicht der Gegner ein neuer und könnte als ein erst nach der Concurseröffnung entstandener Anspruch aus der Masse nicht zur Befriedigung gelangen. Stürbe der Bezogene nach der Ausstreichung und vor der Wiederherstellung, dann wäre jede Aussicht auf Befriedigung des Inhabers des ausgetilgten Acceptes genommen¹⁶⁸⁾. Würde ein Accept nach Aufnahme des Protestes Mangels Zahlung ausgestrichen, dann müssten mit der Principalschuld auch alle Garantieverpflichtungen untergehen; leben diese wieder auf, oder entstehen sie neu, wenn nachträglich durch die Wiederherstellung des Acceptes eine neue Principalschuld entsteht? Will man diese Inconvenienzen durch Retrotraktion der neuen Wechselobligation auf den Zeitpunkt der Entstehung der untergangenen beseitigen, und auf diesem Wege die inzwischen eingetretenen juristischen Thatsachen ihrer Wirkung entkleiden, dann sage man doch lieber, die Wechselobligation ist gar nicht untergegangen und es handelt sich bei der Wiederherstellung der Scriptur blos um eine Voraussetzung der liquiden Geltendmachung der fortbestehenden alten Wechselforderung.

Das eben Gesagte gilt auch gegen diejenigen Schriftsteller, welche Untergang oder Fortbestand je nach dem Grade der Zerstörung annehmen. Im Besonderen muss gegen

168) Wir erinnern uns, von einem Hamburger Rechtsfall gelesen zu haben, in welchem der Acceptant eines auf eine bedeutende Summe lautenden Wechsels bei der Präsentation zur Zahlung sein Accept durchstrich und sich im nächsten Augenblicke erschoss.

diese Ansicht bemerkt werden, dass die Unterscheidung nach dem Masse der Austilgung erstens an sich einer Begründung entbehrt, und dass zweitens die Grenze zwischen voller und minderer Austilgung in concreten Fällen sehr schwer zu ziehen ist und mehr oder weniger stets eine willkürliche sein muss.

Aus allen diesen Gründen halten wir die Ansicht für die richtige, welche ohne jede Rücksichtnahme auf den Grad der Zerstörung des Acceptes den Fortbestand der Wechselobligation annimmt.

Eine von der eben erörterten ganz verschiedene Frage ist es, ob der fortbestehende Anspruch aus einem ausgestrichenen Accepte im prompten wechselprozessualischen oder im ordentlichen civilprozessualischen Verfahren geltend gemacht werden muss. Diese Frage kann nur im Zusammenhange mit der allgemeinen Frage beantwortet werden, welche Rolle die Integrität der Urkunden in dem besonderen, auf die Grundsätze des Executivprozesses gestützten Wechselverfahren zu spielen hat. Dies zu erörtern fällt ganz und gar ausserhalb des Bereiches dieser Untersuchung.

§. 18.

Fortsetzung.

2) Nachträgliche Modifikation des Acceptes durch den Bezogenen.

So wenig als der Bezogene die mit dem gesetzten Schriftakte entstandene Wechselobligation durch das Mittel der Austilgung des Acceptes zu vernichten vermag, eben so wenig vermag er dies durch das Mittel der nachträglichen Umänderung der Annahmeerklärung in die gegentheilige Erklärung, nicht annehmen zu wollen¹⁶⁹⁾; und so wenig der Bezogene die Wechselobligation in ihrem ganzen Bestande zu alteriren vermag, eben so wenig vermag er den Umfang derselben

169) Die Umänderung der affirmativen Erklärung in die negative kann dadurch erfolgen, dass der Unterschrift des Bezogenen einfach die Worte „nicht angenommen“ beigefügt werden.

durch die nachträgliche Hinzufügung eines limitirenden¹⁷⁰⁾ oder den Inhalt derselben durch die Hinzufügung eines qualificirenden Zusatzes¹⁷¹⁾ zu verändern. Bevor wir zur Erörterung der aus diesen Sätzen im Falle der Vornahme einer Modifikation des Annahmevermerkes sich ergebenden Situation schreiten, müssen wir auf eine Bemerkung zu sprechen kommen, welche in der Leipziger Conferenz bezüglich der Zulässigkeit einer nachträglichen Modifikation des Acceptes gemacht wurde, und welcher vielleicht ein Argument gegen die Richtigkeit des oben aufgestellten Satzes entnommen werden könnte.

Bei der Diskussion eines weiter unten noch zu erwähnenden Antrages, ein beschränktes Accept ohne vorausgehende Protestlevirung als unzulässig und somit den Bezogenen, wenn er auch von Anfang an nur beschränkt acceptirte, als voll verpflichtet zu erklären¹⁷²⁾, machte der Referent Bischoff, welcher die Zulässigkeit eines beschränkten Acceptes verfocht, für seine Ansicht geltend, dass selbst die nachträgliche Einschränkung eines zuerst rein gegebenen Acceptes als unzulässig erachtet werden müsse, um wie viel mehr eine sofortige. Bischoff erklärte nämlich in der Sitzung vom 3. November 1847: „Ändert der Bezogene, noch ehe er den Wechsel zurückgegeben hat, also während der ihm von dem Inhaber selbst gegebenen Deliberationsfrist, seinen Entschluss und fügt er einem bereits geschriebenen Accepte, aus welcher Veranlassung dieses immerhin geschehen möge, abändernde oder einschränkende Zusätze bei, so kann darin, vom rechtlichen Standpunkte aus betrachtet, nicht einmal etwas Unbefugtes gefunden werden. Gegen spätere Abänderungen, mögen solche nun einseitig vorgenommen, oder durch Collu-

170) Indem der Unterschrift des Bezogenen ein geringerer Betrag als die Wechselsumme beigefügt wird, z. B. „angenommen nur auf 100“, wenn die Tratte auf 1000 lautet.

171) Indem z. B. der Unterschrift die Clausel beigefügt wird „angenommen für den Fall des rechtszeitigen Eintreffens der Deckung“.

172) Cf. Protokolle (Thöl) S. 50.

sionen möglich gemacht werden, kann nicht die Wechselordnung, sondern nur das Strafgesetz schützen¹⁷³⁾.“

Aus dem Umstande, dass diese Ausführung in der Versammlung unwidersprochen blieb, darf durchaus nicht geschlossen werden, dass dieselbe die Ansicht Bischoff's von der Zulässigkeit nachträglicher Modifikationen des Acceptes theilte. Bischoff zog mit dem vorangeführten Argumente für die Zulässigkeit des beschränkten Acceptes, welches in dieser Sitzung in Frage stand, die bereits erledigte Perfektionsfrage in die Diskussion herein, bezüglich welcher sich die Conferenz durch die debattelose Annahme des §. 21 des preussischen Entwurfes¹⁷⁴⁾ bereits in der Sitzung vom 2. November für die Unwiderruflichkeit der geschriebenen Annahme entschieden hatte. Da nun Modifikationen des Acceptes nichts Anderes sind, als eine theilweise Zurücknahme der einmal erfolgten Annahme, und jede Zurücknahme der einmal erfolgten Annahme durch den bereits angenommenen §. 21 verboten war, so erschien ein Widerspruch gegen die von Bischoff geäußerte, auf einer falschen Auffassung des §. 21 beruhende Ansicht in der Perfektionsfrage überflüssig, und kann daher aus der Unterlassung des Widerspruches auf den Consens der Versammlung nicht geschlossen werden¹⁷⁵⁾. Es ist demnach der in der Leipziger Conferenz von einer einzigen Seite her laut gewordenen Ansicht, welche dem von uns Eingangs dieses §. aufgestellten Satze widerspricht, keine Bedeutung beizumessen.

Wir haben uns für diese Stelle der Untersuchung die Widerlegung eines Argumentes aufgespart, welches von der gegnerischen Seite, im Anschlusse an die Ausführung Bischoff's in der Leipziger Conferenz, zu Gunsten der Perfektion des Acceptes durch Aushändigung vorgebracht wird.

173) Cf. Protokolle S. 53.

174) §. 21 Abs. 2: „Die einmal erfolgte Annahme kann nicht wieder zurückgenommen werden.“

175) Wie es z. B. Hartmann, Wechselrecht, S. 329 thut.

Man¹⁷⁶⁾ behauptet nämlich, dass der Zeitraum, während dessen sich der Wechsel in der Hand des Bezogenen befindet, den Charakter eines *spatium deliberandi* an sich trage und aus diesem Grunde ein Zurückgehen des Bezogenen von seiner Annahmeerklärung statthaft sei. Dieser Behauptung gegenüber muss darauf hingewiesen werden, dass der erwähnte Zeitraum erstens keine Deliberationsfrist ist, und zweitens, dass, wenn er auch eine solche wäre, diese Eigenschaft die Suspension und Widerruflichkeit der Rechtsfolgen des Annahmeaktes nicht zur Folge hätte.

Abgesehen davon, dass dem Zeitraume, während dessen der Bezogene den Wechsel in der Hand hat, der allgemeine Charakter der Frist fehlt, — denn von einer solchen ist nur dann die Rede, wenn ein festabgegränztes Stück Zeit vorliegt und eine derartige Abgränzung kommt bei der Präsentation zur Annahme nur in den allerseltensten Fällen vor, — gebricht es ihm insbesondere an dem charakteristischen Merkmal der Deliberationsfrist. Dieses besteht noch darin, dass ein Rechtsakt mit gewissen juristischen Wirkungen nur innerhalb eines bestimmten Zeitraumes vorgenommen werden kann, nach Ablauf desselben vorgenommen jene Wirkungen nicht mehr hat. So hat z. B. die *aditio hereditatis* im Falle eines durch Erbschaftsanwärter erwirkten *spatium deliberandi* nur dann die Wirkungen der Antretung, wenn sie innerhalb der dem Erben festgesetzten Frist stattgefunden hat. Nach Verstreichung derselben ist die Antrittshandlung ein Akt ohne rechtliche Wirkungen¹⁷⁷⁾. Dasselbe gilt von der Repudiation im Falle einer auf Verlangen der Erbschaftsgläubiger dem Erben gestellten Deliberationsfrist¹⁷⁸⁾. Bei der gesetzlichen

176) Hartmann a. a. O. S. 329, 330.

177) Cf. Arndts, Pandekten §. 509, Z. 3); Windscheid, Pandekten, B. III, S. 190, Z. 3. Nach österr. Rechte mangelt dem nach Ablauf des *spatium deliberandi* erfolgten Antritte die Wirkung, dass der Antretende bei der Verlassenschaftsabhandlung berücksichtigt wird. Cf. Unger, System, B. VI, S. 152, Note 16).

178) Cf. Arndts a. a. O. Z. 2); Windscheid a. a. O. B. III, S. 188, Z. 2).

oder vertragsmässig festgesetzten Deliberationsfrist behufs Annahme einer Vertragsofferte hat die Acceptation nur dann die den Vertrag constituirende Wirkung, wenn sie innerhalb der Frist erfolgt ist; nach Ablauf derselben vorgenommen hat die Annahmeerklärung nur die Wirkung einer von Seiten des ehemaligen Oblaten ergehenden Offerte¹⁷⁹⁾. Dieselbe Eigenthümlichkeit liesse sich rücksichtlich der Deliberationsfrist bei einem *negotium claudicans*¹⁸⁰⁾, dann bei dem Kauf auf Probe¹⁸¹⁾, kurz bei jeder Deliberationsfrist nachweisen.

Nicht so bei der behufs Annahme eines Wechsels festgesetzten Frist. Die Annahme eines Wechsels hat ganz dieselben Rechtswirkungen, mag sie während oder mag sie nach Ablauf der verabredeten Frist vorgenommen worden sein¹⁸²⁾.

Aber selbst dann, wenn diese Frist wirklich ein wahres *spatium deliberandi* wäre, würde dieser Umstand nicht den geringsten suspendirenden Einfluss auf den Rechtseffekt der noch vor Ablauf der Deliberationsfrist vorgenommenen Annahme des Wechsels üben. Gerade so wenig die *aditio hereditatis* oder die Annahme einer Offerte rücknehmbar ist, weil sie noch vor Ablauf der Deliberationsfrist stattfand, eben so wenig kann das Wechselaccept deshalb rücknehmbar sein, weil es vor Verstreichung der angeblichen Deliberationsfrist abgegeben wurde.

Die Antwort auf die Frage, von welchem Augenblicke

179) §. 862 des österr. allg. bürgerl. Gesetzbuches: „Die Annahme muss innerhalb u. s. w. erfolgen, und dem versprechenden Theile bekannt gemacht werden; widrigenfalls ist das Versprechen erloschen.“ Cf. Kirchstetter, Commentar, S. 420, 421. — Art. 319 des a. d. H.-G.-B.; cf. Anschütz-Völderndorff, Commentar, B. III, S. 221; Thöl, Handelsrecht, S. 369; Regelsberger, Civilistische Erörterungen, B. I, S. 76, 77.

180) Allg. preuss. Landrecht I, 5, §. 13; österr. allg. bürgerl. Gesetzbuch §. 865.

181) Allg. bürgerl. Gesetzbuch §. 1880; a. d. H.-G.-A. Art. 339 Abs. 2.

182) Während beim *spatium deliberandi* der Ablauf der Frist stets eine Veränderung in der juristischen Situation hervorruft, ist bei der behufs Annahme eines Wechsels allfällig festgesetzten Frist der Ablauf derselben ohne alle rechtliche Relevanz.

an der Bezogene als unwiderruflich gebunden anzusehen sei, hängt daher nicht von dem Charakter der Frist ab, innerhalb welcher der constitutive Akt gesetzt wird, sondern einzig und allein von dem thatsächlichen Umfange des constitutiven Aktes. Kurz, der Charakter der Frist steht mit der Perfektionsfrage in gar keinem Zusammenhange. Bischoff war demnach im Irrthume, und mit ihm ist es Hartmann, wenn beide die Entscheidung dieser Frage mit dem Charakter der Frist in Zusammenhang bringen. Wann das Accept perfekt sei und hiemit die Wechselobligation des Acceptanten zur Entstehung gelange, ist vielmehr nur aus dem Abs. 4 Art. 21 der a. d. Wechselordnung zu entscheiden. Da durch diese Stelle die Setzung der Scriptur zum einzigen constitutiven Momente des Annahmeaktes erklärt wird, so ist und bleibt der Bezogene durch das Accept in der Form, wie er es einmal niedergeschrieben hat, gebunden und kann seine Verbindlichkeit weder durch die Umänderung der affirmativen Erklärung in eine negative beseitigen, noch durch die nachträgliche Hinzufügung beschränkender Zusätze zum Nachtheile seiner Gläubiger abändern¹⁸³⁾.

Wenn daher der Inhaber eines beschränkten Acceptes oder eines Nichtacceptes zu beweisen vermag, dass dieses nicht *uno actu* auf den Wechsel gesetzt wurde, sondern dass der Bezogene zuerst ein volles Accept niedergeschrieben und diesem erst nachträglich einen abändernden Zusatz hinzugefügt hat, so ist der Bezogene aus seinem Accepte voll verpflichtet¹⁸⁴⁾. Da man es aber einem mit Zusätzen versehenen Accepte in den meisten Fällen nicht ansehen kann, ob dieselben schon von Anfang an vorhanden waren, oder erst später

183) Eine Abänderung zum Vorthelle der Gläubiger, z. B. die Umwandlung eines anfänglich beschränkten Acceptes in ein volles durch Ausstreichung des beschränkenden Zusatzes kann selbstverständlich vom Bezogenen rechtsgiltig vorgenommen werden; in einem solchen Falle findet eben ein neuer constitutiver Akt statt, dessen Rechtswirkungen an die Stelle der früheren treten.

184) Erkenntniss des Hand-Ger. zu Hamburg vom 17. Jänner 1857; cf. Neues Archiv für H.-R. von Voigt, B. III, S. 111 und 240.

zum ursprünglich reinen Accepte hinzugelangen, so ist die Situation der Wechselgläubiger im Falle der nachträglichen Modifikation des Acceptes schwieriger, als im Falle der nachträglichen Ausstreichung desselben. Denn ein ausgestrichenes Accept beweist durch sich selbst, dass das Accept auf den Wechsel gesetzt worden ist ¹⁸⁵⁾; ein beschränktes Accept hingegen präsentiert sich dem Anblicke stets als einheitlicher Vermerk, mag es schon ursprünglich ein solches gewesen oder erst nachträglich in ein solches umgewandelt worden sein. Es erscheint daher auf den ersten Blick in der nachträglichen Modifikation des Acceptes dem Bezogenen ein ganz geeignetes Mittel zu Gebote zu stehen, sich seiner Wechselpflicht unrechtmässiger Weise so gut wie zu entschlagen, sei es durch einseitige Thätigkeit vor der Aushändigung, sei es auf dem Wege des Einverständnisses mit dem Präsentanten nach der Aushändigung; die Colludenten brauchten nur zur Abänderung anstatt zur Ausstreichung der Scriptur zu greifen, um dasjenige Manöver mit Erfolg auszuführen, welches durch die im Abs. 4 Art. 21 festgesetzte Unwiderruflichkeit der Scriptur verhütet werden soll. In dem auf S. 48 angeführten Beispiele müsste das Arrangement zwischen dem Bezogenen B und dem Wechselinhaber F anstatt der Ausstreichung einfach die Umänderung der affirmativen in eine negative Erklärung durch Hinzufügung der Clausel „nicht acceptirt“ zum Gegenstande haben, um einerseits den Be-

185) Wer aus einem ausgestrichenen Accepte einen Anspruch gegen den Bezogenen erhebt, trägt natürlich die Beweislast, dass der auf dem Wechsel befindliche ausgetilgte Vermerk die Unterschrift des Bezogenen sei. Für die Frage, mit welchen Mitteln dieser Beweis erbracht wird, ist nun der Grad der Austilgung des Acceptes, welchem an anderer Stelle dieser Untersuchung jede Bedeutung für die Frage des Fortbestandes oder Unterganges der Wechselobligation abgesprochen wurde, allerdings von Bedeutung. Ist das Accept nicht bis zur Unleserlichkeit entstellt, die Unterschrift also noch recognoscibel, dann kann der Beweis durch Diffessionseid oder Vergleichung der Handschriften geführt werden. Ist das Accept vollständig zerstört, dann muss der Beweis entweder durch Haupteid oder durch Zeugen oder durch Vorlage der Handelsbücher des Bezogenen geführt werden.

zogenen B unter Berufung auf den Abs. 2 Art. 21¹⁸⁶⁾ von seiner Wechselpflicht zu befreien und andererseits dem Inhaber F die Regressrechte zu erhalten¹⁸⁷⁾, welche er im Falle der Ausstreichung verlieren würde, weil er den seinen Regress bedingenden Protest Mangels Annahme nicht mehr leviren könnte¹⁸⁸⁾. Es scheint daher trotz der Unwiderruflichkeit des geschriebenen Acceptes die Gefahr vorhanden, dass durch das Mittel der nachträglichen Modifikation der Annahmeerklärung der Acceptant zum Schaden der Vormänner des Präsentanten aus der Wechselpflicht wiederum entlassen werden kann.

Sieht man jedoch näher zu, so zeigt es sich, dass die Gefahren für die Vormänner doch nicht so gross sind, als sie auf den ersten Blick erscheinen mögen. Wie bereits auf Seite 56 und 63 dieser Untersuchung bemerkt wurde, ist es durchgehends kaufmännische Sitte, die Annahme eines Wechsels nicht erst nach der Aushändigung des Acceptes, sondern schon mit oder nach der Niederschrift desselben in die Geschäftsbücher des Bezogenen einzutragen. Wenn also ein Wechselinhaber sich dem Acceptanten gegenüber darauf beruft, dass das nunmehr beschränkte Accept oder der Vermerk der Nichtannahme ursprünglich als volles Accept auf dem Wechsel gestanden habe, so steht ihm als Beweismittel für diese Behauptung nicht blos der Haupteid zu Gebote, sondern er kann die Vorlage der Geschäftsbücher des Acceptanten verlangen. Aus diesen wird sich, wenn eine nachträgliche

186) Art. 21 Abs. 2: „Jede auf den Wechsel geschriebene und vom Bezogenen unterschriebene Erklärung gilt für eine unbeschränkte Annahme, sofern nicht in derselben ausdrücklich ausgesprochen ist, dass der Bezogene entweder überhaupt nicht oder nur unter gewissen Einschränkungen haften wolle.“

187) Der Regressat hat nämlich nicht das Recht, sich unter einfachem Hinweis auf den Umstand, dass der rücklaufende Wechsel ein beschränktes Accept oder den Vermerk der Nichtannahme enthalte, von seiner Einlösungspflicht zu befreien, wie er es auf Grund des Art. 54 in dem Falle hat, wenn der rücklaufende Wechsel ein ausgelöstes Accept enthält.

188) Cf. S. 70 dieser Untersuchung.

Modifikation stattgefunden hat, dieser Umstand sofort entnehmen lassen. Denn ist schon vom Anfang an die Nichtannahme auf dem Wechsel vermerkt worden, dann darf sich in den Büchern des Bezogenen nicht der geringste auf das in Frage stehende Accept bezügliche Eintrag vorfinden. Hat ein Eintrag stattgefunden, dann ist dies der zuverlässigste Beweis dafür, dass die negative Erklärung erst in Folge einer Modifikation der ursprünglich affirmativen Erklärung auf den Wechsel gelangt ist. Eine Beseitigung des Eintrages in den Büchern kann unmöglich vorgenommen werden, denn derselbe ist ein so umfangreicher und zieht sich durch so viele Bücher¹⁸⁹⁾, dass jede Rasur oder Übertünchung ohne weiters evident wäre. Dasselbe würde dann der Fall sein, wenn das anfänglich volle Accept nachträglich limitirt oder qualificirt worden wäre. Denn die Korrektur der Ziffer des acceptirten Betrages oder des Datums des Verfallstages¹⁹⁰⁾ müsste sich so oft wiederholen, dass dieselbe leicht constatarbar und hie-mit auch die Thatsache der nachträglichen Modifikation erweisbar wäre. Im Hinblicke auf diese leichte Eruirbarkeit einer späteren Umänderung des Acceptes wird eine solche aus Furcht vor Entdeckung und crimineller Ahndung nur sehr selten vorkommen. Selbst wenn die laut redenden Geschäftsbücher fehlen, wird es der criminellen Verfolgung an anderweitigen Anhaltspunkten nicht fehlen. So ist schon die Anmerkung der Nichtannahme auf dem Wechsel, obwol sie nach Abs. 2 Art. 21 der a. d. Wechselordnung erlaubt erscheint, im höchsten Grade Verdacht erregend. Wem fällt es ein, wenn er dem in einer Tratte an ihn ergehenden Auftrag nicht nachkommen will, sich überhaupt mit Feder und Tinte an dem präsentirten Wechsel zu schaffen zu machen?¹⁹¹⁾

189) Cf. Seite 59 u. Note 63).

190) In Folge der eigenthümlichen Einrichtung des Tratten-Buches müsste im Falle der nachträglichen Änderung des Verfallstages der Datumsvermerk an der einen Stelle gänzlich beseitiget und an einer anderen Stelle vorgenommen werden.

191) Ehemals hatte die Anmerkung der Weigerung des Bezogenen,

Ebenso wird die Herabsetzung des acceptirten Betrages auf ein Geringes höchst auffallend sein ¹⁹²⁾. Desgleichen das Hinausschieben des Zahlungstages *ad calendas graecas* ¹⁹³⁾. Nicht minder die Annahme unter einer unmöglichen oder unwahrscheinlich eintretenden Bedingung. Fehlen diese Anhaltspunkte, dann liegt eben eine bedeutende Einschränkung nicht vor und wird daher der durch die nachträgliche Vornahme einer solchen den Vormännern zugefügte Schaden stets auf ein gewisses Mass eingeschränkt sein.

Dass die Gefahren, welche aus einem Missbrauche der Zulässigkeit des beschränkten Acceptes für die Vormänner des Präsentanten resultiren, innerhalb gewisser Grenzen bleiben, lässt sich aber nur dann behaupten, wenn das Accept bereits mit der Niederschrift perfekt wird: ein neues Argument zu Gunsten der Unwiderruflichkeit des niedergeschriebenen Acceptes. Denn nur bei dem Vorhandensein dieses Rechtssatzes genügt, um den Acceptanten aus einem beschränkten Accepte voll in Anspruch zu nehmen, schon der Beweis, dass die Beschränkung von Anfang an nicht vorhanden war. Würde das Accept erst mit der Aushändigung perfekt und wäre der Bezogene bis zu diesem Zeitpunkte berechtigt, sein Accept durch Umänderung der affirmativen Erklärung in eine negative gänzlich, oder durch Hinzufügung beschränkender Zu-

dem in der Tratte an ihn ergehenden Auftrag nachzukommen, einen Sinn, denn sie fungirte im Regresse gewissermassen als Protest, wie dies hervorgeht aus den bei Martens, Ursprung, Anhang S. 56 fg., abgedruckten *Statuta civilia civitatis Bononiae* vom Jahre 1454, Rubr. XLIII, §. 15: „*Constare debet per protestationem factam ei, cui litterae fuerint destinatae, seu per ipsius subscriptionem.*“ Da nach der a. d. Wechselordnung der gerichtliche oder notarielle Protest die allein zulässige Form des Beweises der Weigerung des Bezogenen ist, so mangelt jeder vernünftige Grund zur Vornahme einer negativen Erklärung auf dem Wechsel.

192) Der Bezogene wird die Abgabe eines limitirten Acceptes nur durch den Beweis zu erklären vermögen, dass er bis zum limitirten Betrage Deckung in Händen gehabt habe.

193) Die Hinzufügung eines späteren Verfallstages wird vom Bezogenen nur durch das Aufzeigen der besonderen Sachlage erklärt werden können, welche ihn zur Qualificirung des Acceptes bewogen hat.

sätze theilweise zu beseitigen, dann müsste, um den Acceptanten aus einem beschränkten Accepte auf die ganze Wechselsumme in Anspruch nehmen zu können, ausser dem Beweise, dass von Anfang an ein volles Accept auf den Wechsel gesetzt wurde, noch der den Vormännern im Falle einer Collusion unmögliche weitere Beweis erbracht werden, dass die Modifikation erst nach Aushändigung des vollen Acceptes vorgenommen worden sei. Da der Eintrag in den Büchern des Bezogenen bereits vor der Aushändigung erfolgt, so ist eine Modifikation des Eintrages nur ein Beweis für die Modifikation des Acceptes überhaupt, nicht aber für eine solche nach der Aushändigung desselben. Das gleiche gilt rücksichtlich der oben angedeuteten Anhaltspunkte, welche beim Mangel einer Verbücherung aus der Beschaffenheit der Beschränkung selbst entnommen werden könnten. Es stünde also dem Vormanne, welcher den das beschränkte Accept tragenden Wechsel im Remboursregresse eingelöst hat, kein anderes Beweismittel zu Gebote, als der dem Acceptanten aufzutragende Haupteid, er solle schwören, dass die Modifikation des Acceptes bereits vor der Aushändigung erfolgt sei. Wie wenig dieses Beweismittel einem *in dolo* versirenden Acceptanten gegenüber bei dem Mangel jedes Anhaltspunktes für die criminelle Verfolgung nützen würde, liegt auf der Hand ¹⁹⁴⁾.

Durch die Perfektion des Acceptes im Augenblicke der Niederschrift wird diese den Vormännern so gefährliche Frage nach dem Zeitpunkte der Abänderung des Acceptes vollständig vermieden und allfälligen auf die nachträgliche Modifikation des Acceptes gerichteten Collusionen zwischen dem Acceptanten und dem Präsentanten vorgebeugt; es wird den-

194) Diesen Mangel an jedem Anhaltspunkte für die criminelle Verfolgung scheint der Referent Bischoff vollständig übersehen zu haben, als er in der 11. Sitzung der Leipziger Conferenz für die Zulässigkeit von Modifikationen des Acceptes bis zur Aushändigung plaidirte und die Verhütung eines Missbrauches dieser Befugniss dem Strafgesetze zuwies. Cf. Protokolle S. 53.

selben zwar nicht der Riegel völlig vorgeschoben, wie den auf Beseitigung des Acceptes durch Austilgung gerichteten Collusionen, aber es werden die aus einer nachträglichen Abänderung des Acceptes resultirenden Gefahren doch zum grösseren Theile abgewendet.

Um auch die nachträgliche Modifikation, ebenso wie die Ausstreichung des Acceptes, zu einem gänzlich untauglichen Mittel der Befreiung des Acceptanten zu machen, bedürfte es entweder der Bestimmung, dass die Vormänner von der Regresspflicht befreit sind, wenn der rücklaufende Wechsel den Vermerk der Nichtannahme oder ein beschränktes Accept enthält und nicht durch Protest festgestellt ist, dass der Bezogene den Wechsel schon in diesem Zustande von der Hand gegeben hat¹⁹⁵⁾; oder es müsste bestimmt sein, dass jeder beschränkende Zusatz, wie auch die Bemerkung nicht annehmen zu wollen, dem Accepte als nicht beigesezt anzusehen seien, wenn nicht der Niederschrift einer derartigen Erklärung die Aufnahme eines Protestes vorausgegangen ist. Beide Bestimmungen laufen darauf hinaus, dass durch eine vom Notar aufzunehmende öffentliche Urkunde constatirt wird, dass das beschränkte Accept sofort bei der Präsentation, und nicht erst nach der Aushändigung, also *uno actu* und nicht erst nachträglich auf den Wechsel gesetzt worden sei, und es schneiden in Folge dessen beide Bestimmungen in gleichem Masse jede Collusionsgefahr für die Vormänner

195) Die a. d. Wechselordnung enthält eine solche Bestimmung nicht. Der Wechselinhaber, welcher ein beschränktes Accept empfangen hat, ist, um den Regress auf Zahlung nehmen zu können, nicht verpflichtet, über den Empfang des beschränkten Acceptes einen Protest zu leviren. Selbst der in einem solchen Falle nach Art. 25 behufs Regressnahme auf Sicherstellung zu levirende Protest liefert nicht den Beweis, dass der Bezogene ein beschränktes Accept von der Hand gegeben hat, sondern nur, dass die Aufforderung des Wechselinhabers an den Bezogenen, an Stelle des auf dem Wechsel befindlichen beschränkten Accepte sein volles zu ertheilen, erfolglos geblieben ist. Es ist daher möglich, dass der Bezogene dem Präsentanten zuerst ein volles Accept ertheilt, nachträglich mit dessen Einwilligung die Beschränkung hinzugefügt und nun erst der Protest aufgenommen wird.

ab. Sie unterscheiden sich nur dadurch von einander, dass die nachtheiligen Rechtsfolgen aus der Setzung eines beschränkten Acceptes in Abwesenheit eines Notares durch die erste Bestimmung dem Präsentanten, durch die zweite dem Acceptanten aufgelastet wird. Wird nämlich ohne Notar präsentirt und der Bezogene schreibt etwas anderes auf den Wechsel als sein volles Accept, so verlöre nach der ersten Bestimmung der Wechselinhaber seine Regressansprüche und der Bezogene haftete wechselförmig nur nach Massgabe seiner Annahme¹⁹⁶⁾; nach der zweiten Bestimmung behielte der Präsentant sein Regressrecht und der Bezogene haftete ohne Rücksicht auf den Inhalt seiner Erklärung wechselförmig, als ob er ein volles Accept abgegeben hätte.

In Erwägung, dass die erste Bestimmung den Wechselinhaber, wollte dieser der Erhaltung seiner Regressansprüche völlig sicher sein, nöthigen würde, die Präsentation stets mit Hilfe eines Notares vorzunehmen, während bei der zweiten Bestimmung der Bezogene einfach zu erklären braucht, er wolle nur ein beschränktes Accept abgeben, und nun erst, wenn dem Präsentanten an dem beschränkten Accepte überhaupt gelegen ist, ein Notar zu requiriren wäre¹⁹⁷⁾, in weiterer Erwägung, dass dem Bezogenen, welcher sich mit dem Wechsel auf eigene Faust zu schaffen macht, nichts unbilliges widerfährt, wenn er trotz des beschränkenden Zusatzes wie aus einem vollen Accepte haftet, wird man die zweite Bestimmung für die angemessenere erklären müssen.

Die Aufnahme dieser zweiten Bestimmung in die a. d. Wechselordnung wurde auch in der Leipziger Conferenz in Antrag gebracht und dieser Antrag von den massgebendsten

196) Civilrechtlich könnte der Bezogene, weil er den Präsentanten um seine Regressrechte bringt, auch zur Zahlung der ganzen Wechselsumme verpflichtet sein.

197) Ein honetter Kaufmann thut dies selbst bei dem jetzigen Stande unserer Gesetzgebung regelmässig, obwol die sofortige Setzung des beschränkten Acceptes für ihn keinen Nachtheil hätte. Cf. Oskar Wächter, Wechsellchre, S. 380.

Stimmen unterstützt, unter Festhaltung eines falschen Billigkeitsgesichtspunktes jedoch verworfen.

Es beantragte nämlich in der Sitzung vom 2. November 1847 ¹⁹⁸⁾ der Abgeordnete für Holstein und Lauenburg, der Bestimmung des §. 24 des preussischen Entwurfes ¹⁹⁹⁾ jene des §. 36 des von ihm mitgetheilten Entwurfes zu substituiren, welche lautete:

„Der Trassat darf ohne Genehmigung des Inhabers und durch diesen veranlasste vorgängige Protesterhebung, den Wechsel weder für eine geringere Summe, noch in einer anderen Währung, noch auf eine andere Verfallszeit, als worauf der Wechsel lautet, noch unter irgend einer vom Inhalte des Wechsels abweichenden Bedingung acceptiren. Ist einer solchen Annahme die vorgedachte Protesterhebung nicht vorangegangen, so ist der Wechsel seinem ganzen Inhalte nach für angenommen zu achten.“

Dieser Antrag wurde von mehreren Seiten, namentlich von den Abgeordneten für Hamburg, Bremen und Lübeck unterstützt. Er fand jedoch von vielen Seiten entschiedenen Widerspruch, hauptsächlich unter der Motivirung, dass „die ange drohte Folge für den Bezogenen eine zu grosse Härte enthalte. Die Voraussetzung einer genauen Bekanntschaft mit den positiven Bestimmungen und Formen des Wechselverkehres dürfe besonders dann nicht zum Massstabe der Beurtheilung solcher Präjudize dienen, wenn die Wechselfähigkeit nicht mehr als ein Vorrecht des Handelsstandes betrachtet, sondern für alle Stände ausgesprochen werden solle“. Welche vitale Bestimmung des Wechselrechtes könnte nicht unter solchen am falschen Platze angebrachten Billigkeitsrücksichten

198) Cf. Protokolle S. 50 fg.

199) Der §. 24 des preussischen Entwurfes lautete: „Ist ein Wechsel auf eine geringere Summe oder unter anderen im Accepte ausgedrückten Einschränkungen angenommen worden, so wird der Wechsel einem solchen gleich geachtet, dessen Annahme gänzlich verweigert worden ist, der Acceptant haftet aber nach dem Inhalte seines Acceptes wechselmässig.“ Protokolle, S. 9 des unpaginirten Anhanges der Thöl'schen Ausgabe.

aus demselben ausgemerzt werden? Es ist übrigens wol zu beachten, dass gerade diejenigen Personen, welche der Kenntniss des positiven Wechselrechtes ferne stehen, am allerwenigsten unter dem in Rede stehenden Präjudize litten, indem sie schon kraft ihres natürlichen Rechtsgefühles Anstand nehmen würden, ohne Einwilligung des Inhabers auf den Wechsel etwas anderes zu setzen, als von ihnen verlangt wird. Ausserhalb des grossen Handelsverkehrs stehende kleine Leute kommen übrigens gar nicht in die Lage, in der Hand dritter Personen befindliche Tratten zu acceptiren, sondern stellen entweder trockene Wechsel aus oder leisten ihr Accept dem Aussteller eines an eigene Ordre gezogenen Wechsels.

Gegen die beantragte Bestimmung wurde weiter vorgebracht, dass „gegen nachträgliche Abänderungen und Einschränkungen einer unbedingten Annahme, welche auf Collusionen beruhten, nur durch die Strafgesetze Schutz gewährt werden könne“. Der criminelle Schutz ist wol leichter im Allgemeinen in Aussicht gestellt, als im concreten Falle verwirklicht. Wenn auch in Folge des Satzes von der Unwideruflichkeit des geschriebenen Acceptes nachträgliche Einschränkungen in den meisten Fällen eruirbar sind²⁰⁰⁾, so ist es doch angemessener, das Wechselrecht besorgt den Schutz des Verkehrs durch sich selbst, als durch Anrufung des Strafgesetzes, besonders wenn es so leicht angeht, wie durch die in Rede stehende Bestimmung.

Schliesslich wurde behauptet, „dass noch keine deutsche Wechselordnung in ihren Bestimmungen über den fraglichen Gegenstand so weit gegangen sei“. Diese Behauptung wurde von der Versammlung ruhig hingenommen, obwol nicht weniger als sechs deutsche Wechselordnungen die fragliche Bestimmung bereits enthielten, nämlich jene von Frankfurt²⁰¹⁾,

200) Cf. S. 147—150 dieser Untersuchung.

201) W.-O. vom 26. Mai 1739, Art. XII: „Es sollen alle von dem Acceptanten wider des Präsentanten Willen beygefügte *Conditiones*

Leipzig²⁰²), Bremen²⁰³), Braunschweig²⁰⁴), Altenburg²⁰⁵) und Gotha²⁰⁶); desgleichen die Wechselordnung des Nachbarstaates Dänemark²⁰⁷). Auch darauf hinzuweisen unterliess man, dass in dem Lande des ausgebildetsten Wechselverkehrs, in England, eine ähnliche Bestimmung besteht²⁰⁸).

Die ziemlich lebhafte Debatte erstreckte sich auf die

pro non adjectis gehalten werden.“ [Zimmerl, Sammlung, B. II, Abth. 1, S. 11.]

202) W. O. vom Jahre 1682 §. 8: „Und obgleich der Acceptant eine Condition oder Reservat anhängen würde, so soll doch solche *pro non adjecta*, und davor, als wenn sie nicht dastünde, gehalten werden, und deren ungeachtet der Acceptant, *absolute* zu gebührender Zeit zu zahlen schuldig sein.“ [Zimmerl a. a. O. B. II, Abth. 1, S. 155.]

203) W.-O. vom 22. März 1712, Art. XVII: „Wenn ohne Meldung einer Konvention der Acceptant den Wechsel nur auf eine gewisse Summe acceptiren würde, ist die Exprimirung der Summe *pro non adjecta* und dafür, als wenn sie nicht beygefügt, zu halten, und derselbe die völlige Summe zu bezahlen schuldig.“ [Zimmerl a. a. O. B. I, Abth. 2, S. 181.]

204) W.-O. vom 8. August 1715, Art. XIX: „Wer sich nun sonst ordentlich zur Acceptation verstehet, soll dieselbe pure und ohne Anhang einiger Condition, als die allenfalls doch null und nichtig seyn, und *pro non adjecta* gehalten werden soll, verrichten.“ [Zimmerl a. a. O. B. I, Abth. 2, S. 122.]

205) W.-O. vom Jahre 1750, Kap. II, §. 4: „Die Acceptation soll schlechterdings, ohne Anhang einiger Condition oder Reservat, verrichtet, und obgleich der Acceptant dergleichen anhängen würde, solche *pro non adjecta* und davor, als ob sie nicht dastünde, gehalten werden, auch demungeachtet der Acceptant *absolute* zu gesetzter Zeit zu zahlen schuldig sein.“ [Zimmerl a. a. O. B. I, Abth. 1, S. 11.]

206) W.-O. vom Jahre 1732, §. III gleichlautend mit dem §. 4, Kap. II der Altenburger W.-O. [Zimmerl a. a. O. B. II, Abth. 1, S. 97.]

207) *Forordning, angaaende trasserede Vexler* vom 18. Mai 1825, §. 25: „*Men tilfoier Trassatus ellers noget Vilkaar uden Praesentantens Samtykke, betragtes dette Vilkaar som uskrevet.*“ [Fügt der Trassat etwa Bedingungen hinzu ohne des Präsentanten Zustimmung, so werden diese Bedingungen als nicht vorhanden betrachtet.] Borchardt, Sammlung, B. II, S. 87.

208) Nach englischem Wechselrechte darf der Bezogene, wenn er nur ein beschränktes Accept abgeben will, dies nicht ohne Weiteres auf den präsentirten Wechsel schreiben, sondern er hat es dem Präsentanten vorher mündlich anzubieten, und hat dieser die Wahl, es anzunehmen oder zurückzuweisen. Thut er das letztere, dann kommt es

Sitzung vom 3. November, in welcher der Referent Bischoff die auf Seite 141 fg. dieser Untersuchung bereits widerlegten Ausführungen machte. Schliesslich wurde der Antrag des Abgeordneten für Holstein mit 14 gegen 5 Stimmen verworfen ²⁰⁹⁾ und es gelangte sohin bezüglich des eingeschränkten Acceptes eine Bestimmung in die a. d. Wechselordnung, welche dem Bedürfnisse des Verkehres nicht vollständig entspricht, weil sie den Gedanken des Schutzes der Vormänner, welcher dem Abs. 4 Art. 21 der a. d. Wechselordnung zu Grunde liegt, in seiner ganzen berechtigten Ausdehnung nicht zur Geltung kommen lässt. *De lege ferenda* müsste man sich entschieden für die vom Abgeordneten von Holstein beantragte Bestimmung aussprechen, weil dieselbe eine wesentliche Ergänzung des im Abs. 4 Art. 21 ausgesprochenen Rechtsatzes bildet, indem nur bei dem Vorhandensein der fraglichen Bestimmung dem Bezogenen jedes Mittel entzogen ist, die Annahme widerrechtlich zum Schaden der Vormänner ganz oder theilweise zurückzunehmen ²¹⁰⁾.

§. 19.

Fortsetzung.

3. Veränderungen in der Wechselfähigkeit des Bezogenen vor der Aushändigung des Acceptes.

Verliert der wechselfähige Bezogene, nachdem er seine Annahmeerklärung auf den Wechsel gesetzt hat, die Wechsel-

zum gewöhnlichen Proteste Mangels Annahme. Ist er gesonnen, das beschränkte Accept anzunehmen, dann hat er zuerst die Vormänner hievon zu verständigen und um ihre Einwilligung anzugehen. Stimmen diese zu, dann erst darf das beschränkte Accept auf den Wechsel geschrieben werden. Verweigern sie ihre Einwilligung und das beschränkte Accept wird trotzdem auf den Wechsel gesetzt, oder werden sie vom Präsentanten um ihre Zustimmung gar nicht angegangen, dann sind sie von ihrer Regresspflicht befreit. Cf. Chitty, *On bills of exchange*, p. 201, 202; Byles, *A treatise on the law of bills of exchange*, p. 192, 193. In Folge dieser Bestimmungen ist es ganz unmöglich, ein volles Accept nachträglich zum Schaden der Vormänner in ein beschränktes umzuwandeln.

209) Cf. Protokolle S. 55.

210) Cf. den letzten §. dieser Untersuchung.

fähigkeit und ist er zur Zeit der Aushändigung des Acceptes wechselunfähig, so ist er dessenungeachtet aus seinem Accepte wechselfähig verpflichtet. Denn ist die Wechselobligation schon durch die Niederschrift des Acceptes entstanden, dann ist die Wechselunfähigkeit im Zeitpunkte der Aushändigung des Acceptes gerade so wenig von rechtlicher Bedeutung, wie zu irgend einem anderen, der Entstehung der Wechselobligation nachfolgenden Zeitpunkte. Wie der Verlust der Dispositionsfähigkeit die bereits eingetretenen Wirkungen was immer für eines Rechtsgeschäftes völlig unberührt lässt, ebenso vermag auch der Verlust der Wechselfähigkeit die bereits entstandene Wechselobligation nicht zu beseitigen²¹¹⁾.

Findet der umgekehrte Fall statt, erwirbt nämlich der Bezogene, nachdem er im Zustande der Wechselunfähigkeit den Scripturakt gesetzt hat, die Wechselfähigkeit, und ist er zur Zeit der Aushändigung des Acceptes wechselfähig, so ist er aus seinem Accepte gleichfalls wechselfähig verpflichtet. Dies widerspricht nicht etwa dem Grundsatz: *Quod ab initio nullum est, tractu temporis convalescere non potest*. Denn abgesehen davon, dass dieser Satz Anspruch auf allgemeine Giltigkeit nicht besitzt, ist es in einem solchen Falle nicht die *tractu temporis* erworbene Wechselfähigkeit, sondern der im Zustande der Wechselfähigkeit vorgenommene Akt der Begebung des Acceptes, was der Wechselobligation zur Entstehung verhilft. Dass in solchen Fällen der sonst irrelevante Akt der Begebung des Acceptes zu rechtlicher Bedeutung gelangt, ist durch den Satz von der Unwiderruflichkeit der niedergeschriebenen Annahme durchaus nicht ausgeschlossen. Denn dieser Satz enthält nur die Bestimmung, dass, wenn sonst die Voraussetzungen zur Entstehung einer Wechsel-

211) Cf. Oskar Wächter, Wechselrecht des nordd. Bundes, S. 77, 78; die Entscheidung des ob. österr. Gerichtshofes vom 23. Januar 1861 [Siebenhaar's Archiv für W.-R., B. XI, S. 212], das Erkenntniss des Ap.-Gerichtes zu Nürnberg v. 5. Februar [Zeitschrift für G. und R. in Bayern, B. X, S. 207] und das bei Borchardt, Wechselordnung, S. 11, Note 14) citirte Erkenntniss des Ob. Tribunals zu Berlin.

obligation vorhanden sind, die Wechselobligation des Acceptanten schon mit der Niederschrift des Acceptes entsteht, daher in einem solchen Falle der Akt der Begebung irrelevant ist. Ist aber die Acceptsobligation in Folge der mangelnden Wechselfähigkeit des Bezogenen durch den bloßen Scripturakt noch nicht entstanden, so steht nichts entgegen, dass bei nachfolgender Verwirklichung dieser mangelnden Voraussetzung, die Acceptsobligation, ebenso wie die Wechselobligation bei den übrigen Wechselakten, durch die Begebung der Scriptur zur Entstehung gelangt.

Will sich daher der Acceptant durch die Berufung auf den Mangel der Wechselfähigkeit von dem gegen ihn erhobenen Ansprüche befreien, so muss er beweisen, dass er sich sowol bei der Vornahme des Schriftaktes, wie auch bei der Vornahme des Aushändigungsaktes im Zustande der Wechselunfähigkeit befunden habe²¹²⁾.

§. 20.

Fortsetzung.

4. Concurs des Bezogenen vor der Aushändigung des Acceptes.

Fällt der Bezogene, nachdem er das Accept auf dem Wechsel niedergeschrieben hat, in Concurs und händigt er den acceptirten Wechsel erst nach der Eröffnung des Concurses an den Präsentanten aus, so gelangt der Anspruch aus einem solchen Accepte aus der Concursmasse zur Befriedigung; denn der Anspruch ist bereits mit dem Schriftakte, also noch vor der Concurseröffnung, entstanden. Hat die Aushändigung eines vor der Eröffnung des Concurses niedergeschriebenen

212) Nach Kuntze gilt dies nicht bloß für den Acceptanten, sondern auch für den Aussteller und Indossanten. Denn nach K. gilt der Wechsel und verpflichtet er den Schreibenden, wenn dieser „nur im Augenblicke der vollzogenen Niederschrift noch wechselfähig war“ [Wechselrecht S. 306], und entscheidet umgekehrt, wenn „der Wechsel im Augenblick der Wechselunfähigkeit ausgestellt war, dann aber Wechselfähigkeit eingetreten ist, nicht der Zeitpunkt der Ausstellung, sondern die spätere, der Aufrechterhaltung günstige, Zeit“ [a. a. O. S. 306, Note 12)].

Acceptes durch den falliten Acceptanten noch nicht stattgefunden, und findet die Masseverwaltung ein derartiges Accept vor, dann ist sie zur Zurücknahme des Acceptes nicht berechtigt, sondern zur Aushändigung desselben an den Präsentanten verpflichtet.

Ein die Concursgläubiger schädigender Missbrauch kann mit dem Satze, dass ein vor dem Fallimente geschriebenes und nach demselben begebenes Accept aus der Masse zur Befriedigung gelangt, nicht leicht getrieben werden, wenigstens ist bei Geltung dieses Satzes die Gefahr einer Beeinträchtigung der Concursgläubiger nicht grösser, als wenn dieser Satz nicht bestünde. Denn wie der fallite Bezogene ein erst nach der Concurseröffnung geschriebenes Accept im Einverständnisse mit dem Präsentanten als ein schon vor dem kritischen Zeitpunkte geschriebenes ausgeben kann, ebenso kann von einem erst nach diesem Zeitpunkte begebenen Accepte behauptet werden, es sei schon vor demselben ausgehändigt worden. Da der Eintrag der Annahme in den Geschäftsbüchern des Bezogenen nicht erst nach der Aushändigung, sondern schon nach der Niederschrift des Acceptes erfolgt, so wird ein betrügerisches Antedatiren des Schriftaktes ebenso leicht constatirbar sein, wie ein Antedatiren des Begebungsaktes.

§. 21.

Fortsetzung.

5. Verlust des Acceptes vor der Aushändigung desselben.

Da der Bezogene schon mit der Niederschrift seiner Annahmeerklärung wechselfähig verpflichtet wird, so ist es für die Acceptobligation völlig gleichgiltig, ob der acceptirte Wechsel mit Willen oder ohne Willen aus der Hand des Bezogenen gelangt. Dieser haftet daher aus seinem Accepte selbst dann, wenn ihm dasselbe verloren gegangen oder gestohlen worden ist.

Der Eigenthümer des acceptirten und abhanden gekommenen Wechsels kann in Folge dessen nach Art. 73 der a. d. Wechselordnung das Amortisationsverfahren einleiten

lassen, und sohin den Acceptanten auf Zahlung in Anspruch nehmen, obwol ein Geben und Nehmen des Acceptes nicht stattgefunden hat.

§. 22.

Die Annahme einer kaufmännischen Anweisung.

Bei der theilweisen Aehnlichkeit zwischen der kaufmännischen Anweisung und dem gezogenen Wechsel liegt die Frage nahe, ob die im Vorstehenden für die Annahme einer Tratte aufgestellten Sätze auch für die Annahme einer kaufmännischen Anweisung gelten: ob der Assignat, ebenso wie der Bezogene, nicht erst durch die Aushändigung, sondern schon durch die Niederschrift seiner Annahmeerklärung aus derselben verpflichtet wird?

Diese Frage ist zu verneinen, und zwar aus folgenden Gründen.

Der Abs. 4 Art. 21 der a. d. Wechselordnung, welcher die Unwiderruflichkeit der niedergeschriebenen Annahme für den gezogenen Wechsel ausspricht, befindet sich nicht unter denjenigen Bestimmungen, bezüglich welcher das a. d. Handelsgesetzbuch im Art. 305 eine Gleichstellung der kaufmännischen Anweisung mit dem Wechsel statuirt.

Dieser Mangel einer Verweisung auf den Abs. 4 Art. 21 wird auch nicht ersetzt durch eine im a. d. Handelsgesetzbuche selbst enthaltene, dem Abs. 4 Art. 21 der a. d. Wechselordnung analoge Bestimmung; denn eine solche findet sich weder im Art. 300²¹³⁾, welcher von der Annahme einer Rekta-Anweisung handelt, noch im Art. 301 Abs. 2²¹⁴⁾, in welchem von der Annahme einer Ordre-Anweisung die Rede

213) Art. 300 a. d. H.-G.-B.: „Ein Kaufmann, welcher eine auf ihn ausgestellte Anweisung gegenüber denjenigen, zu dessen Gunsten sie ausgestellt ist, angenommen hat, ist demselben zur Erfüllung verpflichtet. Die auf eine schriftliche Anweisung geschriebene Annahmeerklärung gilt als ein dem Assignatar geleistetes Zahlungsversprechen.“

214) Art. 301 Abs. 3: „Wer eine solche Anweisung acceptirt hat, ist demjenigen, zu dessen Gunsten sie ausgestellt oder an welchen sie indossirt ist, zur Erfüllung verpflichtet.“

ist. Man könnte auf den ersten Blick vielleicht geneigt sein, im zweiten Satze des Art. 300: „Die auf eine schriftliche Anweisung geschriebene und unterschriebene Annahmeerklärung gilt als ein dem Assignatar geleistetes Zahlungsverprechen,“ eine Bestimmung zu erblicken, welche den Schriftakt als einziges constitutives Moment der Annahmehandlung festsetzt, indem schon die geschriebene und unterschriebene [und nicht erst die ausgehändigte] Annahmeerklärung des Assignaten als ein dem Assignatar geleistetes Zahlungsverprechen erklärt wird²¹⁵⁾. Bei näherer Prüfung ergibt sich jedoch, dass ein solcher Sinn dem Art. 300 des a. d. Handelsgesetzbuches nicht beigelegt werden darf, weil bei der Interpretation der in Rede stehenden Bestimmung der Accent nicht auf die Worte „geschrieben und unterschrieben“, sondern auf die Worte „dem Assignatar geleistet“ gelegt werden muss.

Bekanntlich war es vor Einführung des a. d. Handelsgesetzbuches für das gemeine Recht controvers, ob die Annahme einer Anweisung nur die zustimmende Erklärung des Assignaten gegenüber dem Seitens des Assignaten an ihn ergehenden Zahlungsauftrage enthalte und demgemäss die Rechtsfolgen derselben nur in dem Zustandekommen eines Mandatsverhältnisses zwischen dem Assignanten und dem Assignaten bestehen, woraus dem Assignatar kein selbstständiger Anspruch gegen den Assignaten erwüchse, — oder ob die Annahme einer Anweisung als ein dem Assignatar gegenüber abgegebenes Zahlungsverprechen aufzufassen sei, welches ein selbstständiges Obligationsverhältniss zwischen dem Assignatar als Gläubiger und dem Assignaten als Schuldner hervorbringe²¹⁶⁾. Man sprach sich gegen den Eintritt der letztangeführten Rechtswirkung aus dem Grunde aus, weil

215) Diese Auffassung des Art. 300 des a. d. H.-G.-B. findet sich bei Ladenburg in Siebenhaar's Archiv für W.-R., B. XII, S. 261.

216) Dies galt particularrechtlich; so nach allg. preuss. Landrecht I, 16, §. 259, 276 und nach österr. allg. bürgerl. Gesetzbuch §. 1406, 1407.

Grawein, die Perfektion des Acceptes.

das vom Assignaten dem Assignatäre geleistete Zahlungsverprechen einer *causa debendi* entbehre, daher ungiltig sei²¹⁷).

Diese Controverse sollte nun für das Gebiet des Handelsverkehrs dahin entschieden werden²¹⁸), dass die Annahme einer Anweisung ein dem Assignatar geleistetes Zahlungsverprechen enthalte und zwar ein giltiges, obwol es dem Assignatar gegenüber einer *causa* entbehrt²¹⁹). Diese beiden Rechtssätze bilden den Inhalt des Art. 300 des a. d. Handelsgesetzbuches; und zwar spricht der erste Satz dieses Artikels die Giltigkeit des dem Assignatäre geleisteten Zahlungsverprechens aus²²⁰), während der zweite Satz — in Anbetracht des Umstandes, dass die auf einer schriftlichen Anweisung angemerkte Annahme in ihrer lakonischen Kürze es zweifelhaft lässt, ob sie ein dem Assignatar geleistetes Zahlungsverprechen enthalte oder sich als zustimmende Erklärung auf das Mandatsverhältniss zum Assignanten beziehe, — die Bestimmung trifft, dass die auf einer schriftlichen Anweisung vermerkte Annahmeerklärung sich stets auf das Rechtsverhältniss des Assignaten zum Assignatäre beziehe, nämlich ein Zahlungsverprechen des ersteren an den letzteren enthalte. Wann dieses Zahlungsverprechen als erfolgt anzusehen, oder mit anderen Worten, von welchem Augenblicke an der Assignat aus seinem Versprechen verpflichtet sei, darüber will der Art. 300 keine Bestimmung treffen. Diese Frage ist daher nach allgemeinen Rechtsgrundsätzen zu beantworten, und zwar nach jenen über die Perfektion der Verträge, indem bei dem Mangel einer ausdrücklichen Bestimmung, welche schon der einseitigen Willenserklärung des Assignaten verpflichtende

217) Cf. Thöl, Handelsrecht (4. Aufl.), S. 624. Note 3).

218) Cf. Hahn, Commentar zum a. d. Handelsgesetzbuche (2. Aufl.), B. II, S. 124, §. 1.

219) Cf. die Protokolle der Nürnberger-Conferenz B. III, S. 1325—1328.

220) Der erste Satz des Art. 300 des a. d. H.-G.-B. enthält für die Anweisung ganz denselben Rechtssatz, welchen für den Wechsel die Rechtsprämie *chi accetta paghi* enthält.

Wirkung beilegt, das Annahmegeschäft nur ein Vertrag sein kann.

Als Element eines Vertrages bindet das Zahlungsverprechen des Assignaten diesen erst von dem Augenblicke an, in welchem es dem Assignatäre gegenüber erklärt und von diesem angenommen worden ist. Da schon in der Präsentation der Anweisung die im Voraus erklärte Annahme des Zahlungsverprechens des Assignaten erblickt werden muss, so bedarf es zur Perfektion des Vertrages nur noch der Erklärung des Versprechens. Dem Assignatar erklärt ist aber das Versprechen des Assignaten nach Art. 320 des a. d. Handelsgesetzbuches nicht schon durch die Niederschrift desselben auf der präsentirten Anweisung, sondern erst mit der Aushändigung der niedergeschriebenen Annahmeerklärung an den Assignatar²²¹⁾. Vor diesem Zeitpunkte ist daher der Vertrag noch nicht zu Stande gekommen, mithin der Assignat berechtigt, die auf die Anweisung gesetzte Annahmeerklärung als bloße Vorbereitungshandlung wieder zu beseitigen.

Dass für die Annahme einer Anweisung etwas anderes gilt, als für die Annahme einer Tratte, ist auch in der verschiedenen juristischen Sachlage vollkommen begründet. Denn während der Rechtseffekt des Wechselacceptes darin besteht, dass der Acceptant nicht bloß dem präsentirenden Inhaber, sondern auch sämtlichen Vormännern desselben verpflichtet wird²²²⁾, ist der Rechtseffekt der Annahme einer Anweisung stets auf diejenige Person eingeschränkt, welcher der Assignat das Zahlungsverprechen leistet. Bei der Annahme einer Rekta-Anweisung wird nämlich der Assignat nach Art. 300 des a. d. Handelsgesetzbuches nur „demjenigen, zu dessen Gunsten sie ausgestellt ist,“ zur Erfüllung verpflichtet, und bei der Annahme einer Ordreanweisung nach Art. 301 Abs. 3

221) Dass hieran der Umstand nichts ändert, dass die Willenserklärung auf eine dem gegenüberstehenden Interessenten gehörige Urkunde gesetzt wird, wurde bereits auf S. 99 fg. dieser Untersuchung bemerkt.

222) Siehe S. 40—47 dieser Untersuchung.

gleichfalls nur „demjenigen, zu dessen Gunsten sie ausgestellt ist oder an welchen sie indossirt ist“. Dem Aussteller, wie den allfälligen Indossanten gegenüber haftet der Assignat aus seinem Zahlungsversprechen nicht²²³⁾. Es kann daher auch nicht von der Gefahr einer, auf das Loskommen des acceptirenden Assignaten gegenüber den Vormännern des Präsentanten gerichteten Collusion die Rede sein, welcher letzterer durch eine dem Abs. 4 Art. 21 der a. d. Wechselordnung analoge Bestimmung ein Riegel vorgeschoben werden sollte²²⁴⁾. Somit entfallen hinsichtlich der Anweisung sowol die theoretischen wie auch die praktischen Gründe, welche hinsichtlich der Tratte für die Unwiderruflichkeit der niedergeschriebenen Annahme sprechen.

§. 23.

De lege ferenda.

Wie bereits in der Einleitung zu dieser Untersuchung bemerkt wurde²²⁵⁾ und wie aus der im §. 11 enthaltenen Uebersicht über den Stand der Legislation in der Perfektionsfrage hervorgeht, herrscht unter den ausländischen Gesetzen in der Frage, ob der Bezogene schon mit der Niederschrift oder erst mit der Aushändigung seines Acceptes gebunden sei, grosse Discordanz. Dieser Zwiespalt ist, wie gleichfalls bereits bemerkt wurde²²⁶⁾, nicht blos von theoretischem Interesse, sondern gewinnt derselbe auch immer mehr an praktischer Bedeutung, je näher wir der Realisirung des Gedankens an ein grosses, uniformes, internationales Wechselrecht entgegensehen dürfen. Bei der Abfassung eines solchen wird man sich in der erwähnten Frage für die eine oder die andere Alternative entscheiden müssen. Da nun fernerhin die Frage nach dem Zeitpunkte der Perfektion des Wechselacceptes nicht

223) Cf. Protokolle Bd. III, S. 1415; Anschütz-Völderndorff, Commentar, B. III, S. 123; Hahn, Commentar, B. II, S. 133; Koch, Commentar (2. Aufl.), S. 486, Note 74^a).

224) Siehe S. 47—61 dieser Untersuchung.

225) Siehe S. 8.

226) Siehe S. 9 u. 10 dieser Untersuchung.

blos von praktischer Tragweite ist, sondern auch mit den verschiedenen theoretischen Grundauffassungen des Wechsels innig zusammenhängt, so lässt es sich mit Sicherheit voraussehen, dass dieselbe zu denjenigen gehören wird, in welchen eine Einigung der auseinandergehenden Ansichten am schwersten zu erzielen sein dürfte. Es kann aus diesem Grunde die Diskussion der Perfektionsfrage nicht frühe genug angeregt werden.

Wir möchten nun auf Grund der in den §§. 7 bis 10 angestellten Untersuchungen, welche, absehend von jeder positiv-rechtlichen Bestimmung, aus dem besonderen Wesen der Wechselannahme und aus dem Verkehrsbedürfnisse Anhaltspunkte zur Entscheidung der Perfektionsfrage zu gewinnen suchten, unsere Stimme für die Unwiderruflichkeit des niedergeschriebenen Acceptes erheben. Indem wir rücksichtlich der Einzelheiten auf die in den angeführten §§. enthaltene Argumentation verweisen, fassen wir die Gründe, welche *de lege ferenda* für den Rechtssatz von der Unwiderruflichkeit der niedergeschriebenen Annahme sprechen, im Nachfolgenden kurz zusammen:

1. Der Rechtseffekt des Annahmeaktes ist nicht beschränkt auf die bei der Vornahme desselben thätige Person des Präsentanten, sondern erstreckt sich in gleicher Weise auch auf die Vormänner desselben. Zur Herbeiführung eines gleichbeschaffenen Rechtseffektes gegenüber einer Mehrzahl von Personen verlangt die juristische Logik als constitutiven Akt einen Thatbestand, welcher allen Interessenten gegenüber ein gleichbeschaffener ist. Nur der Schriftakt ist ein allen Interessenten gegenüber gleichbeschaffener und gleich beweisbarer Thatbestand; daher darf das einem einzelnen Interessenten gegenüber vorgenommene *gestum* der Aushändigung des Acceptes einen Bestandtheil des constitutiven Aktes nicht bilden ²²⁷).

2. Das das ganze Institut des Wechsels beherrschende

²²⁷) Siehe S. 240—246 dieser Untersuchung.

Formalprincip verlangt, dass alle für die Entstehung, wie für die Endigung der Wechselobligation bedeutsamen juristischen Thatsachen *in* der Scriptur und nicht ausserhalb derselben liegen. Nur der Schriftakt apparirt aus dem Wechselbriefe selbst, nicht aber der Aushändigungsakt ²²⁸).

3. Der das Institut des Wechsel beherrschende Rigorismus bezweckt die Sicherung der Interessen aller beteiligten Personen. Die aus dem Annahmeakte für die Vormänner des Präsentanten entstandenen wechselrechtlichen Ansprüche sind nur dann gegen jede aus Collusionen resultirende Gefahr gesichert, wenn schon der Schriftakt obligirende Wirkung besitzt ²²⁹).

4. Was die Rücksicht auf das Interesse der Vormänner des Präsentanten verlangt, dem steht ein Bedenken entnommen der Rücksicht auf das Interesse des Bezogenen nicht entgegen: der Satz von der Unwiderruflichkeit der niedergeschriebenen Annahme ist nicht hart für den Bezogenen ²³⁰), nicht gefährlich für den Präsentanten ²³¹).

5. Der Rechtssatz von der Unwiderruflichkeit der niedergeschriebenen Annahme ist vollkommen praktikabel, weil der Schriftakt auf einem nicht im Eigenthume des Scribenten befindlichen Papiere vorgenommen wird ²³²).

Dieses sind die Gründe, welche für die Entstehung der Wechselobligation im Zeitpunkte des Schriftaktes sprechen.

Was die Formulirung der Bestimmung anbetrifft, durch welche dieser Rechtssatz in einem positiven Gesetze aufgestellt werden soll, so genügt es die Unwiderruflichkeit des geschriebenen Acceptes auszusprechen, indem mit der Statuirung dieser einzigen sofort in die äussere Erscheinung tretenden Folge der perfekten Wechselobligation der Eintritt dieser letzteren selbst auf's Unzweideutigste ausgesprochen ist ²³³).

228) Siehe S. 97 u. 98.

229) Siehe S. 47—60.

230) Siehe S. 60—64.

231) Siehe S. 64—75.

232) Siehe S. 46 u. 47.

233) Siehe S. 110 u. 111.

Wir bringen daher folgende Bestimmung in Vorschlag:
„die einmal geschriebene Annahme kann nicht zurück-
genommen werden.“

Um jeden Zweifel auszuschliessen, dass der Bezogene nicht im Stande ist, durch Wiederausstreichung oder Rasur die mit dem Schriftakte entstandene Wechselobligation wieder zu beseitigen, und um dem Bezogenen jedes Motiv zur Vornahme solcher Handlungen zu nehmen²³⁴), empfehlen wir die Aufnahme folgender Zusatzbestimmung:

„Der Bezogene bleibt aus einem ausgetilgten Accepte wechselfähig verpflichtet.“

Um auch die aus der Zulässigkeit des beschränkten Acceptes resultirenden Gefahren vollständig zu beseitigen²³⁵), schlagen wir schliesslich folgende Bestimmung vor:

„Die auf eine geringere Summe, oder unter abändernden oder bedingenden Einschränkungen erfolgte Annahme ist einer unbeschränkten gleichzuachten, falls derselben nicht die Einwilligung des Inhabers und die Protesterhebung vorausgegangen sind.“

234) Siehe S. 135.

235) Siehe S. 151 u. 152.

I n h a l t.

	Seite
§. 1. Einleitung.	1
§. 2. Das Problem	10
§. 3. Der Absatz 4 des Artikel 21 der a. d. Wechselordnung. 1. Unzulänglichkeit der Verbalinterpretation	15
§. 4. Fortsetznng. 2. Unzulässigkeit der ausschliessenden Interpretation	18
§. 5. Fortsetzung. 3. Unmöglichkeit der cumulativen Interpretation	28
§. 6. Fortsetzung. 4. Die Materialien zum Abs. 4 Art. 21 . .	33
§. 7. Die Correspondenz zwischen der Beschaffenheit des constitutiven Aktes und der Beschaffenheit des Rechtseffektes	40
§. 8. Das Verkehrsbedürfniss. 1. Die Situation der Vormänner des Präsentanten	47
§. 9. Fortsetzung. 2. Die Situation des Bezogenen.	61
§. 10. Fortsetzung. 3. Die Situation des Präsentanten	64
§. 11. Die Unwiderruflichkeit der niedergeschriebenen Annahme in der älteren deutschen und in der ausländischen Gesetzgebung	75
§. 12. Die Unwiderruflichkeit der niedergeschriebenen Annahme im Zusammenhange mit der geschichtlichen Entwicklung des Acceptes	84
§. 13. Die Unwiderruflichkeit der geschriebenen Annahme in der a. d. Wechselordnung	90
§. 14. Die Unwiderruflichkeit der Scriptur bei der Ehrenannahme und beim Mitaccepte	104
§. 15. Der Rechtseffekt der niedergeschriebenen Annahme. Bloße Unwiderruflichkeit der Scriptur oder perfekte Wechselobligation?	107
§. 16. Der Annahmeakt. Einseitiger Formalakt oder Vertrag?	118
§. 17. Die praktischen Consequenzen. 1. Austilgung des Acceptes durch den Bezogenen	126
§. 18. Fortsetzung. 2. Nachträgliche Modifikation des Acceptes durch den Bezogenen	140
§. 19. Fortsetzung. 3. Veränderungen in der Wechselfähigkeit des Bezogenen vor der Aushändigung des Acceptes. . .	156
§. 20. Fortsetzung. 4. Concurs des Bezogenen vor der Aushändigung des Acceptes	158
§. 21. Fortsetzung. 5. Verlust des Acceptes vor der Aushändigung desselben	159
§. 22. Die Annahme einer kaufmännischen Anweisung.	160
§. 23. De lege ferenda.	164

Verlag von Leuschner & Lubensky, k. k. Univers.-Buchh. in Graz.

Steiermärkisches Landrecht des Mittelalters

bearbeitet von

Dr. Ferdinand Bischoff,

ordentlicher Professor der Rechte zu Graz.

15 Bogen. Preis fl. 3.— oder M. 6.—

Die Exhibitionspflicht

in ihrer

Bedeutung für das klassische und heutige Recht.

Juristische Untersuchung

von

Dr. Gustav Demelius,

ord. Professor des röm. Rechtes an der Universität in Graz.

8. 18 Bogen. Preis fl. 3.50 oder M. 6.—

Geschichte

der

Quellen und der Literatur des canonischen Rechtes

im Abendlande bis zum Ausgange des Mittelalters

von

Dr. Friedrich Maassen,

ord. Professor der Rechte an der Universität in Wien.

I. Band. 8. 66 Bogen. Preis fl. 11.50 oder M. 20.—

Beiträge

zur Geschichte des österreichischen Eherechtes

von

Dr. A. Th. Michel,

ord. Professor der Rechte an der Universität in Graz.

I. und II. Heft. 8. Preis à 80 kr. oder M. 1.60.

Erläuterungen

zur Strafprocess-Ordnung vom 23. Mai 1873

von

Julius Mitterbacher und Dr. Vincenz Neumayer,

k. k. Oberlandesgerichts-Rath.

Advokat.

8. 64 Bogen. Preis fl. 7.60 oder M. 15.20.

Zur Lehre

vom

Eigenthum an Immobilien.

Eine Studie aus dem österreichischen Grundbuchsrecht

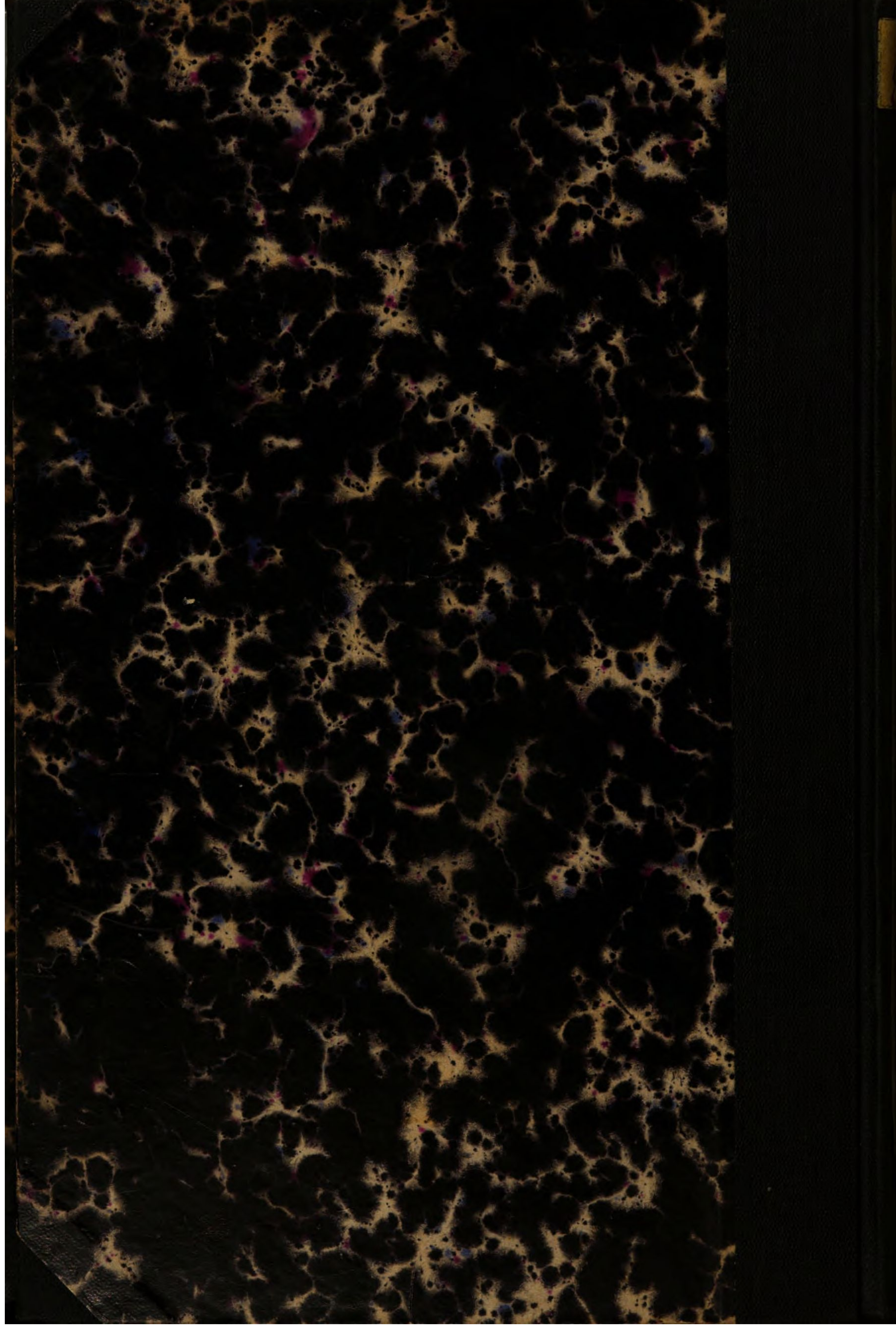
von

Dr. Emil Strohal,

Privatdocent an der Universität in Graz.

11 Bogen. Preis fl. 1.80 oder M. 3.60.

Druck von B. G. Teubner in Leipzig.



Grawein, Alexander

Die Perfektion des Acceptes Eine wechselrechtliche Untersuchung von
Alexander Grawein

Graz 1876

Merc. 82 p

urn:nbn:de:bvb:12-bsb11335300-3